



00 Grundlagen und Übersichten

Monitoring der Legislaturplanung

Legislaturindikatoren 2019-2023

Diese 52 Legislaturindikatoren dienen der Beobachtung der Ziele 2019-2023 des Bundesrates und des Parlaments. Sie stammen aus einem Monitoring-System, das sämtliche Aufgabenbereiche des Bundes umfasst und das ungefähr 170 Indikatoren enthält.

Inhaltsverzeichnis

Übersicht der Entwicklung am Ende der Legislaturperiode	4
Leitlinie 1: Wohlstand	15
Schuldenquote des Bundes	16
Index des standardisierten Steuerertrags	18
Digitale Abwicklung von Behördengeschäften	21
Fiskalquote der öffentlichen Haushalte	23
Produktmarktregulierung	25
Syntheseindex der Innovation	27
Erwerbsquote der Frauen	29
Durchschnittliches Alter beim Austritt aus dem Arbeitsmarkt	32
Aussenhandelsverflechtung	34
Handelsvolumen Schweiz-EU	37
Abschlussquote auf der Sekundarstufe II	40
Abgeschlossene Ausbildung der höheren Berufsbildung	42
Erwerbslosenquote der Jugendlichen	44
Erwerbslosenquote von Hochschulabsolvent/innen	46
Impact der wissenschaftlichen Publikationen der Schweiz	49
Erweiterte digitale Kompetenzen	51
Staubelastung auf dem Nationalstrassennetz	53
Modalsplit im alpenquerenden Güterverkehr	55
Bedeckung von Gebäuden mit Hochbreitbandanschlüssen	57
Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien	59
Leitlinie 2: Zusammenhalt	61
Mehrsprachigkeit der Jugendlichen	62
Sozialhilfequote	65
Jugendliche ausserhalb des Bildungssystems nach Migrationsstatus	67
Lohnunterschied nach Geschlecht	70
Belastung durch Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit	73
Ergebnis der Gesamtrechnung der Sozialversicherungen	75
Umlageergebnis der AHV	78
Kosten des Gesundheitswesens in Prozenten des BIP	80
Verzicht auf notwendige ärztliche oder zahnärztliche Leistungen aus finanziellen Gründen	82
Übergewicht	85
Sport- und Bewegungsverhalten	87
Schweizerinnen und Schweizer in internationalen Organisationen	89
Öffentliche Entwicklungshilfe	91
Militärdienst für Friedensförderung im Ausland	94
Sitzungen internationaler Organisationen in Genf	96

Bilaterale Abkommen mit der EU	99
Leitlinie 3: Sicherheit	102
Erwerbsquote nach Migrationsstatus	103
Erwerbslosenquote nach Migrationsstatus	106
Übereinstimmung Bildungsniveau und ausgeübte Tätigkeit	109
Schwere Gewaltdelikte	112
Häusliche Gewalt.....	114
Schäden durch Naturereignisse	116
Vertrauen in die Armee	118
Ackerfläche und Fläche mit Dauerkulturen	120
Materialfussabdruck pro Person.....	122
Endenergieverbrauch pro Kopf	124
Elektrizitätsproduktion aus erneuerbarer Energie (ohne Wasserkraft)	126
Energieabhängigkeit vom Ausland	128
Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln	130
Treibhausgasemissionen	132
Treibhausgasfussabdruck	134
Vielfalt von Artengemeinschaften	137



Übersicht der Entwicklung am Ende der Legislaturperiode

Dieses Dokument ergänzt die Beurteilung der Entwicklung der Legislaturindikatoren, die im Geschäftsbericht 2023 des Bundesrates veröffentlicht wurde.

Indikator	Entwicklung / Zustand				
	angestrebt		beobachtet		Beurteilung
Schuldenquote des Bundes <i>Bruttoschulden des Bundes im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt - In Prozent</i>		Quantifizierbares Ziel: «Die Bruttoschuldenquote des Bundes (Bruttoschulden in % des BIP) stabilisiert oder verringert sich gegenüber 2018 (14,4 %)»		2018-2022 t ₀ : 2018 t ₁ : 2022	
Index des standardisierten Steuerertrags <i>Standardabweichung der Indexe SSE aller Kantone nach erfolgtem Ressourcenausgleich</i>		Bedeutung: «[...] Disparitäten in Steuerbelastung und Ausstattung mit öffentlichen Gütern auf ein Mass zu reduzieren, das den sozialen Zusammenhalt und den föderalen Staatsaufbau nicht gefährdet [...]»		2011-2023 t ₀ : Ø (2011-2013) t ₁ : Ø (2021-2023)	
Digitale Nutzung von Behördendienstleistungen durch Unternehmen <i>Anteil der befragten Unternehmen, der ungefähr die Hälfte oder einen grösseren Anteil aller Dienstleistungen von Behörden online abwickelt/erledigt - In Prozent</i>		Quantifizierbares Ziel: «Im Bereich E-Government nimmt die Nutzung der angebotenen Leistungen zu. »		2017-2021 t ₀ : 2017 t ₁ : 2021	
Fiskalquote der öffentlichen Haushalte <i>Einnahmen aus Steuern und obligatorischen Sozialversicherungsbeiträgen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt - In Prozent</i>		Quantifizierbares Ziel: «Zur Erhaltung bzw. Steigerung der Standortattraktivität stabilisiert oder verringert sich die Fiskalquote gegenüber 2018 (Fiskalquote [Staat]: 28,1 %).»		2018-2022 t ₀ : 2018 t ₁ : 2022	Wert 2018 wurde infolge BIP-Revision neu berechnet (27,2%)
Produktmarktregulierung		Quantifizierbares Ziel: «Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen	-		Keine Beurteilung möglich aufgrund einer zu kurzen Zeitreihe

<i>Index von 0 (wettbewerbsfreundliche Regulierung) bis 6 (wettbewerbshindernde Regulierung)</i>		verbessern sich, indem die Produktmarktregulierung wettbewerbsfreundlicher ausgestaltet wird.»				
Syntheseindex der Innovation* <i>Index der Innovationstätigkeit von 0 (gering) bis 1 (hoch) der fünf erfolgreichsten Länder</i>		Quantifizierbares Ziel: «Die Schweiz behält ihre Position als international führender Innovationsstandort. » Führend: Schweiz ist Innovation Leader gemäss European Innovation Scoreboard		2023 1. Rang / Innovation Leader		Status Assessment: Beurteilung anhand des Status der Schweiz im European Innovation Scoreboard
Erwerbsquote der Frauen <i>Anteil der 15- bis 64-jährigen Frauen an der gleichaltrigen ständigen Wohnbevölkerung, in Vollzeitäquivalenten - In Prozent</i>		Quantifizierbares Ziel: «Die Erwerbsquote der Frauen erhöht sich [...]»		2011-2023 t ₀ : Ø (2011-2013) t ₁ : Ø (2021-2023)		
Durchschnittliches Alter beim Austritt aus dem Arbeitsmarkt <i>Gewichtetes mittleres Alter der Personen im Alter von 58 bis 75 Jahren - Jahre</i>		Quantifizierbares Ziel: «[...] das Durchschnittsalter beim Austritt aus dem Arbeitsmarkt steigt an.»		2011-2022 t ₀ : Ø (2011-2013) t ₁ : Ø (2020-2022)		
Aussenhandelsverflechtung <i>Mittelwert aus Importen und Exporten von Waren und Dienstleistungen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt, zu laufenden Preisen - In Prozent</i>	 	Quantifizierbares Ziel: «Die Aussenhandelsverflechtung der Schweizer Wirtschaft bleibt stabil oder nimmt gegenüber dem Durchschnittswert der Legislaturperiode 2015–2019 zu. »		2016-2022 t ₀ : Ø (2016-2019) t ₁ : Ø (2020-2022)		
Handelsvolumen Schweiz-EU <i>Summen von Im- und Exporten von Waren und Dienstleistungen - Milliarden Franken, zu laufenden Preisen</i>		Quantifizierbares Ziel: «Das Handelsvolumen zwischen der Schweiz und der EU steigt gegenüber der vorherigen Legislaturperiode. »		2016-2022 t ₀ : Ø (2016-2019) t ₁ : Ø (2021-2022)		Infolge der Covid-19-Pandemie wird das Jahr 2020 als Ausreisser nicht berücksichtigt (wobei auch bei dessen Berücksichtigung eine Zunahme beobachtet würde).
Abschlussquote auf der Sekundarstufe II <i>Anteil Personen im Alter bis 25 Jahre mit einem Abschluss der Sekundarstufe II, an der gleichaltrigen Referenzbevölkerung - In Prozent</i>		Quantifizierbares Ziel: «Die Abschlussquote auf der Sekundarstufe II erhöht sich [...] »		2015-2021 t ₀ : 2015 t ₁ : 2021		Beurteilung basierend auf dem Total
Abgeschlossene Ausbildung der höheren Berufsbildung <i>Anteil an der 30- bis 34-jährigen ständigen Wohnbevölkerung - In Prozent</i>		Bedeutung: «Die höhere Berufsbildung [...] zeichnet sich durch einen starken Arbeitsmarktbezug aus, ermöglicht eine Spezialisierung und Vertiefung des Fachwissens [...]»		2011-2020 t ₀ : Ø (2011-2013) t ₁ : Ø (2018-2020)		2021: Bruch in der Zeitreihe

Erwerbslosenquote der Jugendlichen <i>Anteil Erwerbslose an der 15- bis 24-jährigen Erwerbsbevölkerung - In Prozent</i>		Bedeutung: «Das wirtschaftliche System soll den Jugendlichen – wie allen anderen Personen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen möchten – eine Arbeit ermöglichen, dank der sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können.»		2011-2023 t_0 : Ø (2011-2013) t_1 : Ø (2021-2023)		
Erwerbslosenquote von Hochschulabsolvent/innen <i>Hochschulabsolvent/innen, die ein Jahr nach dem Studienabschluss erwerbslos sind, nach Hochschultyp - In Prozent</i>		Bedeutung: «[...] Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen [...], welche sich ohne grössere Schwierigkeiten in den Arbeitsmarkt integrieren können [...] »		2011-2021 t_0 : Ø (2011) t_1 : Ø (2021)		Der Indikator enthält die Kategorien Total / Universitäre Hochschulen / Fachhochschulen / Pädagogische Hochschulen. Beurteilung basierend auf Total, unter Anwendung des Vertrauensintervalls des Indikators.
Impact der wissenschaftlichen Publikationen der Schweiz* <i>Relativer Zitationsindex auf einer Skala von 0 (tief) bis 200 (hoch)</i>		Quantifizierbares Ziel: «Die Schweiz bleibt in Wissenschaft, Forschung und Innovation unter den führenden Nationen. » Führend: Ränge 1-5		2020 3. Rang		Der Index zeigt einen gleitenden Mittelwert über 5 Jahre. Der Datenpunkt 2020 entspricht dem Mittelwert der Jahre 2018 -2022.
Erweiterte digitale Kompetenzen <i>Anteil der Gesamtbevölkerung im Alter von 15 bis 88 Jahren mit digitalen Kompetenzen, welche die Grundkompetenzen überschreiten - In Prozent</i>		Quantifizierbares Ziel: «Die digitalen Kompetenzen der Schweizer Bevölkerung sollen gestärkt werden [...] »	-			Keine Beurteilung möglich aufgrund einer zu kurzen Zeitreihe (Bruch 2021)
Staubelastung auf dem Nationalstrassennetz <i>Durch Verkehrsüberlastung verursachte Staus, in Stunden</i>		Quantifizierbares Ziel: «Die Staubelastung auf den Nationalstrassen nimmt nicht stärker zu als das Verkehrsvolumen.»		2016-2022 t_0 : Ø (2016-2018) t_1 : Ø (2021-2022)		Vergleich des Wachstums der Staubelastung mit dem Wachstum des Verkehrsvolumens (wobei letzteres den Referenz- bzw. Maximalwert für das Wachstum der Staubelastung darstellt). Das Jahr 2020 wurde aufgrund der Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie nicht berücksichtigt. Messung des Verkehrsvolumens anhand der gefahrenen Fahrzeugkilometer auf dem Nationalstrassennetz
Modalsplit im alpenquerenden Güterverkehr		Quantifizierbares Ziel: «Der Anteil des alpenquerenden Güterverkehrs, der auf der Schiene abgewickelt wird,		2020-2022 t_0 : 2020 t_1 : 2022		

Anteil auf der Schiene transportierter Güter am gesamten alpenquerenden Güterverkehr auf Strasse und Schiene - In % der Nettotonnen		nimmt während der Legislaturperiode 2019–2023 zu.»				
<u>Bedeckung von Gebäuden mit Hochbreitbandanschlüssen</u> Anteil der Gebäude, die über eine Download-Geschwindigkeit von mindestens 100 Mbit/s verfügen - In Prozent		Quantifizierbares Ziel: «Der Anteil der Gebäude mit einer Hochbreitbandabdeckung erhöht sich.»		2019-2023 t ₀ : Ø (11/2019-11/2020) t ₁ : Ø (11/2022-11/2023) Der Indikator zeigt halbjährliche Daten.		
<u>Investitionen in IKT</u> In der Schweiz, zu Preisen des Vorjahres, Referenzjahr 2010 - In Mio. Franken		Quantifizierbares Ziel: «Durch eine optimale Ausgestaltung der Rahmenbedingungen erhöhen sich die Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien in der Schweiz.»		2011-2022 t ₀ : Ø (2011-2013) t ₁ : Ø (2020-2022)		
<u>Mehrsprachigkeit der Jugendlichen</u> Anteil der 15- bis 24-Jährigen an der ständigen Wohnbevölkerung, welche üblicherweise eine, zwei oder mehr Sprachen sprechen* - In Prozent		Bedeutung: «Die Förderung der Mehrsprachigkeit sowie der Verständigung und des Austausches zwischen den Sprachgemeinschaften sind zentrale Grundsätze der Schweizer Sprachenpolitik. Kenntnisse in mehr als einer Sprache sind wichtig, um die kulturelle Vielfalt zu leben und den inneren Zusammenhalt des Landes zu stärken.»		2014-2021 t ₀ : Ø (2014-2016) t ₁ : Ø (2019-2021)		Der Indikator zeigt die Kategorien eine Sprache / zwei Sprachen / drei und mehr Sprachen. Die Beurteilung basiert auf dem Total der Kategorien zwei Sprachen / drei und mehr Sprachen.
<u>Sozialhilfequote</u> Anteil der Sozialhilfebeziehenden an der ständigen Wohnbevölkerung - In Prozent		Bedeutung: «Im System der sozialen Sicherheit der Schweiz bildet die Sozialhilfe das letzte Auffangnetz. Sie greift bei finanzieller Armutssituation ein [...] »		2011-2021 t ₀ : Ø (2011-2013) t ₁ : Ø (2019-2021)		
<u>Jugendliche ausserhalb des Bildungssystems nach Migrationsstatus**</u> Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die nicht mehr eingeschult sind und die höchstens über einen Abschluss der obligatorischen Schule verfügen - In Prozent		Quantifizierbares Ziel: «Der Anteil der frühzeitigen Schulabgängerinnen und -abgänger mit Migrationshintergrund nimmt ab.»		2011-2020 t ₀ : Ø (2011-2013) t ₁ : Ø (2018-2020)		Der Indikator zeigt Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Da der Fokus auf der Integration der Personen mit Migrationshintergrund liegt, werden nur diese für die Beurteilung berücksichtigt. Beurteilung unter Anwendung des Vertrauensintervalls der Daten.
<u>Lohnunterschied nach Geschlecht</u> Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern im Verhältnis zum monatlichen		Bedeutung: «Der Grundsatz der Gleichstellung von Mann und Frau verlangt, dass beide		2012-2022 t ₀ : 2012		

Bruttolohn der Männer, privater Sektor - In Prozent		Geschlechter den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit erhalten.»		t ₁ :2022		
Belastung durch Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit Ständige Wohnbevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren - Stunden pro Woche	↘	Bedeutung: «Die gleichberechtigte Teilhabe am Berufs- und am Familienleben gehört zu den zentralen Anliegen in der Diskussion um die Gleichstellung der Geschlechter.»	↘	2010-2020 t ₀ : 2010 t ₁ :2020	■	Berechnung der prozentualen Veränderung des Unterschieds zwischen Frauen und Männern in Bezug auf den Anteil der geleisteten Haus- und Familienarbeit in Stunden am Total der geleisteten Arbeitsstunden
Ergebnis der Gesamtrechnung der Sozialversicherungen In Mio. Franken	↗	Bedeutung: «Als Folge der angestiegenen Lebenserwartung nimmt der Druck auf die Sozialversicherungen zu. Dies betrifft in unmittelbarer Form umlagefinanzierte Systeme wie die AHV, aber auch die berufliche Vorsorge, die über ein Kapitaldeckungsverfahren finanziert wird. Im Bereich der Krankenversicherung stellen vor allem der zunehmende Bedarf an Gesundheitsleistungen insgesamt sowie die zunehmende Nachfrage bei der Langzeitpflege eine Herausforderung dar.»	↗	2011-2021 t ₀ : Ø (2011-2013) t ₁ : Ø (2019-2021)	■	
Umlageergebnis der AHV In Millionen Franken, zu laufenden Preisen	↗	Bedeutung: «Für die langfristige und nachhaltige finanzielle Sicherung der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) ist ein positives Umlageergebnis eine wichtige Voraussetzung.»	↘	2011-2021 t ₀ : Ø (2011-2013) t ₁ : Ø (2019-2021)	■	
Kosten des Gesundheitswesens in Prozenten des BIP Im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt, zu laufenden Preisen - In Prozent	↘	Legislaturziel: «Der Bundesrat beabsichtigt unter anderem, die steigenden Gesundheitskosten mittels wirksamer Prävention und Stärkung der Selbstverantwortung der Bevölkerung durch verbesserte Information und Gesundheitsförderung einzudämmen»	↗	2011-2021 t ₀ : Ø (2011-2013) t ₁ : Ø (2019-2021)	■	

Verzicht auf notwendige ärztliche und zahnärztliche Leistungen aus finanziellen Gründen <i>Anteil der Bevölkerung in der untersten Einkommensklasse (1. Quintil) - In Prozent</i>		Quantifizierbares Ziel: «Der Anteil der Personen, die aus finanziellen Gründen der Gesundheitsversorgung fernbleiben, vergrößert sich nicht.»		2015-2021 t ₀ : Ø (2015-2017) t ₁ : Ø (2019-2021)		
Übergewicht <i>Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren mit Übergewicht (BMI von 25 oder mehr) - In Prozent</i>		Quantifizierbares Ziel: « [...] nimmt der Anteil übergewichtiger Personen im Vergleich zu den letzten zehn Jahren ab. »		2012-2022 t ₀ : 2012 t ₁ : 2022		
Sport- und Bewegungsverhalten <i>Anteil der Personen, die die Bewegungsempfehlungen erfüllen - In Prozent</i>		Quantifizierbares Ziel: « [...] nimmt der Anteil der Bevölkerung, der die Bewegungsempfehlungen umsetzt, im Vergleich zu den letzten zehn Jahren zu.»		2012-2022 t ₀ : 2012 t ₁ : 2022		
Schweizerinnen und Schweizer in internationalen Organisationen <i>Anzahl Schweizer/innen, die im System der Vereinten Nationen tätig sind und im Rahmen einer internat. Ausschreibung rekrutiert wurden, am Total der entsprechenden Stellen dieser Kategorie - In Prozent</i>		Bedeutung: «Zu den Prioritäten der multilateralen Interessenwahrung gehört unter anderem, die Vertretung der Schweiz in Leitungsorganen sicherzustellen und die Zahl von Schweizerinnen und Schweizern in Vollzugsorganen (Verwaltung) internationaler Organisationen zu erhöhen. »		2011-2022 t ₀ : Ø (2011-2013) t ₁ : Ø (2020-2022)		
Öffentliche Entwicklungshilfe <i>Im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen - In Prozent</i>		Quantifizierbares Ziel: «Bei der Bewertung der Ausgaben für die internationale Zusammenarbeit orientiert sich die Schweiz an einem Wert der APD-Quote von 0,5 Prozent des BNE.»		Ø 2020-2022		
Militärdienst für Friedensförderung im Ausland <i>Geleistete Dienstage in Armee-Einsätzen - In Tausend Tagen</i>	-	Bedeutung: «Friedensförderung im internationalen Rahmen ist einer der drei Aufträge der Schweizer Armee und ist als solcher im Militärgesetz verankert.»		2011-2022 t ₀ : Ø (2011-2013) t ₁ : Ø (2020-2022)		Keine Beurteilung möglich, da die angestrebte Entwicklung nicht definiert ist.
Sitzungen internationaler Organisationen in Genf <i>In halben Tagen</i>		Quantifizierbares Ziel: « [...] die Anzahl internationaler Konferenzen bleibt stabil oder nimmt zu. »		2020-2022 t ₀ : 2020 t ₁ : 2022		

Bilaterale Abkommen mit der Europäischen Union <i>Anzahl der abgeschlossenen Verträge zwischen der Schweiz und der EU, mit Änderungen</i>	-	Bedeutung: «Die Schweiz verfolgt gegenüber der EU eine Interessenspolitik sektorieller Abkommen, den sogenannten «bilateralen Weg». Das heisst die vertraglichen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU werden durch bilaterale Abkommen in klar umgrenzten Bereichen geregelt.»	→	Der Indikator enthält die Kategorien «Bilaterale Abkommen und Änderungen» und «Weiterentwicklungen Schengen/Dublin». Die Veränderung in Prozent jeder Variable wird in einen Einzelwert zusammengefasst (-1 für eine negative Entwicklung, 0 für keine wesentliche Veränderung, +1 für eine positive Entwicklung). Die Einzelwerte werden anschliessend addiert und das Resultat ergibt die gesamte Entwicklungsrichtung des Indikators.		Keine Beurteilung möglich, da keine angestrebte Entwicklung festgelegt werden kann
Erwerbsquote nach Migrationsstatus** <i>Anteil der 15- bis 64-Jährigen an der gleichaltrigen ständigen Wohnbevölkerung - In Prozent</i>	↗	Bedeutung: «Die Erwerbstätigkeit ist Voraussetzung für die selbstständige Besorgung des Lebensunterhaltes und ein wichtiger Faktor für die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.»	→	2012-2020 t_0 : Ø (2012-2014) t_1 : Ø (2018-2020)		Der Indikator zeigt Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Da der Fokus auf der Integration der Personen mit Migrationshintergrund liegt, werden nur diese für die Beurteilung berücksichtigt.
Erwerbslosenquote nach Migrationsstatus** <i>Anteil Erwerbslose an der 15- bis 74-jährigen Erwerbsbevölkerung - In Prozent</i>	↘	Bedeutung: «Die Erwerbstätigkeit ist Voraussetzung für die selbstständige Besorgung des Lebensunterhaltes und ein wichtiger Faktor für die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.»	→	2012-2020 t_0 : Ø (2012-2014) t_1 : Ø (2018-2020)		Der Indikator zeigt Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Da der Fokus auf der Integration der Personen mit Migrationshintergrund liegt, werden nur diese für die Beurteilung berücksichtigt. Die Beurteilung erfolgt unter Berücksichtigung des Vertrauensintervalls.
Übereinstimmung Bildungsniveau und ausgeübte Tätigkeit** <i>Anteil der Angestellten mit Tertiärausbildung, die für ihre Tätigkeit keine solche Ausbildung benötigen, nach Migrationsstatus - In Prozent</i>	↘	Bedeutung: «Personen mit Migrationshintergrund, die über eine Ausbildung verfügen aber deren professionelle Qualifikationen nicht zur Anwendung kommen, stellen ein ungenutztes Arbeitskräftepotential dar»	→	2014-2020 t_0 : Ø (2014-2016) t_1 : Ø (2018-2020)		Der Indikator zeigt Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Da der Fokus auf der Integration der Personen mit Migrationshintergrund liegt, werden nur diese für die Beurteilung berücksichtigt.
Schwere Gewaltdelikte <i>Anzahl polizeilich registrierter Straftaten schwerer vollendeter Gewalt</i>	↘	Bedeutung: «Um die persönliche Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, sind eine wirkungsvolle Bekämpfung der Kriminalität	↗	2011-2022 t_0 : Ø (2011-2013) t_1 : Ø (2020-2022)		

		sowie die Vorbeugung von Gewaltanwendungen wichtig.»				
<u>Häusliche Gewalt</u> <i>Anzahl polizeilich registrierte Opfer schwerster physischer Gewalt im häuslichen Bereich</i>		Bedeutung: «Straftaten, die sich innerhalb der Familie oder in einer aktuellen oder ehemaligen Partnerschaft ergeben, sind in der Schweiz ebenfalls ein soziales Problem.»	-			Aufgrund der geringen Fallzahlen und der daraus folgenden Variabilität wird auf eine Beurteilung der Entwicklung verzichtet.
<u>Schäden durch Naturereignisse</u> <i>Hochwasser, Murgänge, Rutschungen, Steinschlag, Fels- und Bergsturz - Millionen Franken (teuerungsbereinigt, Basisjahr 2022)</i>		Quantifizierbares Ziel: « [...] Gefahr abzuwenden oder die Schäden zu reduzieren. »	-	-		Aufgrund der ausserordentlichen Variabilität des Phänomens wird auf eine Beurteilung der Entwicklung verzichtet.
<u>Vertrauen in die Armee</u> <i>Index von 1 (kein Vertrauen) bis 10 (volles Vertrauen)</i>		Quantifizierbares Ziel: «Der Index des Vertrauens der Bevölkerung in die Armee liegt über dem Niveau von 2019.»		Ø (2021-2023)		
<u>Ackerfläche und Fläche mit Dauerkulturen</u> <i>In Tausend Hektaren</i>	 	Quantifizierbares Ziel: «Die Ackerfläche und die Fläche mit Dauerkulturen stabilisieren sich auf dem Mittelwert von 2011–2015 (425 078 ha*).» * korrigierter Wert		2011-2022 t ₀ : Ø (2011-2015) t ₁ : Ø (2020-2022)		Der Indikator enthält die Kategorien Ackerfläche, Dauerkulturen. Die Beurteilung basiert auf dem Total.
<u>Materialfussabdruck pro Person</u> <i>Inländischer Rohstoffverbrauch (RMC) pro Person - Tonnen pro Person</i>		Quantifizierbares Ziel: «Der Ressourcenverbrauch der Schweiz im In- und Ausland nimmt ab.»		2011-2021 t ₀ : Ø (2011-2021) t ₁ : Ø (2019-2021)		
<u>Endenergieverbrauch pro Kopf</u> <i>In Gigajoule pro Person</i>		Quantifizierbares Ziel: «Beim durchschnittlichen Energieverbrauch pro Person und Jahr ist gegenüber dem Stand im Jahr 2000 eine Senkung um 43 Prozent bis zum Jahr 2035 anzustreben.»		2000-2022 t ₀ : 2000 t ₁ : 2022		Die Beurteilung basiert auf der Übereinstimmung mit dem theoretischen Zielpfad, der anhand des gesetzlichen Richtwerts 2035 festgelegt wird.
<u>Elektrizitätsproduktion aus erneuerbarer Energie</u> <i>Ohne Wasserkraft - GWh</i>		Quantifizierbares Ziel: «Bei der Produktion von Strom aus erneuerbaren Energieträgern (ohne Wasserkraft) ist ein Ausbau anzustreben, mit dem die durchschnittliche inländische Produktion 2035 bei mindestens 11 400 GWh liegt. »		2000-2022 t ₀ : 2000 t ₁ : 2022		Die Beurteilung basiert auf der Abweichung vom theoretischen Zielpfad, der anhand des gesetzlichen Richtwerts 2035 festgelegt wird.

<u>Energieabhängigkeit vom Ausland</u> <i>Inländische Energieproduktion aus Primärenergieträgern und Importe (Einfuhrüberschuss an Energieträgern und Kernbrennstoffe) - Tausend Terajoules</i>		Quantifizierbares Ziel: «Die Energieabhängigkeit vom Ausland reduziert sich.»		2011-2022 t_0 : Ø (2011-2013) t_1 : Ø (2020-2022)		(Energieabhängigkeit als zu beurteilende Variable = Einfuhrüberschuss an Energieträgern und Kernbrennstoffen im Verhältnis zum Total der beiden Variablen des Indikators)
<u>Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln</u> <i>Anteil der einheimischen Brutto-Nahrungsmittelproduktion am Gesamtverbrauch an Nahrungsmitteln (verwertbare Energie) - In Prozent</i>	 	Quantifizierbares Ziel: «Der Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln stabilisiert sich auf dem Mittelwert der Legislaturperiode 2011–2015.»		2012-2021 t_0 : Ø (2012-2015) t_1 : Ø (2019-2021)		
<u>Treibhausgasemissionen</u> <i>CO₂-Äquivalente ohne Senkenleistungen des Waldes - Millionen Tonnen</i>		Quantifizierbares Ziel: «Die Schweiz senkt ihre Treibhausgasemissionen im In- und Ausland.»		2008-2021 t_0 : Ø (2008) t_1 : Ø (2021)		Die Beurteilung basiert auf der Abweichung vom theoretischen Zielpfad (Zielwert 2030). Der Beginn der Beurteilungsperiode liegt im Jahr der Einführung der CO ₂ -Abgabe. Der Zielwert berücksichtigt die Senkenleistungen, der Indikator hingegen nicht.
<u>Treibhausgasfussabdruck</u> <i>Treibhausgasemissionen, die durch den Konsum von Gütern und Dienstleistungen in der Schweiz verursacht werden - Mio. t CO₂-eq</i>		Quantifizierbares Ziel: «Die Schweiz senkt ihre Treibhausgasemissionen im In- und Ausland.»		2011-2021 t_0 : Ø (2011-2013) t_1 : Ø (2019-2021)		
<u>Vielfalt von Artengemeinschaften</u> <i>Index von 0 (einheitlich) bis 100 (vielfältig), aller paarweisen Vergleiche der Stichprobenflächen - In Prozent</i>		Bedeutung: «Die Biodiversität trägt wesentlich zum Wohlbefinden der Menschen bei, indem sie etwa dabei hilft, das Wasser zu reinigen, die Luft zu filtern oder die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten.»		2003-2020 t_0 : 2003 t_1 : 2020 Für die Berechnung der beobachteten Entwicklung werden keine Mittelwerte gebildet, da der Indexwert des Indikators bereits einem Mittelwert über fünf Jahre entspricht.		Der Indikator enthält die drei Kategorien Pflanzen, Moose, Mollusken. Die Veränderung in Prozent von jeder Variable wird in einen Einzelwert zusammengefasst (-1 für eine negative Entwicklung, 0 für keine wesentliche Veränderung, +1 für eine positive Entwicklung). Die Einzelwerte werden anschliessend addiert und das Resultat ergibt die gesamte Entwicklungsrichtung des Indikators. Beurteilungsperiode beginnt mit erstem Datenpunkt, um Kohärenz mit den gleichnamigen Indikatoren bei BFS und BAFU zu gewährleisten.

* Rangierung der Schweiz im internationalen Vergleich

** Personen mit Migrationshintergrund

Bedeutung der Beurteilungssymbole

Jeder Legislaturindikator wird von mehreren Symbolen begleitet:

Angestrebte Entwicklungen / angestrebte Zustände

Das erste zeigt die angestrebte Entwicklung oder den angestrebten Zustand gemäss der Zielsetzung, die basierend auf der Bedeutung oder dem quantifizierbaren Ziel des Legislaturindikators identifiziert wurde.



Zunahme



Abnahme



Stabilisierung



Zustand oberhalb Referenzwert



Zustand unterhalb Referenzwert

Beobachtete Entwicklungen / beobachtete Zustände

Das zweite Symbol veranschaulicht die beobachtete Entwicklung ausgehend von der berechneten Tendenz für den untersuchten Zeitraum. In der Regel betrifft dies die Periode von 2008 (oder ab der ersten Erhebung, falls diese nach 2008 stattgefunden hat) bis zum letzten verfügbaren Datenpunkt. Bei der Verwendung des quantifizierbaren Ziels richtet sich die Berechnung nach den Referenzwerten, falls das Ziel solche fest schreibt.



Zunahme



Abnahme



Keine wesentliche Veränderung



Zustand oberhalb Referenzwert



Zustand unterhalb Referenzwert

Beurteilung: beobachtete Entwicklung im Vergleich zur angestrebten Entwicklung

Das dritte Symbol fasst die ersten beiden zusammen und ermöglicht so eine Beurteilung der beobachteten Entwicklung. Diese ist positiv, wenn sie der angestrebten Entwicklung entspricht, andernfalls negativ. Die Entwicklung gilt als unverändert (neutral), wenn sie zwischen +3% und -3% liegt. Falls keine Entwicklung angestrebt wird sondern ein Zustand, wird nur zwischen positiver und negativer Beurteilung unterschieden.



Positiv

(in Übereinstimmung mit der angestrebten Entwicklung)



Negativ

(entgegen der angestrebten Entwicklung)



Neutral



Keine Beurteilung

möglich

Bei den Indikatoren mit einem quantitativen und datierten Ziel entspricht die angestrebte Entwicklung dem theoretischen Weg, der zurückgelegt werden muss, um das Ziel bis zum vorgegebenen Zeitpunkt zu erreichen oder zu übertreffen. Zur Beurteilung wird die beobachtete Entwicklung auf ihre Übereinstimmung mit dem theoretischen Weg analysiert: Sie wird als positiv beurteilt, wenn sie zu mindestens 97% der angestrebten Entwicklung entspricht. Liegt sie zwischen 0% und 97%, gilt sie als unverändert, und bei unter 0% wird sie als negativ eingestuft.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI

Bundesamt für Statistik BFS
Abteilung Raum und Umwelt

Leitlinie 1: Wohlstand

Die Schweiz sichert ihren Wohlstand und nutzt die Chancen der Digitalisierung sowie der nachhaltigen Entwicklung.

Schuldenquote des Bundes

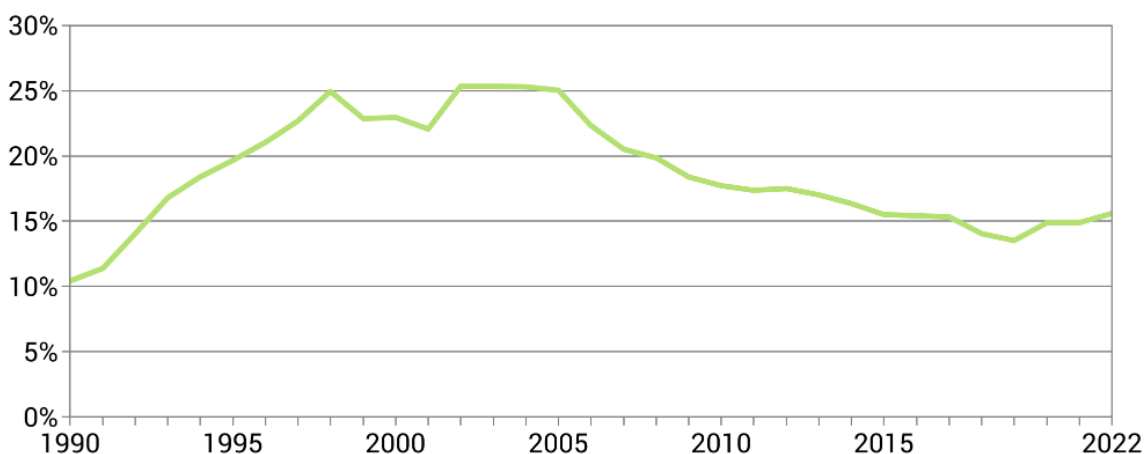
Auszug aus dem Legislaturziel 1: *Die Sicherstellung einer stabilen Finanzordnung ist Voraussetzung für den Erhalt des Wohlstands in der Schweiz. Das erfordert einerseits einen ausgeglichenen Bundeshaushalt, andererseits einen angemessenen nationalen Finanzausgleich. Die Ziele der Legislaturplanung 2019–2023 müssen im Einklang mit den finanziellen Möglichkeiten stehen.*

Bedeutung des Indikators: Die Schuldenquote zeigt, wie nachhaltig die aktuelle Finanzpolitik ist und welche finanzielle Last heutiger Vorhaben auf zukünftige Generationen abgewälzt wird. Über das vertretbare Ausmass von Schulden gibt es keine einheitlichen Auffassungen, daher gibt die Politik Toleranzgrenzen vor. In der Schweiz wurde dazu 2003 die Schuldenbremse eingeführt: Ziel der Schuldenbremse ist es, dass sich die nominellen Bruttoschulden stabilisieren und das Ausgabenwachstum auf die Einnahmenentwicklung begrenzt wird. Der Indikator zeigt die Höhe der Bruttoschulden des Bundes im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt zu laufenden Preisen, das heisst im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Quantifizierbares Ziel: *Die Bruttoschuldenquote des Bundes (Bruttoschulden in % des BIP) stabilisiert oder verringert sich gegenüber 2018 (14,4 %).*

Schuldenquote des Bundes

Bruttoschulden des Bundes im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt



Quelle: EFV – Finanzberichterstattung

© BFS 2023

Die Bruttoschuldenquote stieg im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Prozentpunkte und lag 2022 bei 15,6 Prozent.

Die Bruttoschuldenquote des Bundes stieg in den 1990er Jahren an, erreichte 2002 mit 25,4% ihren Höchststand und konnte danach wieder gesenkt werden. 2020 nahm sie wieder zu, bedingt durch die Covid-19-Pandemie. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Bruttoschuldenquote 2022 um 0,7 Prozentpunkte zugenommen und betrug 15,6%. Absolut gemessen haben die Bruttoschulden im Vergleich zum Vorjahr um 11,4 Milliarden zugenommen und betrugen 2022 gut 120 Milliarden Franken.

Schuldenbremse

Die Reduktion der Verschuldung bis zu Beginn der Covid-19-Pandemie wird auf die Einführung der Schuldenbremse 2003 zurückgeführt. Auch die Schuldenquote der öffentlichen Haushalte (Bund, Kantone, Gemeinden, Sozialversicherungen) ist insgesamt gesunken. In der Mehrzahl der Kantone bestehen analog zur Schuldenbremse ebenfalls Budgetbeschränkungen durch verschiedenartige

Regelbindungen. Diese tragen dazu bei, dass die Schuldenquote seit 2003 auch in den Kantonen und Gemeinden kontinuierlich gesenkt werden konnte.

Ausgabenquote und Passivzinsen

Die Ausgabenquote (Ausgaben des Bundes in Prozent des BIP) stieg zwischen 1990 und 2002 von 8,6% auf 10,5% des BIP. Zwischen 2003 und 2019 schwankte sie um 10% und stieg im Jahr 2020 auf 12,6%. Zuletzt belief sich die Ausgabenquote 2022 auf 10,5%. Zu den Ausgaben zählen auch die Passivzinsen, die aus der Verschuldung des Bundes resultieren. Die Zinsbelastung (Zinsausgaben in Prozent der ordentlichen Ausgaben des Bundes) ist infolge des Schuldenrückgangs und der tiefen Zinssätze von 7,1% im Jahre 2007 auf 1,1% im Jahr 2022 gesunken.

Defizit- oder Überschussquote

In den Jahren 2009 bis 2019 lag das Finanzierungsergebnis des Bundes jeweils im positiven Bereich. 2022 war das Finanzierungsergebnis mit -4,3 Milliarden Franken zum dritten Mal seit 2008 negativ, was zu einer Defizitquote von -0,6% führte.

Methodologie

Die Schuldenquote wird definiert als Bruttoschulden des Bundes in Prozent des Bruttoinlandprodukts zu laufenden Preisen. Sie ist Teil der Finanzberichterstattung der Eidgenössischen Finanzverwaltung und wird mit der Rechnung des Bundes jährlich publiziert.

Die Bruttoschulden des Bundes umfassen laufende Verbindlichkeiten, kurzfristige Finanzverbindlichkeiten (insbesondere Geldmarktschulden) und langfristige Finanzverbindlichkeiten (insbesondere Bundesobligationen).

Die Zahlen weichen von den Zahlen der Finanzstatistik leicht ab, da in der Finanzstatistik für den Bund auch diverse Sonderrechnungen berücksichtigt sind (z.B. ETH-Bereich und Fonds für Eisenbahngrossprojekte). Die Finanzstatistik erfasst die Rechnungen aller öffentlichen Haushalte und liefert Zahlen für den internationalen Vergleich.

Das Kernstück der Schuldenbremse besteht aus einer einfachen Regel: Über einen Konjunkturzyklus hinweg dürfen die Ausgaben nicht grösser sein als die Einnahmen. Der Plafond für die Ausgaben wird an die Höhe der Einnahmen gebunden, korrigiert um einen Faktor, der die konjunkturelle Lage berücksichtigt (k-Faktor). In Phasen der Hochkonjunktur muss der Bund einen Überschuss erwirtschaften, umgekehrt sind in Phasen der gesamtwirtschaftlichen Unterauslastung Defizite zulässig. Über einen ganzen Konjunkturzyklus hinweg ist die Rechnung ausgeglichen. Die Regel wirkt unabhängig von der Höhe der Steuerbelastung. Sie lässt Steuererhöhungen und Steuersenkungen zu. Eine Steuersenkung muss gemäss Regel mit Ausgabensenkungen einhergehen.

Definitionen

Bruttoinlandprodukt (BIP)

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist die Referenzgrösse zur Messung der wirtschaftlichen Leistung. Es ergibt sich aus der Summe der durch die ansässigen Wirtschaftsakteure erbrachten Wertschöpfung, zusätzlich der Steuern und abzüglich der Gütersubventionen. Das BIP wird zu laufenden Preisen sowie zu Preisen des Vorjahres berechnet. Das Wirtschaftswachstum wird durch die Veränderungsrate zu Preisen des Vorjahres ausgedrückt.

Index des standardisierten Steuerertrags

Auszug aus dem Legislaturziel 1: *Die Sicherstellung einer stabilen Finanzordnung ist Voraussetzung für den Erhalt des Wohlstands in der Schweiz. Das erfordert einerseits einen ausgeglichenen Bundeshaushalt, andererseits einen angemessenen nationalen Finanzausgleich.*

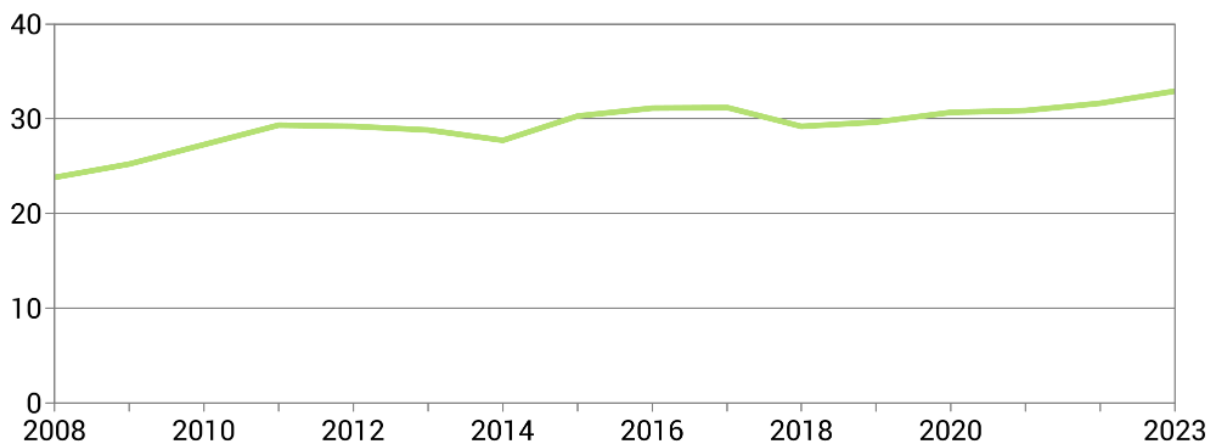
Bedeutung des Indikators: Die geografische Lage, die soziodemografische Struktur, unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen und weitere Einflüsse führen zu Differenzen hinsichtlich der finanziellen Ressourcen und Lasten der Kantone und Gemeinden. Um die sich dadurch ergebenden Disparitäten in Steuerbelastung und Ausstattung mit öffentlichen Gütern auf ein Mass zu reduzieren, das den sozialen Zusammenhalt und den föderalen Staataufbau nicht gefährdet, wurde ein Finanzausgleichssystem mit Ressourcen- und Lastenausgleich zwischen Bund und Kantonen entwickelt.

Der Indikator gibt Auskunft über das Ausmass der Ungleichheiten zwischen den Kantonen. Er stellt die Streuung (Standardabweichung) der Indizes der standardisierten Steuererträge (SSE) aller Kantone nach erfolgtem Ressourcenausgleich dar. Eine Zunahme der Streuung bedeutet eine Zunahme der Ungleichheiten zwischen den Kantonen.

Quantifizierbares Ziel: *Der Finanzausgleich trägt dazu bei, dass die Ungleichheiten zwischen den Kantonen so gering wie möglich ausfallen.*

Index des standardisierten Steuerertrags (SSE)

Standardabweichung der Indizes SSE aller Kantone nach erfolgtem Ressourcenausgleich



Anmerkung: Dem Referenzjahr liegt ein Mittelwert aus drei Bemessungsjahren zugrunde.

Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung

© BFS 2023

Nach einer anfänglichen Zunahme haben sich die finanziellen Disparitäten zwischen den Kantonen in den letzten Jahren stabilisiert.

Zwischen 2008 und 2011 erhöhten sich die Disparitäten zwischen den Kantonen, gemessen an der Standardabweichung der Indizes SSE nach erfolgtem Ressourcenausgleich, von 23,8 auf 29,3. Dies bedeutet, dass in diesen Jahren die kantonalen Unterschiede in Bezug auf die finanziellen Mittel trotz Finanzausgleich zugenommen haben. Bis 2021 schwankte der Indikator um einen Wert von 30 und zeigt seither eine zunehmende Tendenz.

Auswirkungen des Finanzausgleichs

Ohne Finanzausgleich wären die Unterschiede zwischen den ressourcenschwachen und ressourcenstarken Kantonen noch grösser: Im gesamten Beobachtungszeitraum 2008-2023 konnten

die kantonalen Unterschiede zugunsten der ressourcenschwachen Kantone durchschnittlich um 27% verringert werden.

Geografisch-topografischer Lastenausgleich

Neben dem oben erwähnten Ressourcenausgleich zwischen den Kantonen beinhaltet der Finanzausgleich auch den vom Bund finanzierten Lastenausgleich. Der geografisch-topografische Lastenausgleich bemisst sich nach räumlichen Faktoren wie Höhenlage und Siedlungsstruktur, Steilheit des Geländes und der Bevölkerungsdichte. Im Jahr 2023 trugen 18 Kantone überdurchschnittliche Lasten in diesen Bereichen und wurden daher vom Bund unterstützt. Den höchsten Ausgleichsbeitrag verzeichnete der Kanton Graubünden mit 684 Franken pro Einwohner. Dahinter folgten die Kantone Appenzell Innerrhoden (565 Franken), Appenzell Ausserrhoden (375 Franken), Uri (319 Franken) und Wallis (217 Franken).

Soziodemografischer Lastenausgleich

Der soziodemografische Lastenausgleich kommt denjenigen Kantonen zugute, welche durch ihre Bevölkerungsstruktur oder die Zentrumsfunktion ihrer Kernstädte belastet sind. Mit 336 Franken pro Einwohner wurden dem Kanton Basel-Stadt die höchsten Beträge aus dem soziodemografischen Lastenausgleich zuteil, gefolgt von den Kantonen Genf (314 Franken) und Waadt (155 Franken). Die Beiträge für die übrigen sieben Kantone erreichten maximal rund 80 Franken pro Einwohner.

Methodologie

Der Indikator stellt die Standardabweichung der Indizes der standardisierten Steuererträge (SSE) aller Kantone nach erfolgtem Ressourcenausgleich dar. Der Index SSE eines Kantons entspricht dem SSE eines Kantons pro Kopf nach dem Ausgleich dividiert durch den gesamtschweizerischen SSE pro Kopf vor dem Ausgleich. Der daraus resultierende Quotient wird anschliessend mit 100 multipliziert.

Der Ressourcenausgleich basiert auf dem sogenannten Ressourcenpotenzial der Kantone. Dieses berücksichtigt die fiskalisch ausschöpfbare Wertschöpfung in einem Kanton und widerspiegelt damit seine Wirtschaftskraft. Das Ressourcenpotenzial setzt sich aus den steuerbaren Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen sowie den steuerbaren Gewinnen der juristischen Personen zusammen. Wird das Ressourcenpotenzial pro Kopf ins Verhältnis zum entsprechenden schweizerischen Mittel gesetzt, resultiert daraus der Ressourcenindex. Kantone mit einem Ressourcenindex von über 100 Punkten gelten als ressourcenstark und zahlen in den Ressourcenausgleich ein. Kantone mit einem Ressourcenindex von unter 100 Punkten sind ressourcenschwach und erhalten vom Bund und den ressourcenstarken Kantonen stammende Mittel aus dem Ressourcenausgleich.

Der standardisierte Steuerertrag (SSE) eines Kantons entspricht den Steuereinnahmen, die er erzielen würde, wenn er sein Ressourcenpotenzial mit einem für alle Kantone einheitlichen, proportionalen Steuersatz besteuern würde. Zur Beurteilung der Ausgleichswirkung werden den kantonalen Werten des SSE die Beiträge des Ressourcenausgleichs dazugeschlagen bzw. abgezogen. Daraus lässt sich der Index der SSE nach erfolgtem Ausgleich berechnen.

Der Indikator weist die Referenzjahre aus. Die Berechnung des Index basiert auf einem gleitenden Dreijahresmittelwert der standardisierten Steuererträge (Bemessungsjahre). Das erste Bemessungsjahr liegt gegenüber dem Referenzjahr um sechs, das letzte um vier Jahre zurück. Dem Referenzjahr 2016 liegen somit die Bemessungsjahre 2010-2012 zugrunde.

Der Index des standardisierten Steuerertrags wird jährlich von der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) berechnet und publiziert.

Definitionen

Ressourcenindex

Der Ressourcenindex bildet die Basis für den Ressourcenausgleich. Er ersetzt im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) den Finanzkraftindex des heute geltenden Finanzausgleichs. Der Ressourcenindex widerspiegelt die steuerlich ausschöpfbaren Ressourcen eines Kantons. Die aggregierte Steuerbemessungsgrundlage (ASG) dient als Grundlage für die Berechnung des Ressourcenindex. Die ASG eines Kantons

besteht aus der Summe der steuerbaren Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen sowie der Gewinne der juristischen Personen.

Standardabweichung (SD)

Die Standardabweichung (engl. **S**tandard **D**eviation) ist eines von verschiedenen Massen für die Streuung. Sie ist die Quadratwurzel aus der Varianz.

Digitale Abwicklung von Behördengeschäften

Auszug aus dem Legislaturziel 2: *Der Bundesrat will die Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, um die Effizienz und die Qualität der öffentlichen Dienste zu stärken. Dazu werden im Rahmen von «E-Government» behördliche Leistungen möglichst elektronisch bereitgestellt, sodass sie ohne besondere Kenntnisse von Zuständigkeiten und ohne technisches Spezialwissen genutzt werden können.*

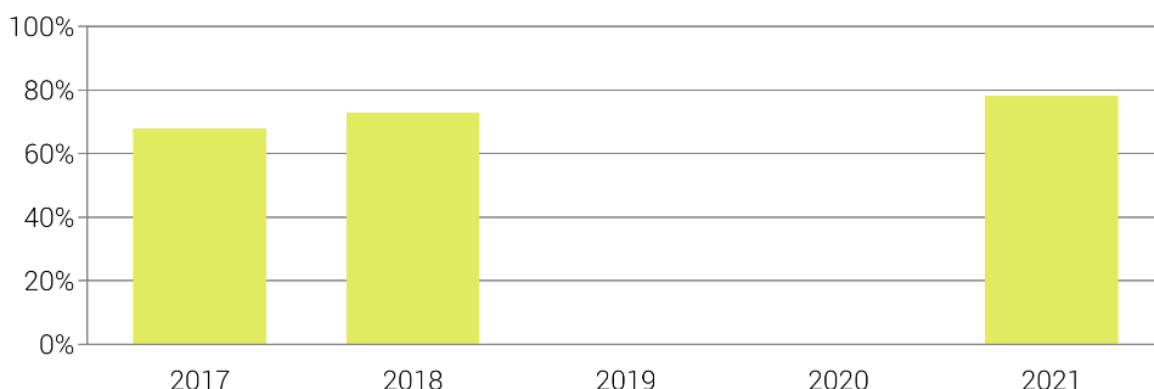
Bedeutung des Indikators:

Die Digitalisierung prägt heute den Alltag, vom Privatleben über die Wirtschaft bis hin zum Staat. Insbesondere in den letzten zwei Bereichen lassen sich durch die Digitalisierung von Prozessen Effizienzgewinne realisieren. Optimierungen der Verwaltungstätigkeit tragen zur Stärkung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schweiz bei, sofern die administrative Belastung der Unternehmen dadurch gesenkt werden kann. Dafür ist nicht nur das Angebot digitaler Dienstleistungen von Bedeutung, sondern auch die effektive Nutzung dieser Dienstleistungen. Der Indikator zeigt den Anteil der befragten Unternehmen, die angeben, ungefähr die Hälfte oder einen grösseren Anteil der Behördendienstleistungen digital abzuwickeln.

Quantifizierbares Ziel: *Im Bereich E-Government nimmt die Nutzung der angebotenen Leistungen zu.*

Nutzung digital angebotener Behördendienstleistungen durch Unternehmen

Anteil der befragten Unternehmen, der ungefähr die Hälfte oder einen grösseren Anteil aller Dienstleistungen von Behörden online abwickelt/erledigt



Basis sind alle Unternehmen, die Dienstleistungen von Behörden in Anspruch nehmen.
(2017: n = 1354; 2018: n = 1226; 2021: n = 1317)

Quelle: Digitale Verwaltung Schweiz; SECO – Nationale E-Government-Studie

© BFS 2022

78 Prozent der Unternehmen wickelten 2021 ungefähr die Hälfte oder einen grösseren Anteil ihrer Behördengeschäfte digital ab.

Der Anteil der befragten Unternehmen, die gemäss eigenen Angaben ungefähr die Hälfte oder einen grösseren Anteil der Behördendienstleistung online abwickeln, lag 2021 bei 78% (2018: 73%). Ein Sechstel der Befragten gab dabei an, ihr Unternehmen wickle keine Dienstleistungen digital ab. Zu den Behördendienstleistungen, die von Unternehmen am häufigsten digital abgewickelt werden, gehören die Teilnahme an statistischen Umfragen, das Ausfüllen der Steuererklärung bzw. die Beantragung einer Fristverlängerung für deren Einreichung sowie die Anmeldung von Unternehmen bei den Sozialversicherungen und die Abrechnung derselben.

Digitale Nutzung von Behördendienstleistungen durch die Bevölkerung

Im Jahr 2021 gaben 69% der befragten Personen aus der Bevölkerung an, etwa die Hälfte oder einen

grösseren Anteil der Behördendienstleistungen online abgewickelt zu haben. Damit liegt dieser Wert höher als bei der Befragung 2018 (63%). Am häufigsten nimmt die Bevölkerung digital angebotene Leistungen zur Steuererklärung sowie die Zahlungen von Rechnungen in Anspruch. 2021 gehörte ausserdem die Terminreservation für die COVID-19-Impfung zu den am meisten genutzten digitalen Behördendienstleistungen.

Hindernisse bei der Nutzung durch die Bevölkerung

Die digitale Abwicklung von Behördendienstleistungen verläuft nicht ganz ohne Hindernisse. So identifizierte 2021 rund ein Fünftel der befragten Personen erschwerende Faktoren bei der Nutzung der digital angebotenen Behördendienstleistungen. Rund die Hälfte dieser Personen findet es zu kompliziert, die richtigen Angebote der Behörden zu finden, oder aber es mangelt an Vertrauen in Datenschutz und Datensicherheit.

Zufriedenheit von Bevölkerung und Unternehmen

Trotz der einschränkenden Faktoren sind die Mehrheit der befragten Personen und Unternehmen generell eher zufrieden mit dem E-Government-Angebot der Behörden in der Schweiz. 2021 zeigten sich 59% der befragten Personen aus der Bevölkerung eher zufrieden mit den digital angebotenen Behördendienstleistungen, 5% der Befragten waren äusserst zufrieden. Von den befragten Unternehmen waren 66% eher und 5% äusserst zufrieden.

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil der befragten Unternehmen, die angeben, ungefähr die Hälfte oder einen grösseren Anteil aller in Anspruch genommenen Behördendienstleistungen digital abgewickelt zu haben.

Die Daten stammen aus der nationalen E-Government-Studie, die jeweils im Auftrag von der Geschäftsstelle E-Government Schweiz und dem SECO durchgeführt wird. Der vom Indikator abgebildete Anteil zeigt die Summe der Antwortmöglichkeiten «ca. die Hälfte», «fast alle», «alle» auf folgende Frage: Wie viele der Dienstleistungen von Behörden, welche Ihr Unternehmen in Anspruch nimmt, werden online erledigt/abgewickelt?

Als Grundgesamtheit für die Befragung dienen die in der Schweiz ansässigen und aktiven Unternehmen des 2. und 3. Sektors gemäss dem Betriebs- und Unternehmensregister (BUR) des BFS. Daraus zieht das BFS eine Stichprobe von Unternehmen. Die Grösse der Stichprobe beträgt jeweils $n = 4000$ Unternehmen. Die Netto-Ausschöpfungsquote lag 2017 bei 38,3%, 2018 bei 34,8%. Das entspricht 1479 realisierten Interviews für das Referenzjahr 2017 und 1331 realisierten Interviews für das Referenzjahr 2018. Der Indikator bildet nur Unternehmen ab, die Behördendienstleistungen in Anspruch nehmen (2017: 1354; 2018: 1226).

Die Ziehung der Stichprobe erfolgt disproportional, da vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Fokus der Studie stehen und um Vergleiche zwischen Sprachregionen und verschiedenen Grössenkategorien von Unternehmen zu ermöglichen. Diese Stichprobe wurde durch eine Gewichtung basierend auf der Verteilung der Unternehmen innerhalb der Grundgesamtheit korrigiert, um repräsentative Aussagen über die Grundgesamtheit machen zu können. Antwortausfälle werden dabei nicht systematisch analysiert.

Die Befragung erfolgt online und telefonisch (Mixed-Mode CAWI und CATI), wobei der Anteil der Online-Befragungen überwiegt.

Die bisherigen nationalen E-Government-Studien beziehen sich auf die Referenzjahre 2017 und 2018, die nächste Studie ist für das Referenzjahr 2021 geplant.

Definitionen

E-Government («eGovernment»)

Unterstützung der Beziehungen, Prozesse und politischen Partizipation innerhalb der staatlichen Stellen aller Ebenen (Bund/Kantone/Gemeinden) sowie zwischen den staatlichen Stellen (Bund - Kantone - Gemeinden) und all ihren Anspruchsgruppen (Bürgerinnen und Bürger / Unternehmen / Institutionen) durch die Bereitstellung entsprechender Interaktionsmöglichkeiten mittels elektronischer Medien.

Fiskalquote der öffentlichen Haushalte

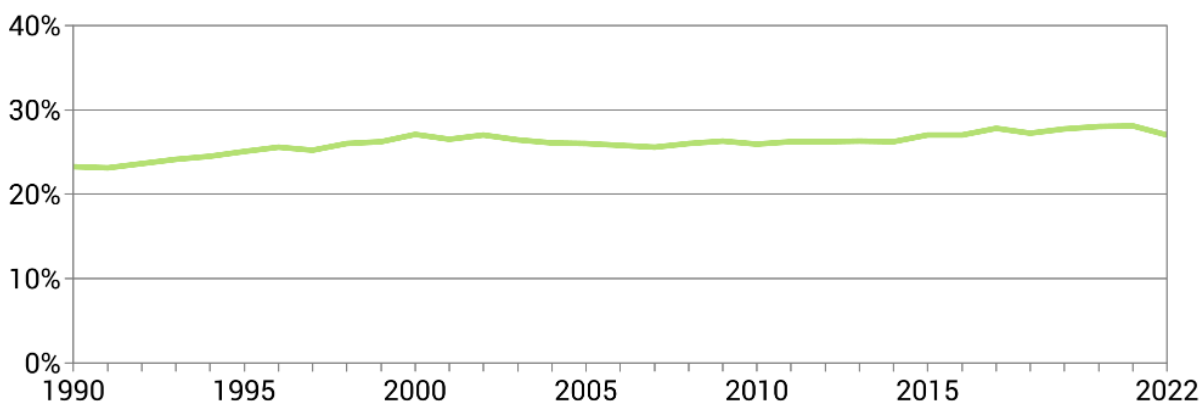
Auszug aus dem Legislaturziel 3: *Die Schweizer Wirtschaft ist auf bestmögliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen angewiesen, damit sie ihre internationale Konkurrenzfähigkeit erhalten und ihr Wachstum stärken kann. Dazu gehören eine tiefe administrative Belastung und eine möglichst grosse Rechtssicherheit, um die Planbarkeit der Geschäftstätigkeit zu gewährleisten und Innovation zu ermöglichen.*

Bedeutung des Indikators: Eine niedrige Steuerbelastung trägt zur Standortattraktivität bei und ist daher aus wirtschaftlicher Sicht erwünscht. Die Standortqualität hängt allerdings von vielen Faktoren ab, so auch von den rechtlichen Rahmenbedingungen, vom sozialen Frieden und von der Qualifikation potentieller Arbeitskräfte. Aus der Fiskalquote lassen sich keine direkten Rückschlüsse auf die finanzielle Situation der privaten Haushalte ziehen. Dafür müsste die Steuerbelastung zu den Leistungen, welche die Bürgerinnen und Bürger vom Staat erhalten, in Bezug gesetzt werden. Die Fiskalquote ist die Summe aller Steuern und öffentlichen Abgaben von Bund, Kantonen, Gemeinden sowie für öffentlichen Sozialversicherungen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt zu laufenden Preisen. Die Quote ist somit ein Mass für die aggregierte Belastung durch Fiskalabgaben.

Quantifizierbares Ziel: *Zur Erhaltung bzw. Steigerung der Standortattraktivität stabilisiert oder verringert sich die Fiskalquote gegenüber 2018 (Fiskalquote [Staat]: 28,1 %).*

Fiskalquote der öffentlichen Haushalte

Einnahmen aus Steuern und obligatorischen Sozialversicherungsbeiträgen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt



2022: Teilweise geschätzt

Quelle: EFV – Finanzstatistik

© BFS 2023

Die Fiskalquote nimmt seit 2018 zu und belief sich im Jahr 2022 auf 27 Prozent.

Die Fiskalquote stieg im Verlauf der 90er-Jahre an und oszillierte zwischen 2001 und 2014 um die 26% und nimmt seither tendenziell zu. 2022 war die Fiskalquote jedoch mit 27% des BIP 1,1 Prozentpunkte tiefer als im Vorjahr. Im internationalen Vergleich fällt die Fiskalquote der Schweiz tief aus. Im Vergleich mit OECD-Ländern, welche sich auf einem ähnlichen Entwicklungsstand befinden wie die Schweiz, wiesen 2021 Irland und die USA eine tiefere Fiskalquote aus. Bei internationalen Vergleichen ist darauf zu achten, dass die Beiträge im Bereich der beruflichen Vorsorge (Pensionskassenbeiträge) und die Prämien für die in der Schweiz obligatorische Krankenversicherung nicht berücksichtigt werden. Diese Abgaben werden in vielen Staaten über das Steuersystem finanziert.

Staatsquote

Mit den Fiskaleinnahmen wird ein grosser Teil der staatlichen Aktivitäten und Ausgaben finanziert. Die Staatsquote, das heisst die Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte im Verhältnis zum BIP, stieg in den 1990er Jahren an und erreichte 2002 mit 34,1% einen vorläufigen Höchstwert. 2020 betrug die Staatsquote 37,1% des BIP und erreichte damit ein neues Maximum. Dieser Anstieg war auf das Aufgabenwachstum im Zuge der Massnahmen zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie bei einem gleichzeitigen Rückgang des BIP zurückzuführen. 2022 lag die Staatsquote mit 32,2% wieder auf dem Niveau vor der Pandemie. Im Vergleich mit anderen OECD-Ländern weist die Schweiz weiterhin eine der tiefsten Staatsquoten auf.

Steuerbelastung nach Kanton

Die Steuerbelastung ist je nach Kanton unterschiedlich hoch: Die tiefsten Werte des Steuerausschöpfungsindex sind im Referenzjahr 2023 in den Zentralschweizer Kantonen Zug, Nidwalden und Schwyz zu verzeichnen, wobei Zug den kleinsten Indexwert aufweist. Den höchsten Wert weist der Kanton Genf aus, gefolgt von Neuenburg und Waadt.

Methodologie

Die Fiskalquote in Prozent des Bruttoinlandprodukts zu laufenden Preisen in der Schweiz umfasst sämtliche Steuern und öffentlichen Abgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie die Sozialversicherungsabgaben. Diese setzen sich aus den Beiträgen der Arbeitnehmer und -geber an die öffentlichen Sozialversicherungen zusammen (AHV, IV, EO, ALV, Familienzulagen in der Landwirtschaft sowie Mutterschaftsversicherung des Kantons Genf). Nicht enthalten sind somit Gebühren- und Zinseinnahmen sowie sonstige weitere Einnahmen des Staates wie z.B. Bussen. Auch die Beiträge an die Krankenkassen, Unfallversicherungen und Pensionskassen werden trotz Obligatorium nicht berücksichtigt, da diese Unternehmen nicht zum Sektor Staat gehören. Bei der Berechnung der Fiskalquote stützt sich die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) auf die Zahlen der Finanzstatistik, welche gemäss dem internationalen Finanzstatistikstandard des Internationalen Währungsfonds (IWF) ermittelt werden. Diese entsprechen den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) veröffentlichten Fiskaleinnahmen. Dadurch ist die Vergleichbarkeit mit den Fiskalquoten anderer Länder sichergestellt. Die Fiskalquote wird jährlich publiziert.

Definitionen

Bruttoinlandprodukt (BIP)

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist die Referenzgrösse zur Messung der wirtschaftlichen Leistung. Es ergibt sich aus der Summe der durch die ansässigen Wirtschaftsakteure erbrachten Wertschöpfung, zusätzlich der Steuern und abzüglich der Gütersubventionen. Das BIP wird zu laufenden Preisen sowie zu Preisen des Vorjahres berechnet. Das Wirtschaftswachstum wird durch die Veränderungsrate zu Preisen des Vorjahres ausgedrückt.

Fiskalquote

Die Fiskalquote misst den gesamten Fiskalertrag des Sektors Staat (Steuern und Sozialversicherungsabgaben) im Verhältnis zum nominalen BIP.

Steuerausschöpfungsindex

Der Steuerausschöpfungsindex ist ein Abbild der gesamten Steuerbelastung in einem Kanton. Er gibt Aufschluss über die gesamte Fiskalbelastung des Ressourcenpotenzials und zeigt damit, wie stark die steuerlich ausschöpfbare Wertschöpfung (Einkommen, Gewinne und Vermögenszuwachs) der Steuerpflichtigen (natürliche und juristische Personen) effektiv durch Steuern der Kantone und Gemeinden belastet wird und somit nicht mehr für die private Verwendung zur Verfügung steht.

Produktmarktregulierung

Auszug aus dem Legislaturziel 3: *Die Schweizer Wirtschaft ist auf bestmögliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen angewiesen, damit sie ihre internationale Konkurrenzfähigkeit erhalten und ihr Wachstum stärken kann. Dazu gehören eine tiefe administrative Belastung und eine möglichst grosse Rechtssicherheit, um die Planbarkeit der Geschäftstätigkeit zu gewährleisten und Innovation zu ermöglichen.*

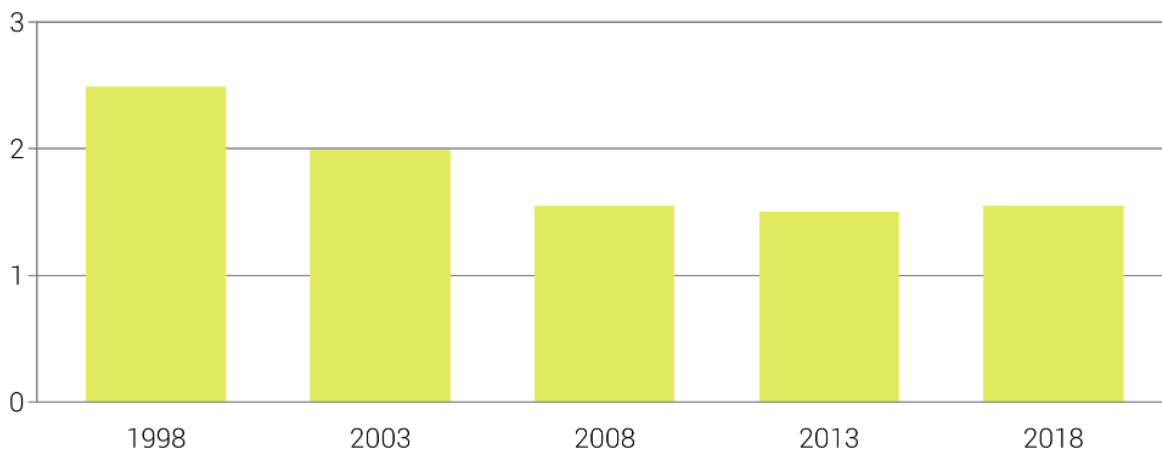
Bedeutung des Indikators:

Die Regulierungen der Produktmärkte, wie zum Beispiel die Strommarktregulierung, das Lebensmittelrecht oder Zulassungsvorschriften für Produkte, sind Teil der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Durch eine optimale, das heisst durch eine in der Regel an Marktprinzipien ausgerichtete und administrative Belastungen vermeidende Ausgestaltung der Rahmenbedingungen kann mehr Wettbewerb in den Produktmärkten entstehen. Kompetitive Märkte können Firmen dazu bringen, effizienter zu sein respektive die Produktivität zu erhöhen. Mehr Wettbewerb hat einen Effekt auf das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung. Der Index der Produktmarktregulierung besteht aus einem Set von Indikatoren, welche den Grad messen, inwieweit Regulierungen den Wettbewerb im Produktmarkt fördern oder behindern. Ein tiefer Index bedeutet, dass Regulierungen der Produktmärkte eines Landes wettbewerbsfreundlich ausgestaltet sind.

Quantifizierbares Ziel: *Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern sich, indem die Produktmarktregulierung wettbewerbsfreundlicher ausgestaltet wird.*

Produktmarktregulierung

Index von 0 (wettbewerbsfreundliche Regulierung) bis 6 (wettbewerbshindernde Regulierung)



2018: Bruch in der Zeitreihe

Quelle: OECD – Integrierter PMR-Indikator

© BFS 2020

Die Produktmarktregulierung ist seit 2008 stabil geblieben.

Nachdem der Index der Produktmarktregulierung im Vergleich mit den Erhebungen von 1998 und 2003 gesunken war, blieb er seit der Erhebung 2008 praktisch konstant. Der Indexwert betrug 2018 für die Schweiz 1,55 Punkte. Der Wert von 2018 ist aufgrund einer Revision nicht direkt mit früheren Erhebungen vergleichbar.

Internationaler Vergleich

An der Spitze der OECD-Länder mit wettbewerbsfreundlicher Produktmarktregulierung befanden sich 2018 mit einem Wert von 0,79 Grossbritannien, gefolgt von Spanien mit 1,04 Punkten. Insgesamt haben die Mitgliedsländer der OECD die Produktmärkte seit 1998 grösstenteils liberalisiert.

Staatliche Beteiligungen

Die Schweiz weist insbesondere im Regulierungsbereich „staatliche Beteiligungen“ aufgrund der vielen Staatsunternehmen eine wettbewerbshindernde Regulierung auf. 2018 betrug der Indexwert in diesem Bereich 3,23 und lag damit über dem OECD-Durchschnitt von 2,15 Punkten.

Netzinfrastuktur

Im Vergleich mit der EU und der OECD hat die Schweiz zudem eine hohe Produktmarktregulierung in den Sektoren Telekommunikation, Verkehr und Energie, welchen ein flächendeckendes Infrastrukturnetz zugrunde liegt oder aus historischen Gründen in den Händen von Kantonen und Gemeinden sind. Dies betrifft zum Beispiel die Briefpost und das Bahnnetz. Im Elektrizitätsmarkt hat in den letzten Jahren eine Deregulierung stattgefunden, dennoch bleibt die Regulierungsdichte in diesem Bereich hoch.

Methodologie

Die Produktmarktindikatoren der OECD basieren auf qualitativen Informationen aus Gesetzen und Regulierungen, die als quantitative Daten codiert werden. Die codierte Information wird auf einer Skala von Null bis sechs normalisiert. Je höher der Wert, desto stärker die Einschränkungen für den Wettbewerb.

Die möglichen Regulierungen im Produktmarkt umfassen (1) Verzerrungen, die aufgrund staatlicher Eingriffe entstehen (z.B. staatliches Eigentum, Eingriffe in die Geschäftstätigkeiten) und (2) Hindernisse beim Markteintritt in- und ausländischer Firmen (z.B. administrative Belastung neugegründeter Unternehmen, Einschränkungen in Dienstleistungs- und Netzsektoren, Barrieren für den internationalen Handel und Direktinvestitionen).

Zudem werden spezifische Regulierungen berücksichtigt, vor allem in den Bereichen des Flug- und Schienenverkehrs, der Transporte auf Schiene und Strasse und der Telekommunikation. Der Produktmarkt umfasst Konsum- und Investitionsgüter (ausgeschlossen sind Agrarprodukte, die Lebensmittelbranche wird aber berücksichtigt). Der Indikator wird alle fünf Jahre von der OECD erhoben und publiziert. Die Methode wird regelmässig revidiert.

Syntheseindex der Innovation

Auszug aus dem Legislaturziel 3: *Die Schweizer Wirtschaft ist auf bestmögliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen angewiesen, damit sie ihre internationale Konkurrenzfähigkeit erhalten und ihr Wachstum stärken kann. Dazu gehören eine tiefe administrative Belastung und eine möglichst grosse Rechtssicherheit, um die Planbarkeit der Geschäftstätigkeit zu gewährleisten und Innovation zu ermöglichen.*

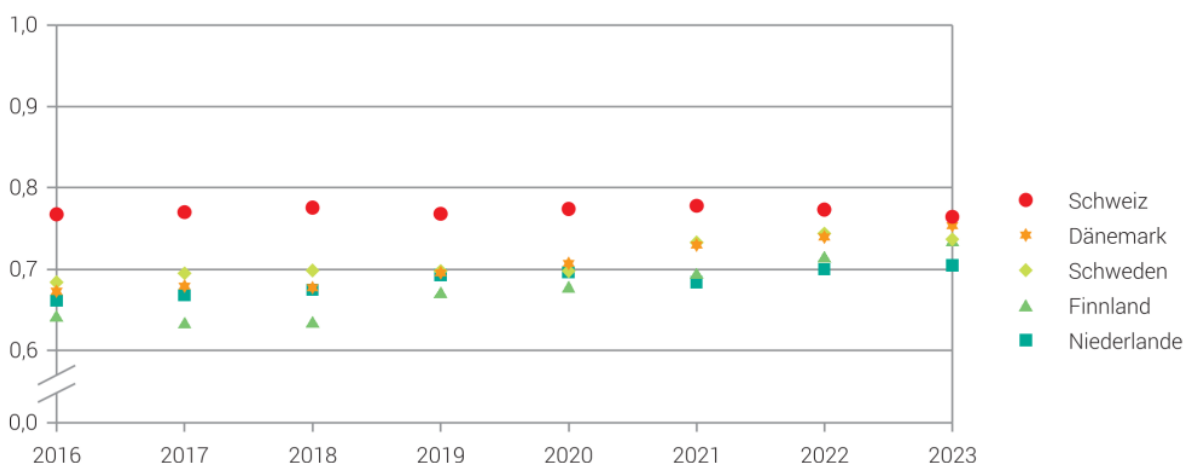
Bedeutung des Indikators: In einem durch zunehmende Globalisierung geprägten Kontext muss die Schweiz ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken, um ihren Wohlstand langfristig sichern zu können. Eine grundlegende Voraussetzung hierfür ist ein innovationsfreundliches Umfeld. Dieses zeichnet sich beispielsweise durch international vernetzte Bildungsinstitutionen, eine angemessene Forschungsfinanzierung und ein hochentwickeltes Humankapital aus.

Der Indikator zeigt den Syntheseindex der Innovation für die fünf erfolgreichsten Länder. Der Index nimmt Werte zwischen 0 (geringe Innovationstätigkeit) und 1 (hohe Innovationstätigkeit) an und enthält Informationen zur Innovationstätigkeit von Firmen, den dafür notwendigen Voraussetzungen sowie den wirtschaftlichen Auswirkungen.

Quantifizierbares Ziel: *Die Schweiz behält ihre Position als international führender Innovationsstandort.*

Syntheseindex der Innovation

Index der Innovationstätigkeit von 0 (gering) bis 1 (hoch) der fünf erfolgreichsten Länder



Die Datengrundlage des Syntheseindex der Innovation unterliegt Anpassungen im zeitlichen Verlauf.

Quelle: Europäische Kommission – European Innovation Scoreboard

© BFS 2023

Die Schweiz belegte 2023 wie bereits in den Vorjahren den ersten Rang beim Syntheseindex der Innovation.

Der Syntheseindex der Innovation für die Schweiz ist zwischen 2016 und 2023 relativ konstant geblieben. Im Jahr 2023 erreichte er einen Wert von 0,764. Damit platzierte sich die Schweiz an erster Stelle, vor allen EU-Ländern und berücksichtigten Drittstaaten. Innerhalb der EU weist Dänemark mit 0,753 den höchsten Wert auf, gefolgt von Schweden (0,737), Finnland (0,735) und den Niederlanden (0,705). Die Schweiz ist insbesondere in den Bereichen Humankapital, Attraktivität der Forschungssysteme, bei öffentlich-privaten Co-Publikationen, in innovativen Branchen und wissensintensiven Aktivitäten sowie bei der Ressourcenproduktivität führend.

F+E-Aufwendungen

Investitionen in die Forschung und Entwicklung (F+E) tragen dazu bei, innovationsfreundliche

Bedingungen zu schaffen. 2021 wendete die Schweiz 24,6 Milliarden Franken dafür auf, was 3,4% ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspricht. 68% der F+E-Investitionen in der Schweiz wurden 2021 von privaten Unternehmen getätigt. Die Hochschulen, die mehrheitlich durch öffentliche Mittel finanziert sind, der Bund und die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter trugen den restlichen Anteil bei.

Bildungsniveau der Bevölkerung

Das Bildungsniveau spielt bei der Förderung eines innovationsfreundlichen Humankapitals eine grosse Rolle. 2022 verfügten 86,1% der ständigen Wohnbevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren über eine nachobligatorische Ausbildung, wobei dieser Anteil seit 2011 angestiegen ist. 41,4% der ständigen Wohnbevölkerung dieser Altersklasse verfügten 2022 über eine Ausbildung auf Sekundarstufe II und 44,7% über eine Tertiärausbildung.

Beschäftigte in innovativen Branchen

Seit 2011 hat sich der Anteil der Beschäftigten in innovativen Branchen am Total der Beschäftigten des sekundären und tertiären Sektors in Vollzeitäquivalenten nicht signifikant verändert. 2021 betrug er 30,2%.

Methodologie

Der Indikator zeigt den Syntheseindex der Innovation (Summary Innovation Index), der dem Mittelwert aus 32 Indikatoren entspricht. Der Index liegt zwischen 0 und 1, wobei der Wert 0 für geringe Innovationstätigkeit und 1 für hohe Innovationstätigkeit steht. Beim Syntheseindex der Innovation handelt es sich um einen relativen Index, d.h. der jeweilige Indexwert eines Landes hängt von den Resultaten der übrigen Länder und insbesondere des erst- bzw. letztplatzierten Landes ab.

Der Syntheseindex der Innovation gliedert sich in vier thematische Bereiche: günstige Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung, Investitionen in Forschung und Entwicklung, Innovationstätigkeiten sowie deren wirtschaftliche Auswirkungen. Diese vier thematischen Bereiche sind in insgesamt zwölf Dimensionen unterteilt, denen die 32 Indikatoren zugeordnet sind.

Die Methodik, die den verwendeten Indikatoren und der Berechnung des Syntheseindex der Innovation zugrunde liegt, wird regelmässig überarbeitet. Daher können sich zwischen aufeinanderfolgenden Publikationen rückwirkende Änderungen in der gesamten Zeitreihe ergeben. Der Syntheseindex der Innovation wird jährlich für eine Zeitspanne von acht Jahren im European Innovation Scoreboard (EIS) der europäischen Kommission veröffentlicht. Die Daten stammen von Eurostat, der OECD und den Vereinigten Nationen. Das EIS berücksichtigt sämtliche EU-Mitgliedstaaten sowie ausgewählte Drittstaaten (Schweiz, Island, Norwegen, Serbien, Mazedonien, Ukraine, Türkei und Israel).

Definitionen

Innovation

Innovation ist die Einführung eines neuen oder merklich verbesserten Produkts (Ware oder Dienstleistung) oder Prozesses, einer neuen Marketingmethode oder einer neuen Organisationsform in den Geschäftspraktiken, den Arbeitsabläufen oder den Aussenbeziehungen. (OCDE/Eurostat, Oslo-Hanbuch, 2005)

Erwerbsquote der Frauen

Auszug aus dem Legislaturziel 3: *Der Bundesrat ist bestrebt, den negativen Auswirkungen des Strukturwandels mittels Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials zu begegnen, namentlich durch Weiterbildungs- und Umschulungsinitiativen für Erwerbstätige, durch die Umsetzung der Gleichstellung von Mann und Frau und durch eine bessere Integration der arbeitslosen Personen.*

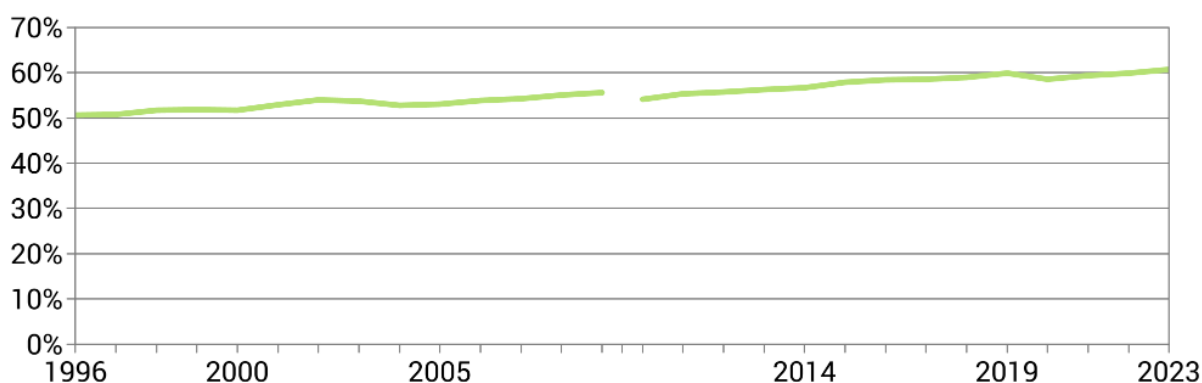
Bedeutung des Indikators: Um das in der Schweiz vorhandene Arbeitskräftepotential ausschöpfen zu können, ist eine stärkere Einbindung der Frauen in den Arbeitsmarkt von zentraler Bedeutung. Dadurch kann nicht genutztes Humankapital aktiviert und produktiv eingesetzt werden.

Der Indikator zeigt die Erwerbsquote der 15- bis 64-jährigen Frauen im zweiten Quartal eines Jahres. Um der Teilzeitbeschäftigung Rechnung zu tragen, weist der Indikator die Erwerbsquote der Frauen in Vollzeitäquivalenten aus. Der Indikator bildet die Integration der Frauen im Arbeitsmarkt ab und zeigt, inwieweit Frauen Teil des Arbeitsangebots sind.

Quantifizierbares Ziel: *Das inländische Arbeitskräftepotenzial wird besser ausgeschöpft. Die Erwerbsquote der Frauen erhöht sich, und das Durchschnittsalter beim Austritt aus dem Arbeitsmarkt steigt an.*

Erwerbsquote der Frauen

Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der gleichaltrigen ständigen Wohnbevölkerung (15- bis 64-jährige Frauen), in Vollzeitäquivalenten



Die Grafik weist die Werte des 2. Quartals pro Jahr aus.
2010: Bruch in der Zeitreihe

Quelle: BFS – Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

© BFS 2023

2023 betrug die Erwerbsquote der Frauen in Vollzeitäquivalenten 60,7 Prozent.

Die Erwerbsquote der 15- bis 64-jährigen Frauen, ausgedrückt in Vollzeitäquivalenten, hat seit Ende der 1990er-Jahre insgesamt zugenommen. Im zweiten Quartal 2023 betrug sie 60,7%. Dabei besteht ein leichter Unterschied zwischen Ausländerinnen und Schweizerinnen, wobei die Erwerbsquote der Schweizerinnen tiefer liegt. Die Erwerbsquote in Vollzeitäquivalenten der Männer lag im zweiten Quartal 2023 mit 84,1% höher als jene der Frauen.

Teilzeitbeschäftigung

Wird die Erwerbsquote nicht in Vollzeitäquivalenten ausgewiesen, so ist sie für Frauen (80,1%) wie auch für Männer (87,6%) höher. Hierbei fällt der Unterschied für Frauen grösser aus als für Männer. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass Frauen im Vergleich zu Männern häufiger teilzeitbeschäftigt sind.

Unterscheidung nach Familientyp

Die Anwesenheit von Kindern im Haushalt bedeutet für Frauen oft eine Unterbrechung oder eine signifikante Verringerung des Pensums. 2022 betrug die Erwerbsquote der Frauen, die in einem Haushalt mit mindestens einem Kind unter 7 Jahren lebten, in Vollzeitäquivalenten ausgedrückt 46,9%. In Haushalten, in denen das jüngste Kind zwischen 7 und 14 Jahre alt war, lag dieser Wert bei 58,0%, während er bei denjenigen ohne Kinder unter 15 Jahren 63,8% betrug. Die Erwerbsquote der Frauen steigt also tendenziell mit zunehmendem Alter der Kinder an.

Unterscheidung nach Bildungsniveau

Die Erwerbsquote der Frauen in Vollzeitäquivalenten steigt auch mit dem Bildungsniveau an. 2022 wiesen die Frauen mit einem Abschluss auf Tertiärstufe in der Regel eine höhere Erwerbsquote auf (69,3%) als diejenigen mit einem Abschluss auf Sekundarstufe II (58,7%) oder ohne nachobligatorische Ausbildung (44,8%).

Methodologie

Der Indikator zeigt die Nettoerwerbsquote der 15- bis 64-jährigen Frauen in Vollzeitäquivalenten in der ständigen Wohnbevölkerung (Anzahl Erwerbstätige und Erwerbslose gemäss ILO, in Prozenten der ständigen Wohnbevölkerung), jeweils im zweiten Quartal eines Jahres. Für die Umrechnung in Vollzeitäquivalente wird bei den Erwerbslosen der gewünschte bzw. gesuchte Beschäftigungsgrad berücksichtigt.

Die Erwerbsquote wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) im Rahmen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) vierteljährlich (bis 2009 jährlich im 2. Quartal) berechnet und publiziert. Aufgrund einer Revision der Gewichtung der SAKE ist 2010 ein Bruch in der Zeitreihe zu verzeichnen.

Definitionen

Erwerbspersonen

Als Erwerbspersonen gelten die erwerbstätigen und die erwerbslosen (gemäss ILO) Personen zusammen. Erwerbspersonen werden mit dem Arbeitsangebot gleichgesetzt.

Statistische Quellen

Arbeitsmarktgesamtrechnung:

Erwerbspersonen = Erwerbstätige gemäss Inlandkonzept + Erwerbslose gemäss ILO in der ständigen Wohnbevölkerung + registrierte Arbeitslose mit einer nicht ständigen Aufenthaltsbewilligung

Schweizerische Arbeitskräfteerhebung, Strukturerhebung im Rahmen der Volkszählung:

Erwerbspersonen in der ständigen Wohnbevölkerung

Erwerbslose gemäss ILO (ILO = International Labour Organization)

Als Erwerbslose gemäss ILO gelten Personen im Alter von 15-74 Jahren, die

- in der Referenzwoche nicht erwerbstätig waren; und
- die in den vier vorangegangenen Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben; und
- die für die Aufnahme einer Tätigkeit verfügbar wären.

Diese Definition entspricht den Empfehlungen des Internationalen Arbeitsamtes und der OECD sowie den Definitionen von EUROSTAT.

(siehe auch die verwandten Begriffe: «registrierte Arbeitslose» und «registrierte Stellensuchende»)

Statistische Quellen

Arbeitsmarktgesamtrechnung:

Erwerbslose gemäss ILO in der ständigen Wohnbevölkerung und registrierte Arbeitslose mit einer nicht ständigen Aufenthaltsbewilligung

Erwerbslosenstatistik gemäss ILO, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung:

Erwerbslose gemäss ILO in der ständigen Wohnbevölkerung

Erwerbstätige

Als Erwerbstätige gelten Personen im Alter von mindestens 15 Jahren, die während der Referenzwoche

- mindestens eine Stunde gegen Entlohnung gearbeitet haben; oder
- trotz zeitweiliger Abwesenheit von ihrem Arbeitsplatz (wegen Krankheit, Ferien, Mutterschaftsurlaub, Militärdienst usw.) weiterhin eine Arbeitsstelle als Selbständigerwerbende oder Arbeitnehmende hatten; oder
- unentgeltlich im Familienbetrieb mitgearbeitet haben.

Unter diese Definition fallen, unabhängig vom Ort, wo die Tätigkeit ausgeführt wird (im Betrieb, zu Hause [Heimarbeit] oder in einem anderen Privathaushalt), alle Arbeitnehmenden, Selbständigerwerbenden, im eigenen Familienbetrieb mitarbeitenden Familienmitglieder, Lehrlinge, Rekruten, Unteroffiziere und Offiziere, die während der Rekrutenschule bzw. des Abverdienens ihre Arbeitsstelle bzw. ihren Arbeitsvertrag behalten können, Schüler und Studierende, die neben ihrer Ausbildung einer Erwerbstätigkeit nachgehen, und Rentner, die nach der Pensionierung noch erwerbstätig sind. Nicht berücksichtigt werden die Hausarbeit im eigenen Haushalt, unbezahlte Nachbarschaftshilfe und andere ehrenamtliche Tätigkeiten.

(siehe auch den verwandten Begriff «Beschäftigte»)

Statistische Quellen

Erwerbstätigenstatistik, Arbeitsmarktgesamtrechnung:

Erwerbstätige gemäss Inlandkonzept

Schweizerische Arbeitskräfteerhebung, Strukturerhebung im Rahmen der Volkszählung:

Erwerbstätige in der ständigen Wohnbevölkerung

Erwerbsquote

$\text{Erwerbsquote} = \text{Erwerbspersonen} / \text{Referenzbevölkerung} \times 100$

Statistische Quelle

Schweizerische Arbeitskräfteerhebung, Strukturerhebung im Rahmen der Volkszählung.

Man unterscheidet :

- Bruttoerwerbsquote (gemessen an der Gesamtbevölkerung)
- standardisierte Erwerbsquote (gemessen an der Bevölkerung ab 15 Jahren)
- Nettoerwerbsquote (gemessen an der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren)

Vollzeitäquivalente (VZÄ)

Einem Vollzeitäquivalent entspricht ein 100% besetzter Arbeitsplatz (Beispiel: eine Anstellung von 50% ergibt 0,5 VZÄ).

Durchschnittliches Alter beim Austritt aus dem Arbeitsmarkt

Auszug aus dem Legislaturziel 3: *Der Bundesrat ist bestrebt, den negativen Auswirkungen des Strukturwandels mittels Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials zu begegnen, namentlich durch Weiterbildungs- und Umschulungsinitiativen für Erwerbstätige, durch die Umsetzung der Gleichstellung von Mann und Frau und durch eine bessere Integration der arbeitslosen Personen.*

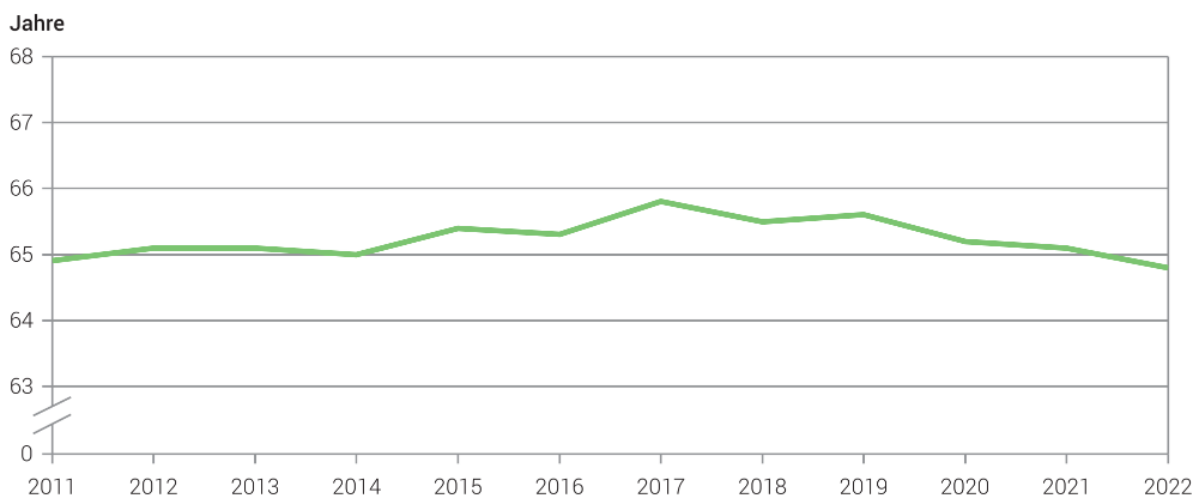
Bedeutung des Indikators: Die demografische Entwicklung stellt die Schweiz vor mehrere Herausforderungen. Eine davon betrifft die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte: Aufgrund der Altersstruktur der Schweizer Bevölkerung erreicht in den nächsten Jahren eine Vielzahl von Fachkräften das Pensionsalter. Zudem nimmt der Anteil der Erwerbsbevölkerung an der Gesamtbevölkerung ab. Vor diesem Hintergrund gewinnt das Erhalten der Arbeitsfähigkeit an Bedeutung.

Mit dem Indikator «durchschnittliches Alter beim Austritt aus dem Arbeitsmarkt» kann der Moment des Austritts aus dem Arbeitsmarkt am Ende der beruflichen Laufbahn in Form einer Kennzahl dargestellt werden. Der Indikator wird anhand des gewichteten mittleren Alters beim Austritt aus dem Erwerbsleben der Personen von 58 bis 75 Jahren berechnet.

Quantifizierbares Ziel: *Das inländische Arbeitskräftepotenzial wird besser ausgeschöpft. Die Erwerbsquote der Frauen erhöht sich, und das Durchschnittsalter beim Austritt aus dem Arbeitsmarkt steigt an.*

Durchschnittliches Alter beim Austritt aus dem Arbeitsmarkt

Gewichtetes mittleres Alter der Personen im Alter von 58 bis 75 Jahren



Quelle: BFS – Schweizerische Arbeitskräfteerhebung

© BFS 2023

2022 traten die Erwerbspersonen durchschnittlich mit 64,8 Jahren aus dem Arbeitsmarkt aus.

Das durchschnittliche Alter beim Austritt aus dem Arbeitsmarkt lag 2022 bei 64,8 Jahren. Zwischen 2011 und 2017 hat das Austrittsalter aus dem Arbeitsmarkt um 0,9 Jahre zugenommen und nimmt seither wieder ab. Männer traten 2022 durchschnittlich 0,7 Jahre später aus dem Arbeitsmarkt aus als Frauen, was unter anderem auf das gesetzliche Rentenalter zurückzuführen ist. Zum Teil findet der Austritt aus dem Arbeitsmarkt in Etappen statt, geht also mit einer schrittweisen Reduktion des Beschäftigungsgrads einher.

Das durchschnittliche Erwerbsaustrittsalter variiert auch je nach Erwerbsstatus, Nationalität, Wirtschaftsbranche und ausgeübtem Beruf.

Unterscheidung nach Wirtschaftsbranche

Durchschnittswerte für die Jahre 2016-2020 zeigen, dass Erwerbspersonen in der Branche Land- und Forstwirtschaft mit 67,5 Jahren das höchste Alter beim Austritt aus dem Arbeitsmarkt aufweisen,

gefolgt von Erwerbspersonen in der Kunst- und Unterhaltungsbranche (67,2 Jahre) und jenen in der Branche der freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (67,1 Jahre). Demgegenüber treten Erwerbspersonen aus dem Kredit- und Versicherungsgewerbe mit einem durchschnittlichen Alter von 62,8 Jahren am frühesten aus dem Arbeitsmarkt aus. Werden nur die Arbeitnehmenden, das heisst die Erwerbstätigen ohne Selbstständigerwerbende, betrachtet, liegt das Durchschnittsalter beim Arbeitsmarktaustritt für alle Wirtschaftsbranchen etwas tiefer.

Unterscheidung nach Erwerbsstatus

Dieser Umstand verdeutlicht sich bei der Betrachtung der Arbeitsmarktaustritte nach Erwerbsstatus. In den Jahren 2016-2020 traten Selbstständigerwerbende im Durchschnitt im Alter von 67,5 Jahren am spätesten aus dem Arbeitsmarkt aus. Bei den Arbeitnehmenden lag dieser Wert bei 64,9 Jahren. Personen, die von Erwerbslosigkeit gemäss ILO betroffen sind, verliessen den Arbeitsmarkt durchschnittlich im Alter von 62,9 Jahren.

Erwerbslosenquote der 55- bis 64-Jährigen

Einen Hinweis auf die Bedeutung der Erwerbslosigkeit vor dem Austritt aus dem Arbeitsmarkt gibt die Erwerbslosenquote gemäss ILO der 55-64-Jährigen: Sie lag 2022 bei 3,9% und fiel damit tiefer aus als die Erwerbslosenquote der Gesamtbevölkerung (4,3%). Allerdings war diese Quote bei den 55-64-Jährigen ausländischer Nationalität mehr als doppelt so hoch wie bei den Personen derselben Altersgruppe mit Schweizer Nationalität. Ausländerinnen und Ausländer treten zudem früher aus dem Arbeitsmarkt aus als Schweizer Staatsangehörige.

Methodologie

Der Indikator zeigt das durchschnittliche Alter beim Austritt aus dem Arbeitsmarkt. Er wird anhand des gewichteten mittleren Alters beim Austritt aus dem Erwerbsleben der Personen von 58 bis 75 Jahren berechnet. Arbeitsmarktaustritte finden in jedem Alter statt, allerdings ist ab 58 Jahren eine Zunahme an Austritten zu beobachten. Dies deckt sich mit dem Mindestalter für den Bezug einer Rente aus der 2. Säule. Die obere Altersgrenze von 75 Jahren wurde gewählt, weil der Anteil der Erwerbstätigen ab 75 Jahren sehr klein ist.

Das durchschnittliche Alter beim Arbeitsmarktaustritt wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) jährlich im Rahmen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) berechnet.

Als aus dem Arbeitsmarkt austretende Personen gelten alle Personen, deren Status zwischen zwei SAKE-Interviews von Erwerbsperson zu Nichterwerbsperson gewechselt hat. Für die Definition dieses Status wird die internationale Definition gemäss ILO (Internationales Arbeitsamt) verwendet: Eine Arbeitsstunde pro Woche reicht dabei aus, um auf dem Arbeitsmarkt als aktiv zu gelten. Als Austritte aus dem Arbeitsmarkt gelten folglich alle Übergänge von einer Erwerbstätigkeit von mindestens einer Stunde pro Woche zur Nichterwerbstätigkeit.

Bei der Berechnung dieses Indikators spielt der Rentenbezug der drei Säulen der Altersvorsorge keine Rolle. Es handelt sich somit vielmehr um einen «Arbeitsmarktansatz» und nicht um einen «Altersvorsorgeansatz».

Definitionen

Erwerbspersonen

Als Erwerbspersonen gelten die erwerbstätigen und die erwerbslosen (gemäss ILO) Personen zusammen. Erwerbspersonen werden mit dem Arbeitsangebot gleichgesetzt.

Statistische Quellen

Arbeitsmarktgesamtrechnung:

Erwerbspersonen = Erwerbstätige gemäss Inlandkonzept + Erwerbslose gemäss ILO in der ständigen Wohnbevölkerung + registrierte Arbeitslose mit einer nicht ständigen Aufenthaltsbewilligung

Schweizerische Arbeitskräfteerhebung, Strukturerhebung im Rahmen der Volkszählung:

Erwerbspersonen in der ständigen Wohnbevölkerung

Aussenhandelsverflechtung

Auszug aus dem Legislaturziel 4: Die Schweiz zeichnet sich als mittelgrosse, offene Volkswirtschaft durch eine ausgeprägte internationale Orientierung aus. Gleichzeitig verfügt sie über einen relativ kleinen Binnenmarkt. Der internationale Handel mit Gütern und Dienstleistungen sowie die grenzüberschreitenden Investitionstätigkeiten sind die Lebensadern der Schweizer Wirtschaft. Der Bundesrat will daher weiterhin den Zugang zu ausländischen Märkten verbessern und Handelshemmnisse abbauen.

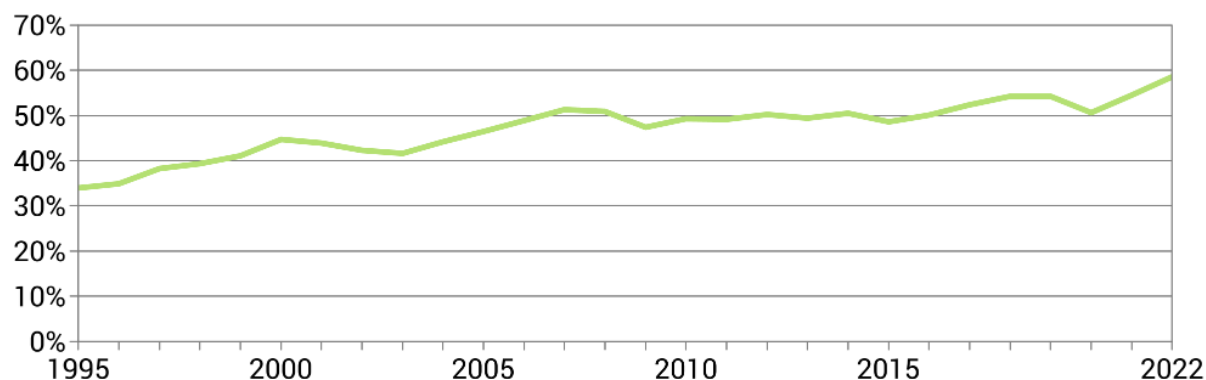
Bedeutung des Indikators: Für die Schweiz als Land mit einem begrenzten Binnenmarkt ist die Einbindung in den internationalen Handel von zentraler Bedeutung für den Erhalt und die Förderung des Wohlstands. Ausländische Märkte sind als Absatzmöglichkeit wie auch für den Bezug von Gütern und Dienstleistungen von Bedeutung.

Der Indikator zeigt den Mittelwert aus Importen und Exporten von Waren und Dienstleistungen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt der Schweiz. Er bildet die Aussenhandelsverflechtung der Schweizer Wirtschaft ab und gibt einen Hinweis auf deren Öffnungsgrad. Der Indikator erlaubt keine Aussage über die Handelsbilanz der Schweiz.

Quantifizierbares Ziel: Die Aussenhandelsverflechtung der Schweizer Wirtschaft bleibt stabil oder nimmt gegenüber dem Durchschnittswert der Legislaturperiode 2015–2019 zu. Das Handelsvolumen zwischen der Schweiz und der EU steigt gegenüber der vorherigen Legislaturperiode.

Aussenhandelsverflechtung

Mittelwert aus Importen und Exporten von Waren* und Dienstleistungen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt, zu laufenden Preisen



2021 und 2022: provisorisch
* ohne Nichtwährungsgold

Quelle: BFS – VGR

© BFS 2023

Die Aussenhandelsverflechtung der Schweiz hat seit 1995 insgesamt zugenommen und lag 2022 bei 58,6 Prozent.

Die Aussenhandelsverflechtung der Schweiz ist seit 1995 insgesamt angestiegen, wobei konjunkturbedingte Schwankungen im Zeitverlauf zu verzeichnen waren. Zu Beginn des neuen Jahrtausends setzte eine rückläufige Entwicklung ein, ab 2003 stieg der Mittelwert aus Importen und Exporten im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt (BIP) wieder an. Nach der Finanzkrise 2008 war das Durchschnittsvolumen von Importen und Exporten im Verhältnis zum BIP wiederum rückläufig. Ab 2016 lag die Aussenhandelsverflechtung durchgängig über der 50%-Marke und erreichte 2019 einen Wert von 54,3%, bevor sie 2020 im Zuge der Covid-19-Pandemie auf 50,6% sank. 2022 lag die Aussenhandelsverflechtung bei 58,6% und erreichte damit ein höheres Niveau als vor der Covid-19-Pandemie. Von besonderer Bedeutung für den Schweizer Aussenhandel mit Waren ist die

Europäische Union (EU). Innerhalb der EU zählen Deutschland, Italien und Frankreich zu den wichtigsten Handelspartnern der Schweiz.

Verhältnis von Waren- zu Dienstleistungshandel

Der nominale Wert der exportierten Waren (ohne Nichtwährungsgold) war 2022 zweieinhalbmals so gross wie jener der exportierten Dienstleistungen. Dieses Verhältnis lag zwischen 1995 und 2019 relativ konstant bei einem Faktor zwei und hat in den letzten Jahren zugenommen. Bei den Importen hat es sich zugunsten der Dienstleistungen verändert: Bis 2008 lagen die Warenimporte um das Zweieinhalbfache höher als die Dienstleistungsimporte, danach glich sich das Verhältnis vorübergehend demjenigen der Exporte an. Im Anschluss ging es weiter zurück und stabilisierte sich bei einem Wert von etwa 1,5.

Inländische Wertschöpfung an den Exporten

Ungefähr drei Viertel der gesamten Wertschöpfung der Bruttoexporte der Schweiz wurden 2016 im Inland generiert; der verbleibende Anteil der Wertschöpfung wird als Vorleistung aus dem Ausland importiert. Bei den Dienstleistungsexporten liegt der Anteil der inländischen Wertschöpfung in der Regel höher als bei den Warenexporten, da Dienstleistungen typischerweise weniger handelbar sind und entsprechend bei den Waren die Vorleistungsimporte eine grössere Rolle spielen.

Direktinvestitionen

Die wirtschaftliche Verflechtung mit dem Ausland ist nicht nur durch den internationalen Austausch von Waren und Dienstleistungen gekennzeichnet, sondern auch durch den grenzüberschreitenden Einsatz von Kapital. Dazu gehören beispielsweise die Direktinvestitionen: Im Jahr 2021 hielten in der Schweiz ansässige Investoren einen Kapitalbestand von rund 1406 Milliarden Franken im Ausland. Umgekehrt werden auch aus dem Ausland Investitionen in der Schweiz getätigt: Der Bestand der ausländischen Direktinvestitionen in der Schweiz lag im Jahr 2021 bei 1064 Milliarden Franken. Die Bestände der Direktinvestitionen im In- und Ausland haben im Zeitverlauf zugenommen. Einer Veränderung dieser Bestände können neben Kapitaltransaktionen auch schwankende Wechselkurse zu Grunde liegen.

Methodologie

Die vom Indikator ausgewiesene Aussenhandelsverflechtung entspricht dem Mittelwert aus Importen und Exporten von Waren und Dienstleistungen, dividiert durch das Bruttoinlandsprodukt (BIP), jeweils zu laufenden Preisen.

Als Importe und Exporte gelten gemäss Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (VGR) Güter, bei denen ein Eigentumsübergang zwischen Gebietsansässigen und Gebietsfremden stattfindet. Importe von Dienstleistungen beinhalten alle Dienste, die von Gebietsfremden für Gebietsansässige erbracht werden, beziehungsweise umgekehrt im Falle von Exporten.

In Importen und Exporten enthalten sind Waren, Fracht, Versicherungen, Transport, Reisen, Lizenzgebühren sowie andere Dienstleistungen in der Kommunikation, im Bau, der Banken, im Informationsbereich und im Handel.

Im Indikator nicht berücksichtigt wird das Nichtwährungsgold, das in der Privatwirtschaft als Wertreserve der Exporte und Importe von Waren gehalten wird. Hingegen wird das in der Industrie verwendete Nichtwährungsgold nicht abgezogen. Als Nichtwährungsgold gilt sämtliches Gold, das von den Behörden nicht als Bestandteil der Währungsreserven (Währungsgold) gehalten wird, unabhängig davon, ob es als Wertreserve in der Privatwirtschaft oder zu sonstigen (industriellen) Zwecken gehalten wird.

Die Daten zum BIP sowie zu Importen und Exporten von Waren und Dienstleistungen werden im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) vom Bundesamt für Statistik (BFS) jährlich publiziert. Beim Aussenhandel mit Waren und Dienstleistungen stützt sich die VGR hauptsächlich auf die Aussenhandelsstatistik der Eidgenössischen Zollverwaltung sowie auf die Zahlungsbilanz der Schweizerischen Nationalbank.

Definitionen

Bruttoinlandprodukt (BIP)

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist die Referenzgrösse zur Messung der wirtschaftlichen Leistung. Es ergibt sich aus der Summe der durch die ansässigen Wirtschaftsakteure erbrachten Wertschöpfung, zusätzlich der Steuern und abzüglich der Gütersubventionen. Das BIP wird zu laufenden Preisen sowie zu Preisen des Vorjahres berechnet. Das Wirtschaftswachstum wird durch die Veränderungsrate zu Preisen des Vorjahres ausgedrückt.

Handelsvolumen Schweiz-EU

Auszug aus dem Legislaturziel 4: Für den Wohlstand der Schweiz ist der hindernisfreie Zugang ihrer Wirtschaft zum EU-Binnenmarkt von besonderer Bedeutung. Die EU wird auch in der neuen Legislatur der bedeutendste Wirtschaftspartner der Schweiz bleiben.

Bedeutung des Indikators: Für die Schweiz als Land mit einem begrenzten Binnenmarkt ist die Einbindung in den internationalen Handel von zentraler Bedeutung für den Erhalt und die Förderung des Wohlstands. Ausländische Märkte sind für den Absatz wie auch für den Bezug von Gütern und Dienstleistungen von Belang. Der wichtigste Handelspartner der Schweiz ist die Europäische Union (EU).

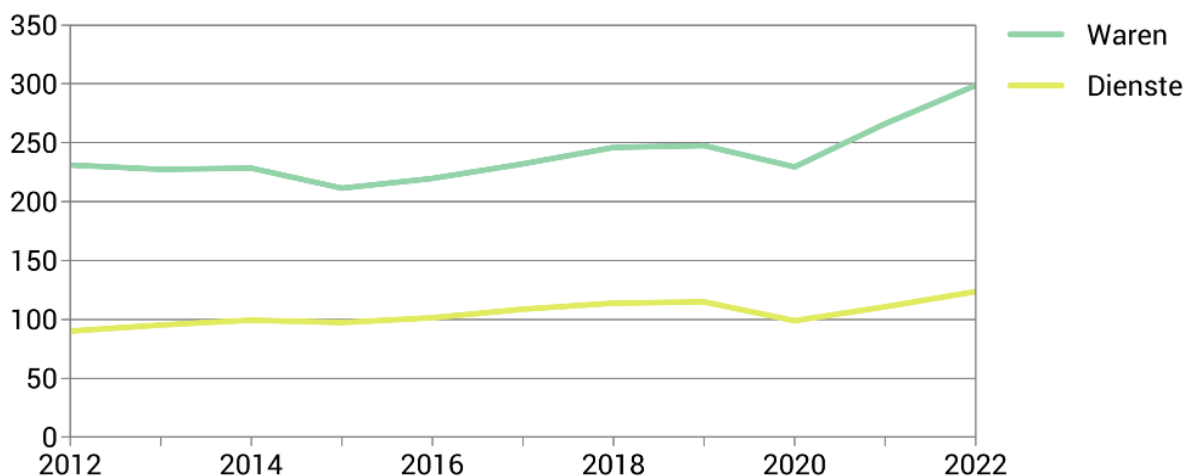
Der Indikator zeigt das Handelsvolumen der Schweiz mit der EU in Milliarden Franken. Das Handelsvolumen entspricht der Summe der Importe und Exporte von Waren und Dienstleistungen, die zwischen der Schweiz und der EU jährlich ausgetauscht werden. Veränderungen des Preisniveaus werden vom Indikator nicht bereinigt.

Quantifizierbares Ziel: Die Aussenhandelsverflechtung der Schweizer Wirtschaft bleibt stabil oder nimmt gegenüber dem Durchschnittswert der Legislaturperiode 2015–2019 zu. Das Handelsvolumen zwischen der Schweiz und der EU steigt gegenüber der vorherigen Legislaturperiode.

Handelsvolumen Schweiz-EU

Summen von Im- und Exporten von Waren und Dienstleistungen

Milliarden Franken, zu laufenden Preisen



Quellen: SNB - Leistungsbilanz; BAZG - Aussenhandelsstatistik

© BFS 2023

2022 handelten die Schweiz und die EU Waren im Wert von 299 Milliarden und Dienstleistungen im Wert von 124 Milliarden Franken.

Der Wert der zwischen der Schweiz und der EU (ohne Vereinigtes Königreich) gehandelten Waren ist im Vergleich zu 2012 insgesamt gestiegen. Im Jahr 2015 war eine zwischenzeitliche Abnahme festzustellen, die unter anderem auf die schwache Konjunktur im Euroraum während und nach der Eurokrise zwischen 2010 und 2015 sowie auf die Aufhebung des Euro-Mindestkurses durch die Schweizerische Nationalbank Anfang 2015 zurückzuführen ist. In den Folgejahren stieg das Warenhandelsvolumen bis 2019 an. Im Jahr 2020 war infolge der Covid-19-Pandemie ein vorübergehender Rückgang zu verzeichnen. Seither nimmt das Volumen der gehandelten Waren wieder zu: Zuletzt belief sich der Wert der zwischen der Schweiz und der EU gehandelten Waren auf 299 Milliarden Franken im Jahr 2022.

Das Handelsvolumen bei den Dienstleistungen zwischen der Schweiz und der EU (ohne Vereinigtes Königreich) hat zwischen 2012 und 2019 insgesamt zugenommen. Im Gegensatz zu den Waren war

bei den Dienstleistungen 2015 kein signifikanter Rückgang festzustellen. Wie auch bei den Waren führte die Covid-19-Pandemie 2020 zu einem zwischenzeitlichen Rückgang des Dienstleistungshandelsvolumens. Im Jahr 2022 handelten die Schweiz und die EU Dienstleistungen im Wert von 124 Milliarden Franken.

In welchem Umfang Waren und Dienstleistungen zwischen der Schweiz und der EU gehandelt werden, hängt unter anderem von der wirtschaftlichen Entwicklung und der damit verbundenen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in diesen Wirtschaftsräumen sowie weiteren äusseren Einflüssen wie zum Beispiel der Covid-19-Pandemie in den Jahren 2020 und 2021 ab.

Verhältnis von Importen zu Exporten

Eine separate Betrachtung von Importen und Exporten zeigt, dass die Schweiz in der Regel mehr Waren aus der EU einführt, als sie in diese ausführt: 2022 lagen die Warenimporte bei 161 Milliarden Franken, während Waren im Wert von 138 Milliarden Franken exportiert wurden. Es wurden also 1,17-mal mehr Waren ein- als ausgeführt. Dieses Verhältnis lag 2012 noch bei 1,25 und hat seither tendenziell abgenommen.

Bei den Dienstleistungen ist das Verhältnis von Importen zu Exporten ähnlich: Hier standen 2022 Importe im Wert von 68 Milliarden Franken einem Exportvolumen von 55 Milliarden gegenüber, womit die Dienstleistungsimporte um einen Faktor 1,23 über den Dienstleistungsexporten lagen. Seit 2012 ist dieses Verhältnis tendenziell zunehmend.

Wichtigste Handelspartner der Schweiz

Die Schweiz unterhält neben der EU, mit der sie 2022 gemessen am Handelsvolumen mehr als die Hälfte ihres Warenhandels abwickelte (58%), auch mit anderen Ländern Handelsbeziehungen. Auf die Vereinigten Staaten entfielen im selben Jahr 13%, auf China 7%, auf Japan und das Vereinigte Königreich jeweils 3% und auf die restlichen Länder der Welt 16% des Schweizer Warenhandelsvolumens.

Beim weltweiten Dienstleistungshandel der Schweiz im Jahr 2022 machte die EU 42% aus, die Vereinigten Staaten 24%, das Vereinigte Königreich 8%, China 3% und die übrigen Länder 23%.

Wichtigste Handelspartner der EU

Zu den wichtigsten Handelspartnern der EU zählten 2022 die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 16% am Gesamtwarenhandelsvolumen der EU. China folgte mit einem Anteil von 15%, während sich der Anteil des Vereinigten Königreichs auf 10% belief. Ferner tauschte die EU auch Waren mit der Schweiz (6%), Russland (5%), Norwegen und der Türkei (jeweils 4%) und Japan (3%) aus. Die verbleibenden 37% entfielen auf die restlichen Länder.

Beim Dienstleistungshandelsvolumen der EU nahmen die Vereinigten Staaten 2022 mit einem Anteil von 28% ebenfalls eine wichtige Rolle ein. Den zweitgrössten Anteil am Dienstleistungshandelsvolumen der EU hatte das Vereinigte Königreich (18%). Der Anteil der Schweiz belief sich im selben Jahr auf 9%. Die Anteile von China (5%) und Japan (2%) fielen demgegenüber tiefer aus. Mit dem Rest der Welt tauschte die EU 38% ihres gesamten Dienstleistungshandelsvolumens aus.

Methodologie

Der Indikator zeigt die Summe der Importe und Exporte von Waren und Dienstleistungen zwischen der Schweiz und der EU in Milliarden Franken zu laufenden Preisen.

Die Daten zu den Waren stammen aus der Aussenhandelsstatistik der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) und werden ohne Edelmetalle, Edel- und Schmucksteine, Kunstgegenstände und Antiquitäten, Gold zu nicht-monetären Zwecken sowie Silber und Münzen ausgewiesen (Total 1). Die Daten zu den Dienstleistungen stammen aus der Leistungsbilanz der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Darin enthalten sind Transportdienste, Tourismus, Versicherungsdienste, Finanzdienste, Lizenzgebühren, Telekommunikations-, Computer, und Informationsdienste, Forschung und Entwicklung, Beratungsdienste, technische, handelsbezogene und andere Geschäftsdienste sowie übrige Dienste.

Es ist zu beachten, dass das Total von Waren und Dienstleistungen wie vom Indikator abgebildet nicht dem Total Waren und Dienste gemäss Zahlungsbilanz entspricht, da der Warenhandel gemäss Aussenhandelsstatistik ausgewiesen wird (d.h. ohne Ergänzungen zum Warenhandel und ohne Transithandel gemäss Methodik der Zahlungsbilanz).

Die Daten des Indikators werden monatlich (Waren) bzw. quartalsweise (Dienstleistungen) erhoben und von der Eidgenössischen Zollverwaltung und der Schweizerischen Nationalbank publiziert.

Abschlussquote auf der Sekundarstufe II

Auszug aus dem Legislaturziel 5: Die Schweiz hat sich durch ihre führende Stellung in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation (BFI) international einen Namen als wettbewerbsfähiger Denk- und Werkplatz gemacht. Das Ziel des Bundesrates ist es, diesen Spitzenplatz auch vor dem Hintergrund eines zunehmenden internationalen Konkurrenzdrucks und schnelllebiger Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung zu erhalten. [...] Zum Erhalt des Wettbewerbsvorteils im Bereich Bildung betrachtet der Bundesrat die Pflege und Weiterentwicklung des dualen Bildungssystems als wichtigen Erfolgsfaktor. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, soll das Bildungssystem dynamischer und stärker auf die Anforderungen des Marktes ausgerichtet werden.

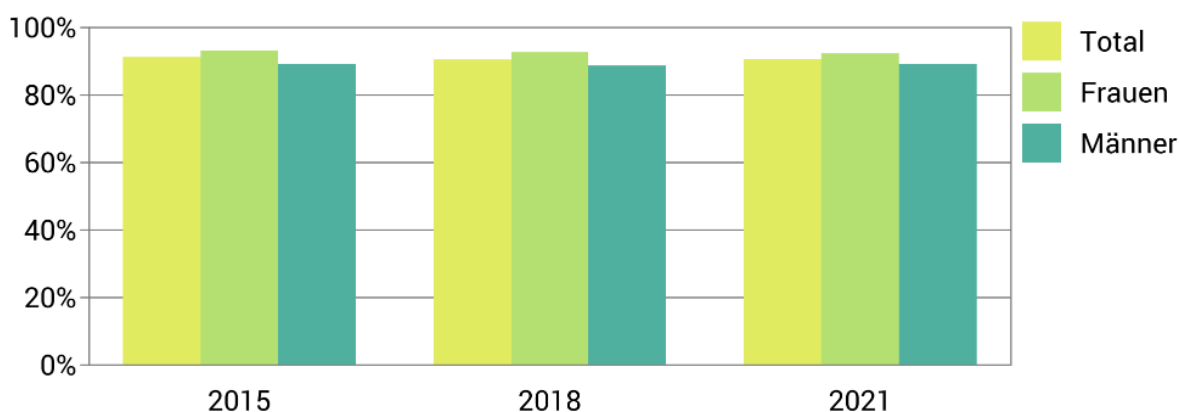
Bedeutung des Indikators: Nach der obligatorischen Schule treten die meisten Jugendlichen in die Sekundarstufe II über. Eine abgeschlossene Ausbildung auf der Sekundarstufe II öffnet nicht nur den Zugang zur nächsten Bildungsstufe, sondern bereitet junge Erwachsene ebenfalls darauf vor, als qualifizierte Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt einzutreten. Die Sekundarstufe II lässt sich in berufsbildende (berufliche Grundbildung) und in allgemeinbildende Ausbildungsgänge (gymnasiale Maturitätsschulen und Fachmittelschulen) unterteilen.

Der Indikator zeigt den Anteil der aus der obligatorischen Schule ausgetretenen jungen Erwachsenen im Alter bis 25 Jahre, die im Referenzjahr in der Schweiz einen Erstabschluss auf der Sekundarstufe II erworben haben im Verhältnis zur gleichaltrigen Referenzbevölkerung.

Quantifizierbares Ziel: Im hochstehenden und durchlässigen Bildungssystem werden Berufs- und Allgemeinbildung als wichtige Pfeiler für die Förderung des qualifizierten Nachwuchses gestärkt. Die Abschlussquote auf der Sekundarstufe II erhöht sich, die Jugendarbeitslosigkeit bleibt im internationalen Vergleich tief.

Abschlussquote auf der Sekundarstufe II

Anteil Personen im Alter bis 25 Jahre mit einem Abschluss der Sekundarstufe II*, an der gleichaltrigen Referenzbevölkerung



*als Erstabschluss, erworben im Referenzjahr

Quelle: BFS – Längsschnittdaten im Bildungsbereich

© BFS 2023

2021 verfügten 90,7 Prozent der aus der obligatorischen Schule ausgetretenen Bevölkerung im Alter bis 25 Jahre über einen Abschluss der Sekundarstufe II.

Die Abschlussquote auf der Sekundarstufe II betrug 2021 90,7% der Bevölkerung im entsprechenden Alter (bis 25 Jahre). Diese Quote lag bei den Frauen etwas höher als bei den Männern. Zur Sekundarstufe II zählen Abschlüsse von Berufs- wie auch Allgemeinbildung. Während Männer häufiger über einen Abschluss der beruflichen Grundbildung verfügen, erlangten Frauen häufiger einen allgemeinbildenden Abschluss.

Personen ohne postobligatorische Ausbildung

Der Erwerb eines Abschlusses auf der Sekundarstufe II trägt massgeblich zur Risikominimierung auf dem Arbeitsmarkt bei. Personen, die über keine nachobligatorische Ausbildung verfügen, haben auf dem Arbeitsmarkt eingeschränkte Perspektiven. Von der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren wiesen 2022 13,9% lediglich einen Abschluss der obligatorischen Schule als höchsten Bildungsabschluss aus.

Übertritte in die Tertiärstufe

Ein Abschluss auf der Sekundarstufe II ermöglicht den Übergang zur Tertiärstufe. Von den Personen, die 2016 einen Abschluss auf der Sekundarstufe II erlangten, haben 51,2% innerhalb von fünf Jahren eine Ausbildung auf Tertiärstufe begonnen. Personen mit einem allgemeinbildenden Abschluss (gymnasiale Maturität, Fachmittelschulabschluss) haben dabei fast dreimal häufiger eine Tertiärausbildung begonnen als Personen mit einem Abschluss der beruflichen Grundbildung (eidgenössisches Fähigkeitszeugnis, eidgenössisches Berufsattest, Berufsmaturität).

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil der aus der obligatorischen Schule ausgetretenen Bevölkerung im Alter bis 25 Jahre, der im Referenzjahr in der Schweiz als Erstabschluss auf der Sekundarstufe II ein Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ), ein Eidgenössisches Berufsattest (EBA), eine gymnasiale Maturität oder einen Fachmittelschulabschluss erworben hat. Ebenfalls berücksichtigt werden Abschlüsse der internationalen Schulen in der Schweiz gemäss Statistik der Bildungsabschlüsse (SBA).

Der Indikator wird als Nettoquote berechnet, indem die Anteile der zertifizierten Personen eines bestimmten Alters im Verhältnis zur Referenzbevölkerung desselben Alters über sämtliche betroffenen Alterskohorten kumuliert werden. Für eine bessere Stabilität der Ergebnisse wird ein gleitender Dreijahresdurchschnitt berechnet. Die Quote für das Jahr X entspricht folglich dem Durchschnitt der für die Jahre X-1, X und X+1 erhaltenen Werte.

Die Referenzbevölkerung besteht aus allen Personen, die im Alter des Beendens der obligatorischen Schule in der Schweiz wohnten. Ausgenommen sind Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie Personen, die im Zuge der jüngsten Zuwanderung nach beendeter obligatorischer Schulzeit in die Schweiz gekommen sind. Jugendliche, die das Land vor dem Erwerb eines Abschlusses auf der Sekundarstufe II verlassen haben, werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Die Anlehre, die Vorlehre und Übergangsausbildungen werden in der Berechnung nicht berücksichtigt. Die Berufsmaturität und die Fachmaturität werden ebenfalls nicht in die Berechnung aufgenommen, da es sich um Zweit- oder Doppelabschlüsse handelt.

Die Quote der Erstabschlüsse auf der Sekundarstufe II wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) jährlich im Rahmen des Projektes Längsschnittanalysen im Bildungsbereich (LABB) veröffentlicht. Die Angaben zur Referenzpopulation stammen aus der Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP).

Definitionen

Sekundarstufe II

Die Sekundarstufe II setzt die Ausbildung nach der obligatorischen Basisausbildung fort. Sie beginnt gemäss HarmoS-Konkordat 11 Jahren nach Beginn der Primarschule (etwa 16. Lebensjahr) und umfasst berufsorientierte und allgemeinbildende Ausbildungsgänge. Die Ausbildungen dauern in der Regel 2-4 Jahre und schliessen mit einer Maturität, einem Fachmittelschulabschluss, einem eidgenössischen Fähigkeitsausweis (EKZ) oder einem eidgenössischen Berufsattest (EBA) ab. Abschlüsse der Sekundarstufe II ermöglichen den Zugang zur Tertiärstufe. Siehe: Gymnasiale Maturität, Fachmaturität, Fachmittelschulen, Berufliche Grundbildung, Berufsmaturität.

Abgeschlossene Ausbildung der höheren Berufsbildung

Auszug aus dem Legislaturziel 5: *Zum Erhalt des Wettbewerbsvorteils im Bereich Bildung betrachtet der Bundesrat die Pflege und Weiterentwicklung des dualen Bildungssystems als wichtigen Erfolgsfaktor. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, soll das Bildungssystem dynamischer und stärker auf die Anforderungen des Marktes ausgerichtet werden.*

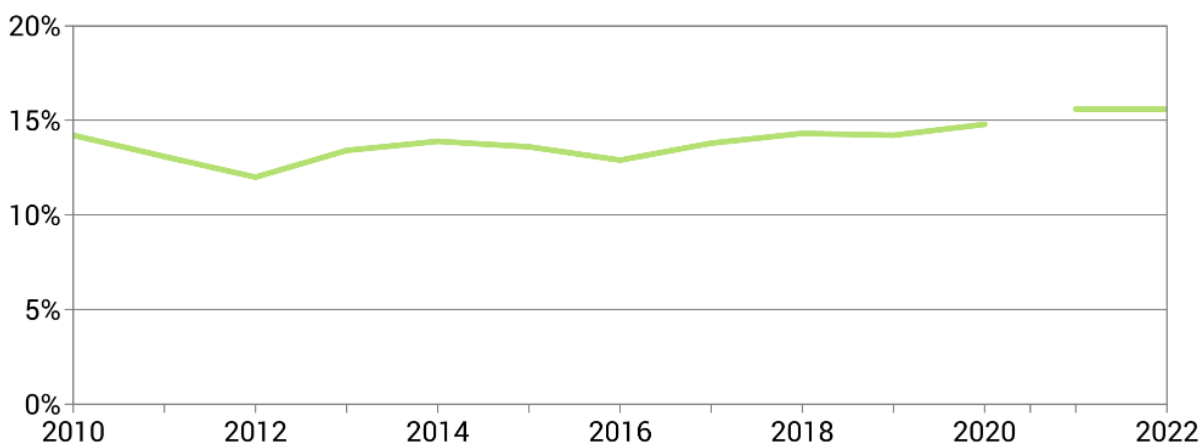
Bedeutung des Indikators: Auf Tertiärstufe wird zwischen Abschlüssen an Hochschulen (universitäre Hochschulen, Fachhochschulen, pädagogische Hochschulen) und Abschlüssen im Rahmen der höheren Berufsbildung (eidgenössische Berufs- und höhere Fachprüfungen sowie Bildungsgänge an höheren Fachschulen) unterschieden. Die höhere Berufsbildung baut auf der beruflichen Erfahrung auf und kombiniert Unterricht und Berufspraxis miteinander. Sie zeichnet sich durch einen starken Arbeitsmarktbezug aus, ermöglicht eine Spezialisierung und Vertiefung des Fachwissens sowie die Erlangung von Qualifikationen im Bereich der Unternehmensführung.

Der Indikator zeigt den Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit einem höheren Berufsabschluß am Total der gleichaltrigen ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz.

Quantifizierbares Ziel: *Im hochstehenden und durchlässigen Bildungssystem werden Berufs- und Allgemeinbildung als wichtige Pfeiler für die Förderung des qualifizierten Nachwuchses gestärkt. Die Abschlussquote auf der Sekundarstufe II erhöht sich, die Jugendarbeitslosigkeit bleibt im internationalen Vergleich tief.*

Abgeschlossene Ausbildungen der höheren Berufsbildung

Anteil an der 30- bis 34-jährigen ständigen Wohnbevölkerung



2021: Bruch in der Zeitreihe

Quelle: BFS – SAKE

© BFS 2023

2022 verfügten 15,6 Prozent der 30- bis 34- Jährigen über einen Abschluss der höheren Berufsbildung als höchsten Bildungsabschluss.

Der Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit einem Abschluss der höheren Berufsbildung in der gleichaltrigen Wohnbevölkerung lag 2022 bei 15,6% und damit über dem Niveau von 2010. Im Vergleich dazu verfügten 37,9% der Personen derselben Altersgruppe 2022 über einen Abschluss einer Hochschule als höchsten Bildungsabschluss. Es ist möglich, dass Personen gleichzeitig über einen Abschluss der höheren Berufsbildung und einen Hochschulabschluss verfügen.

Vergleich mit der gesamten Erwerbsbevölkerung

Wird die Wohnbevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren betrachtet, so verfügten 15% der Bevölkerung 2022 über einen Abschluss der höheren Berufsbildung als höchsten Bildungsabschluss.

29,7% derselben Altersgruppe besaßen einen Hochschulabschluss. Der Anteil der Personen mit einem Tertiärabschluss hat im Laufe der vergangenen Jahre insgesamt zugenommen.

Unterscheidung nach Abschlüssen

2022 wurden rund 29 200 Abschlüsse der höheren Berufsbildung erlangt, davon 15 600 eidgenössische Fachausweise nach Berufsprüfungen, 10 400 Diplome von höheren Fachschulen und 2700 eidgenössische Diplome nach höheren Fachprüfungen. Bei den restlichen 500 Abschlüssen handelte es sich um Abschlüsse von nicht auf Bundesebene reglementierten höheren Berufsbildungen. Die Anzahl der vom Bund reglementierten Abschlüsse der höheren Berufsbildung nahm seit 2010 zu, während die nicht auf Bundesebene geregelten Abschlüsse abnahmen.

Methodologie

Der Indikator misst den Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit einem höheren Berufsbildungsabschluss als höchstem Bildungsabschluss am Total der gleichaltrigen ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz. Die abgeschlossenen Ausbildungen der höheren Berufsbildung werden vom Bundesamt für Statistik (BFS) jährlich im Rahmen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) erhoben. 2010 wurde die SAKE einigen Änderungen unterworfen, die zu einem Bruch in der Zeitreihe führten (Einführung der kontinuierlichen Erhebung und Überarbeitung des Fragebogens). Aufgrund fehlender Vergleichbarkeit werden die Daten bis 2009 daher in der Grafik des Indikators nicht abgebildet. Im Jahr 2021 wurde die SAKE von einer reinen Telefonbefragung auf eine Multi-Mode-Befragung (Internet- und Telefonbefragung) umgestellt, wobei der Schwerpunkt auf der Internetbefragung liegt. Darüber hinaus wurde der Fragebogen 2021 etwas modifiziert, um den neuen Eurostat-Anforderungen zu entsprechen, die ebenfalls ab Januar 2021 in Kraft getreten sind. Diese Änderungen führen zu einem Bruch in der Zeitreihe für einen Teil der Ergebnisse zwischen 2020 und 2021.

Definitionen

Höhere Berufsbildung

Die höhere Berufsbildung gehört zur tertiären Bildungsstufe. Sie ermöglicht Personen mit einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) oder einer gleichwertigen Ausbildung auf Sekundarstufe II eine Spezialisierung und eine Vertiefung des Fachwissens. Sie ist arbeitsmarktorientiert, baut auf der beruflichen Erfahrung auf und bereitet auf Führungs- oder Fachfunktionen vor. Die höhere Berufsbildung umfasst die eidgenössischen Prüfungen (Berufsprüfung, höhere Fachprüfung) sowie die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HF).

Tertiärstufe

Auf der Tertiärstufe wird zwischen der höheren Berufsbildung und der Hochschulausbildung unterschieden. Im Bereich der höheren Berufsbildung besteht eine Vielfalt von Ausbildungswegen. Sie bereiten auf rund 460 Abschlüsse vor. Von Bund oder Kantonen anerkannte Abschlüsse sind: Fachausweise der eidgenössischen Berufsprüfungen und Diplome von höheren Fachprüfungen und höheren Fachschulen. Sie setzen eine abgeschlossene Ausbildung auf der Sekundarstufe II und für die Berufs- und höheren Fachprüfungen auch einige Jahre Berufspraxis voraus. Der Hochschulbereich umfasst die universitären Hochschulen (d.h. die kantonalen Universitäten und die Eidgenössischen Technischen Hochschulen), die Fachhochschulen, die pädagogischen Hochschulen sowie weitere ganz oder teilweise öffentlich finanzierte Institutionen des Hochschulbereichs (z.B. das Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung oder das Institut Kurt Bösch). Die Ausbildungen werden mit einem Diplom, Bachelor, Master oder Doktorat (nur an universitären Hochschulen) abgeschlossen.

Erwerbslosenquote der Jugendlichen

Auszug aus dem Legislaturziel 5: *Zum Erhalt des Wettbewerbsvorteils im Bereich Bildung betrachtet der Bundesrat die Pflege und Weiterentwicklung des dualen Bildungssystems als wichtigen Erfolgsfaktor. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, soll das Bildungssystem dynamischer und stärker auf die Anforderungen des Marktes ausgerichtet werden.*

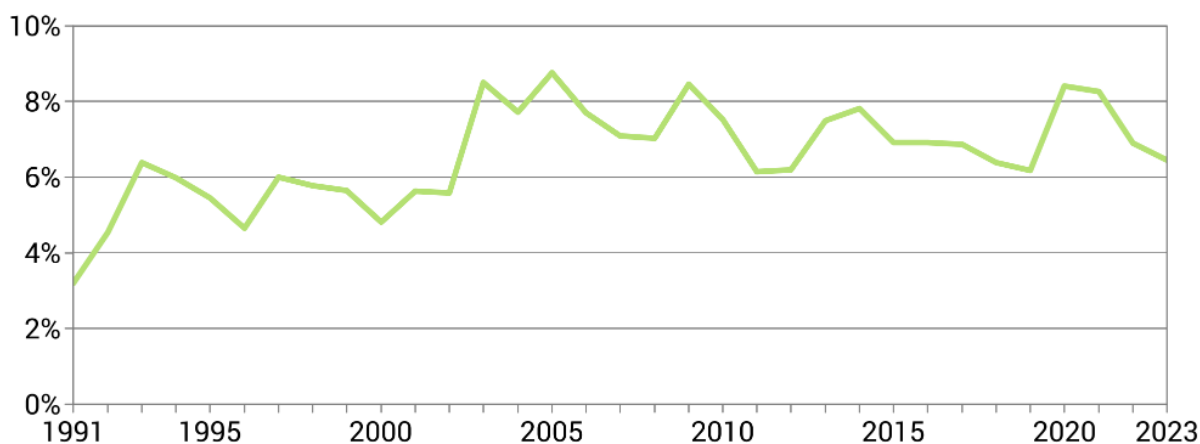
Bedeutung des Indikators: Das wirtschaftliche System soll den Jugendlichen – wie allen anderen Personen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen möchten – eine Arbeit ermöglichen, dank der sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Das Bildungswesen muss daher in möglichst effizienter Weise Wissen und Kompetenzen vermitteln, die auf dem Arbeitsmarkt von Nutzen sind. Bei den Jugendlichen ist die Erwerbslosigkeit mit der Frage der Berufsausbildung und des Lehrstellenangebots für Schulabgängerinnen und Schulabgänger gekoppelt. Bund, Kantone und Organisationen der Arbeitswelt haben Massnahmen geschaffen, um ein ausreichendes Lehrstellenangebot fördern. Die Brückenangebote zwischen obligatorischer Schulzeit und Berufswelt dienen zur Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung und tragen dazu bei, die Jugenderwerbslosigkeit zu verringern.

Die Erwerbslosenquote der Jugendlichen gemäss Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zeigt den Anteil der Erwerbslosen an der 15- bis 24-jährigen Erwerbsbevölkerung.

Quantifizierbares Ziel: *Im hochstehenden und durchlässigen Bildungssystem werden Berufs- und Allgemeinbildung als wichtige Pfeiler für die Förderung des qualifizierten Nachwuchses gestärkt. Die Abschlussquote auf der Sekundarstufe II erhöht sich, die Jugendarbeitslosigkeit bleibt im internationalen Vergleich tief.*

Erwerbslosenquote der Jugendlichen gemäss ILO

Anteil Erwerbslose an der 15- bis 24-jährigen Erwerbsbevölkerung



Die Grafik weist die Werte des 2. Quartals pro Jahr aus.

Quelle: BFS – SAKE

© BFS 2023

Die Erwerbslosenquote der Jugendlichen ist 2023 im Vergleich zum Vorjahr gesunken und betrug 6,4 Prozent.

Die Erwerbslosenquote gemäss ILO der 15- bis 24-Jährigen ist seit 1991 insgesamt angestiegen, wobei im zeitlichen Ablauf Schwankungen zu verzeichnen waren. 2023 betrug die Erwerbslosenquote der Jugendlichen im 2. Quartal 6,4%. Sie war damit 1,7-mal so hoch wie die Erwerbslosenquote der gesamten Erwerbsbevölkerung (3,7%).

Die Ursachen der Schwankungen der Quote sind vielfältig. Die Jugenderwerbslosigkeit reagiert beispielsweise stark auf konjunkturelle Einflüsse. In konjunkturell schwachen Zeiten bauen die

Unternehmen Personal ab, indem sie „natürliche Abgänge“ nicht ersetzen, wodurch es für Jugendliche schwieriger wird, im Arbeitsmarkt Fuss zu fassen.

Internationaler Vergleich

Im internationalen Vergleich ist die Erwerbslosenquote gemäss ILO bei den Jugendlichen in der Schweiz vergleichsweise tief. 2023 lag der EU-Durchschnitt bei 14% (Wert im 2. Quartal). Von den EU-Staaten wiesen 2023 Deutschland und Slowenien tiefere Erwerbslosenquoten bei den Jugendlichen auf als die Schweiz. Am höchsten war die Erwerbslosigkeit bei den Jugendlichen in Griechenland und Spanien.

Jugendliche, die weder erwerbstätig noch in Ausbildung sind

In der Schweiz betrug 2020 der Anteil der nichterwerbstätigen Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren, die weder an Bildung noch an Weiterbildung teilnehmen (NEET-Rate: Not in Education, Employment or Training), 6,4% und lag unter dem EU-Durchschnitt (11,1%). Eine tiefere NEET-Rate als die Schweiz hatten Island, Norwegen und die Niederlande.

Methodologie

Der Indikator zeigt die Erwerbslosenquote der Jugendlichen, welche als Anteil der Erwerbslosen an den 15- bis 24-jährigen Erwerbspersonen in der ständigen Wohnbevölkerung definiert wird. Die Erwerbslosenquote wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) in der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) vierteljährlich (bis 2009 jährlich im 2. Quartal) berechnet und publiziert.

Definitionen

Erwerbslose gemäss ILO (ILO = International Labour Organization)

Als Erwerbslose gemäss ILO gelten Personen im Alter von 15-74 Jahren, die

- in der Referenzwoche nicht erwerbstätig waren; und
- die in den vier vorangegangenen Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben; und
- die für die Aufnahme einer Tätigkeit verfügbar wären.

Diese Definition entspricht den Empfehlungen des Internationalen Arbeitsamtes und der OECD sowie den Definitionen von EUROSTAT.

(siehe auch die verwandten Begriffe: «registrierte Arbeitslose» und «registrierte Stellensuchende»)

Statistische Quellen

Arbeitsmarktgesamtrechnung:

Erwerbslose gemäss ILO in der ständigen Wohnbevölkerung und registrierte Arbeitslose mit einer nicht ständigen Aufenthaltsbewilligung

Erwerbslosenstatistik gemäss ILO, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung:

Erwerbslose gemäss ILO in der ständigen Wohnbevölkerung

Erwerbslosenquote gemäss ILO (ILO = International Labour Organization)

Erwerbslosenquote gemäss ILO = Erwerbslose gemäss ILO / Erwerbspersonen × 100

Statistische Quelle

Erwerbslosenstatistik gemäss ILO, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung

Erwerbslosenquote von Hochschulabsolvent/innen

Auszug aus dem Legislaturziel 5: *Zum Erhalt des Wettbewerbsvorteils im Bereich Bildung betrachtet der Bundesrat die Pflege und Weiterentwicklung des dualen Bildungssystems als wichtigen Erfolgsfaktor. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, soll das Bildungssystem dynamischer und stärker auf die Anforderungen des Marktes ausgerichtet werden.*

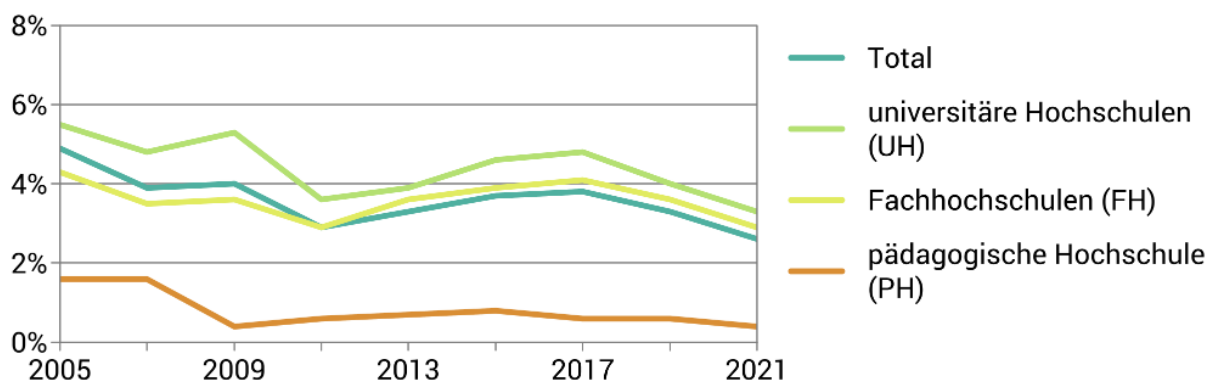
Bedeutung des Indikators: Ein leistungsfähiges Bildungssystem zeichnet sich unter anderem durch die Ausbildung hochqualifizierter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen aus, welche sich ohne grössere Schwierigkeiten in den Arbeitsmarkt integrieren können und eine ihren beruflichen Vorstellungen entsprechende Erwerbstätigkeit finden.

Die Erwerbslosenquote gemäss den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zeigt, wie viele Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen rund ein Jahr nach Studienabschluss nicht erwerbstätig sind, es aber sein möchten. Sie gibt keine Auskunft darüber, ob eine allfällige Erwerbstätigkeit dem Ausbildungsniveau der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen entspricht, und erlaubt keine differenzierte Aussage zur Leistungsfähigkeit der verschiedenen Hochschultypen.

Quantifizierbares Ziel: *Die Hochschulen bewahren und schärfen ihre hochschultypspezifischen Profile, welche die Bedürfnisse von Individuum, Gesellschaft und Wirtschaft abdecken.*

Erwerbslosenquote gemäss ILO der Hochschulabsolvent/innen

Hochschulabsolvent/innen, die ein Jahr nach dem Studienabschluss erwerbslos sind, nach Hochschultyp



Erstbefragung der Abschlussjahrgänge 2004-2020; 2021: Revision des Fragebogens

UH: Diplom, Lizentiat, Staatsexamen, Master; FH: Diplom, Bachelor; PH: Diplom, Bachelor, Master

Quelle: Bundesamt für Statistik

© BFS 2022

Die Erwerbslosenquote der Hochschulabsolventinnen und -absolventen ist tiefer als jene der gesamten Bevölkerung. 2021 betrug sie 2,6 Prozent.

Die Erwerbslosenquote gemäss ILO der Hochschulabsolventinnen und -absolventen ein Jahr nach Studienabschluss hat zwischen 2005 und 2011 abgenommen und ist anschliessend bis 2017 wieder angestiegen. 2021 betrug sie durchschnittlich 2,6%, wobei ein Rückgang von 0,7 Prozentpunkten im Vergleich zu 2019 zu beobachten war. Zum Vergleich: die Erwerbslosenquote der ständigen Wohnbevölkerung lag 2021 bei 5,1%. Die Master-Absolventinnen und -Absolventen der universitären Hochschulen (3,3%) und Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen der Fachhochschulen (2,9%) wiesen eine höhere Erwerbslosenquote auf als jene der pädagogischen Hochschulen (0,4%). Dieser Unterschied sagt jedoch nichts über die Leistungsfähigkeit der einzelnen Hochschultypen aus.

Erwerbslosenquote fünf Jahre nach Studienabschluss

Fünf Jahre nach Studienabschluss zeigt sich, dass die Erwerbslosenquoten gemäss ILO 2021 unter den Hochschulabsolventinnen und -absolventen - im Vergleich zu einem Jahr nach Studienabschluss - insgesamt tiefer sind.

Übereinstimmung von Bildungsniveau und ausgeübter Tätigkeit

2021 besetzten 80,5% der arbeitnehmenden Hochschulabsolventinnen und -absolventen ein Jahr nach Studienabschluss eine Stelle, die einen Hochschulabschluss erfordert, und waren damit adäquat zu ihrem Ausbildungsniveau beschäftigt. Mit 94,5% war dieser Wert für Absolventinnen und Absolventen mit dem Abschluss einer pädagogischen Hochschule am höchsten, gefolgt von Personen mit einem Masterabschluss an einer universitären Hochschule (86,4%). Den tiefsten Wert wiesen die Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen von Fachhochschulen aus (65,9%).

Unter- und Überbeschäftigung

2021 waren 86,3% der Hochschulabsolventinnen und -absolventen fünf Jahre nach Studienabschluss mit ihrem Beschäftigungsgrad zufrieden. Von den Master-Absolventinnen und -Absolventen von universitären Hochschulen und Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen der Fachhochschulen hätten 10,7% bzw. 9,8% gerne ihr Pensum reduziert, und 4,8% respektive 3,1% wünschten einen höheren Anstellungsgrad. Von den Absolventinnen und Absolventen einer pädagogischen Hochschule möchten 5,2% ihr Pensum erhöhen und 5,3% senken.

Methodologie

Für die Berechnung der Erwerbslosenquote gemäss ILO wurde die Erstbefragung der Hochschulabsolventinnen und -absolventen ein Jahr nach dem Abschluss an einer schweizerischen Hochschule verwendet. Es werden folgende Abschlussstufen berücksichtigt:

- Universitäre Hochschulen (UH): Diplom, Lizenziat, Staatsexamen, Master
- Fachhochschulen (FH): Diplom, Bachelor
- Pädagogische Hochschulen (PH): Diplom, Bachelor, Master

Zu den Erwerbslosen gemäss ILO gehören Personen, die

- in der Referenzwoche nicht erwerbstätig waren
- und die in den vier vorangegangenen Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben
- und die für die Aufnahme einer Tätigkeit verfügbar wären.

Diese Definition entspricht den Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Definition von EUROSTAT. Die Erwerbslosenquote der Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen gemäss ILO wird alle zwei Jahre vom Bundesamt für Statistik (BFS) im Rahmen der Befragung der Hochschulabsolventinnen und -absolventen berechnet.

Definitionen

Erwerbspersonen

Als Erwerbspersonen gelten die erwerbstätigen und die erwerbslosen (gemäss ILO) Personen zusammen. Erwerbspersonen werden mit dem Arbeitsangebot gleichgesetzt.

Statistische Quellen

Arbeitsmarktgesamtrechnung: *Erwerbspersonen = Erwerbstätige gemäss Inlandkonzept + Erwerbslose gemäss ILO in der ständigen Wohnbevölkerung + registrierte Arbeitslose mit einer nicht ständigen Aufenthaltsbewilligung*

Schweizerische Arbeitskräfteerhebung, Strukturerhebung im Rahmen der Volkszählung: *Erwerbspersonen in der ständigen Wohnbevölkerung*

Erwerbslose gemäss ILO (ILO = International Labour Organization)

Als Erwerbslose gemäss ILO gelten Personen im Alter von 15-74 Jahren, die

- in der Referenzwoche nicht erwerbstätig waren; und

- die in den vier vorangegangenen Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben; und
- die für die Aufnahme einer Tätigkeit verfügbar wären.

Diese Definition entspricht den Empfehlungen des Internationalen Arbeitsamtes und der OECD sowie den Definitionen von EUROSTAT.

(siehe auch die verwandten Begriffe: «registrierte Arbeitslose» und «registrierte Stellensuchende»)

Statistische Quellen

Arbeitsmarktgesamtrechnung:

Erwerbslose gemäss ILO in der ständigen Wohnbevölkerung und registrierte Arbeitslose mit einer nicht ständigen Aufenthaltsbewilligung

Erwerbslosenstatistik gemäss ILO, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung:

Erwerbslose gemäss ILO in der ständigen Wohnbevölkerung

Erwerbslosenquote gemäss ILO (ILO = International Labour Organization)

Erwerbslosenquote gemäss ILO = Erwerbslose gemäss ILO / Erwerbspersonen × 100

Statistische Quelle

Erwerbslosenstatistik gemäss ILO, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung

Impact der wissenschaftlichen Publikationen der Schweiz

Auszug aus dem Legislaturziel 5: Die Schweiz hat sich durch ihre führende Stellung in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation (BFI) international einen Namen als wettbewerbsfähiger Denk- und Werkplatz gemacht. Das Ziel des Bundesrates ist es, diesen Spitzenplatz auch vor dem Hintergrund eines zunehmenden internationalen Konkurrenzdrucks und schnelllebiger Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung zu erhalten.

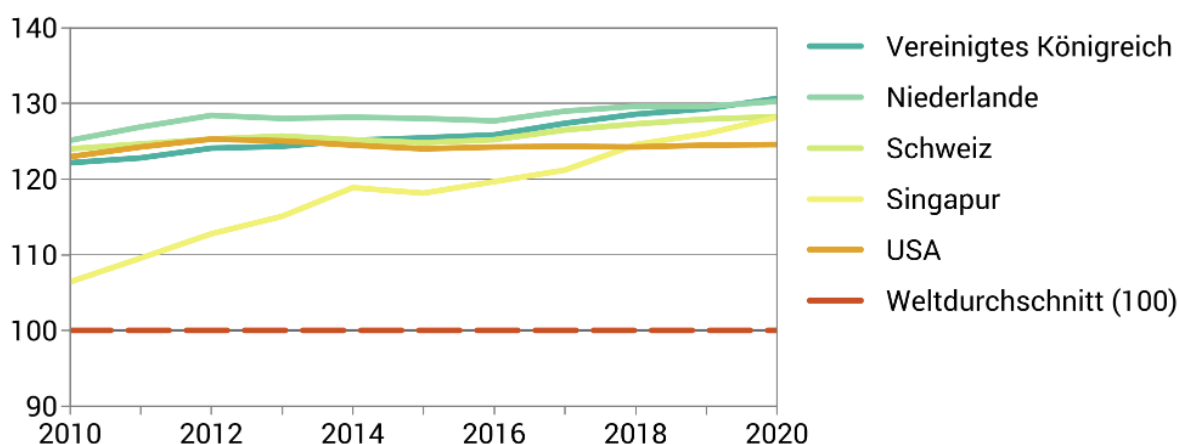
Bedeutung des Indikators: Forschung, Entwicklung und Technologie gelten als bedeutende Motoren der Innovationstätigkeit und fördern die Wettbewerbsfähigkeit einer Wirtschaft. Das wichtigste Mittel zur Verbreitung des durch wissenschaftliche Forschung gewonnenen Wissens ist die Publikation von Artikeln in wissenschaftlichen Zeitschriften. Die Wirkung dieser Publikationen („Impact“) wird anhand der Anzahl Zitierungen durch andere Forschende gemessen. Damit lässt sich die Stellung eines Landes im weltweiten Vergleich oder in einem bestimmten Forschungsbereich ermitteln. Es steht also nicht das Publikationsaufkommen im Vordergrund, sondern die Wirkung dieser Publikationen im internationalen Vergleich.

Der Indikator zeigt den Impact der schweizerischen wissenschaftlichen Publikationen im internationalen Vergleich.

Quantifizierbares Ziel: Die Schweiz bleibt in Wissenschaft, Forschung und Innovation unter den führenden Nationen.

Impact der wissenschaftlichen Publikationen

Relativer Zitationsindex auf einer Skala von 0 (tief) bis 200 (hoch)



gleitender Mittelwert über 5 Jahre

Quelle: Clarivate Analytics, Bearbeitung: SBF

© BFS 2023

Wissenschaftliche Publikationen der Schweiz wurden im Zeitraum 2018–2022 weltweit am dritthäufigsten zitiert.

Der Impact der schweizerischen wissenschaftlichen Publikationen ist relativ stabil und liegt über dem weltweiten Mittelwert. Im Zeitraum zwischen 2018 und 2022 lag die Schweiz um 28 Indexpunkte über dem weltweiten Mittelwert und befand sich auf der Weltrangliste über sämtliche wissenschaftliche Publikationen hinter Grossbritannien und den Niederlanden auf Platz 3 (gleichauf mit Singapur).

Publikationsaufkommen im internationalen Vergleich

Die Schweiz brachte im Zeitraum 2018–2022 insgesamt 380 700 Publikationen hervor, was einem weltweiten Publikationsaufkommen von 1% entspricht. Wird hingegen die Anzahl der Publikationen pro Einwohnerin bzw. Einwohner gewichtet, so zählte die Schweiz zu den produktivsten Ländern: Mit

etwas mehr als 8800 Publikationen pro Jahr auf eine Million Einwohnerinnen und Einwohner belegte sie nach Dänemark den zweiten Platz. Dahinter folgten Australien, Norwegen und Finnland. China, das Land mit dem höchsten Publikationsaufkommen weltweit (18,4%), platzierte sich auf dem 43. Rang.

Impact nach Forschungsbereich

Der Impact der Schweizer Publikationen liegt in allen Forschungsbereichen deutlich über dem weltweiten Mittel. Die grössten Unterschiede (+ 20 bis 30 Indexpunkte) treten in den Bereichen «Technische und Ingenieurwissenschaften, Informatik», «Landwirtschaft, Biologie und Umweltwissenschaften», «Physik, Chemie, Erdwissenschaften», «Life Sciences», «klinische Medizin» und «Sozial- und Verhaltenswissenschaften» auf, gefolgt vom Bereich «Geisteswissenschaften und Kunst» (+11 Indexpunkte).

Nationale und internationale Forschungskooperationen

Die Schweizer Forschenden sind international vernetzt. Von den mit anderen Institutionen realisierten Publikationen wurden 81% im Zeitraum 2018–2022 mit internationalen Partnern verfasst. Dieser Anteil ist in den letzten zwei Perioden leicht gesunken. Dennoch platzierte sich die Schweiz in den letzten Jahren im internationalen Vergleich jeweils auf den ersten Rängen. Der europäische Raum war im Zeitraum 2018–2022 der wichtigste Forschungspartner der Schweiz, wobei die Publikationen am häufigsten mit den Nachbarländern Italien, Deutschland und Frankreich verfasst wurden. Ausserhalb des europäischen Raums sind die USA der wichtigste Partner der Schweiz.

Methodologie

Der Index zum Impact der wissenschaftlichen Publikationen basiert auf den Datensammlungen der Firma Clarivate Analytics und setzt sich aus dem Science Citation Index Expanded (SCIE), dem Social Science Citation Index Expanded (SSCIE), dem Arts & Humanities Citation Index (A&HCI) und dem Emerging Sources Citation Index zusammen. Diese Datensammlungen enthalten die bibliografischen Angaben zu den aufgrund einer Peer-Review publizierten Artikeln in rund 24 000 von Clarivate Analytics ausgewählten, meist international beachteten wissenschaftlichen Zeitschriften. Die Auswahl der berücksichtigten Zeitschriften wird von Clarivate Analytics durch einen Evaluationsprozess getroffen. Artikel, die in diesen Datensammlungen nicht vorkommen (wie auch die in Zeitschriften für eine breite Leserschaft publizierten Artikel, Bücher und Vorträge), bleiben bei der bibliometrischen Analyse unberücksichtigt.

Für die Messung des „Impacts“ der Publikationen wird ein relativer Zitationsindex verwendet. Die absolute Anzahl Zitierungen wird nicht als solche dargestellt, da sie vom Publikationsaufkommen und vom Forschungsbereich abhängt. Für die Berechnung des relativen Zitationsindex wird die Anzahl Zitierungen einer Publikation mit dem weltweiten Mittel der Zitierungen des betreffenden Forschungsbereichs gewichtet. Der so berechnete Indikator wird anschliessend auf einer Skala zwischen 0 und 200 eingeordnet, wobei 100 den weltweiten Mittelwert darstellt.

Basierend auf den jährlichen Datensammlungen von Clarivate Analytics führt das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) alle zwei Jahre eine bibliometrische Analyse der schweizerischen Publikationen durch und publiziert diese in einem Bericht.

Erweiterte digitale Kompetenzen

Auszug aus dem Legislaturziel 5: *Die Geschwindigkeit, mit der die Digitalisierung voranschreitet, führt zu einem zunehmenden Bedarf an digitalen Fähigkeiten [...].*

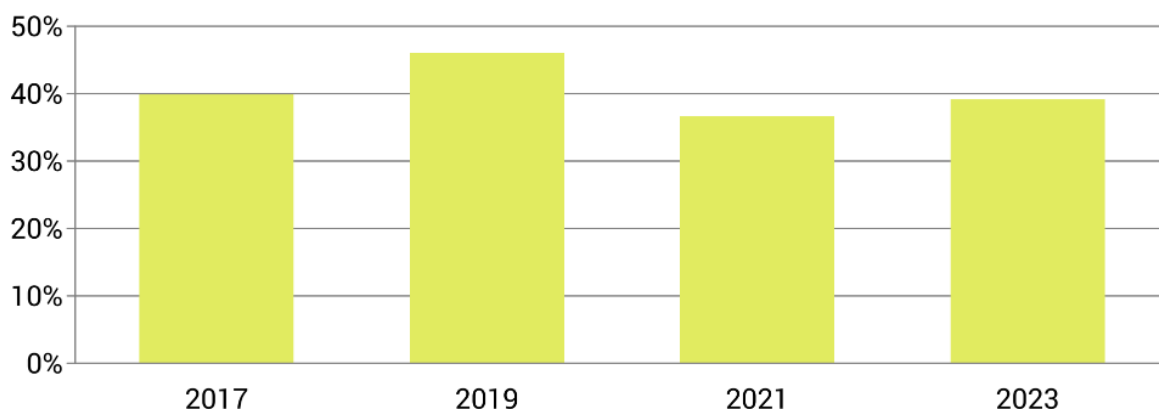
Bedeutung des Indikators: Der digitale Wandel führt zu tiefgreifenden Veränderungen im beruflichen und privaten Alltag. Damit sich die Bevölkerung an die neue Situation anpassen kann, braucht sie entsprechende Kompetenzen. Durch den Kompetenzerwerb kann die Teilhabe aller Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz an politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Prozessen, die sich digital abspielen, sichergestellt werden. Eine Stärkung der digitalen Befähigung erlaubt es den Menschen zudem, sich in einem digitalen Umfeld eigenverantwortlich zu verhalten und die Konsequenzen ihres Handelns abzuschätzen.

Der Indikator zeigt den Anteil der Gesamtbevölkerung im Alter von 15 bis 88 Jahren, deren digitale Kompetenzen über die Grundkompetenzen hinausgehen.

Quantifizierbares Ziel: *Die digitalen Kompetenzen der Schweizer Bevölkerung sollen gestärkt werden, damit sie die Chancen der Digitalisierung umfassend nutzen kann.*

Erweiterte digitale Kompetenzen

Anteil der Gesamtbevölkerung im Alter von 15 bis 88 Jahren mit digitalen Kompetenzen, welche die Grundkompetenzen überschreiten



2021: Bruch in der Zeitreihe aufgrund methodischer Anpassungen

Quelle: BFS - Omnibus IKT

© BFS 2023

39 Prozent der Bevölkerung verfügten 2023 über digitale Kompetenzen, die über die Grundkompetenzen hinausgehen.

Im Jahr 2023 verfügten 39% der Bevölkerung der Schweiz über digitale Kompetenzen, die über die Grundkompetenzen hinausgehen. Dabei lassen sich altersspezifische Unterschiede beobachten: Je höher das Alter, desto geringer fällt der Bevölkerungsanteil mit erweiterten digitalen Kompetenzen aus. Ein Vergleich mit 2019 und 2017 ist aufgrund methodischer Anpassungen nicht möglich.

Die digitalen Kompetenzen werden in den Bereichen Informationen und «Data Literacy», Kommunikation und Zusammenarbeit, Problemlösung und der Erstellung digitaler Inhalte sowie Sicherheit und Privatsphäre gemessen. Bei der Schweizer Bevölkerung am stärksten ausgeprägt sind die erweiterten Kompetenzen im Bereich Kommunikation und Zusammenarbeit.

Bildungsniveau und digitale Kompetenzen

Ein wichtiger Faktor für die Ausprägung der digitalen Kompetenzen ist der Bildungsstand. Je tiefer der Bildungsstand einer Person ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie nur über geringe Kompetenzen verfügt. So wiesen 2023 44% der Personen im Alter von 15 bis 88 Jahren, die lediglich

die obligatorische Schule abgeschlossen haben, geringe oder sehr geringe digitale Kompetenzen auf. Bei den Personen mit einem Abschluss auf Sekundarstufe II betrug dieser Anteil 30% und bei den Personen mit einem Abschluss auf Tertiärstufe 12%.

Weiterbildung im Informatikbereich

Digitale Kompetenzen sind unter anderem in der Berufswelt von Bedeutung, die sich im Zuge der Digitalisierung grundlegend verändert. Eine Möglichkeit, diesen Veränderungen zu begegnen, ist die Teilnahme an Weiterbildungsaktivitäten, das heisst ausserhalb des regulären Bildungssystems. Im Bereich Informatik besuchten 2021 gut 14% der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren eine solche Weiterbildungsveranstaltung. Dazu gehören beispielsweise Kurse, Seminare und Privatunterricht, aber auch Ausbildungen am Arbeitsplatz.

Internationaler Vergleich

Gemessen an den erweiterten digitalen Kompetenzen der Bevölkerung im Alter von 16 bis 74 Jahren befand sich die Schweiz im Jahr 2021 im Vergleich mit den europäischen Ländern mit einem Anteil von 40% an fünfter Stelle. Damit lag der Anteil der Bevölkerung mit digitalen Kompetenzen, die über die Grundkompetenzen hinausgehen, auf dem gleichen Niveau wie in Irland. An erster Stelle standen die Niederlande (52%), gefolgt von Finnland (48%), Island (45%) und Norwegen (43%).

Methodologie

Die digitalen Kompetenzen werden anhand eines auf europäischer Ebene entwickelten Referenzrahmens gemessen. Mittels einer Liste der im Internet ausgeübten Tätigkeiten werden verschiedene Kompetenzbereiche definiert. Diese Liste hat sich im Lauf der Zeit verändert, was zu Brüchen in der Zeitreihe geführt hat.

Seit 2021 werden folgende fünf Kompetenzbereiche betrachtet: 1) Informations- und Datenkompetenz; 2) Kommunikation und Kollaboration; 3) Problemlösung; 4) Erstellung von Inhalten; 5) Sicherheit.

Für jeden Bereich gibt es verschiedene Kompetenzniveaus. Mit einem anhand dieser Ergebnisse erstellten synthetischen Indikator für die einzelnen Bereiche lassen sich die allgemeinen digitalen Kompetenzen der Bevölkerung einschätzen.

Bei der angewandten Methode wird davon ausgegangen, dass Personen, die eine Aktivität ausführen, über die nötigen Kompetenzen dazu verfügen.

Staubelastung auf dem Nationalstrassennetz

Auszug aus dem Legislaturziel 6: *Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur sind höhere Kapazitäten sowohl im Strassen als auch im Schienenverkehr notwendig. Der Bundesrat treibt in den kommenden Jahren die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes ebenso wie dringende Entlastungsprojekte in Agglomerationsgebieten weiter voran.*

Bedeutung des Indikators: Funktionierende und sichere Nationalstrassen sind für die Schweiz von wirtschaftlicher Bedeutung. Eine intensive Beanspruchung der Verkehrsinfrastruktur kann zu Staus führen, wobei ein gewisses Mass an Stau allerdings nicht zu vermeiden ist. Gibt es zu oft und zu lange Staus, ist die Funktionsfähigkeit der Nationalstrassen gestört und die Wartezeiten verursachen wirtschaftliche Kosten. Zu den Stauursachen gehören Verkehrsüberlastungen, Unfälle und Baustellen, wobei die Verkehrsüberlastungen die häufigste Ursache darstellen.

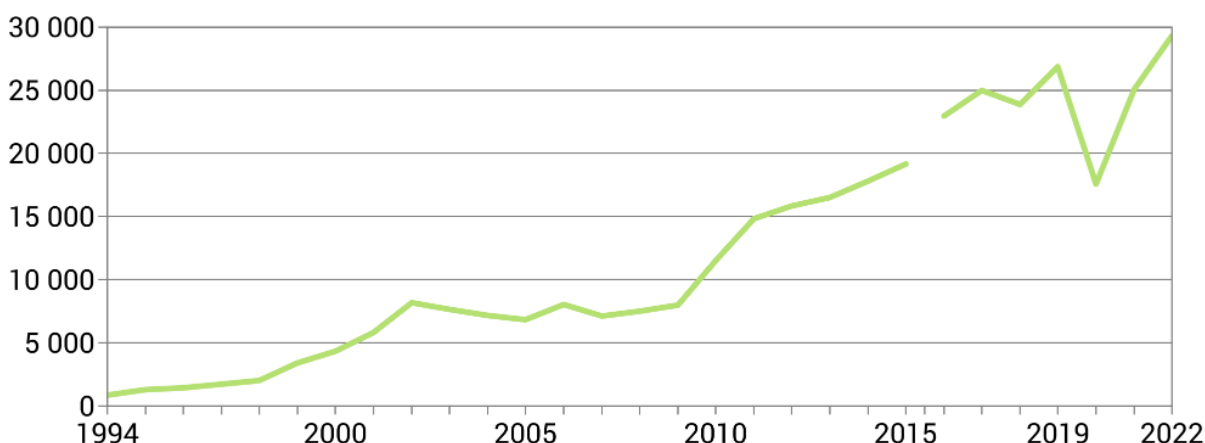
Der Indikator zeigt die Anzahl der Staustunden auf den Nationalstrassen aufgrund von Verkehrsüberlastungen. Die Staustunden wegen Unfällen, Baustellen und anderen Ursachen sind nahezu konstant und werden deshalb nicht betrachtet.

Quantifizierbares Ziel: *Die Staubelastung auf den Nationalstrassen nimmt nicht stärker zu als das Verkehrsvolumen.*

Staubelastung auf dem Nationalstrassennetz

Durch Verkehrsüberlastung verursachte Staus

Stunden



ohne Staus auf den Strecken des neuen Netzbeschlusses (NEB); Anpassung der Berechnungsmethode 2016

Quelle: Bundesamt für Strassen

© BFS 2023

Die Anzahl Staustunden wegen Verkehrsüberlastung hat 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 16,8% zugenommen.

Die Anzahl Staustunden wegen Verkehrsüberlastung (ohne Staus auf den Strecken des neuen Netzbeschlusses) erhöhte sich in den 1990er-Jahren und stabilisierte sich zwischen 2002 und 2009. Zwischen 2010 und 2019 nahmen die Staustunden wegen Verkehrsüberlastungen wieder zu. Im Jahr 2022 betrug die Anzahl Staustunden wegen Verkehrsüberlastung 29 302, was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme um 16,8% respektive 4217 Stunden entspricht.

Stauursachen

84% der registrierten Staustunden (ohne Staus auf den Strecken des neuen Netzbeschlusses) waren 2022 auf Verkehrsüberlastungen zurückzuführen, die restlichen grösstenteils auf Unfälle und Baustellen. Die Verkehrsüberlastungen bilden sich meist auf relativ kurzen Abschnitten im Bereich der grossen Agglomerationen. Die Zunahme der Staustunden seit 2008 kann zum Teil auf verbesserte

technische Mittel für die Erfassung der Staus auf den Nationalstrassen zurückgeführt werden. Inwieweit die Steigerung auf zusätzliche Verkehrsbehinderungen zurückzuführen ist, kann nicht abschliessend beurteilt werden.

Staukosten

Staus führen zu Zeitverlusten, die mit volkswirtschaftlichen Kosten verbunden sind. Die für die Nationalstrassen geschätzten Stauzeitkosten beliefen sich 2010 auf 670 Millionen Franken und stiegen bis 2019 auf 1180 Millionen Franken an.

Fahrleistungen

Der Verkehr auf den Nationalstrassen nahm bis 2019 von Jahr zu Jahr zu. 2020 war als Folge der Covid-19-Pandemie ein Rückgang zu verzeichnen. 2022 wurden auf den Nationalstrassen (ohne Strecken des neuen Netzbeschlusses) 26,5 Milliarden Fahrzeugkilometer zurückgelegt, 6,8% mehr als im Vorjahr. 37,5% der gesamten Fahrleistung des Motorfahrzeugverkehrs und 66,6% des schweren Güterverkehrs wurden 2021 auf den Nationalstrassen abgewickelt, obschon diese längenmässig weniger als 3% des gesamten Strassennetzes ausmachen.

Methodologie

Von Stau wird gesprochen, wenn:

- auf Hochleistungs- oder Hauptstrassen ausserorts die stark reduzierte Fahrzeuggeschwindigkeit während mindestens einer Minute unter 10 km/h liegt und es häufig zum Stillstand kommt.
- auf Hauptstrassen innerorts bei Knoten oder Engpässen die Verlustzeit insgesamt mehr als 5 Minuten beträgt.

Stockender Verkehr ergibt sich, wenn:

- ausserorts die stark reduzierte Fahrzeuggeschwindigkeit während mindestens einer Minute unter 30 km/h liegt und/oder es teilweise zu kurzem Stillstand kommt.

In den vom Bundesamt für Strassen (ASTRA) publizierten Staudaten, auf die sich der vorliegende Indikator stützt, werden beide erfassten Zustände (Stau und stockender Verkehr) als „Stau“ ausgewiesen. Der Grund dafür ist, dass die für eine genaue Unterscheidung notwendigen Verkehrs- und Geschwindigkeitsdaten heute noch nicht verfügbar sind. Die Staudaten basieren vollumfänglich auf den Verkehrsmeldungen der Viasuisse. Die Qualität der Aussagen zur Entwicklung der Staustunden steht und fällt mit der Vollständigkeit und Richtigkeit dieser Meldungen. Es besteht keine Gewähr dafür, dass sämtliche Staus erfasst sind.

Die Daten zur Staubelastung werden jährlich vom ASTRA im Bericht „Verkehrsentwicklung und Verfügbarkeit der Nationalstrassen“ publiziert.

Definitionen

Fahrzeugkilometer

Masseinheit der Fahrleistung. Ein Fahrzeugkilometer (abgekürzt Fz-km) entspricht einem zurückgelegten Kilometer eines Fahrzeugs.

Modalsplit im alpenquerenden Güterverkehr

Auszug aus dem Legislaturziel 6: *Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur sind höhere Kapazitäten sowohl im Strassen- als auch im Schienenverkehr notwendig. [...] Der Bundesrat wird auch im Schienenverkehr notwendige Ausbauschritte in Angriff nehmen, um mit den wachsenden Kapazitätserfordernissen Schritt zu halten und das Leistungsangebot auszubauen.*

Bedeutung des Indikators: Aufgrund ihrer geografischen Lage nimmt die Schweiz im europäischen Verkehrsnetz eine besondere Stellung ein. Ein bedeutender Teil des internationalen Güterverkehrs zwischen Nord- und Südeuropa nutzt die Schweizer Alpenübergänge. Um das Land und die Alpenregionen vor den negativen Auswirkungen des alpenquerenden Lastwagenverkehrs zu schützen, verfolgt die Schweizer Verkehrspolitik eine Verlagerung des Strassengüterverkehrs auf die Schiene.

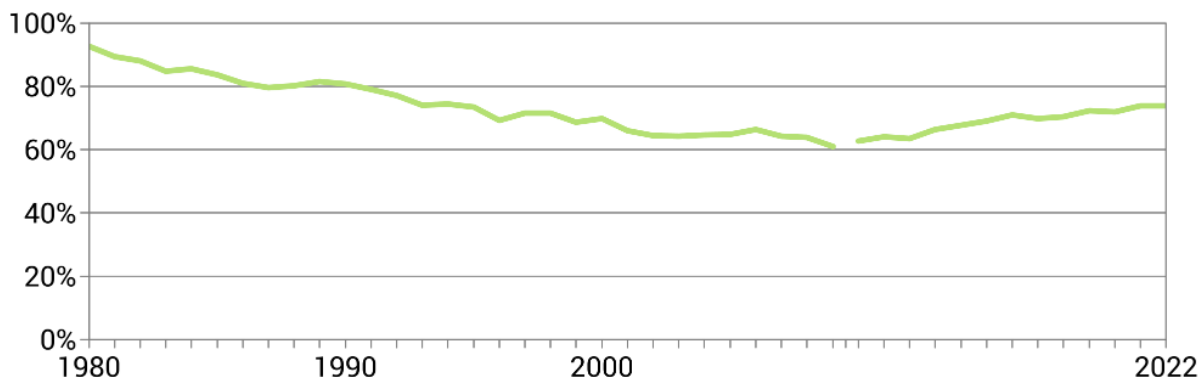
Der Indikator stellt den Anteil der auf der Schiene transportierter Güter, gemessen an der Gesamtmenge der transportierten Güter des gesamten alpenquerenden Güterverkehrs (Schiene, Strasse), dar. Eine Veränderung des Modalsplits zugunsten der Schiene kann auch bei zunehmenden Transportmengen auf der Strasse auftreten, nämlich wenn die Zunahme auf der Schiene stärker ist als auf der Strasse.

Quantifizierbares Ziel: *Der Anteil des alpenquerenden Güterverkehrs, der auf der Schiene abgewickelt wird, nimmt während der Legislaturperiode 2019–2023 zu.*

Modalsplit im alpenquerenden Güterverkehr

Anteil auf der Schiene transportierter Güter am gesamten alpenquerenden Güterverkehr auf Strasse und Schiene

% der Nettotonnen



2010: Bruch in der Zeitreihe
2021 und 2022: provisorisch

Quelle: BAV – Alpenquerender Güterverkehr

© BFS 2023

2022 wurden 74 Prozent der Güter auf der Schiene durch die Schweizer Alpen transportiert.

Rund 90% der Güter wurden Anfang der 1980er-Jahre auf der Schiene durch die Schweizer Alpen transportiert. Bis 2009 ist dieser Anteil auf 61% gesunken, seither hat er wieder zugenommen. 2022 wurden 74% des Transportguts per Bahn und 26% auf der Strasse durch die Schweizer Alpen befördert. In Österreich ist das Verhältnis in etwa umgekehrt, in Frankreich dominiert der Strassengüterverkehr mit rund 90% noch stärker.

Transitverkehr

Abgangs- wie auch Bestimmungsort der auf der Schiene über die Schweizer Alpen transportierten Güter lagen 2019 mehrheitlich im Ausland: Zu 88% passierte der alpenquerende

Schienengüterverkehr die Schweiz im Transit. Die verbleibenden 12% entfielen auf den Binnen-, Import- und Exportverkehr.

Gütermenge und Anzahl Fahrten

Die auf Strasse und Schiene über die Schweizer Alpen transportierte Gütermenge belief sich 2022 auf insgesamt 38,3 Millionen Nettotonnen. Das ist mehr als doppelt so viel wie 1981, dem Jahr nach der Eröffnung des Gotthard-Strassentunnels. Der Strassengüterverkehr hat dabei über den gesamten Zeitraum gesehen stärker zugenommen als der Schienengüterverkehr. Dieser Umstand wird durch die Entwicklung der Anzahl Fahrten schwerer Strassengüterfahrzeuge über die Schweizer Alpenübergänge verdeutlicht. Diese erreichte im Jahr 2000 mit 1,4 Millionen Fahrten ihren Höchststand und ist im Anschluss wieder zurückgegangen. Im Jahr 2022 überquerten etwa 927 000 dieser Fahrzeuge einen Schweizer Alpenübergang, wovon rund drei Viertel die Gotthard-Route wählten. Im Vergleich zu 1981 entspricht dies in etwa einer Verdreifachung der Anzahl Fahrten.

Internationaler Vergleich der Anzahl Fahrten

Der gesamte innere Alpenbogen (Fréjus bis Brenner) wurde 2022 von 5,1 Millionen schweren Strassengüterfahrzeugen gequert. Der grösste Teil davon benutzte die österreichischen-italienischen Alpenübergänge (53%), gefolgt von den französischen-italienischen (29%). Der Anteil der Schweiz betrug 18%.

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil auf der Schiene transportierter Güter, gemessen an der Gesamtmenge transportierter Güter des gesamten alpenquerenden Güterverkehrs (Schiene, Strasse). Die auf Strasse und Schiene über die Schweizer Alpen transportierte Gütermenge wird in Nettotonnen gemessen, d.h. ohne Gewicht der Strassengüterfahrzeuge (inkl. Anhänger), Container und Wechselbehälter im kombinierten Verkehr.

Die Daten zum alpenquerenden Güterverkehr werden jährlich vom Bundesamt für Verkehr (BAV) erhoben und publiziert. 2010 kam es aufgrund eines Methodenwechsels zu einem Bruch in der Zeitreihe. Bis 2009 wurden die Daten der schweizerischen automatischen Strassenverkehrszählung verwendet. Seit 2010 basieren die Zahlen für den Strassengüterverkehr auf den Kontrollstationsdaten der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe an den schweizerischen Alpenübergängen.

Definitionen

Alpenquerender Güterverkehr

Güterverkehr, der den Alpenhauptkamm überquert, unabhängig davon ob es sich um Binnen-, Import-, Export- oder Transitverkehr handelt.

Modalsplit

Aufteilung der Transportleistungen und Verkehrsleistungen auf verschiedene Verkehrsträger. In der Regel wird dabei nur die Verteilung zwischen Strasse und Schiene betrachtet, während die Verkehrsträger Wasser, Luft und Pipelines meist ausgeklammert werden.

Bedeckung von Gebäuden mit Hochbreitbandanschlüssen

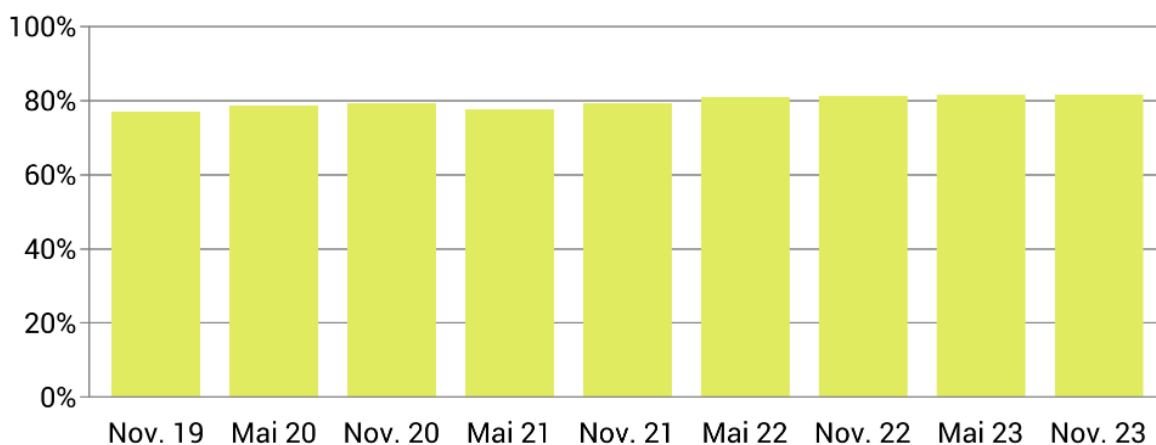
Auszug aus dem Legislaturziel 6: Auch die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien nimmt laufend zu. Der Bundesrat ermöglicht den Ausbau der digitalen Infrastruktur, um die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu unterstützen.

Bedeutung des Indikators: Leistungsfähige Netzinfrastrukturen bilden das Rückgrat für das erfolgreiche Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft im digitalen Zeitalter. Eine zuverlässige Kommunikationsinfrastruktur ist zudem Voraussetzung für die Entwicklung von neuen Lebens- und Arbeitsformen, Dienstleistungen und Produkten im digitalen Zeitalter. Die zunehmende Verbreitung der Breitbandtechnologien ist entscheidend für die Entwicklung des E-Commerce, des E-Government und anderer Anwendungen, wie zum Beispiel Internettelefonie oder Audio- und Videoübertragungen. Der Indikator zeigt den Anteil der Gebäude in der Schweiz, die über einen Festnetz-Anschluss mit einer Download-Geschwindigkeit von mindestens 100 Mbit pro Sekunde verfügen. Er steht für den Verbreitungsgrad dieser Technologie, sagt jedoch nichts über deren effektive Nutzung aus.

Quantifizierbares Ziel: Die Rahmenbedingungen im Telekommunikationsmarkt tragen dazu bei, die Investitionen auf einem hohen Niveau zu halten. Der Anteil der Gebäude mit einer Hochbreitbandabdeckung erhöht sich.

Gebäude mit einem Hochbreitbandanschluss (Festnetz)

Anteil der Gebäude, die über eine Download-Geschwindigkeit von mindestens 100 Mbit/s verfügen



Quelle: BAKOM - Breitbandatlas

© BFS 2023

Im November 2023 verfügten 81,7 Prozent aller Gebäude über einen Hochbreitbandanschluss.

Im November 2023 waren 81,7% der Gebäude der Schweiz mit einem Festnetz-Internetanschluss mit einer Download-Geschwindigkeit von mindestens 100 Mbit pro Sekunde (Mbit/s) erschlossen.

Verhältnis Hochbreitband zu Breitband

Von den über vier Millionen Breitbandinternet-Kunden in der Schweiz verfügten 2022 rund 3,5 Millionen über einen Anschluss mit einer Download-Übertragungsrate von mindestens 100 Mbit/s. Das entspricht einem Anteil von rund 85% an allen Breitbandkunden.

Entscheidend für die von den Abonentinnen und Abonenten nutzbare Kapazität ist nicht nur der Gebäudeanschluss. Auch die Technologie, die für die Zuführung in die Wohnungen oder Geschäftsräume als letztes Teilstück verwendet wird, beeinflusst die verfügbare Bandbreite.

Glasfaserabonnemente

Die fortschreitende Digitalisierung stellt wachsende Ansprüche an die Kapazität der Netzwerkinfrastruktur. Die Glasfaser als derzeit modernste Technologie erlaubt höhere Übertragungsraten als bisherige Technologien. Der Anteil der Glasfaserabonnemente an allen Breitbandabonnementen nahm in der Schweiz in den letzten Jahren zu und lag 2022 bei 26,6%. Im internationalen Vergleich befand sich die Schweiz damit unter dem OECD-Durchschnitt von 35,9%.

5G-Abdeckung

Auch über das Mobilfunknetz werden stetig wachsende Datenmengen übertragen. Mit der Einführung der 5G-Technologie eröffnen sich durch gestiegene Übertragungskapazitäten neue Möglichkeiten bei der Vernetzung von Gegenständen wie zum Beispiel Geräte, Maschinen oder Autos. Derzeit stellt auf 96% der Schweizer Landesfläche mindestens ein Anbieter 5G zur Verfügung (Stand: November 2023). Bei der nicht durch 5G abgedeckten Landesfläche handelt es sich überwiegend um schwach besiedelte Berggebiete.

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil der Gebäude in der Schweiz, die über einen Festnetz-Anschluss mit einer Download-Geschwindigkeit von mindestens 100 Mbit pro Sekunde verfügen. Dieser Anteil wird vom Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) berechnet.

Als Grundgesamtheit für die Gebäude dient das Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) des Bundesamtes für Statistik (BFS). Für die Berechnung des Anteils werden nur Gebäude mit Status «bestehend» berücksichtigt. Ein Gebäude ist gemäss GWR «bestehend», wenn es vollständig genutzt werden kann. Falls pro Gebäude mehrere Netzbetreiber aktiv sind, wird derjenige Anschluss mit der höchsten Download-Geschwindigkeit berücksichtigt.

Die Daten zu den Download-Geschwindigkeiten der Gebäude werden von den Netzbetreibern freiwillig an das BAKOM geliefert, das die Daten aufbereitet und in Form des Breitbandatlas publiziert. Die Daten werden von den Netzbetreibern zweimal jährlich auf den neusten Stand gebracht. Das BAKOM publiziert eine aktuelle Liste der teilnehmenden Netzbetreiber.

Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien

Auszug aus dem Legislaturziel 6: *Der Bundesrat ermöglicht den Ausbau der digitalen Infrastruktur, um die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu unterstützen.*

Bedeutung des Indikators:

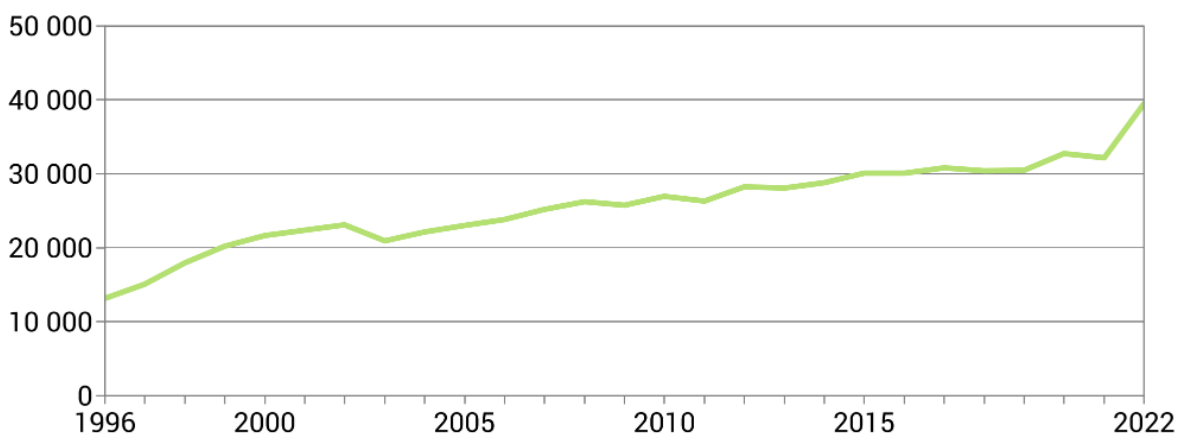
Die Digitalisierung prägt heute den Alltag, vom Privatleben über die Wirtschaft bis hin zum Staat. Insbesondere in den letzten zwei Bereichen lassen sich durch die Digitalisierung von Prozessen Effizienzgewinne realisieren. Für ein ressourcenarmes Land wie die Schweiz ist es wichtig, das Potential der Digitalisierung bestmöglich zu nutzen, um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen und sich als innovativer und zukunftsorientierter Wirtschafts- und Forschungsstandort zu behaupten. Der Indikator zeigt das Total der in der Schweizer Volkswirtschaft getätigten Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), in Millionen Franken, zu Preisen des Vorjahres. Er erlaubt weder Aussagen über die Nutzung von IKT noch über die Wertschöpfung dieser Investitionen.

Quantifizierbares Ziel: *Durch eine optimale Ausgestaltung der Rahmenbedingungen erhöhen sich die Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien in der Schweiz.*

Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien

In der Schweiz, zu Preisen des Vorjahres, Referenzjahr 2010

Mio. Franken



2022: provisorisch

Quelle: BFS – VGR

© BFS 2023

Die Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) haben zwischen 1996 und 2022 durchschnittlich um rund 4,5 Prozent pro Jahr zugenommen.

Die Investitionen der Privatwirtschaft und des Staates in Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) haben in der Schweiz zwischen 1996 und 2022 von 13 131 auf 39 494 Millionen Franken zugenommen (zu Preisen des Vorjahres, Referenzjahr 2010). Dies entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von rund 4,5%. 2022 flossen mehr als vier Fünftel der Investitionen in Software und Datenbanken, gut ein Zehntel in Kommunikationstechnologien und die restlichen Investitionen in Informationstechnologien. Die grösste Zunahme der Investitionen seit 1996 lässt sich bei Software und Datenbanken beobachten.

IKT-Abschlüsse

Die Fähigkeit einer Wirtschaft, das Wachstums- und Innovationspotenzial der Digitalisierung zu nutzen, hängt unter anderem von der Anzahl Personen mit einer Ausbildung im IKT-Bereich ab. 2022

wurden in der Schweiz 7345 IKT-Abschlüsse erworben, gut siebenmal mehr als 1990. Beinahe zwei Fünftel dieser Abschlüsse waren eidgenössische Fähigkeitszeugnisse (EFZ).

IKT-Patentanmeldungen

Die Anzahl IKT-Patentanmeldungen gemäss dem Vertrag über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT) zeugt von der Bedeutung der IKT-Branche für die F+E-Aktivitäten. 2020 reichte die Schweiz 38,5 IKT-Patentanmeldungen pro Million Einwohnerinnen und Einwohner ein und platzierte sich damit an achter Stelle der OECD-Staaten. Auf dem ersten Platz lag Schweden (139,0), gefolgt von Korea (132,0) und Finnland (98,4).

Methodologie

Der Indikator zeigt das Total der Bruttoinvestitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) (ohne Abschreibungen) des Staates und der Privatwirtschaft, in Millionen Franken, zu Preisen des Vorjahres (Referenzjahr 2010). Zu den IKT gehören auch Software und Datenbanken, nicht berücksichtigt werden hingegen Investitionen in mess-, steuerungs- und regelungstechnische Erzeugnisse, da diese auch Kontrollinstrumente wie beispielsweise Thermostate oder Navigationsinstrumente umfassen, die nicht unbedingt digital sein müssen.

Die Investitionen in IKT werden vom Bundesamt für Statistik jährlich im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) mit der Güterstrom-Methode (Commodity Flow Method) berechnet.

Definitionen

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Technologie, welche auf den neuesten Entwicklungen in Informatik und Telekommunikation (hier vor allem im Bereich Netzwerke) sowie der Multimedia basiert, und sich durch Benutzerfreundlichkeit von Produkten und Dienstleistungen auszeichnet und die Spezialisten und einem breiten Publikum von Nicht-Spezialisten zur Verfügung gestellt wird. z. B. Internet, Intranet, Extranet, WAP, E-Mail, UMTS.

Leitlinie 2: Zusammenhalt

Die Schweiz fördert den nationalen Zusammenhalt und leistet einen Beitrag zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit.

Mehrsprachigkeit der Jugendlichen

Auszug aus dem Legislaturziel 7: *In Kooperation mit den Kantonen stellt der Bundesrat sicher, dass das Gefühl der Zusammengehörigkeit, die Solidarität und das Verständnis zwischen den Regionen gestärkt werden. Der Bundesrat führt die Förderung der kulturellen Teilhabe der Bevölkerung fort. Zudem will er den Zusammenhalt zwischen den Sprachengruppen stärken, unter anderem durch die Weiterentwicklung des schulischen Austauschs zwischen den Sprachregionen.*

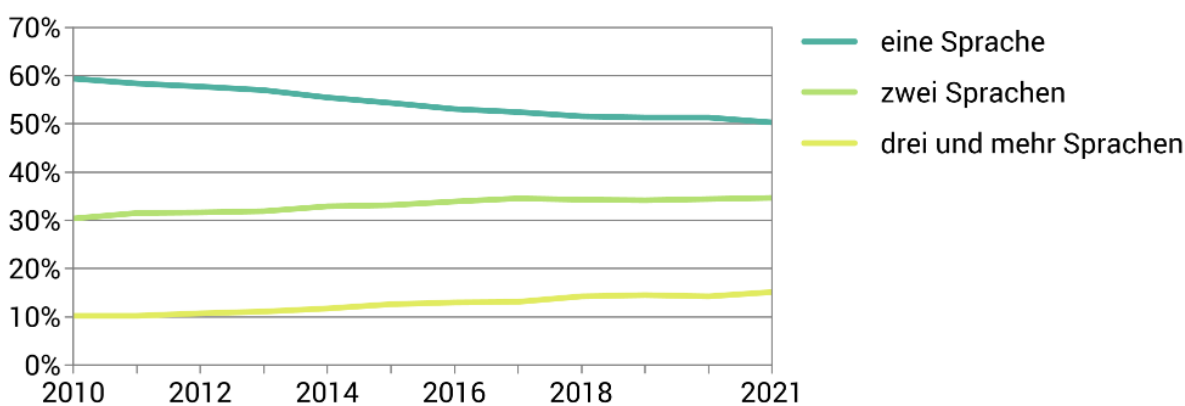
Bedeutung des Indikators: Die Mehrsprachigkeit ist ein Wesensmerkmal der Schweiz. Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch sind als Landessprachen in der Bundesverfassung verankert. Die Förderung der Mehrsprachigkeit sowie der Verständigung und des Austausches zwischen den Sprachgemeinschaften sind zentrale Grundsätze der Schweizer Sprachenpolitik. Kenntnisse in mehr als einer Sprache sind wichtig, um die kulturelle Vielfalt zu leben und den inneren Zusammenhalt des Landes zu stärken. Sprachkenntnisse stellen zudem einen wichtigen Teil des Humankapitals für die schweizerische Wirtschaft dar, in der insbesondere die Landessprachen aber auch die englische Sprache eine wichtige Rolle spielen.

Der Indikator zeigt den Anteil der 15- bis 24-jährigen Wohnbevölkerung, die im Alltag eine, zwei oder mehrere Sprachen spricht. Berücksichtigt werden die Hauptsprachen sowie die zu Hause und bei der Arbeit/an der Ausbildungsstätte gesprochenen Sprachen. Dabei werden auch Sprachen erfasst, die keine Landessprachen sind (z.B. Englisch, Portugiesisch, Albanisch).

Quantifizierbares Ziel: *Die Mehrsprachigkeit ist ein wichtiger Pfeiler der Verständigung zwischen den Kulturen und den Sprachgruppen sowie ein Standortfaktor der Schweizer Wirtschaft. Die Sprachkompetenzen der Bevölkerung, insbesondere der Jugendlichen, nehmen zu. Möglichst viele Auszubildende nehmen zumindest einmal an einem nationalen Austauschprogramm teil.*

Mehrsprachigkeit der Jugendlichen

Anteil der 15- bis 24-Jährigen an der ständigen Wohnbevölkerung, welche üblicherweise eine, zwei oder mehr Sprachen sprechen*



* Hauptsprachen sowie zu Hause, bei der Arbeit/an der Ausbildungsstätte gesprochene Sprachen

Quelle: BFS – Strukturerhebung

© BFS 2023

50 Prozent der Jugendlichen sprachen 2021 in ihrem Alltag mehr als eine Sprache.

Der Anteil der 15- bis 24-jährigen Personen, die üblicherweise mehr als eine Sprache sprechen, hat seit 2010 zugenommen. 2021 waren es 50%. 35% gaben an, üblicherweise zwei Sprachen und 15% drei und mehr Sprachen zu sprechen. Die restlichen 50% der Jugendlichen sprachen nur eine Sprache. Bei der Betrachtung der gesamten Wohnbevölkerung zeigt sich eine ähnliche Entwicklung. Allerdings lag der Anteil der Personen, die üblicherweise zwei und mehr Sprachen sprechen, mit 41%

etwas tiefer als bei den Jugendlichen. Berücksichtigt wurden die Hauptsprachen und die zu Hause mit den Angehörigen sowie am Arbeitsplatz oder Ausbildungsort gesprochenen Sprachen.

Mehrsprachigkeit bei Arbeit und Ausbildung

Bei den Sprachen, die ausschliesslich bei der Arbeit oder in der Ausbildung gesprochen werden, ist die Situation etwas anders. Hier spricht ein knappes Viertel der Jugendlichen (23% im Jahr 2021) üblicherweise mehr als eine Sprache. Dieser Umstand stellt jedoch die Sprachkompetenzen der Jugendlichen nicht in Frage. Er rührt unter anderem von der Einsprachigkeit bei der Arbeit und in den Ausbildungsstätten her.

Verwendung der Landessprachen

Die regelmässige Verwendung der Landessprachen trägt einen wichtigen Teil zum Verständnis zwischen den Sprachregionen bei. 2021 gab mit 13% ein Siebtel der Jugendlichen an, üblicherweise mehr als eine Landessprache zu sprechen. Dieser Anteil ist seit 2010 unverändert. In der gesamten Wohnbevölkerung ist eine ähnliche Aufteilung und Entwicklung zu beobachten. Der Unterschied zwischen den Personen, die regelmässig mehr als eine Sprache sprechen, und denjenigen, die üblicherweise mehr als eine Landessprache sprechen, zeigt die Bedeutung der Einwanderung für die Mehrsprachigkeit der Schweiz.

Schulische Austauschprojekte

Schulische Austausche zwischen den Sprachregionen tragen zur Mehrsprachigkeit und zur Verständigung zwischen den Regionen bei. 2022 nahmen 17 630 Schülerinnen und Schüler aller Schulstufen (Primarstufe bis Sekundarstufe II) an einem Austausch mit einer Klasse aus einer anderen Sprachregion der Schweiz teil. Rund 50% dieser Schülerinnen und Schüler waren in der Sekundarstufe I, rund 20% in der Primarstufe. Die meisten dieser Austausche fanden zwischen der deutschsprachigen und der französischsprachigen Schweiz statt. Lediglich 170 Schülerinnen und Schüler besuchten die italienischsprachige Schweiz. Diese Zahlen berücksichtigen nur Klassen aus der Schweiz oder aus Schweizer Schulen im Ausland, die ihren Austausch mit Unterstützung von Movetia, der nationalen Agentur zur Förderung von Austausch und Mobilität, organisiert haben. Andere Klassenaustausche, die ohne die Unterstützung dieser Organisation stattfinden, werden nicht erfasst.

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil der 15- bis 24-jährigen ständigen Wohnbevölkerung, die im Alltag eine, zwei, drei oder mehr Sprachen spricht. Für die Berechnung des Indikators werden folgende Fragen aus der Strukturerhebung miteinander kombiniert:

- Welches ist Ihre Hauptsprache, das heisst die Sprache, in der Sie denken und die Sie am besten beherrschen?
- Welche Sprache(n) sprechen Sie üblicherweise zu Hause/mit den Angehörigen?
- Welche Sprache(n) sprechen Sie üblicherweise bei der Arbeit/an der Ausbildungsstätte? (inkl. Arbeitspausen, exkl. die einzelnen Sprachfächer im Unterricht)

Pro Frage können mehrere Sprachen angegeben werden. Berücksichtigt werden alle Sprachen, auch die Nicht-Landessprachen wie zum Beispiel Englisch, Portugiesisch oder Albanisch. Für die Berechnung des Indikators werden die Dialekte mit der Hochsprache gleichgesetzt (z.B. Schweizerdeutsch wird zu Hochdeutsch gezählt).

Die Daten stammen aus der Strukturerhebung, die das Bundesamt für Statistik (BFS) seit 2010 im Rahmen der jährlichen Volkszählung durchführt. Es handelt sich dabei um eine Stichprobenerhebung bei Personen der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren, die in einem Privathaushalt leben.

Definitionen

Ständige Wohnbevölkerung

Zur ständigen Wohnbevölkerung zählen alle schweizerischen Staatsangehörigen mit einem Hauptwohnsitz in der Schweiz, ausländische Staatsangehörige mit einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung für mindestens zwölf Monate (Ausweis B oder C oder Legitimationskarte des EDA [internationale Funktionäre, Diplomaten und deren Familienangehörige]), ausländische Staatsangehörige mit einer Kurzaufenthaltbewilligung (Ausweis L) für eine kumulierte Aufenthaltsdauer von mindestens zwölf Monaten sowie Personen im Asylprozess (Ausweis F, N oder S) mit einer Gesamtaufenthaltsdauer von mindestens zwölf Monaten.

Statistische Quellen

Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP)

Strukturerhebung (SE), die im Rahmen der Volkszählung durchgeführt wird:

ohne Diplomat/innen und internationale Funktionär/innen

Erwerbslosenstatistik gemäss ILO und Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE):

ohne Diplomat/innen und internationale Funktionär/innen sowie ohne Personen im Asylprozess verwendet

Sozialhilfequote

Auszug aus dem Legislaturziel 8: *[D]er gesellschaftliche Zusammenhalt [kann] nur erhalten bleiben, wenn sich soziale und wirtschaftliche Disparitäten nicht vergrössern. Die Armutsbekämpfung sowie die Stärkung der Familien sind ein wichtiger Bestandteil der Strategie des Bundesrates, um die soziale Kohäsion in der Schweiz zu gewährleisten.*

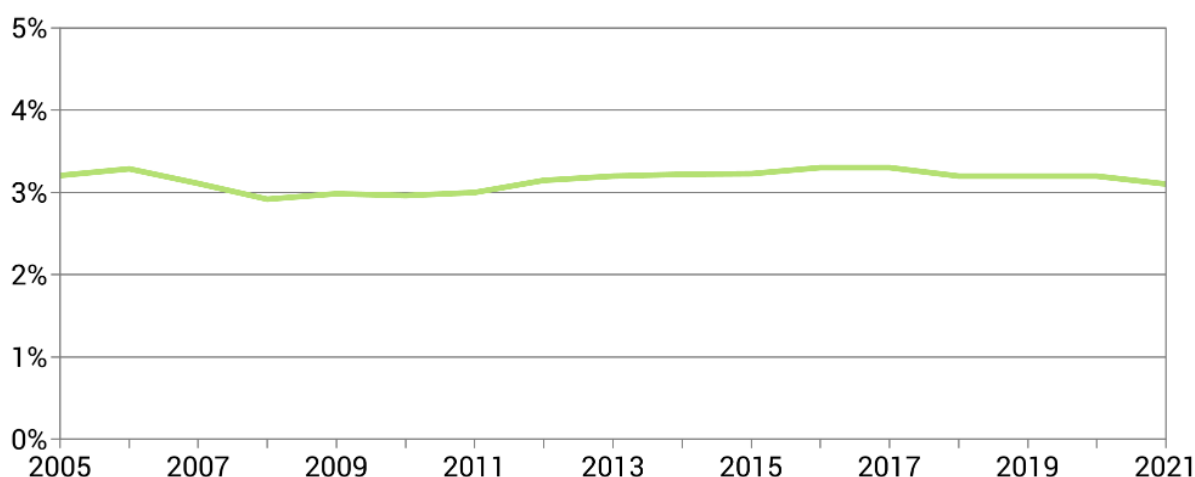
Bedeutung des Indikators: Im System der sozialen Sicherheit der Schweiz bildet die Sozialhilfe das letzte Auffangnetz. Sie greift bei finanzieller Armutssituation ein und sichert mittels bedarfsabhängiger, materieller Unterstützung die Existenz bedürftiger Personen. Darüber hinaus ermöglicht die Sozialhilfe den Fortbestand der wirtschaftlichen und persönlichen Selbständigkeit und unterstützt Bemühungen zur sozialen und beruflichen Reintegration. Die Sozialhilfe leistet somit einen aktiven Beitrag zur Verhinderung von Armut.

Die Sozialhilfequote zeigt den Anteil der Sozialhilfeempfangenden mit mindestens einem Leistungsbezug im jeweiligen Erhebungsjahr an der ständigen Wohnbevölkerung des Vorjahres.

Quantifizierbares Ziel: *Die Armut in der Schweiz nimmt bis Ende 2023 ab.*

Sozialhilfequote

Anteil der Sozialhilfebeziehenden an der ständigen Wohnbevölkerung



Quelle: BFS – Sozialhilfeempfängerstatistik (SHS), ESPOP, STATPOP

© BFS 2023

2021 betrug die Sozialhilfequote 3,1 Prozent und lag damit tiefer als im Vorjahr.

Nach einem vorübergehenden Rückgang ist die Sozialhilfequote zwischen 2008 und 2017 von 2,9% auf 3,3% um 0,4 Prozentpunkte angestiegen. Im Jahr 2018 konnte der erste Rückgang der Sozialhilfequote seit zehn Jahren beobachtet werden. 2021 betrug sie 3,1% und lag damit tiefer als im Vorjahr (3,2%). 265 125 Personen wurden 2021 mit Sozialhilfeleistungen unterstützt, was 6927 Personen weniger entspricht als im Vorjahr.

Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit

Die Risikogruppen für Sozialhilfeabhängigkeit haben sich seit 2005 wenig verändert: Kinder, Ausländerinnen und Ausländer, Einelternefamilien, Geschiedene und Personen ohne nachobligatorische Ausbildung sind nach wie vor einem erhöhten Risiko ausgesetzt. Unter den Personen ausländischer Staatsangehörigkeit lag der Anteil der Sozialhilfebeziehenden 2021 bei 6,1% und hat somit im Vergleich zu 2005 um 0,5 Prozentpunkte abgenommen. Die Sozialhilfequote der Schweizerinnen und Schweizer ist im gleichen Zeitraum um 0,2 Prozentpunkte auf 2% gesunken.

Unterscheidung nach Bildungsniveau

Das Bildungsniveau spielt beim Weg in die Sozialhilfeabhängigkeit eine wichtige Rolle. So sind Personen ohne nachobligatorische Bildung in der Sozialhilfe übervertreten: Der Anteil dieser Personen ist bei den Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern mehr als dreimal höher als in der gesamten ständigen Wohnbevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren. Sie machten 2021 mit 48,9% knapp die Hälfte der Sozialhilfebeziehenden aus, während 43,5% eine Berufsbildung oder die Maturitätsschule absolviert und die restlichen 7,6% einen Abschluss auf Tertiärstufe erlangt haben.

Haushaltsquote der Sozialhilfe

Die Haushaltsquote der Sozialhilfe beschreibt den Anteil der Privathaushalte mit Leistungsbezug an allen Privathaushalten. 2021 bezogen 3,9% der Gesamtheit der Haushalte Sozialhilfe. Über diesem Wert lagen die Quoten bei den Einpersonenhaushalten, bei welchen 5,4% aller Fälle Sozialhilfe bezogen. Bei den Einelternfamilien waren 20,4% der Haushalte auf finanzielle Unterstützung der Sozialhilfe angewiesen.

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil der Personen mit mindestens einem Sozialhilfebezug im jeweiligen Erhebungsjahr an der ständigen Wohnbevölkerung am 31. Dezember des Vorjahres. Seit 2011 wird die Sozialhilfequote ausgehend von der Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP) berechnet. Zuvor diente die Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP) als Referenzbasis. Die Daten zur Berechnung der Sozialhilfequote werden jährlich vom BFS in der Sozialhilfeempfängerstatistik, einer Vollerhebung, erhoben und publiziert.

Definitionen

Sozialhilfe (wirtschaftliche Sozialhilfe, Sozialhilfe im engeren Sinn)

Im System der sozialen Sicherheit stellt die wirtschaftliche Sozialhilfe das letzte Auffangnetz dar. Sie wird gewährt, sofern der Bedarf der antragstellenden Person erwiesen ist, und umfasst die finanziellen Leistungen zur Deckung des Existenzminimums. Darüber hinaus umfasst die Sozialhilfe sämtliche Massnahmen, insbesondere präventive, zur Verhinderung von Armut. Dazu gehören die Förderung der wirtschaftlichen und persönlichen Selbstständigkeit sowie der sozialen Reintegration der unterstützten Personen. Die Sozialhilfe liegt im Kompetenzbereich der Kantone. Nur die Sozialhilfe im Asylbereich und die Sozialhilfe für Auslandschweizerinnen und -schweizer fallen in die Zuständigkeit des Bundes. Jeder Kanton hat ein eigenes Sozialhilferecht, das die Sozialhilfetätigkeit des Kantons und der Gemeinden regelt.

Jugendliche ausserhalb des Bildungssystems nach Migrationsstatus

Auszug aus dem Legislaturziel 8: *Der Bundesrat will den Dialog zwischen den Generationen und zwischen Stadt und Land fördern und setzt sich für eine erfolgreiche Integration der in der Schweiz wohnhaften Ausländerinnen und Ausländer ein.*

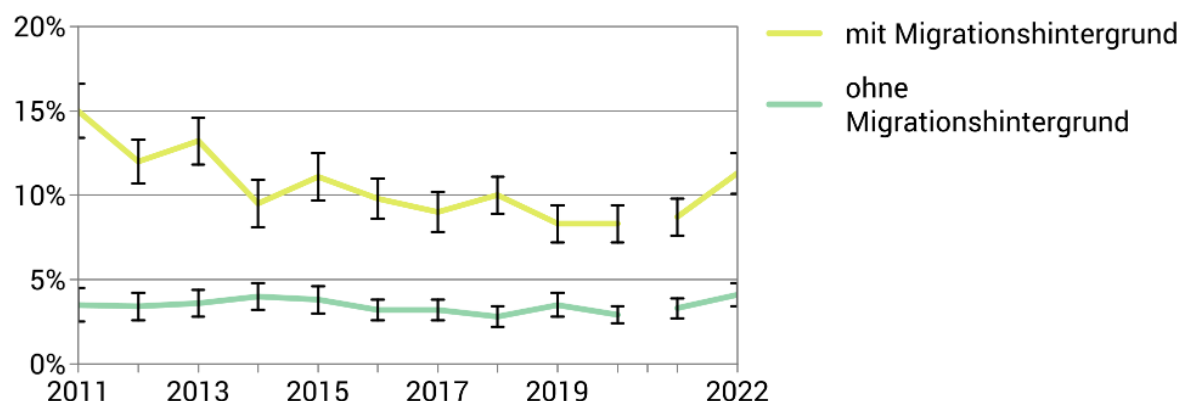
Bedeutung des Indikators: Eine Erwerbsarbeit ist eine zentrale Voraussetzung, um den Lebensunterhalt selbständig bestreiten und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Die Integration in den Arbeitsmarkt wird durch eine fundierte Bildung begünstigt. Der Erwerb eines Abschlusses auf der Sekundarstufe II trägt massgeblich zur Risikominimierung auf dem Arbeitsmarkt bei. Jugendliche, die ihre Ausbildung frühzeitig abbrechen, stellen eine potentielle Risikogruppe dar, da prekäre Erwerbsarbeit oder Arbeitslosigkeit die Integration der Jugendlichen in die Gesellschaft erschweren.

Der Indikator zeigt, wie viele der 18- bis 24-Jährigen gemessen an der gesamten gleichaltrigen Bevölkerung über keinen nachobligatorischen Abschluss verfügen und an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen, nach Migrationsstatus.

Quantifizierbares Ziel: *Der Anteil der frühzeitigen Schulabgängerinnen und -abgänger mit Migrationshintergrund nimmt ab.*

Jugendliche ausserhalb des Bildungssystems nach Migrationsstatus

Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die nicht mehr eingeschult sind und die höchstens über einen Abschluss der obligatorischen Schule verfügen



2021: Bruch in der Zeitreihe

Quelle: BFS – SAKE

© BFS 2023

2022 betrug der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die das Bildungssystem ohne postobligatorischen Abschluss verlassen, 11,3 Prozent. Bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund betrug dieser Anteil 4,1 Prozent.

Bei der 18- bis 24-jährigen Wohnbevölkerung, die das Bildungssystem ohne Abschluss der Sekundarstufe II verlässt, unterscheidet sich der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund von jenem der Personen ohne Migrationshintergrund. 2022 haben 4,1% der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund das Bildungssystem frühzeitig verlassen, bei jenen mit Migrationshintergrund belief sich dieser Anteil auf 11,3%. Im Zeitraum 2011-2020 hat die Quote der Jugendlichen mit Migrationshintergrund abgenommen. 2022 war im Vergleich zum Vorjahr jedoch eine Zunahme zu verzeichnen. Die Quote der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund hat sich im selben Zeitraum nicht signifikant verändert.

Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit

Wird anstatt des Migrationshintergrunds die Staatsangehörigkeit betrachtet, zeigt sich, dass der Anteil

der ausländischen Jugendlichen, welche das Bildungssystem frühzeitig verlassen, zwischen 2011 und 2020 abgenommen hat. Der Anteil der schweizerischen Jugendlichen hat sich im gleichen Zeitraum nicht signifikant verändert. 2022 brachen 4,5% der schweizerischen Jugendlichen und 15,4% der ausländischen Jugendlichen ihre Ausbildungskarriere frühzeitig ab. Bei Letzteren hat dieser Anteil im Vergleich zum Vorjahr zugenommen.

Übergang in die Sekundarstufe II

Ein möglicher Grund, weshalb ausländische Jugendliche häufiger ohne postobligatorischen Abschluss das Bildungssystem verlassen, können Schwierigkeiten beim Übergang von der obligatorischen Schule in die Sekundarstufe II sein. Ausländische Lernende beginnen weniger häufig als Schweizer Lernende direkt nach der obligatorischen Schule eine zertifizierende Ausbildung der Sekundarstufe II. Zudem müssen verglichen mit Schweizern ungefähr doppelt so viele von ihnen eine Übergangsausbildung in Anspruch nehmen.

Bildungsniveau und Erwerbslosigkeit

Personen ohne postobligatorischen Abschluss wiesen 2022 mit 8,5% eine höhere Erwerbslosenquote auf als Personen mit einem Abschluss der Sekundarstufe II (4,0%) oder einem Tertiärabschluss (3,1%). Die Erwerbslosenquote für das Total der ständigen Wohnbevölkerung lag bei 4,3%.

Methodologie

Der Indikator "Frühzeitige Schulabgänger/innen" wurde umbenannt in "Jugendliche ausserhalb des Bildungssystems". Die Methodologie wurde nicht geändert.

Als Jugendliche ausserhalb des Bildungssystems werden Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren definiert, die die folgenden zwei Kriterien erfüllen:

- Sie haben höchstens eine Ausbildung der Sekundarstufe I abgeschlossen.
- Sie haben im Referenzjahr keine formale Ausbildung besucht.

Der Anteil wird für die ständige Wohnbevölkerung berechnet und in Bezug auf die gleichaltrige Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund dargestellt.

Für den Indikator wird die "ständige Wohnbevölkerung nach dem für die Integrationsmessung angepassten Migrationsstatus" verwendet:

- Die Bevölkerung *ohne* Migrationshintergrund umfasst die in der Schweiz oder im Ausland geborenen gebürtigen Schweizerinnen und Schweizer mit mindestens einem in der Schweiz geborenen Elternteil sowie die in der Schweiz geborenen eingebürgerten Schweizer Staatsangehörigen, deren Eltern beide in der Schweiz geboren wurden.
- Die Bevölkerung *mit* Migrationshintergrund umfasst alle Ausländerinnen und Ausländer (unabhängig von ihrem Generationenstatus), die eingebürgerten Schweizerinnen und Schweizer der ersten und zweiten Generation (d.h. die im Ausland Geborenen bzw. die in der Schweiz Geborenen mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil) sowie die gebürtigen Schweizerinnen und Schweizer mit zwei im Ausland geborenen Eltern.

Der Anteil der Jugendlichen ausserhalb des Bildungssystems ist Teil der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) des Bundesamtes für Statistik und wird jährlich erhoben. Seit 2011 sind die Daten differenziert nach Migrationsstatus verfügbar.

Definitionen

Sekundarstufe II

Die Sekundarstufe II setzt die Ausbildung nach der obligatorischen Basisausbildung fort. Sie beginnt gemäss HarmoS-Konkordat 11 Jahren nach Beginn der Primarschule (etwa 16. Lebensjahr) und umfasst berufsorientierte und allgemeinbildende Ausbildungsgänge. Die Ausbildungen dauern in der Regel 2-4 Jahre und schliessen mit einer Maturität, einem Fachmittelschulabschluss, einem eidgenössischen Fähigkeitsausweis (EKZ) oder einem eidgenössischen Berufsattest (EBA) ab. Abschlüsse der Sekundarstufe II ermöglichen den Zugang zur Tertiärstufe. Siehe: Gymnasiale Maturität, Fachmaturität, Fachmittelschulen, Berufliche Grundbildung, Berufsmaturität.

Lohnunterschied nach Geschlecht

Auszug aus dem Legislaturziel 10: *Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts [...] sollen beseitigt werden. Diesbezüglich will der Bundesrat insbesondere die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau herstellen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern.*

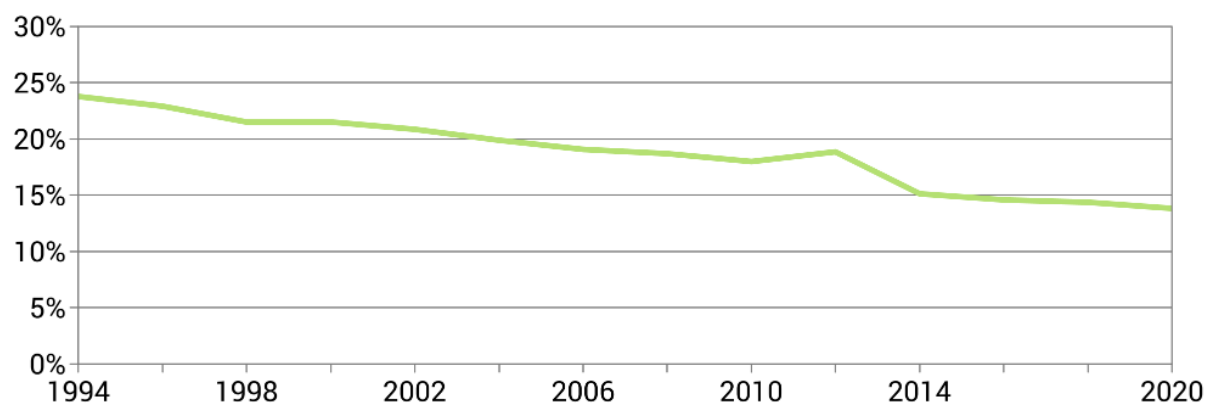
Bedeutung des Indikators: Der Grundsatz der Gleichstellung von Mann und Frau verlangt, dass beide Geschlechter den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit erhalten. Die Lohnunterschiede nach Geschlecht lassen sich teilweise durch objektive Faktoren wie Ausbildung, berufliche Stellung, Berufserfahrung usw. erklären. Der restliche Anteil der Lohnunterschiede kann nicht durch diese objektiven Faktoren erklärt werden und wird als unerklärter Anteil bezeichnet.

Der Indikator zeigt den Lohnunterschied (standardisiert auf ein Vollzeitäquivalent) zwischen Frauen und Männern im Verhältnis zum monatlichen Bruttolohn der Männer im privaten Sektor.

Quantifizierbares Ziel: *Mann und Frau erhalten den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.*

Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern

Lohnunterschied* zwischen Frauen und Männern im Verhältnis zum monatlichen Bruttolohn der Männer, privater Sektor



* Werte auf Basis des Medianlohns

Quelle: BFS – LSE

© BFS 2022

2020 betrug der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern im privaten Sektor 13,8 Prozent.

Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern hat im privaten Sektor seit 1994 abgenommen. Er blieb von 2006 bis 2012 bei rund 19% relativ stabil und hat sich anschliessend weiter verringert:

2020 betrug der standardisierte monatliche Bruttomedianlohn der Frauen im privaten Sektor 5779 Franken, jener der Männer 6705 Franken. Dies entspricht einer Lohndifferenz von 13,8%.

Im privaten Sektor waren 2020, basierend auf dem arithmetischen Mittelwert, 45,3% (d.h. 724 Franken pro Monat) des Lohnunterschieds unerklärt.

Öffentlicher Sektor

Die Lohnunterschiede im öffentlichen Sektor sind geringer als jene im privaten Sektor. 2020 betrug der standardisierte monatliche Bruttomedianlohn der Frauen im gesamten öffentlichen Sektor 7618 Franken, derjenige der Männer 8514 Franken. Dies entspricht einer Differenz von 10,5%.

Im gesamten öffentlichen Sektor (Bund, Kantone und Gemeinden) waren 2020, basierend auf dem arithmetischen Mittelwert, 46,7% (d.h. 642 Franken pro Monat) des Lohnunterschieds unerklärt.

Unterscheidung nach Bildungsniveau und beruflicher Stellung

Bei gleichem Bildungsniveau oder gleicher beruflicher Stellung lag der standardisierte monatliche Bruttomedianlohn im privaten Sektor bei den Frauen tiefer als bei den Männern. Frauen verdienten im Jahr 2020 je nach Bildungsniveau zwischen 7,7% (Lehrerpatent) und 21,4% (Fachhochschule, Pädagogische Hochschule) weniger als die Männer. Zudem war der Lohn von Frauen je nach beruflicher Stellung zwischen 9,9% (unterstes Kader) und 20,4% (oberstes, oberes und mittleres Kader) tiefer als jener der Männer.

Unterscheidung nach Alter

Im privaten Sektor nimmt der Lohnunterschied überdies mit dem Alter zu: 2020 verdienten die 20- bis 29-jährigen Frauen 6,2% weniger, die 30- bis 39-jährigen Frauen 7,5% weniger, die 40- bis 49-jährigen Frauen 14,9% weniger als die Männer der gleichen Altersklasse und die 50- bis 64-jährigen Frauen 18,3% weniger als die Männer im Alter von 50 bis 65 Jahren.

Arbeitnehmende mit tiefen Löhnen

Die Lohndifferenzen zwischen den Geschlechtern sind unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass Frauen in Berufen mit tiefen Lohnniveaus überproportional vertreten sind: 2020 war der Anteil weiblicher Arbeitnehmender mit einem tiefen Lohn im privaten und öffentlichen Sektor zusammen (< 4443 Franken) zweimal so gross wie jener der männlichen Arbeitnehmenden. Männer sind im Gegenzug in Berufen mit hohen Lohnniveaus überproportional vertreten.

Methodologie

Dieser Indikator zeigt den Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen (erklärter und unerklärter Anteil) im Verhältnis zum Lohn der Männer im privaten Sektor. Berechnet wird er auf Basis des standardisierten monatlichen Bruttolohns (Median). Teilzeitstellen werden auf ein Vollzeitäquivalent von 4 1/3 Wochen zu 40 Arbeitsstunden umgerechnet.

Datengrundlage ist die schweizerische Lohnstrukturerhebung (LSE), die alle zwei Jahre durchgeführt und vom Bundesamt für Statistik (BFS) publiziert wird.

Die Lohnunterschiede nach Geschlecht lassen sich teilweise durch objektive Faktoren wie Ausbildung, berufliche Stellung, Berufserfahrung usw. erklären. Diejenige Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern, die verbleibt, nachdem diese objektiven erklärenden Faktoren berücksichtigt worden sind, wird unerklärter Anteil genannt. Die Daten zum erklärten und unerklärten Anteil des Lohnunterschieds basieren auf einer Studie, welche von B.S.S. Volkswirtschaftliche Beratung AG (2019) im Auftrag des BFS durchgeführt wurde. Die Berechnung beruht auf dem Oaxaca-Blinder-Modell, bei dem es sich um eine Zerlegung der Lohndifferenz im arithmetischen Mittel handelt. Für die Jahre 1998-2006 wurden die Löhne auf Basis der NOGA 2002 und ab 2008 auf Basis der NOGA 2008 analysiert (NOGA = Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige).

Definitionen

Lohn

Mit dem Lohn wird Arbeit (in Form von Geld oder Naturalleistungen) bezahlt, die eine Person gemäss einem schriftlichen oder mündlichen Vertrag für eine andere Person geleistet hat. Bei dieser anderen Person kann es sich um eine natürliche oder um eine juristische Person (Unternehmen, Organisation ohne Erwerbscharakter oder öffentliche Verwaltungseinheit) handeln. Nicht als Lohn gilt somit das Einkommen aus selbstständiger, auf eigene Rechnung ausgeübter Tätigkeit. Üblicherweise wird zwischen dem Bruttolohn (vor Abzug der Arbeitnehmerbeiträge an die Sozialversicherungen) und dem Nettolohn (nach Abzug dieser Beiträge) unterschieden.

(siehe auch den verwandten Begriff «Arbeitseinkommen»)

Statistische Quellen

Schweizerische Lohnstrukturerhebung (LSE): die LSE berücksichtigt folgende Lohnkomponenten: Bruttolohn im Monat Oktober (inkl. Arbeitnehmerbeiträge an die Sozialversicherung, Naturalleistungen, regelmässig ausbezahlte Prämien-, Umsatz- oder Provisionsanteile), Entschädigung für Schicht-, Nacht- und Sonntagsarbeit, 1/12 vom 13. Monatslohn und 1/12 von den

jährlichen Sonderzahlungen. Präsentiert werden die Ergebnisse als standardisierte Bruttomonatslöhne (Umrechnung auf ein Vollzeitäquivalent von $4\frac{1}{3}$ Wochen zu 40 Arbeitsstunden).

Schweizerischer Lohnindex: Der Index wird anhand des standardisierten vertraglichen Bruttolohns berechnet. Dieser entspricht der Vergütung, die im Arbeitsvertrag einer arbeitnehmenden Person für eine Vollzeitstelle festgelegt ist. Er umfasst den Grundlohn einschliesslich 13. Monatslohn (inkl. 14. und weitere Monatslöhne), den Teuerungsausgleich sowie die Ferien- und Feiertagsentschädigungen, vor Abzug der Sozialversicherungsbeiträge (AHV/IV, EO, ALV, NBUV), der Beiträge an die berufliche Vorsorge BVG (2. Säule; ordentliche Beiträge und Einkäufe) und der Steuern. Familienzulagen und Naturalleistungen sind darin nicht inbegriffen. Ebenfalls nicht enthalten sind unregelmässige Lohnkomponenten (z.B. Gratifikationen und unregelmässig ausbezahlte Prämien und Kommissionen), vom Arbeitgeber entrichtete Kapitalleistungen oder Beiträge zur beruflichen Vorsorge sowie die Vergütung von Überstunden.

Schweizerische Arbeitskräfteerhebung: berufliche Einkommen der Arbeitnehmenden und Selbstständigen in der ständigen Wohnbevölkerung. Als Lohnkomponenten gelten der Bruttolohn, der 13. und 14. Monatslohn, die Prämien und die Gratifikationen.

Erhebung über die gesamtarbeitsvertraglichen Lohnabschlüsse (EGL): erfasst die Anpassungen der Effektiv- und der Minimallöhne (in der Regel: Bruttogrundlohn + 13. Monatslohn), die im Rahmen von ausgewählten Gesamtarbeitsverträgen (GAV) zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt wurden. Beim Mindestlohn handelt es sich um die minimale Entlohnung von Arbeitnehmenden, die von den betroffenen Sozialpartnern gemeinsam ausgehandelt wurde und in einem GAV oder einem Zusatzvertrag festgehalten ist.

Andere Quellen: Haushaltsbudgeterhebung und Verwaltungsdaten der AHV, letztere zur Berechnung der «Einkommen aus unselbstständiger Arbeit» im Rahmen des Einkommensverteilungskontos der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Median, unteres und oberes Quartil

Der Median oder Zentralwert teilt die nach Grösse geordneten Beobachtungswerte in zwei gleich grosse Hälften. Die eine Hälfte der Werte liegt über, die andere unter dem Median. In mathematischer Schreibweise ist der Median einer Anzahl n Beobachtungswerte x_1, x_2 bis x_n so definiert: Die Beobachtungen seien $x_{(1)} \leq x_{(2)} \leq \dots \leq x_{(n)}$. Wenn n eine ungerade Zahl ist, dann ist der Median der Beobachtungswert in der Mitte: $x_{((n+1)/2)}$. Bei gerader Anzahl n liegt der Median in der Mitte zwischen den zwei mittleren Beobachtungen: $(1/2)x_{(n/2)} + (1/2)x_{(n/2 + 1)}$. Im Gegensatz zu einem anderen häufig verwendeten Lagemass, dem arithmetischen Mittel (siehe dort), wird der Median durch Extremwerte nicht beeinflusst. Bei einer streng symmetrischen Häufigkeitsverteilung fällt der Median mit dem arithmetischen Mittel zusammen. Im Falle einer asymmetrischen Verteilung, z.B. des Einkommens, mit hohen Extremwerten liegt er unter dem arithmetischen Mittel und bei tiefen Extremwerten darüber. Je deutlicher die Asymmetrie ist, desto grösser ist der Unterschied zwischen arithmetischem Mittel und Median. Der Median ist auch bei asymmetrischen Verteilungen geeignet, die Lokation der Verteilung zu beschreiben. Eine Variante des Medians, der gewichtete Median, ordnet jeder Beobachtung ein Gewicht zu. Teilt man die der Grösse nach geordneten Beobachtungswerte in vier Gruppen mit einer gleichwertigen Anzahl Fälle auf, so stellt der Wert des unteren Quartils denjenigen Wert dar, der zwischen dem Wert des letzten beobachteten Falles des ersten Viertels und dem Wert des ersten beobachteten Falles des zweiten Viertels liegt. Der Wert des oberen Quartils stellt denjenigen Wert dar, der zwischen dem Wert des letzten beobachteten Falles des dritten Viertels und dem Wert des ersten beobachteten Falles des vierten Viertels liegt.

Belastung durch Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit

Auszug aus dem Legislaturziel 9: Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts [...] sollen beseitigt werden. Diesbezüglich will der Bundesrat insbesondere die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau herstellen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern.

Bedeutung des Indikators: Die gleichberechtigte Teilhabe am Berufs- und am Familienleben gehört zu den zentralen Anliegen in der Diskussion um die Gleichstellung der Geschlechter. Um diese Gleichstellung verwirklichen zu können, müssen Männer und Frauen die gleichen Möglichkeiten haben, Berufs- und Privatleben zu vereinbaren. Dies kann unter anderem durch familienfreundliche Bedingungen begünstigt werden, wie familienergänzende Kinderbetreuung oder die Möglichkeit für beide Geschlechter einer wirtschaftlich tragfähigen und steuerlich attraktiven Teilzeitbeschäftigung nachzugehen. Neben diesen objektiven Faktoren können die Unterschiede bei der Aufteilung zwischen bezahlter Arbeit und unbezahlter Haus- und Familienarbeit auch auf individuelle Entscheide zurückgehen.

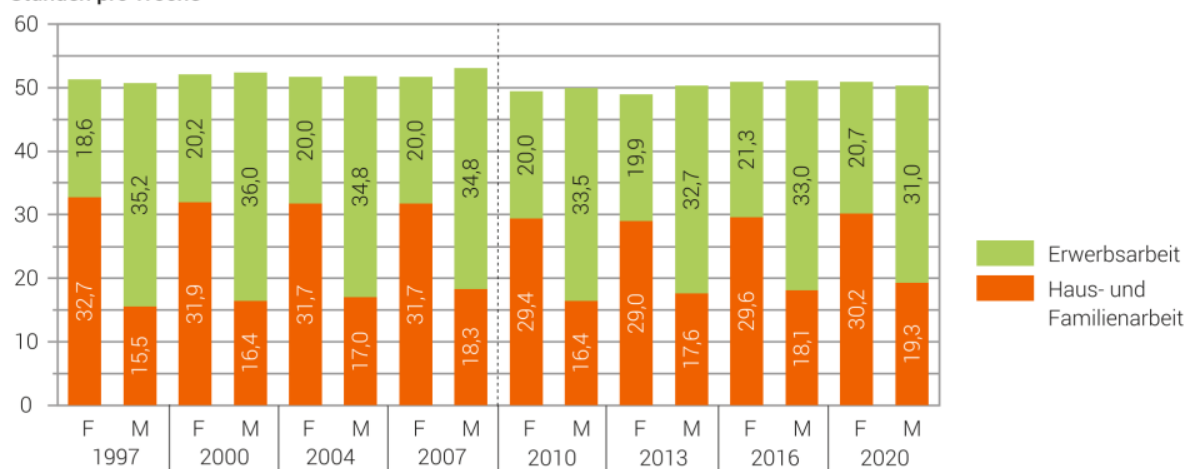
Der Indikator zeigt den Zeitaufwand für Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit in Stunden pro Woche nach Geschlecht.

Quantifizierbares Ziel: Die Belastung durch Erwerbsarbeit und Familienarbeit ist ausgeglichener auf die Geschlechter verteilt.

Durchschnittlicher Aufwand für Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit

Ständige Wohnbevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren

Stunden pro Woche



2010: Revision der SAKE

Quelle: BFS - SAKE: Modul Unbezahlte Arbeit

© BFS 2021

Die ungleiche Belastung durch Erwerbs- und Haus-/Familienarbeit zwischen Mann und Frau blieb 2020 bestehen.

Männer und Frauen arbeiten in etwa gleich viel, insgesamt etwa 50 Stunden pro Woche. 2020 investierten die 15- bis 64-jährigen Frauen mehr Zeit in die Haus- und Familienarbeit (30 Stunden pro Woche) als die gleichaltrigen Männer (19 Stunden pro Woche). Bei der bezahlten Arbeit ist die Situation umgekehrt: 2020 leisteten die Frauen 21 Stunden und die Männer 31 Stunden bezahlte Arbeit pro Woche. Frauen verrichten mehr Haus- und Familienarbeit als Männer, unabhängig davon, ob sie in einem Paarhaushalt mit oder ohne Kinder leben. Die Anwesenheit von Kindern im Haushalt führt bei beiden Geschlechtern zu einem Anstieg der aufgewendeten Stunden für Haus- und Familienarbeit. Diese Zunahme fällt bei den Frauen stärker aus als bei den Männern. Entwicklungen

über die ganze Zeitspanne sind aufgrund einer Revision der SAKE im Jahr 2010 mit Vorsicht zu interpretieren.

Erwerbsmodelle

In Paarhaushalten (beide Partner im Alter von 25-54 Jahren) mit Kindern reduziert die Frau häufig ihr Erwerbspensum oder verzichtet (vorübergehend) ganz auf eine Erwerbstätigkeit. Am häufigsten wird ein Modell mit vollzeiterwerbstätigem Vater und teilzeiterwerbstätiger Mutter gewählt: Jeder zweite Paarhaushalt mit jüngstem Kind unter 13 Jahren wählte im Jahr 2022 dieses Modell. Nur in 7% der Paarhaushalte (mit oder ohne Kinder) waren beide Partner teilzeiterwerbstätig.

Aufteilung der Hausarbeit

In zwei Dritteln der Paarhaushalte (beide Partner im Alter von 25-54 Jahren) mit Kindern unter 13 Jahren erledigte 2018 hauptsächlich die Frau die Hausarbeit. Die Verantwortung der Partnerin für die Hausarbeit hat in Paarhaushalten mit Kindern zugunsten der gemeinsamen Verantwortung abgenommen.

Beitrag zum Arbeitseinkommen des Haushaltes

Zum jährlichen Arbeitseinkommen eines Paarhaushalts mit Kindern trugen die Frauen 2021 im Durchschnitt gut ein Viertel und die Männer rund zwei Drittel bei, der verbleibende Teil stammte von anderen Haushaltsmitgliedern. Dieser Unterschied ist umso ausgeprägter, je mehr Kinder im Haushalt leben. Bei Paaren ohne Kinder brachte die Frau 42% des gesamten Arbeitseinkommens ein.

Methodologie

Dieser Indikator zeigt den durchschnittlichen Aufwand pro Woche für Haus- und Familienarbeit (ohne Freiwilligenarbeit) und Erwerbsarbeit von Männern und Frauen im erwerbsfähigen Alter (1997-2007: Zwischen 15 und 63 Jahren bei den Frauen und zwischen 15 und 64 Jahren bei den Männern; ab 2010: Zwischen 15 und 64 Jahren bei Frauen und Männern). Die Daten werden alle drei bis vier Jahre im Rahmen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE), Modul «Unbezahlte Arbeit», erhoben und veröffentlicht. Eine Revision der Erhebung 2010 hat zu einem Bruch in der Zeitreihe geführt.

Definitionen

Haus- und Familienarbeit

Unbezahlte Arbeiten innerhalb des eigenen Haushalts wie Zubereiten von Mahlzeiten, Abwaschen, Putzen, Einkaufen, Waschen, handwerkliche Tätigkeiten, Tier- und Pflanzenpflege, administrative Arbeiten für den Haushalt, Kinderbetreuung und Betreuung pflegebedürftiger Erwachsener im Haushalt.

Statistische Quelle

Modul «Unbezahlte Arbeit» der schweizerischen Arbeitskräfteerhebung: unbezahlte Tätigkeiten der ständigen Wohnbevölkerung und den dafür investierten Zeitaufwand. Das Fragenmodul wird alle drei bis vier Jahre in die schweizerische Arbeitskräfteerhebung integriert.

Ergebnis der Gesamtrechnung der Sozialversicherungen

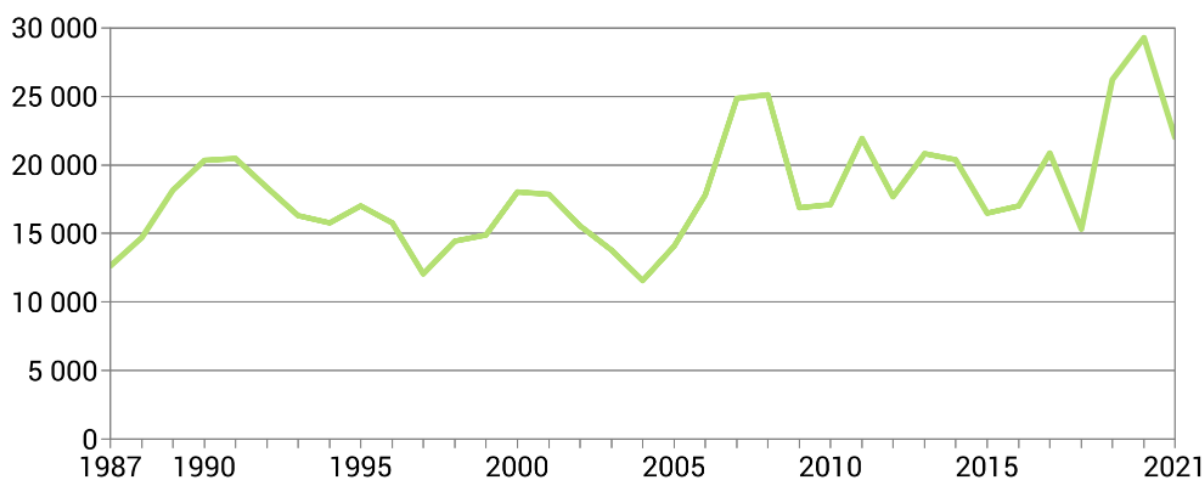
Auszug aus dem Legislaturziel 9: *Das engmaschige Netz an Sozialversicherungen erlaubt der Schweizer Bevölkerung einen weitreichenden Schutz vor finanziellen Risiken. Der demografische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Wandel in der heutigen Gesellschaft löst jedoch einen vielfältigen Gestaltungs- und Anpassungsbedarf in der sozialen Sicherheit aus.*

Bedeutung des Indikators: Als Folge der angestiegenen Lebenserwartung nimmt der Druck auf die Sozialversicherungen zu. Dies betrifft in unmittelbarer Form umlagefinanzierte Systeme wie die AHV, aber auch die berufliche Vorsorge, die über ein Kapitaldeckungsverfahren finanziert wird. Im Bereich der Krankenversicherung stellen vor allem der zunehmende Bedarf an Gesundheitsleistungen insgesamt sowie die zunehmende Nachfrage bei der Langzeitpflege eine Herausforderung dar. Das Ergebnis der Gesamtrechnung der Sozialversicherungen (GRSV) fasst die Einnahmen und Ausgaben von Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), Invalidenversicherung (IV), Ergänzungsleistungen (EL), beruflicher Vorsorge (BV), Krankenversicherung (KV), Unfallversicherung (UV), Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EO), Arbeitslosenversicherung (ALV) und Familienzulagen (FZ) zusammen. Es zeigt die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben all dieser Sozialversicherungszweige in Millionen Franken.

Quantifizierbares Ziel: *Das Ergebnis der Sozialversicherungen und insbesondere das Umlageergebnis der AHV entwickeln sich im positiven Bereich.*

Ergebnis der Gesamtrechnung der Sozialversicherungen

In Mio. Franken



Quelle: BSV - Schweizerische Sozialversicherungsstatistik

© BFS 2023

Das Ergebnis der Sozialversicherungen lag 2021 bei 22 Milliarden Franken und liegt somit 7 Milliarden tiefer als im Vorjahr.

Das Ergebnis der Gesamtrechnung der Sozialversicherungen (GRSV), also die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherungen, schwankt im Zeitverlauf und erreichte im Jahr 2004 mit 12 Milliarden Franken einen Tiefststand. Seither hat es insgesamt zugenommen und belief sich im Jahr 2021 auf 22 Milliarden.

Seit 1987 haben die Gesamteinnahmen aller in der GRSV enthaltenen Sozialversicherungen um den Faktor 3,6 zugenommen: 2021 beliefen sich die Einnahmen auf 208 Milliarden Franken. Dem standen im selben Jahr Ausgaben von 186 Milliarden Franken gegenüber. Im Vergleich zu 1987 lagen die Ausgaben 2021 4-mal höher.

Wichtigste Sozialversicherungszweige

Ein Blick auf die verschiedenen Sozialversicherungszweige zeigt, dass die jeweiligen Ergebnisse unterschiedlich hoch ausfallen. Während 2021 die IV (-319 Mio. Franken), die Krankenversicherung (-646 Mio. Franken) und die Arbeitslosenversicherung (-186 Mio. Franken) ein negatives Ergebnis auswiesen, lag es bei der AHV (1417 Mio. Franken) und der Unfallversicherung (1774 Mio. Franken) im positiven Bereich. Das Ergebnis GRSV wird schliesslich geprägt durch die berufliche Vorsorge (BV), die auf dem Kapitaldeckungsverfahren beruht und deren Einnahmen deutlich über den Ausgaben liegen: So resultierte für die BV 2021 ein Ergebnis von 20 Mia. Franken.

Kapitalerträge und Sozialleistungen der beruflichen Vorsorge

Das Ergebnis bei der beruflichen Vorsorge ist im Vergleich zu den Sozialversicherungszweigen, die über das Umlageverfahren finanziert werden, jedoch nur bedingt aussagekräftig, da die Einflussfaktoren auf Einnahme- wie Ausgabeseite ihre Wirkung nicht gleich schnell entfalten. Anstelle des Ergebnisses kann deshalb der Anteil der Sozialleistungen der BV, der durch Kapitalerträge finanziert wird, Aufschluss über die längerfristige Finanzierung der BV geben. Waren es im Jahr 2000 noch 81,8%, so reichten die Kapitalerträge 2021 noch, um 40,4% der Sozialleistungen der BV zu finanzieren.

Einnahmen der sozialen Sicherheit

Neben den Leistungen, die durch die Sozialversicherungen erbracht werden, existieren auch bedarfsabhängige Leistungen wie zum Beispiel die Sozialhilfe oder die Subventionierung des Gesundheitswesens. Letztere zählen mit den Sozialversicherungsleistungen zum System der sozialen Sicherheit, das eine umfassendere Perspektive bietet als die Gesamtrechnung der Sozialversicherungen. Die Einnahmen der sozialen Sicherheit in Prozenten des BIP geben in diesem Kontext Auskunft über die relative Belastung der Volkswirtschaft durch das System der sozialen Sicherheit. Im Zeitraum 1990 bis 2021 ist dieses Verhältnis von 24,3% auf 27,9% gestiegen.

Methodologie

Der Indikator zeigt das Ergebnis der Gesamtrechnung der Sozialversicherungen (GRSV), also die Einnahmen abzüglich der Ausgaben, in Millionen Franken. Die GRSV umfasst die Sozialversicherungszweige Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), Invalidenversicherung (IV), Ergänzungsleistungen (EL), berufliche Vorsorge (BV), Krankenversicherung (KV), Unfallversicherung (UV), Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EO), Arbeitslosenversicherung (ALV), und Familienzulagen (FZ).

Die Gesamtrechnung GRSV gibt einen finanziellen Überblick über die Sozialversicherungen der Schweiz insgesamt. In den Einnahmen der Gesamtrechnung sind die laufenden Kapitalerträge enthalten, jedoch nicht die Kapitalwertänderungen – dies im Gegensatz zur offiziellen Rechnungsperspektive (AHV/IV/KV/UV/EO). In den Ausgaben sind neben den Sozialleistungen auch Durchführungs- und Verwaltungskosten enthalten. Die Verwaltungskosten werden von den Betriebsrechnungen jedoch nur teilweise erfasst, da sie zu einem grossen Teil ausserhalb der Sozialversicherungen anfallen.

Die Daten des Indikators werden jährlich vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) im Rahmen der Schweizerische Sozialversicherungstatistik (SVS) veröffentlicht.

Definitionen

Kapitaldeckungsverfahren

Die berufliche Altersvorsorge basiert auf dem Kapitaldeckungsverfahren, d.h. das für die Leistungen erforderliche Kapital wird für jeden Versicherten während der Erwerbstätigkeit angespart. Die Höhe der Altersleistung ist somit erst am Ende des Sparprozesses bekannt.

Umlageverfahren

Finanzierungsverfahren, das z.B. in der AHV und der IV verwendet wird. Die Ausgaben der Versicherung werden mit den laufenden Einnahmen desselben Jahres gedeckt. In der Praxis lässt sich der jährliche Ausgleich von Ausgaben und Einnahmen nicht bewerkstelligen, weshalb eine

gewisse Liquiditätsreserve gehalten werden muss. Im Gegensatz zum Kapitaldeckungsverfahren (siehe dort) ist das Umlageverfahren weitgehend unabhängig von der Zinsentwicklung.

Umlageergebnis der AHV

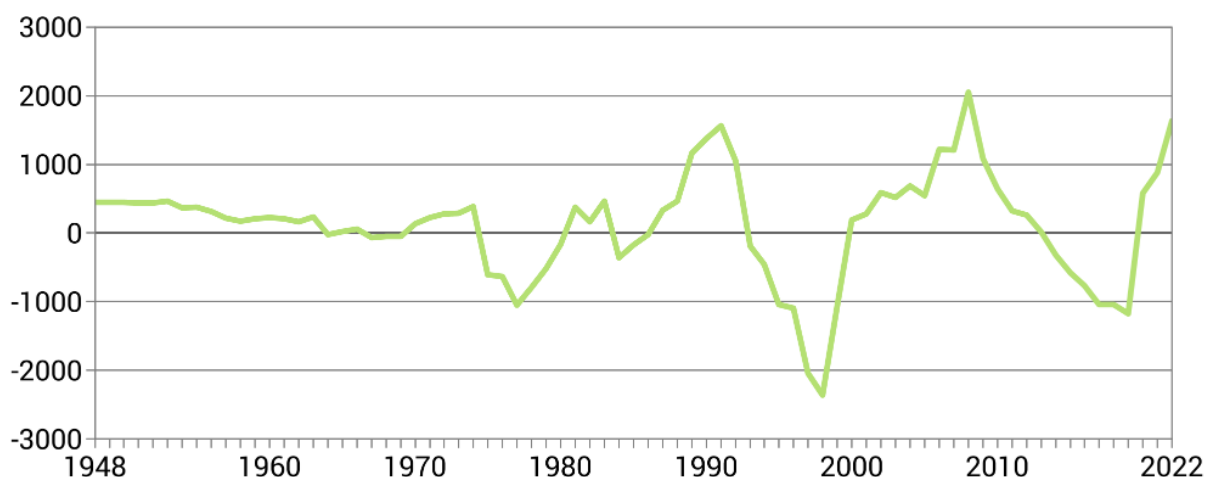
Auszug aus dem Legislaturziel 9: *Der demografische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Wandel in der heutigen Gesellschaft löst jedoch einen vielfältigen Gestaltungs- und Anpassungsbedarf in der sozialen Sicherheit aus. Bei Reformvorschlägen gilt es, den Bedürfnissen aller Altersgruppen Rechnung zu tragen und den Generationenvertrag einzuhalten.*

Bedeutung des Indikators: Für die langfristige und nachhaltige finanzielle Sicherung der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) ist ein positives Umlageergebnis eine wichtige Voraussetzung. Das Umlageergebnis der AHV zeigt, ob die laufenden Ausgaben durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden können. Es ist weitgehend unabhängig von der Zinsentwicklung, da in den Einnahmen weder die Kapitalwertänderungen noch die laufenden Kapitalerträge enthalten sind.

Quantifizierbares Ziel: *Das Ergebnis der Sozialversicherungen und insbesondere das Umlageergebnis der AHV entwickeln sich im positiven Bereich.*

Umlageergebnis der AHV

In Millionen Franken, zu laufenden Preisen



Quelle: BSV – Schweizerische Sozialversicherungsstatistik

© BFS 2023

Die AHV schloss 2022 mit einem positiven Umlageergebnis ab: es lag bei 1631 Millionen Franken.

Das Umlageergebnis der AHV, das heisst die Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen, blieb zwischen 1948 und Anfang der 1970er Jahre relativ stabil und schwankte anschliessend. Die AHV gab insbesondere in der zweiten Hälfte der 1970er Jahren sowie zwischen 1993 und 1999 mehr aus als sie eingenommen hat. Auch in den Jahren 2014 bis 2019 schloss die AHV jeweils mit einem negativen Umlageergebnis ab. 2022 wies sie zum dritten Mal seit 2013 ein positives Umlageergebnis aus: Die Einnahmen überstiegen die Ausgaben um 1631 Millionen Franken. Insgesamt stand 2022 einem Einnahmenezuwachs von 3,2% ein Ausgabenwachstum von 1,7% gegenüber. Die Finanzreserve der AHV, der Ausgleichsfonds, lag 2022 unterhalb der Ausgabe eines Jahres.

Betriebsergebnis der AHV

Im Umlageergebnis nicht enthalten ist das Anlageergebnis der AHV, das sich aus Kapitalwertänderungen und Kapitalerträgen zusammensetzt. Werden diese Positionen bei den Einnahmen berücksichtigt und den Ausgaben gegenübergestellt, resultiert daraus das Betriebsergebnis. Das negative Anlageergebnis von 4337 Millionen Franken hatte 2022 ein negatives Betriebsergebnis von 2706 Millionen Franken zur Folge.

AHV-Altersquotient

Die finanziellen Perspektiven der AHV hängen auch von der demografischen Struktur der Schweizer Bevölkerung ab: Der AHV-Altersquotient drückt das Verhältnis von Rentnerinnen und Rentnern zur Bevölkerung im Alter zwischen 20 Jahren und Erreichen des Rentenalters aus. Im Jahr 2022 betrug dieser Quotient 32,8%. Das bedeutet, dass die Wohnbevölkerung der Schweiz pro Rentnerin oder Rentner etwa drei Personen im erwerbsfähigen Alter aufweist. Der AHV-Altersquotient hat seit 1970 um mehr als 9 Prozentpunkte zugenommen. Diese Zunahme erklärt sich unter anderem durch die gestiegene Lebenserwartung.

Methodologie

Das Umlageergebnis ist die Differenz aus Einnahmen und Ausgaben der AHV. Die Einnahmen zur Berechnung des Umlageergebnisses enthalten weder den laufenden Kapitalertrag noch die Kapitalwertänderungen (Börsengewinne/-verluste) und sind daher unabhängig vom Finanzmarktgeschehen. Berücksichtigt werden also nur die Einnahmen aus dem «Versicherungsgeschäft» der AHV. Das sind im Wesentlichen die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber sowie die Beträge des Bundes (Anteil an den AHV-Ausgaben, Erträge aus Spielbankenabgaben und Mehrwertsteueranteil zugunsten der AHV). Die Ausgaben umfassen die Sozialleistungen und die Verwaltungs- und Durchführungskosten.

Im Dreisäulenprinzip der Altersvorsorge bilden AHV und IV zusammen die erste bzw. staatliche Säule. Die Rentenleistungen dieser beiden Versicherungen sollen den Existenzbedarf sichern. Die erste Säule wird durch die Pensionskasse, die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) ergänzt, welche die Fortsetzung der gewohnten Lebensführung ermöglichen soll (zweite Säule). Die dritte Säule, die Selbstvorsorge zur Deckung weiterer Bedürfnisse, ist freiwillig, aber im Unterschied zum gewöhnlichen Sparen teilweise steuerlich begünstigt.

Das Umlageergebnis der AHV wird im Jahresbericht des Ausgleichsfonds AHV/IV/EO ausgewiesen und in der Schweizerischen Sozialversicherungsstatistik des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) publiziert. Der Indikator wird jährlich erhoben.

Definitionen

Alters- und Hinterlassenenversicherung, obligatorische (AHV)

Die AHV wurde 1948 als obligatorische Versicherung zur Altersvorsorge eingeführt und ist seither mehrmals ausgebaut worden. Neben den Altersrenten werden auch Leistungen für Witwen und Witwer sowie Waisen gewährt. Zweck der AHV ist die Sicherung des Grundbedarfs im Alter und bei Tod des Versorgers. Zudem werden auch Hilflosenentschädigungen ausgerichtet. Die ordentliche AHV-Rente berechnet sich nach dem für die Beiträge massgebenden Einkommen und der Anzahl Beitragsjahre. Seit der 10. AHV-Revision werden die Renten der Ehepartner nach dem Splitting-Verfahren getrennt berechnet. Die Beitragssätze betragen seit Juli 1975 8,4% des Bruttolohnes (Selbständige: seit 1979 7,8% des Bruttoeinkommens). Die öffentliche Hand finanziert 20% der Ausgaben. Die Schwankungen der Rechnungsbilanz werden durch den Ausgleichsfonds ausgeglichen. Schweizer Bürger mit Wohnsitz im Ausland können sich freiwillig in der AHV versichern.

Umlageverfahren

Finanzierungsverfahren, das z.B. in der AHV und der IV verwendet wird. Die Ausgaben der Versicherung werden mit den laufenden Einnahmen desselben Jahres gedeckt. In der Praxis lässt sich der jährliche Ausgleich von Ausgaben und Einnahmen nicht bewerkstelligen, weshalb eine gewisse Liquiditätsreserve gehalten werden muss. Im Gegensatz zum Kapitaldeckungsverfahren (siehe dort) ist das Umlageverfahren weitgehend unabhängig von der Zinsentwicklung.

Kosten des Gesundheitswesens in Prozenten des BIP

Auszug aus dem Legislaturziel 10: *Die demografische Entwicklung in der Schweiz und der medizinisch-technische Fortschritt werden auch in Zukunft zu einem steten Kostenwachstum im Gesundheitswesen führen. Darüber hinaus ist die Kostenzunahme aber auch auf ein Mengenwachstum zurückzuführen, das sich medizinisch kaum begründen lässt. Es gilt, die Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems der Schweiz bei hohem Leistungsniveau nachhaltig sicherzustellen.*

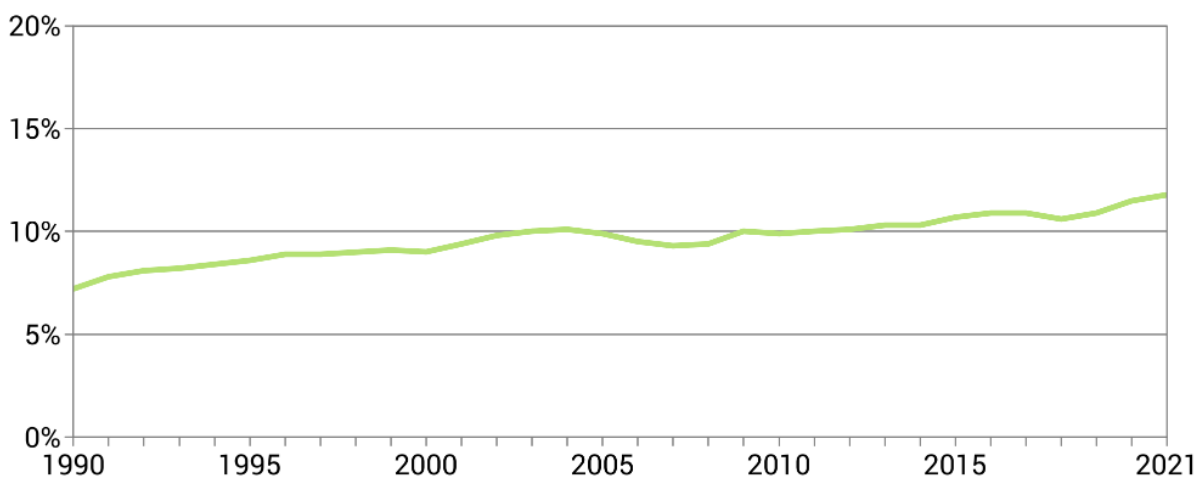
Bedeutung des Indikators: Der Gesundheitszustand beeinflusst die Lebensqualität der Menschen und ist ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes. Die Aufgabe des Gesundheitswesens ist es, zur Erhaltung der Gesundheit der Bevölkerung beizutragen und kranke oder verunfallte Menschen soweit als möglich zu heilen.

Der Indikator zeigt, wie viel die Gesellschaft für das Gesundheitswesen ausgibt. Über Ungleichheiten bei der Belastung der Haushalte oder bei der Verteilung der Mittel im Gesundheitswesen sowie über die Effizienz der Mittelverwendung werden keine Aussagen gemacht. Die Kosten des Gesundheitswesens werden im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt (BIP) in Prozent gezeigt.

Quantifizierbares Ziel: *Die Gesamtkosten für Gesundheit wachsen nicht stärker als in der Legislaturperiode 2015–2019.*

Kosten des Gesundheitswesens

Im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt, zu laufenden Preisen



Quellen: BFS – COU, VGR; SECO

© BFS 2023

Die Kosten des Gesundheitswesens haben seit 1990 zugenommen und betrugen 2021 11,8 Prozent des BIP.

Das Verhältnis der Gesundheitskosten zum BIP hat bis 2004 auf einen Stand von 10,1% zugenommen. Zwischen 2004 und 2007 ist dieses Verhältnis aufgrund des Wirtschaftswachstums leicht gesunken und danach wieder angestiegen. 2021 betrugen die Kosten 11,8% des BIP. Zuletzt beliefen sich die absoluten Gesundheitskosten auf 86,3 Milliarden Franken.

Unterscheidung nach Leistungserbringer

2021 entfielen mehr als die Hälfte der Kosten für Güter und Dienstleistungen des Gesundheitswesens auf die Krankenhäuser (35,2%), Pflegeheime (12,7%) sowie die anderen sozialmedizinischen Institutionen (3,5%). Die Arztpraxen, Zahnarztpraxen sowie andere ambulante und unterstützende Leistungserbringer, machten insgesamt 27,7% und der Detailhandel inklusive Importe 8,8% aus. Die

Ausgaben für Verwaltung und Prävention durch Staat, Versicherer und weitere Organisationen beliefen sich auf 9,7%.

Unterscheidung nach Leistung

Werden die Kosten des Gesundheitswesens nicht nach Leistungserbringern, sondern nach Leistungen betrachtet, so zeigt sich, dass 2021 je rund ein Fünftel der Kosten auf die stationären Kurativbehandlungen und die ambulanten Kurativbehandlungen entfielen, und je etwa ein Sechstel auf die Langzeitpflege und auf den Verkauf von Gesundheitsgütern. Die Kosten für stationäre Kurativbehandlungen sind zwischen 2020 und 2021 um 2,5% gestiegen, jene für die Langzeitpflege haben um 0,1% zugenommen. Bei den ambulanten Kurativbehandlungen war im gleichen Jahr eine Kostenzunahme von 5,1% zu verzeichnen.

Internationaler Vergleich

Im internationalen Vergleich hat die Schweiz gemessen am Verhältnis zum BIP ein kostenintensives Gesundheitssystem. 2021 befand sich die Schweiz an siebter Stelle, an der Spitze lagen die USA, gefolgt von Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Kanada, Frankreich und Österreich.

Methodologie

Der Indikator zeigt das prozentuale Verhältnis der Gesundheitskosten zum Bruttoinlandprodukt (BIP). Die Statistik der Kosten und der Finanzierung des Gesundheitswesens des BFS stellt eine Synthese dar aus sämtlichem verfügbaren Zahlenmaterial zur Schätzung der Geldströme, welche mit der Produktion und dem Konsum von Gütern und Dienstleistungen des schweizerischen Gesundheitswesens während eines Jahres verbunden sind. Sie kann somit erst erstellt werden, wenn sämtliche statistische Primärdaten verfügbar sind, insbesondere jene der Sozialversicherungen und der öffentlichen Finanzen. Das BFS veröffentlicht die definitiven Zahlen jährlich mit einer rund zweijährigen Verzögerung.

Der Aufbau der Statistik basiert auf der von Eurostat, der OECD und der WHO verantworteten internationalen Methodologie der Gesundheitskonten (System of Health Accounts SHA) und ermöglicht Vergleiche mit den Gesundheitsausgaben verschiedener OECD-Länder.

Definitionen

Bruttoinlandprodukt (BIP)

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist die Referenzgrösse zur Messung der wirtschaftlichen Leistung. Es ergibt sich aus der Summe der durch die ansässigen Wirtschaftsakteure erbrachten Wertschöpfung, zusätzlich der Steuern und abzüglich der Gütersubventionen. Das BIP wird zu laufenden Preisen sowie zu Preisen des Vorjahres berechnet. Das Wirtschaftswachstum wird durch die Veränderungsrate zu Preisen des Vorjahres ausgedrückt.

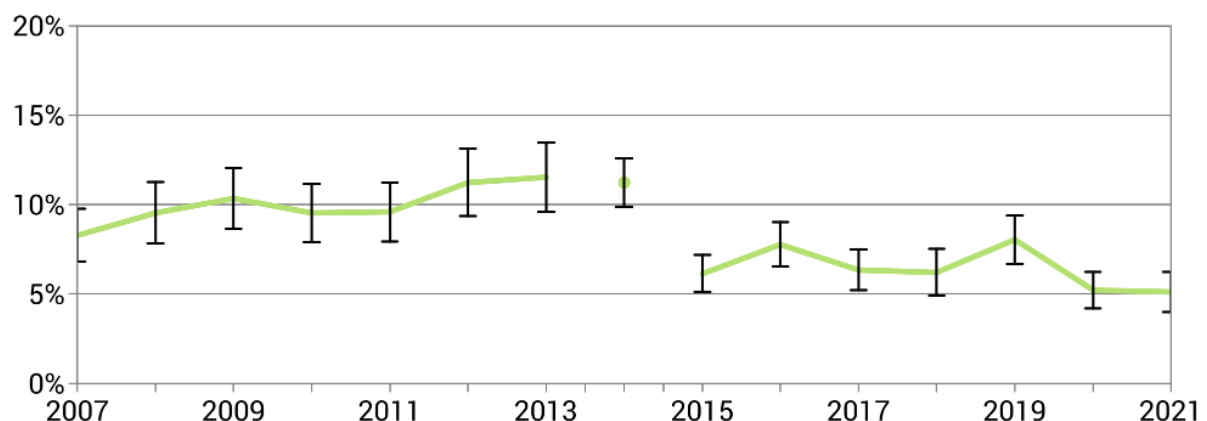
Verzicht auf notwendige ärztliche oder zahnärztliche Leistungen aus finanziellen Gründen

Auszug aus dem Legislaturziel 10: *Es gilt, die Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems der Schweiz bei hohem Leistungsniveau nachhaltig sicherzustellen.*

Bedeutung des Indikators: Der Zugang zur Gesundheitsversorgung soll für alle Bevölkerungsgruppen gewährleistet sein. Bei der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen können insbesondere finanzielle Faktoren, wie eine hohe Kostenbeteiligung von Patientenseite, einen limitierenden Einfluss darstellen und zum Verzicht führen. Der Verzicht auf zahnärztliche Leistungen spielt hierbei insofern eine besondere Rolle, als deren Kosten im Gegensatz zur medizinischen Grundversorgung in der Regel nicht von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung übernommen werden. Der Indikator zeigt den Anteil der ständigen Bevölkerung ab 16 Jahren, der aus finanziellen Gründen auf notwendige ärztliche oder zahnärztliche Leistungen verzichtet. Berücksichtigt werden Personen, deren verfügbares Äquivalenzeinkommen in den untersten 20% liegt, das heisst im 1. Quintil der Einkommensverteilung.

Quantifizierbares Ziel: *Der Zugang zur Gesundheitsversorgung steht allen offen. Der Anteil der Personen, die aus finanziellen Gründen der Gesundheitsversorgung fernbleiben, vergrössert sich nicht.*

Verzicht auf notwendige medizinische Leistungen* aus finanziellen Gründen Anteil der Bevölkerung in der untersten Einkommensklasse (1. Quintil)



2014 und 2015: Bruch in der Zeitreihe

* ärztliche oder zahnärztliche Leistungen

Quelle: BFS – SILC

© BFS 2023

2021 nahmen 5,1 Prozent der Bevölkerung in der untersten Einkommensklasse aus finanziellen Gründen Leistungen eines Arztes oder Zahnarztes nicht in Anspruch.

Der Anteil der Wohnbevölkerung in der untersten Einkommensklasse, der aus finanziellen Gründen auf einen Besuch beim Arzt oder Zahnarzt verzichtet, ist zwischen 2007 und 2013 von 8,3% auf 11,5% gestiegen. Nach einer Revision im Jahr 2015 betrug dieser Anteil 6,1% und belief sich zuletzt auf 5,1% im Jahr 2021.

Vergleich mit der Gesamtbevölkerung

Demgegenüber fällt der Anteil der Gesamtbevölkerung, der auf ärztliche oder zahnärztliche Untersuchungen verzichtet, geringer aus: Er bewegte sich zwischen 2007 und 2014 um 5%, nach der Revision im Jahr 2015 lag er bei 3% und erreichte zuletzt 2,8% (2021).

Unterscheidung zwischen ärztlichen und zahnärztlichen Leistungen

Allgemein werden vor allem zahnärztliche Untersuchungen aus finanziellen Gründen nicht in Anspruch genommen: Der Anteil der Bevölkerung in der untersten Einkommensklasse, der auf den Besuch bei einem Zahnarzt verzichtet, lag 2021 bei 4,6%. Dagegen belief sich dieser Anteil bei den ärztlichen Leistungen auf 0,7%. Dieser Unterschied besteht auch bei der Gesamtbevölkerung (2021: 2,5% bei zahnärztlichen, 0,5% bei ärztlichen Leistungen). Er erklärt sich unter anderem dadurch, dass zahnärztliche Leistungen üblicherweise nicht durch die obligatorische Krankenversicherung gedeckt sind.

Unterscheidung nach Migrationsstatus

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund verzichtet ebenfalls öfter auf zahnärztliche als auf ärztliche Leistungen. Im Jahr 2021 nahmen 3,9% der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zahnärztliche Leistungen aus finanziellen Gründen trotz deren Notwendigkeit nicht in Anspruch. Damit liegt dieser Anteil mehr als doppelt so hoch wie jener der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (1,5%). Beim Verzicht auf ärztliche Leistungen zeigt sich ein ähnlicher Unterschied: Hier verzichteten 0,7% der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und 0,4% ohne Migrationsstatus aus finanziellen Gründen auf notwendige Pflegeleistungen. Die Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund erklären sich unter anderem durch die Einkommensunterschiede zwischen den beiden Gruppen.

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil der ständigen Bevölkerung ab 16 Jahren in Privathaushalten, der aus finanziellen Gründen keinen Zugang zu ärztlichen oder zahnärztlichen Untersuchungen (Kontrollen und Behandlungen) hat. Berücksichtigt werden Personen, deren verfügbares Äquivalenzeinkommen in den untersten 20% der Einkommensverteilung (1. Quintil) liegt.

Das verfügbare Einkommen entspricht dem gesamten Bruttoeinkommen eines Haushalts abzüglich Sozialversicherungsbeiträge, Steuern, obligatorische Krankenkassenprämien und regelmässige Transferzahlungen an andere Haushalte. Unter Einbezug der Äquivalenzskala wird der Haushaltsgrosse Rechnung getragen.

Die Daten stammen aus der Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen (SILC) des Bundesamts für Statistik (BFS). Die befragten Personen ab 16 Jahren geben an, ob sie auf eine Behandlung oder Kontrolle bei einem Arzt oder Zahnarzt trotz Bedarf verzichtet haben, und aus welchem Grund der Verzicht erfolgt ist. Personen die aus finanziellen Gründen sowohl auf eine ärztliche wie auch auf eine zahnärztliche Untersuchung verzichtet haben, werden nur einfach gezählt. Aufgrund einer Anpassung des Stichprobenregisters ist 2014 ein Bruch in der Zeitreihe zu verzeichnen. Ein zweiter Bruch in der Zeitreihe besteht 2015, da Struktur und Formulierung des Fragebogens gemäss Richtlinien von Eurostat angepasst wurden.

Definitionen

Verfügbares Haushaltseinkommen

Das verfügbare Einkommen wird berechnet, indem man vom Bruttoeinkommen die obligatorischen Ausgaben abzieht. Dabei handelt es sich um Auslagen wie die Sozialversicherungsbeiträge (AHV/IV-Beiträge, berufliche Vorsorge usw.), die Steuern, die Krankenkassenprämien (Grundversicherung) und die regelmässigen Transferzahlungen an andere Haushalte (z.B. Alimente).

Bruttohaushaltseinkommen

Das Bruttohaushaltseinkommen fasst die Einkommen sämtlicher Mitglieder eines Privathaushalts zusammen. Dazu gehören die Bruttolöhne (vor den Sozialabzügen), die Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit, die Renten, die Einkommen aus Vermögen und Vermietung, die Überweisungen von anderen Haushalten, die Naturalleistungen aus dem eigenen Betrieb oder des Arbeitgebers, die Produkte aus dem eigenen Garten usw.

(Primär-, Brutto- oder verfügbares) Äquivalenzeinkommen

Das (Primär-, Brutto- oder verfügbare) Äquivalenzeinkommen wird ausgehend vom (Primär-, Brutto- oder verfügbaren) Haushaltseinkommen berechnet. Dabei wird die Haushaltsgrosse über die Äquivalenzskala des Haushalts einberechnet. Um die Skaleneffekte zu berücksichtigen (eine vierköpfige Familie muss nicht vier Mal so viel ausgeben wie eine Einzelperson, um denselben Lebensstandard zu erreichen), werden die Personen im Haushalt gewichtet: die älteste Person mit 1,0, jede weitere Person ab 14 Jahren mit 0,5 und jedes Kind unter 14 Jahren mit 0,3. Die äquivalente Haushaltsgrosse entspricht der Summe der Personengewichte.

Übergewicht

Auszug aus dem Legislaturziel 10: *Die Gesundheit der Bevölkerung soll gefördert werden, sodass Krankheiten bestmöglich vorgebeugt werden kann.*

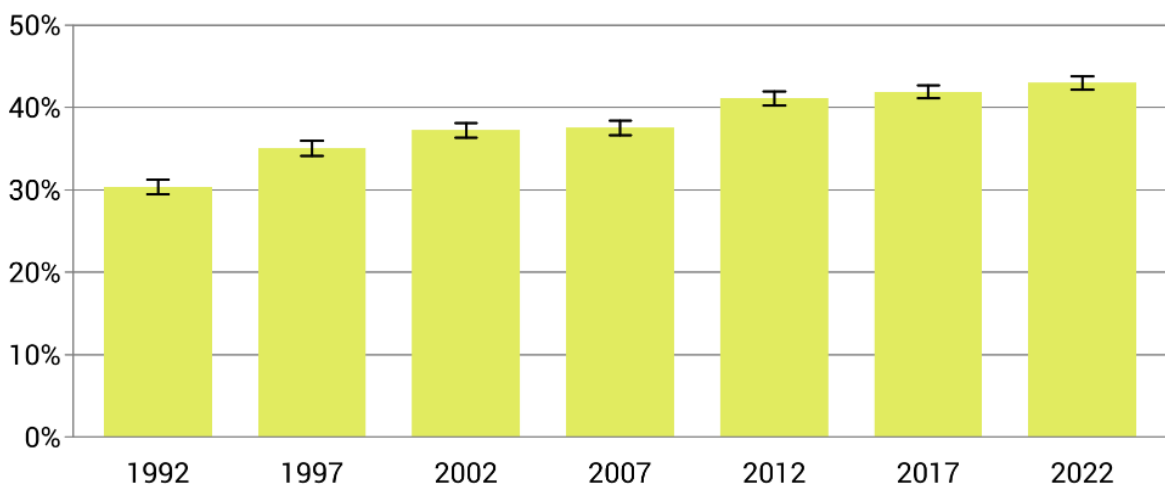
Bedeutung des Indikators: Die Gesundheit hat einen direkten Einfluss auf die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Menschen. Übergewicht ist vor allem in Industrienationen ein bedeutendes Gesundheitsproblem. Es beeinträchtigt nicht nur die körperliche Leistungsfähigkeit und die Lebensqualität, meist generiert es auch Gesundheitskosten. Je grösser das Übergewicht ist, desto höher ist das Risiko, an Diabetes, an Herz- und Kreislauferkrankungen oder an gewissen Krebsformen zu erkranken und an Gelenksbeschwerden zu leiden. Ein Mass für das Übergewicht ist der Body Mass Index (BMI).

Der Indikator zeigt den Anteil übergewichtiger Personen ab 15 Jahren, das heisst Personen mit einem BMI von 25 oder mehr, gemessen an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung.

Quantifizierbares Ziel: *Die Schweiz engagiert sich für die Prävention und Gesundheitsförderung. Im Rahmen der Umsetzung der Ernährungsstrategie nimmt der Anteil übergewichtiger Personen im Vergleich zu den letzten zehn Jahren ab. Gleichzeitig nimmt der Anteil der Bevölkerung, der die Bewegungsempfehlungen umsetzt, im Vergleich zu den letzten zehn Jahren zu.*

Übergewicht

Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren mit Übergewicht (BMI von 25 oder mehr)



Quelle: BFS – Schweizerische Gesundheitsbefragung (SGB)

© BFS 2023

2022 waren 43 Prozent der Personen ab 15 Jahren übergewichtig.

Der Anteil übergewichtiger Personen mit einem BMI von 25 oder mehr nahm im Zeitraum von 1992 bis 2022 von 30,4% auf 43% zu. Männer sind häufiger von Übergewicht betroffen als Frauen. Weitere Einflussfaktoren für ein zu hohes Körpergewicht sind unter anderem das Alter sowie das Bildungsniveau.

Unterscheidung nach Bildungsniveau

Personen mit niedrigem Bildungsniveau sind in erhöhtem Mass von Übergewicht betroffen: Während in der Bevölkerungsgruppe mit obligatorischem Schulabschluss 2022 60,1% übergewichtig waren, traf dies bei den Personen mit einem Abschluss auf Sekundarstufe II auf 48,9% und bei Personen mit Tertiärabschluss auf 38,5% zu. Dieser Zusammenhang ist sowohl bei Frauen als auch bei Männern zu beobachten, wobei er bei den Frauen stärker ausgeprägt ist als bei den Männern.

Adipositas

Eine schwere Form von Übergewicht ist Adipositas: Personen mit einem BMI von 30 oder mehr gelten als adipös (fettleibig). Ihr Anteil hat sich zwischen 1992 und 2022 bei Frauen und Männern mehr als verdoppelt. Im Jahr 2022 waren 11% der Frauen und 13,2% der Männer von Adipositas betroffen.

Diabetes

Adipositas zählt zu den wichtigsten Risikofaktoren für Diabetes Typ 2, der häufigsten Form von Diabetes. Sie tritt bei neun von zehn aller Diabetes-Betroffenen auf und wird primär durch Ernährungs- und Bewegungsgewohnheiten hervorgerufen. Von der Bevölkerung ab 15 Jahren gaben 2022 5,4% an, über einen erhöhten Blutzucker zu verfügen oder Medikamente gegen Diabetes zu nehmen. Diabetes gilt als eine der Ursachen für Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil an übergewichtigen Personen ab 15 Jahren, d.h. Personen mit einem Body Mass Index (BMI) von 25 oder mehr. Referenzbevölkerung ist die gleichaltrige ständige Wohnbevölkerung, die in privaten Haushalten wohnt.

Der Body-Mass-Index (BMI) oder Körpermassenindex berechnet sich aus dem Körpergewicht (in Kilogramm) geteilt durch die Körpergrösse (in Metern) im Quadrat. Die WHO unterscheidet für Personen ab 18 Jahren folgende Kategorien: Untergewicht (BMI < 18,5 kg/m²), Normalgewicht (BMI zwischen 18,5 und 24,9 kg/m²), Übergewicht (BMI ab 25 kg/m²). Adipositas ist eine Form von starkem Übergewicht und liegt ab einem BMI von 30 kg/m² vor. Diese Schwellenwerte werden für junge Erwachsene zwischen 15 und 17 Jahren angepasst. Die Angaben zu Grösse und Gewicht werden von den befragten Personen selbst gemacht.

Die Daten entstammen der Schweizerischen Gesundheitsbefragung (SGB), die vom Bundesamt für Statistik (BFS) alle fünf Jahre durchgeführt wird.

Sport- und Bewegungsverhalten

Auszug aus dem Legislaturziel 13: Der Bundesrat beabsichtigt unter anderem, die steigenden Gesundheitskosten mittels wirksamer Prävention und Stärkung der Selbstverantwortung der Bevölkerung durch verbesserte Information und Gesundheitsförderung einzudämmen. Dazu gehört auch die Förderung von Sport und Bewegung in Schule und Freizeit.

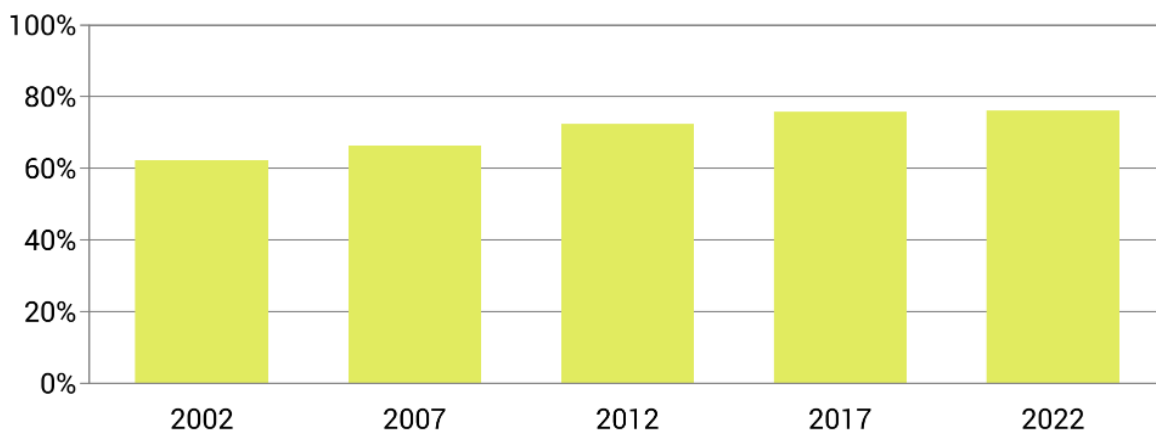
Bedeutung des Indikators: Der körperliche und psychische Gesundheitszustand beeinflusst die Lebensqualität der Menschen massgeblich. Durch regelmässige Bewegung können das körperliche Wohlbefinden gefördert und Gesundheitsrisiken präventiv verringert werden. Körperliche Aktivität kann so auch zur Senkung der Gesundheitskosten beitragen.

Der Indikator zeigt den Anteil der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren, die in ihrer Freizeit wöchentlich mindestens 150 Minuten lang mässig oder mehr als zweimal intensiv körperlich aktiv ist und somit die Bewegungsempfehlungen des Netzwerks Gesundheit und Bewegung Schweiz erfüllt.

Quantifizierbares Ziel: Die Schweiz engagiert sich für die Prävention und Gesundheitsförderung. Im Rahmen der Umsetzung der Ernährungsstrategie nimmt der Anteil übergewichtiger Personen im Vergleich zu den letzten zehn Jahren ab. Gleichzeitig nimmt der Anteil der Bevölkerung, der die Bewegungsempfehlungen umsetzt, im Vergleich zu den letzten zehn Jahren zu.

Sport- und Bewegungsverhalten

Anteil der Personen, die die Bewegungsempfehlungen erfüllen*



* wöchentlich mindestens 150 Minuten lang mässige oder zumindest zweimal intensive körperliche Aktivität

Quelle: BFS – Schweizerische Gesundheitsbefragung

© BFS 2023

76 Prozent der Bevölkerung waren 2022 körperlich aktiv und erfüllten die Bewegungsempfehlungen.

Seit 2002 stieg der Anteil körperlich aktiver Personen um rund 14 Prozentpunkte und erreichte 2022 einen Wert von 76%. In allen Altersklassen war ein Anstieg zu verzeichnen. 8,1% der Bevölkerung waren 2022 körperlich inaktiv. Das bedeutet, dass sie wöchentlich weniger als 30 Minuten mässig körperlich aktiv waren und weniger als einmal pro Woche einer körperlich intensiven Aktivität nachgingen.

Unterscheidung nach Bildungsniveau

Der Anteil körperlich aktiver Personen nimmt mit steigendem Bildungsniveau zu: Personen ohne nachobligatorische Bildung waren 2022 weniger häufig körperlich aktiv als solche mit einem Abschluss auf Sekundarstufe II oder auf Tertiärstufe. Während bei Letzteren 74,6% (Sekundarstufe II) bzw.

79,5% (Tertiärstufe) körperlich aktiv waren, lag dieser Anteil bei Personen mit obligatorischer Schulbildung bei 60,3%.

Körperliche Aktivität und selbstwahrgenommene Gesundheit

Zwischen dem Ausmass körperlicher Aktivität und der Wahrnehmung des eigenen Gesundheitszustands besteht ein Zusammenhang. Der Anteil der Personen ab 15 Jahren, die nach eigenen Angaben über einen guten bis sehr guten Gesundheitszustand verfügen, lag 2022 bei 84,9%. Personen, die sich regelmässig bewegen, fühlen sich gesünder als körperlich Inaktive: Während 2022 bei den körperlich Inaktiven 36,7% ihren Gesundheitszustand als nicht gut bezeichneten, war dies bei 8,3% der Trainierten der Fall. Als trainiert gilt, wer an mindestens drei Tagen pro Woche Schwitzepisoden durch körperliche Bewegung erfährt.

Bluthochdruck

Nicht nur der wahrgenommene, auch der effektive Gesundheitszustand kann durch körperliche Aktivität beeinflusst werden: Regelmässige Bewegung beugt beispielsweise Bluthochdruck vor. Von der Bevölkerung ab 15 Jahren gab 2022 ein Fünftel an, aktuell an zu hohem Blutdruck zu leiden oder Medikamente dagegen einzunehmen. Der Anteil Personen mit Bluthochdruck nimmt mit fortschreitendem Alter zu. Ein schlechter Gesundheitszustand kann jedoch auch regelmässige körperliche Aktivitäten be- oder verhindern.

Regelmässig genutzte Sportorte

Eine begünstigende Voraussetzung für sportliche Aktivitäten ist der Zugang zu geeigneten Bewegungsräumen. Am regelmässigsten frequentiert wird dafür die freie Natur: Sie wird von 43% der Bevölkerung ab 15 Jahren mindestens wöchentlich zur körperlichen Betätigung genutzt, gefolgt vom eigenen Zuhause (28%), privaten Fitness- und Sportzentren (14%) und Turn- und Sporthallen (11%).

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren in Privathaushalten, die wöchentlich mindestens 150 Minuten lang mässig oder zumindest an zwei Tagen pro Woche intensiv körperlich aktiv ist und somit die Bewegungsempfehlungen erfüllt.

Eine mässige Intensität weisen körperliche Aktivitäten auf, bei denen man zumindest etwas ausser Atem, aber nicht unbedingt ins Schwitzen kommt. Zügiges Gehen, Velofahren oder Gartenarbeiten sind Beispiele solcher Bewegungsformen, aber auch viele andere Freizeit-, Alltags- oder Sportaktivitäten haben eine mittlere Intensität.

Eine hohe Intensität weisen Aktivitäten auf, die zumindest leichtes Schwitzen und beschleunigtes Atmen verursachen. Hierzu gehören bewegungsintensive Sportarten, die jeweils grosse Muskelgruppen beanspruchen, wie zum Beispiel Laufen (Jogging), zügiges Velofahren (Mountainbike, Rennvelo), Schwimmen, Skilanglaufen, aber auch ein Herzkreislauftraining an Fitnessgeräten.

Die Bewegungsempfehlungen wurden durch das Netzwerk Gesundheit und Bewegung Schweiz (hepa.ch) im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit und des Bundesamtes für Sport in Zusammenarbeit mit mehreren Institutionen erarbeitet.

Die Daten des Indikators stammen aus der Schweizerischen Gesundheitsbefragung, die alle fünf Jahre vom Bundesamt für Statistik (BFS) durchgeführt wird. Die Daten zum Zugang zu geeigneten Bewegungsräumen stammen aus der Studie Sport Schweiz, die alle 6 Jahre im Auftrag des Bundesamtes für Sport durchgeführt wird.

Schweizerinnen und Schweizer in internationalen Organisationen

Auszug aus dem Legislaturziel 11: *Globale Herausforderungen wie der Klimawandel, anhaltende Krisen und extreme Armut lassen sich nur durch umfassende Kooperation bewältigen. Bewährte internationale Organisationen sind aufgrund globaler Machtverschiebungen und neuer Themenstellungen reformbedürftig. Die Schweiz wird zur Stärkung der Handlungsfähigkeit dieser Organisationen und des Völkerrechts beitragen.*

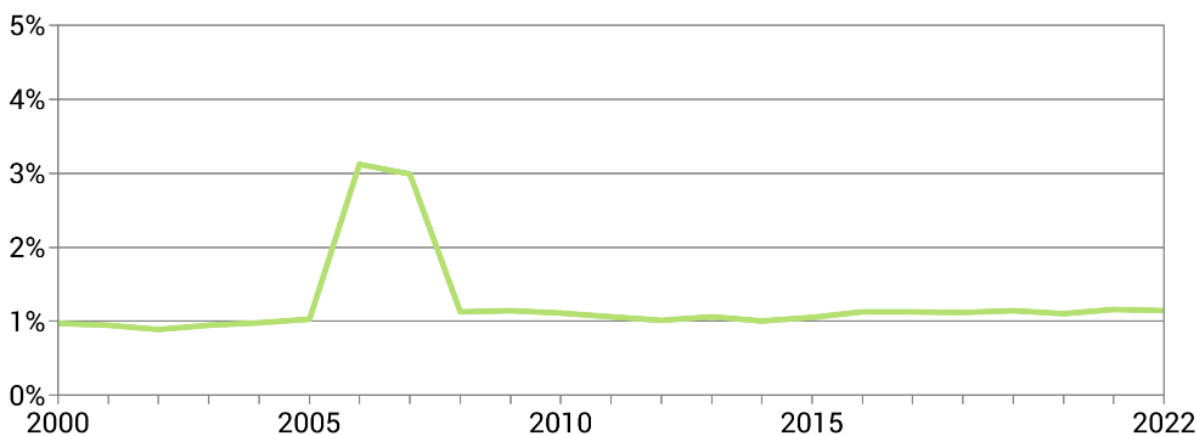
Bedeutung des Indikators: Die Schweiz trägt durch ihre Präsenz in internationalen Organisationen zur Wahrung ihrer aussenpolitischen Interessen bei. Zu den Prioritäten der multilateralen Interessenwahrung gehört unter anderem, die Vertretung der Schweiz in Leitungsorganen sicherzustellen und die Zahl von Schweizerinnen und Schweizern in Vollzugsorganen (Verwaltung) internationaler Organisationen zu erhöhen.

Der Indikator zeigt den prozentualen Anteil der Schweizerinnen und Schweizer, die im System der Vereinten Nationen (UNO) eine international ausgeschriebene Stelle, einschliesslich Führungs- und Kaderpositionen, besetzen, am Total der Stellen in dieser Kategorie. Die Schweizer Beschäftigten anderer Kategorien oder anderer internationaler Organisationen sind nicht im Indikator enthalten.

Quantifizierbares Ziel: *Die Schweiz fördert die Platzierung von Schweizerinnen und Schweizern in Leitungspositionen von internationalen Organisationen.*

Schweizer/innen in internationalen Organisationen

Anzahl Schweizer/innen, die im System der UNO tätig sind und im Rahmen einer internat. Ausschreibung rekrutiert wurden, am Total der entsprechenden Stellen dieser Kategorie



Quelle: Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

© BFS 2023

Ende 2022 besetzten im UNO-System 523 Schweizerinnen und Schweizer eine Stelle der professionellen und höheren Kategorie. Dies entspricht einem Anteil von 1,14 Prozent aller Stellen dieser Kategorie.

Der Anteil der Schweizerinnen und Schweizer, die im UNO-System in einer international ausgeschriebenen Position (Kategorie «International Professional») arbeiten, ist seit dem UNO-Beitritt der Schweiz im Jahr 2002 um rund 0,3 Prozentpunkte gestiegen. Absolut gesehen hat sich die Zahl der von Schweizerinnen und Schweizern besetzten Stellen dieser Kategorie um das Dreifache von 174 im Jahr 2000 auf 523 im Jahr 2022 erhöht. Die gesamte Anzahl der UNO-Stellen der gleichen Kategorie stieg weniger schnell. Sie nahm um das 2,6-Fache von 17 867 auf 45 760 zu. Der in den Jahren 2006 und 2007 erreichte Höchststand ist hauptsächlich auf ein vorübergehendes Stellenwachstum beim Hohen Flüchtlingskommissar (UNHCR) aufgrund der Krisen im Irak und im Südsudan zurückzuführen.

Schweizerinnen und Schweizer in der Kategorie «General Services»

2022 waren mehr als 600 Personen mit Schweizer Staatsangehörigkeit im UNO-System in der Kategorie «General Services» (insgesamt 59 383 Stellen) tätig. Diese Personen können jedoch vermutlich weniger zur Wahrung der Interessen des Landes bzw. zur Steigerung der Effizienz des UNO-Systems beitragen als jene in der Kategorie «International Professional». Zudem werden Beschäftigte in der Kategorie «General Services» häufig lokal rekrutiert. Ihre Verteilung auf die einzelnen Länder hängt weitgehend vom Sitz der Organisation oder der Mission ab.

UNO-Stellen der professionellen und höheren Kategorie in der Schweiz

2022 waren mehr als 18% der bei der UNO angestellten «International Professionals» in der Schweiz tätig, davon 98% in Genf. Die Schweiz belegt sowohl in der Kategorie «International Professionals» als auch hinsichtlich der Gesamtanzahl UNO-Arbeitsplätze pro Gastland den ersten Platz. Dies unterstreicht die Bedeutung der Präsenz dieser Organisationen in der Schweiz und hebt die Rolle des internationalen Standorts Genf hervor. Dahinter folgen die USA, Österreich und Italien.

Methodologie

Der Indikator zeigt die Anzahl Stellen im UNO-System, die international ausgeschrieben werden müssen (International Professional Officers) und von Schweizerinnen oder Schweizern besetzt werden, am Total der Stellen der gleichen Kategorie.

Datengrundlage bilden die jährlichen Personalstatistiken der UNO. Berücksichtigt werden Stellen von Fachpersonal und höheren Kategorien, die international ausgeschrieben werden müssen und über das ordentliche Budget oder andere Finanzierungsquellen, mit Ausnahme von Mitteln aus dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), finanziert werden. In der Regel wird für diese Stellen ein Hochschulabschluss auf Masterstufe vorausgesetzt, Ausnahmen sind jedoch häufig. Arbeitsort ist entweder der jeweilige Sitz der UNO-Mitgliedsorganisation oder ein Regionalbüro. Im Rahmen von Projekten geschaffene Stellen werden ebenfalls berücksichtigt.

Öffentliche Entwicklungshilfe

Auszug aus dem Legislaturziel 11: *Die Schweiz setzt sich mit ihrer internationalen Zusammenarbeit für eine Welt in Frieden und ohne Armut ein. Dieser Einsatz stellt zugleich eine längerfristige Investition in die Sicherheit und den Wohlstand in der Schweiz und in der Welt dar. Mit ihrem Beitrag unterstützt die Schweiz die Entwicklungsländer dabei, die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 umzusetzen. Die Entwicklungszusammenarbeit soll in der neuen Legislatur stärker fokussiert und dadurch wirkungsvoller werden.*

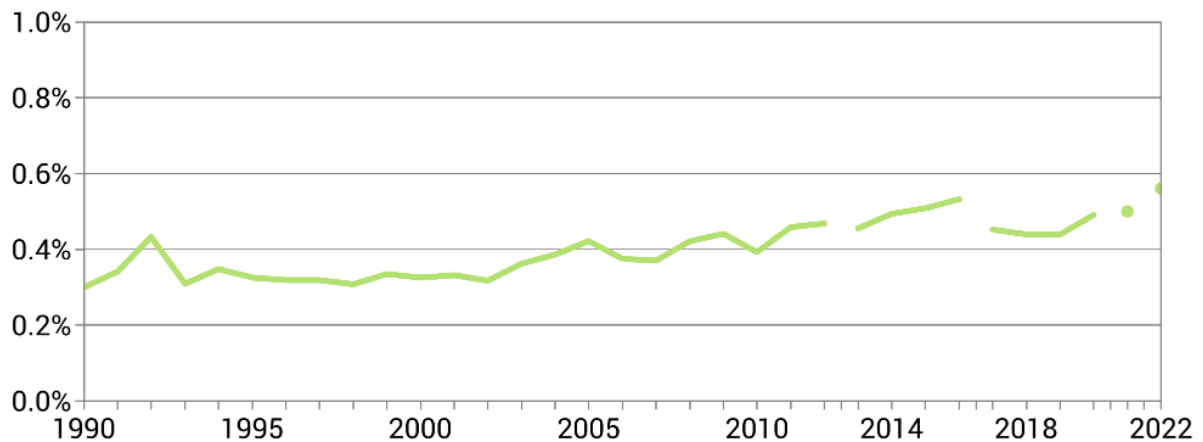
Bedeutung des Indikators: Die Armutsreduktion ist für die Entwicklungszusammenarbeit weltweit eine der wichtigsten Aufgaben. Als stark globalisiertes Land ist für die Schweiz eine stabile und prosperierende Welt wichtig. Zudem liegt es im Interesse der Schweiz, zur Lösung von globalen Herausforderungen, beispielsweise in den Bereichen Migration, Klimawandel und Umwelt, Wasser, Ernährungssicherheit und Gesundheit beizutragen.

Der Indikator zeigt, wie viel Geld die Schweiz für die internationale Entwicklungszusammenarbeit ausgibt. Die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) umfasst alle Geldflüsse gemäss definierten Kriterien der OECD, die Entwicklungsländern und internationalen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe zugesprochen werden. Die Hilfeleistungen werden dabei ins Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) der Schweiz gesetzt. Der Indikator erlaubt keine Aussage zur Wirksamkeit der getätigten Ausgaben und bezieht das Engagement der Nichtregierungsorganisationen (Eigenmittel der privaten Hilfswerke) und der Privatwirtschaft (zum Beispiel in Form von Direktinvestitionen) nicht mit ein.

Quantifizierbares Ziel: *Bei der Bewertung der Ausgaben für die internationale Zusammenarbeit orientiert sich die Schweiz an einem Wert der APD-Quote von 0,5 Prozent des BNE.*

Öffentliche Entwicklungshilfe

Im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen



2013, 2017, 2021, 2022: Bruch in der Zeitreihe

Quellen: DEZA

© BFS 2023

2022 betrug die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz 0,56 Prozent des Bruttonationaleinkommens.

Der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) am Bruttonationaleinkommen stagnierte während der 1990er-Jahre (Ausnahme 1992: Ausserordentliche Entschuldungsmassnahmen im Rahmen des Jubiläums 700 Jahre Eidgenossenschaft und Beitritt der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen) und ist Anfang der 2000er-Jahre bis 2016 graduell gestiegen. Nach einer zwischenzeitlichen Abnahme hat sie zuletzt wieder zugenommen: 2022 betrug die Quote der öffentlichen

Entwicklungshilfe 0,56% (2021: 0,50%). Dieser Anstieg ist auf das Engagement der Schweiz im Rahmen der internationalen Hilfe zugunsten der Ukraine zurückzuführen (hauptsächlich Kosten für den Empfang von ukrainischen Flüchtlingen in der Schweiz). Die Quote der öffentlichen Entwicklungshilfe ohne Berücksichtigung der Asylkosten ist im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen (2022: 0,40%; 2021: 0,45%).

Entwicklungshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder

Seit 1990 bewegte sich der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder, den sogenannten Least Developed Countries, um 0,1% des Bruttonationaleinkommens. 2022 betrug er 0,12% (2021: 0,14%).

Internationaler Vergleich

Im internationalen Vergleich steht die Schweiz an neunter Stelle (2021: idem) unter den 29 Ländern des Entwicklungshilfesausschusses der OECD (DAC). 2022 erreichten Luxemburg (1,00%), Schweden (0,90%), Norwegen (0,86%) Deutschland (0,83%) und Dänemark (0,70%) den von der UNO geforderten Anteil von 0,7% der APD am BNE.

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen zu Marktpreisen. Als Bezugsgrösse wird anstelle des Bruttoinlandsprodukts das Bruttonationaleinkommen verwendet, um internationale Vergleiche zu ermöglichen.

Die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz umfasst im Wesentlichen die Ausgaben der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO), der zwei Bundesstellen, die mit der Ausführung des Bundesgesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe beauftragt sind. Weitere Bundesämter sowie 24 Kantone und rund 200 Gemeinden beteiligen sich ebenfalls an der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz. Das Bruttonationaleinkommen (BNE) wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung berechnet. Der Indikator wird jährlich von der DEZA publiziert.

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wurde 2014 und 2020 gemäss dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) revidiert. 2022 fand ausserdem eine ausserordentliche Teilrevision statt. Aufgrund dieser Revisionen wurde die ganze Zeitreihe des Indikators neu berechnet. Die revidierten Werte des Indikators sind im Durchschnitt um 0,02 Prozentpunkte tiefer, da die Revisionen einen Anstieg des BNE zur Folge hatten.

Der Entwicklungshilfesausschuss der OECD (DAC), nach dessen Richtlinien die Berechnung der öffentlichen Entwicklungshilfe erfolgt, hat nach den Revisionen entschieden, dass die Zahlen nicht mehr rückwirkend angepasst werden. Die DEZA hat deshalb die Zeitreihe nicht zurückgerechnet. Bis und mit dem Jahr 2012 verwendet die DEZA das BNE gemäss ESGV 1995. Ab 2013 stützt sich die DEZA auf das BNE gemäss ESGV 2010. Für den Zeitraum 2013-2016 gilt der Stand vom 27.08.2019. Für 2017-2020 verwendet die DEZA das BNE nach der Revision 2020 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Stand 26.08.2021. Ab 2021 gilt das BNE mit dem jeweiligen Stand zum Zeitpunkt der Berichterstattung an die OECD. Die hier vom BFS publizierten Daten für die Jahre 1990-2020 weichen daher leicht von jenen der DEZA ab. Die Zeitreihe der DEZA gilt für die offizielle Berichterstattung.

Definitionen

Bruttonationaleinkommen

Das Bruttonationaleinkommen (BNE) setzt sich zusammen aus den Primäreinkommen (Einkommen aus Arbeit und Kapital), welches die gebietsansässigen Einheiten erhalten. Das BNE entspricht der Summe des BIP und des Saldos der vom Ausland erhaltenen und ans Ausland bezahlten Primäreinkommen.

Entwicklungshilfe

Die OECD definiert die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) als Leistungen, die 1. von öffentlichen Organen (Bund, Kantone, Gemeinden) stammen; 2. vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Empfängerländer abzielen, 3. zu Vorzugskonditionen gewährt werden (Schenkungen und Darlehen zu günstigen Konditionen); 4. bestimmt sind für Entwicklungsländer und -regionen sowie multilaterale Organisationen, die auf der OECD-Liste aufgeführt sind. Bilaterale Hilfe ist die Hilfe von einem Partner zu einem anderen, unabhängig davon, ob der Geber oder Empfänger ein Staat, eine national oder international koordinierte Gruppe von Hilfswerken ist. Multilaterale Hilfe meint die gemeinsamen Anstrengungen internationaler Institutionen wie der Weltbank oder der UNO zugunsten eines oder mehrerer Staaten. Die private Entwicklungshilfe in der Schweiz besteht aus Spenden schweizerischer Hilfswerke und anderer gemeinnütziger Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen für Projekte und Programme in Entwicklungsländern.

Militärdienst für Friedensförderung im Ausland

Auszug aus dem Legislaturziel 11: *Die Schweiz setzt sich mit ihrer internationalen Zusammenarbeit für eine Welt in Frieden und ohne Armut ein. Dieser Einsatz stellt zugleich eine längerfristige Investition in die Sicherheit und den Wohlstand in der Schweiz und in der Welt dar.*

Bedeutung des Indikators: Friedensförderung im internationalen Rahmen ist einer der drei Aufträge der Schweizer Armee und ist als solcher im Militärgesetz verankert. Die Schweizer Armee beteiligt sich seit 1953 weltweit an friedensfördernden Missionen.

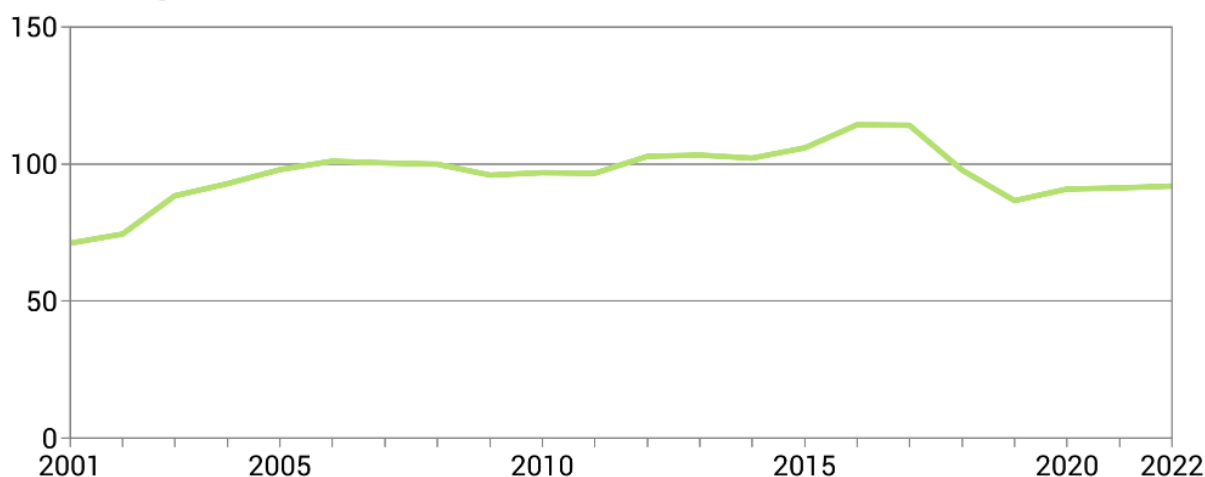
Der Indikator zeigt die Anzahl Diensttage, welche Angehörige der Armee jährlich in Einsätzen für die militärische Friedensförderung im Ausland erbringen.

Quantifizierbares Ziel: *Die Schweiz engagiert sich weiterhin an militärischer Friedensförderung im Ausland.*

Militärische Friedensförderung im Ausland

Geleistete Diensttage in Armee-Einsätzen

Tausend Tage



Quelle: Schweizer Armee

© BFS 2023

2022 leistete die Armee 91 895 Diensttage für die militärische Friedensförderung im Ausland, 2021 waren es 91 278 Diensttage.

Die Anzahl geleisteter Diensttage der Armee im Rahmen von friedensfördernden Missionen hat zwischen 2001 und 2017 zugenommen. Nach einer zwischenzeitlichen Abnahme war zuletzt wieder eine Zunahme zu verzeichnen: 2022 wurden 91 895 Einsatztage von der Schweizer Armee geleistet (Vorjahr: 91 278). Durchschnittlich standen täglich 252 Angehörige der Schweizer Armee im militärischen Friedenseinsatz.

Einsatztage nach Missionen

Der Hauptteil entfiel mit 70% auf den Einsatz der Schweizer Armee im Kosovo (SWISSCOY). Im Rahmen von UNO-Minenräumprogrammen wurden von Schweizer Experten 3531 Einsatztage geleistet. Die Schweizer Armee beteiligte sich zudem mit 7874 Diensttagen an der Mission EUFOR ALTHEA in Bosnien-Herzegowina sowie an diversen UNO-Missionen, in deren Rahmen Schweizer Militärbeobachter 16 399 Diensttage leisteten.

Methodologie

Der Indikator zeigt die Anzahl Dienstage der Armee, welche für die militärische Friedensförderung im Ausland pro Jahr erbracht werden. Die Schweizer Armee engagiert sich seit 1953 in der neutralen Überwachungskommission für den Waffenstillstand zwischen den beiden Korea, seit 1999 mit der SWISSCOY an der Kosovo-Friedensmission KFOR und seit 2004 an der Mission EUFOR ALTHEA in Bosnien-Herzegowina. Hinzu kommen verschiedene Entsendungen von Militärbeobachtern in diverse UNO-Missionen sowie von Spezialisten in UNO-Minenräumprogrammen.

Die geleisteten Dienstage für die militärische Friedensförderung werden jährlich vom Kommando Operationen der Armee publiziert.

Sitzungen internationaler Organisationen in Genf

Auszug aus dem Legislaturziel 11: *Das internationale Genf ist eines der wichtigsten Zentren der globalen Gouvernanz.*

Als Gaststaat trägt die Schweiz wesentlich zu reibungslosen internationalen Beziehungen und zur Lösung der grossen Herausforderungen unserer Zeit bei. Mit dieser Rolle ist ein hoher aussenpolitischer Nutzen, aber auch ein wirtschaftlicher Mehrwert für die Schweiz verbunden. Der Bundesrat wird deshalb die Attraktivität der Schweiz als Gaststaat weiter fördern, den unkomplizierten Zugang politischer Persönlichkeiten und weiterer Personen mit Vorrechten und Immunitäten gewährleisten und sicherstellen, dass das internationale Genf trotz wachsender internationaler Konkurrenz wettbewerbs-fähig bleibt.

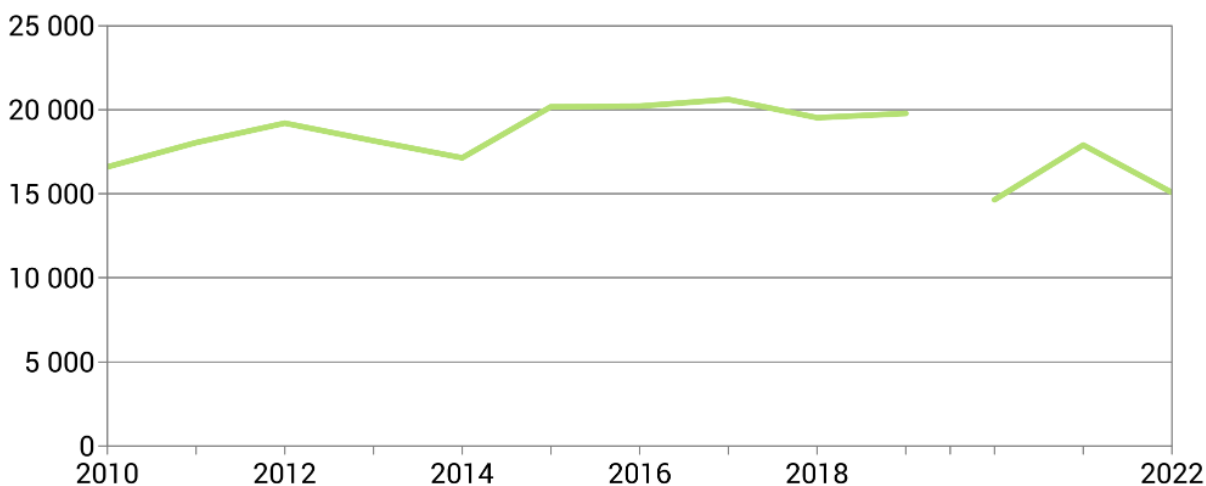
Bedeutung des Indikators: Die Schweiz empfängt internationale Organisationen und Konferenzen seit über 150 Jahren. Die Rolle der Schweiz als Gaststaat ist in der humanitären Tradition und der Geschichte der guten Dienste der Schweiz fest verankert. Der Hauptteil dieser Aktivitäten konzentriert sich auf Genf, das sich als internationales Kompetenzzentrum im Bereich der Zusammenarbeit und als Zentrum der multilateralen Diplomatie etabliert hat. Das internationale Genf spielt eine zentrale Rolle für die Wahrnehmung der Schweiz in der Welt und bietet dem Land gleichzeitig eine wichtige Plattform, um seine Interessen und Werte in seiner Aussenpolitik zu fördern.

Der Indikator zeigt die Anzahl halbtägiger Sitzungen, welche im Rahmen von Konferenzen der internationalen Organisationen in Genf während einem Jahr abgehalten werden. Er erlaubt Aussagen über das Ausmass der Konferenztätigkeit, welche sich aus den regelmässig stattfindenden Konferenzen und dem internationalen Tagesgeschehen ergibt. Der Indikator gibt weder Auskunft über die Anzahl teilnehmender Länder, noch über die Wichtigkeit der behandelten Themen während dieser Sitzungen.

Quantifizierbares Ziel: *Der internationale Standort Genf bleibt attraktiv für internationale Organisationen, und die Anzahl internationaler Konferenzen bleibt stabil oder nimmt zu.*

Sitzungen internationaler Organisationen in Genf

Halbe Tage



2020: Bruch in der Zeitreihe

Quelle: Statistisches Amt des Kantons Genf

© BFS 2023

2022 hielten internationale Organisationen in Genf 15 056 halbtägige Sitzungen entweder vor Ort, als Telefonkonferenz oder in einer Mischform ab.

Die internationalen Organisationen in Genf laden jährlich zu zahlreichen Sitzungen ein: Zwischen 2010 und 2012 ist die Anzahl halbtägiger Sitzungen von 16 595 auf 19 197 gestiegen und

anschliessend wieder gesunken. Seit 2014 war insgesamt wieder eine Zunahme zu verzeichnen. 2019 wurden 19 772 halbtägige Sitzungen internationaler Organisationen in Genf abgehalten. Das Folgejahr 2020 war von der COVID-19-Pandemie geprägt, weshalb die Sitzungen nicht wie in den Vorjahren ausschliesslich vor Ort stattfinden konnten. 2022 wurden insgesamt 15 056 Sitzungen entweder vor Ort, als Telefonkonferenz oder in einer Mischform abgehalten. Diese Sitzungen fanden im Rahmen der 4049 internationalen Konferenzen statt, an denen über 403 000 Delegierte und Fachpersonen teilgenommen haben.

Aufgrund der seit 2020 zusätzlich berücksichtigten Sitzungsformen (Telefonkonferenzen, Mischformen), ist kein direkter Vergleich mit den Zahlen der Vorjahre möglich.

Internationale Organisationen und Beschäftigte

In Genf waren 2022 insgesamt 38 internationale Organisationen mit 28 730 Beschäftigten vertreten.

Nichtregierungsorganisationen

Nicht nur internationale Organisationen, die über ein Abkommen mit der Schweiz verfügen, sondern auch internationale Nichtregierungsorganisationen sind in Genf präsent: Im Jahr 2023 unterhielten in Genf 461 Nichtregierungsorganisationen eine Vertretung, 231 davon mit mindestens einer Arbeitsstelle.

Missionen, Vertretungen und Delegationen

Die internationale Ausrichtung Genfs zeigt sich neben der Vertretung internationaler Organisationen und internationaler Nichtregierungsorganisationen auch durch die Präsenz der Staaten. Insgesamt gibt es in Genf 263 Missionen, Vertretungen und Delegationen. Der Grossteil davon entfällt auf die ständigen Missionen der Staaten, die beim Büro der Vereinten Nationen angesiedelt sind. Hinzu kommen separate Missionen oder Vertretungen einiger Staaten bei der Welthandelsorganisation und der Abrüstungskonferenz sowie ständige Delegationen internationaler Organisationen.

Ausgaben des Bundes für die Gaststaatspolitik

Der Bund engagiert sich finanziell für das internationale Genf im Rahmen seiner Gaststaatspolitik: 2022 stellte er finanzielle Mittel im Umfang von 23,6 Millionen Franken zur Verfügung. Dieses Geld kam den in Genf vertretenen Organisationen zugute und wurde etwa zur Hälfte für punktuelle Vorhaben wie beispielsweise Anlässe, Empfänge, internationale Konferenzen und Ansiedlungen internationaler Institutionen verwendet. Der restliche Betrag floss in Betrieb und Unterhalt der lokalen Infrastruktur.

Methodologie

Die Konferenztätigkeit der internationalen Organisationen wird mittels der Anzahl Sitzungen erfasst, welche während eines Jahres in Genf abgehalten werden. Die Sitzungen werden in halben Tagen gemessen, d.h. eine ganztägige Konferenz wird als zwei halbtägige Sitzungen ausgewiesen. Dabei werden nur Sitzungen mit mindestens 10 Teilnehmerinnen und Teilnehmern berücksichtigt, an denen Delegierte eines Landes oder Experten vertreten sind. Die Konferenztätigkeit wird für jene internationalen Organisationen mit Sitz in Genf erfasst, welche über eines der folgenden Abkommen mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft verfügen: Sitzabkommen, Steuerabkommen oder ein Abkommen über Privilegien und Immunität.

Die Massnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie haben zu einer Verschiebung hin zu Telefonkonferenzen geführt: Um dieser Veränderung Rechnung zu tragen, werden seit dem Jahr 2020 folgende Sitzungsformen berücksichtigt: Sitzungen vor Ort (alle Teilnehmenden befinden sich in Genf), Telefonkonferenzen (alle Teilnehmenden sind per Telefon zugeschaltet) und Mischformen (Teilnehmende befinden sich teils in Genf und sind teils per Telefon zugeschaltet).

Für die Konferenztätigkeiten der internationalen Organisationen in Genf existieren auch Daten für die Jahre 1977 bis 2009. Da mit Inkrafttreten des neuen Gaststaatgesetzes eine neue Klassifizierung der internationalen Organisationen angewendet wird, sind die Daten nach 2010 nur bedingt mit jenen vor 2009 vergleichbar und werden daher in der Grafik nicht abgebildet. Die Daten zur Konferenztätigkeit umfassen für das Jahr 2010 28 internationale Organisationen und von 2011 bis 2015 deren 29. Für das Jahr 2016 sind 33 internationale Organisationen, für 2017 und 2018 deren 34 und für 2019 deren 36 im Indikator enthalten. Seit 2020 werden 38 internationale Organisationen gezählt.

Die Konferenztätigkeit der internationalen Organisationen in Genf wird vom statistischen Amt des Kantons Genf (OCSTAT) jährlich erhoben und publiziert.

Bilaterale Abkommen mit der EU

Auszug aus dem Legislaturziel 12: *Um ihre Interessen zu wahren, braucht die Schweiz stabile Beziehungen zur Europäischen Union (EU) und den unmittelbar angrenzenden Mitgliedstaaten. Der Zugang zum europäischen Binnenmarkt und die Zusammenarbeit in zahlreichen Bereichen bei gleichzeitiger Wahrung der grösstmöglichen politischen Unabhängigkeit bleiben dabei ihr europapolitischer Kompass.*

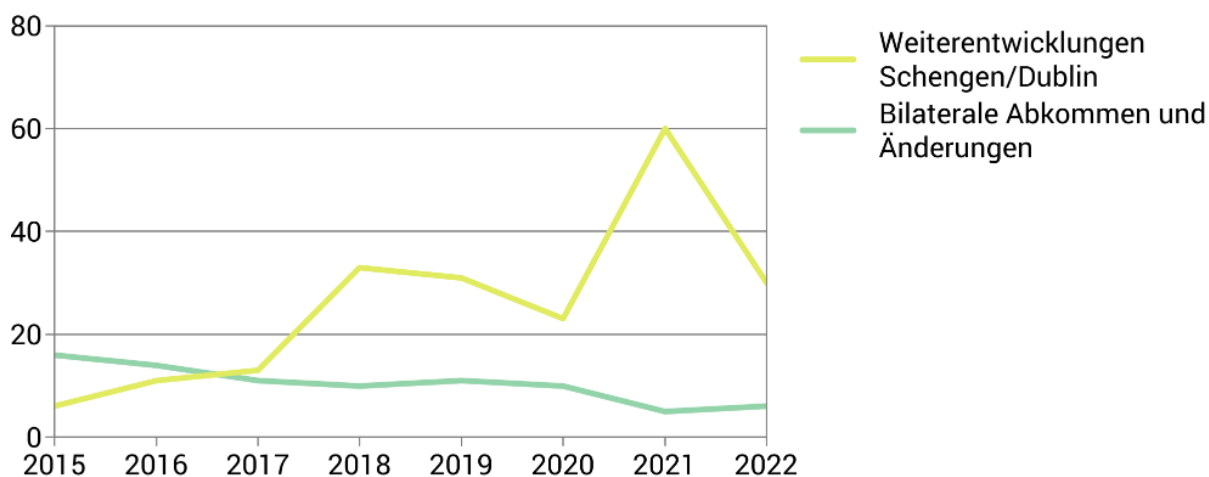
Bedeutung des Indikators: Die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten gehören zu den wichtigsten Partnern der Schweiz – sowohl aufgrund ihres wirtschaftlichen und politischen Gewichts als auch wegen ihrer geografischen und kulturellen Nähe. Die Schweiz verfolgt gegenüber der EU eine Interessenspolitik sektorieller Abkommen, den sogenannten «bilateralen Weg». Das heisst die vertraglichen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU werden durch bilaterale Abkommen in klar umgrenzten Bereichen geregelt.

Der Indikator zeigt die abgeschlossenen Abkommen sowie die Beschlüsse der gemischten Ausschüsse zu Änderungen der Abkommen zwischen der Schweiz und der EU seit 2010. Er weist insofern nur den quantitativen Aspekt der bilateralen Zusammenarbeit aus und sagt nichts über den Umfang und die Wichtigkeit der Abkommen aus.

Quantifizierbares Ziel: *Um die Beziehungen der Schweiz zur EU zu vertiefen, möchte der Bundesrat den bilateralen Weg konsolidieren, verstetigen und weiterentwickeln, indem er eine umfassende und koordinierte Herangehensweise verfolgt, die sämtliche offenen Dossiers mit der EU umfasst. Ziel ist der Abschluss neuer und aktualisierter Abkommen in Bereichen, die im gegenseitigen Interesse liegen.*

Bilaterale Abkommen mit der Europäischen Union

Anzahl der abgeschlossenen Verträge zwischen der Schweiz und der EU, mit Änderungen



Quellen: Direktion für Völkerrecht; Bundesamt für Justiz

© BFS 2023

2022 wurden 6 Abkommensänderungen zwischen der Schweiz und der EU beschlossen (ohne Schengen/Dublin-Weiterentwicklungen).

Die Anzahl der abgeschlossenen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) (einschliesslich Änderungen) schwankt seit 2015. Im Jahr 2022 wurden 6 Abkommensänderungen beschlossen. Zudem wurden 2022 30 Schengen/Dublin-Weiterentwicklungen im Sinne völkerrechtlicher Abkommen übernommen. Zwischen der Unterzeichnung eines Abkommens und dem Zeitpunkt des Inkrafttretens liegen in der Regel einige Jahre.

Zustimmung der Schweizer Bevölkerung zum bilateralen Weg

Der bilaterale Weg, den die Schweiz seit Beginn der 2000er-Jahre verfolgt, stösst bei der Schweizer Stimmbevölkerung mehrheitlich auf Zustimmung. Im Jahr 2023 gaben 83% der befragten Personen aus der Stimmbevölkerung an, eher oder sehr einverstanden zu sein mit einer Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der EU, ohne dieser jedoch beizutreten. Demgegenüber fiel der Anteil der Personen, die einen vorbehaltlosen EU-Beitritt der Schweiz befürworten, mit 18% geringer aus.

Migration zwischen der Schweiz und der EU

Zu den bilateralen Abkommen mit der EU gehört unter anderem das Abkommen über die Personenfreizügigkeit (FZA) zwischen der Schweiz und der EU. Mit diesem Abkommen erhalten Staatsangehörige der Schweiz und der EU-Mitgliedstaaten grundsätzlich das Recht, Arbeitsplatz bzw. Aufenthaltsort innerhalb der Staatsgebiete der Vertragsparteien frei zu wählen. 2022 verlegten 119 308 EU-Bürgerinnen und -Bürger ihren Wohnsitz in die Schweiz und zählten zur ständigen Wohnbevölkerung. Von ihnen stammte die Hälfte aus den Nachbarländern Deutschland (20%), Italien (16%) und Frankreich (15%).

Ähnliche Verhältnisse zeigen sich bei den 64 870 Personen aus der EU, die im Jahr 2022 aus der Schweiz ausgewandert sind. Hier stammte rund die Hälfte aus den drei Nachbarländern Deutschland (19%), Italien (15%) und Frankreich (14%). Den zweitgrössten Anteil bei den Ausgewanderten machten mit 17% indessen portugiesische Staatsangehörige aus.

Forschungs- und Innovationszusammenarbeit

Die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU umfassen auch die Forschungszusammenarbeit, welche die Schweiz durch die Beteiligung an den Europäischen Rahmenprogrammen für Forschung und Innovation (RPFI) sowie Euratom, ITER und neu dem Digital Europe Programme pflegt. Damit sich Schweizer Forschende an allen zugehörigen Projekten beteiligen können, ist eine vollständige Assoziierung der Schweiz die Voraussetzung. Andernfalls sind die Forschenden von bestimmten Programmbereichen und Initiativen ausgeschlossen und die Finanzierung läuft nicht mehr (via Pflichtbeitrag der Schweiz) über die EU.

Am Horizon 2020-Paket, welches das 8. RPFI, Euratom und ITER umfasste und das von 2014-2020 dauerte, belief sich der Anteil der Projektbeteiligungen Schweizer Forschender auf 2,8%, was 4967 Projekten entspricht (Stand Mai 2023). Die Schweizer Beteiligungen entfallen hauptsächlich auf die Mobilitätsmassnahmen der Marie Skłodowska-Curie Aktionen (MSCA), den Europäischen Forschungsrat (European Research Council, ERC), und die Bereiche Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) und Gesundheit.

Methodologie

Der Indikator zeigt die abgeschlossenen Verträge zwischen der Schweiz und der EU seit 2015. Die Daten zeigen die Anzahl Abkommen (inkl. Protokolle, Notenaustausch), die Änderungen von Abkommen (die primär durch Beschlüsse der Gemischten Ausschüsse erfolgen) sowie die Weiterentwicklungen des Schengen/Dublin-Besitzstandes.

Mit dem Abschluss der Assoziierungsabkommen an Schengen/Dublin hat sich die Schweiz grundsätzlich verpflichtet, die Weiterentwicklungen des relevanten europäischen Rechts (Schengen- und Dublin-Besitzstand) zu übernehmen und umzusetzen. Die Schweiz verfügt im Rahmen ihrer Assoziierung über ein Mitspracherecht bei der Entwicklung neuer Rechtsakte der EU und ist an den entsprechenden Beratungen bis und mit Ministerstufe vertreten. Jede Übernahme einer Schengen/Dublin-Weiterentwicklung unterliegt den verfassungsrechtlichen Voraussetzungen der Schweiz, inklusive einem allfälligen Referendum.

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) erfasst Angaben über sämtliche völkerrechtliche Abkommen, die von der Schweiz unterzeichnet wurden oder die für die Schweiz in Kraft getreten sind, sowie Informationen über weitere wichtige Abkommen und rechtlich nicht bindende Vereinbarungen. Die Informationen werden regelmässig nachgeführt und überprüft. Rechtlich verbindlich sind jedoch nur die in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts (AS) veröffentlichten Angaben. Die Daten zu den Weiterentwicklungen des Schengen/Dublin-Besitzstandes

stammen vom Bundesamt für Justiz. Sämtliche Rechtstexte im Zusammenhang mit den bilateralen Abkommen mit der EU sind auf einer Datenbank der Bundeskanzlei ersichtlich. Der Indikator wird durch das BFS im Rahmen der Legislaturindikatoren publiziert und jährlich aktualisiert.

Leitlinie 3: Sicherheit

Die Schweiz sorgt für Sicherheit, engagiert sich für den Schutz des Klimas und der natürlichen Lebensgrundlagen und agiert als verlässliche Partnerin in der Welt.

Erwerbsquote nach Migrationsstatus

Auszug aus dem Legislaturziel 13: *Der Bundesrat will das wirtschaftliche und soziale Potenzial der Migration bestmöglich ausschöpfen und gleichzeitig die entstehenden Herausforderungen aktiv angehen. Dazu gilt es, einerseits die Migration zu steuern, falls das inländische Arbeitskräftepotenzial nicht genügend ausgeschöpft wird, und andererseits die Voraussetzungen für eine erfolgreiche berufliche und gesellschaftliche Integration von Einwanderinnen und Einwanderern zu schaffen.*

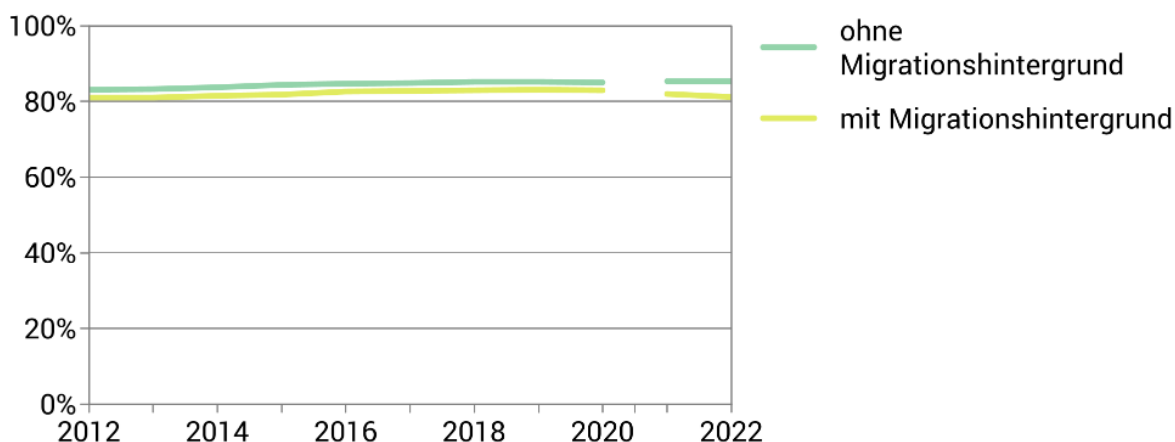
Bedeutung des Indikators: Die Integration soll gemäss Schweizer Gesetzgebung längerfristig und rechtmässig anwesenden Ausländerinnen und Ausländern die Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben ermöglichen. Ziel der Integration ist, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner in der Schweiz – unabhängig von ihrer Herkunft – die gleichen Chancen haben. Die Erwerbstätigkeit ist Voraussetzung für die selbstständige Besorgung des Lebensunterhaltes und ein wichtiger Faktor für die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

Die Erwerbsquote nach Migrationsstatus drückt die Erwerbsbeteiligung der 15- bis 64-Jährigen in der ständigen Wohnbevölkerung aus. Der Indikator unterscheidet nicht zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten.

Quantifizierbares Ziel: *Die wirtschaftliche und soziale Integration von Personen mit Migrationshintergrund wird gefördert.*

Erwerbsquote nach Migrationsstatus

Anteil der 15- bis 64-Jährigen an der gleichaltrigen ständigen Wohnbevölkerung



2021: Bruch in der Zeitreihe

Quelle: BFS – Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

© BFS 2023

Die Erwerbsquote der Personen mit Migrationshintergrund lag 2022 bei 81,3 Prozent, jene der Personen ohne Migrationshintergrund bei 85,3 Prozent.

Die Erwerbsquote der Bevölkerung hat zwischen 2012 und 2020 unabhängig des Migrationsstatus zugenommen. Im Jahr 2022 betrug die Erwerbsquote der Personen ohne Migrationshintergrund 85,3%, diejenige der Personen mit Migrationshintergrund lag mit 81,3% etwas tiefer. Frauen weisen ungeachtet ihres Migrationsstatus eine tiefere Erwerbsquote auf als Männer. Dies trifft auch bei einer Umrechnung in Vollzeitäquivalente zu.

Jugenderwerbslosigkeit

Bei der Integration von Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Herkunft ist die Erwerbsarbeit ein zentraler Faktor. Eine Erwerbstätigkeit ist Voraussetzung für die eigenständige Bestreitung des Lebensunterhaltes und ermöglicht dadurch auch die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

Für Jugendliche ist hierbei der Übergang von der Schule zum Erwerbsleben von Bedeutung. Die Erwerbslosenquote der 15- bis 24-Jährigen zeigt, dass sich der Eintritt ins Erwerbsleben für Jugendliche je nach Migrationsstatus unterschiedlich schwierig gestaltet. Für Jugendliche mit Migrationshintergrund war die Erwerbslosenquote gemäss ILO 2022 mit 11,8% mehr als doppelt so hoch wie für jene ohne Migrationshintergrund (5%).

Überqualifikation

Je nach Migrationsstatus variiert überdies der Anteil der erwerbstätigen Personen, die über eine Tertiärausbildung verfügten, ohne diese für ihre Arbeit zu benötigen (siehe Indikator „Übereinstimmung von Bildungs- und Anforderungsniveau des Arbeitsplatzes“).

Methodologie

Der Indikator zeigt die Erwerbsquote der 15- bis 64-Jährigen in der ständigen Wohnbevölkerung (Anzahl Erwerbstätige und Erwerbslose gemäss ILO, in Prozenten der ständigen Wohnbevölkerung) nach Migrationsstatus.

Für den Indikator wird die „ständige Wohnbevölkerung nach dem für die Integrationsmessung angepassten Migrationsstatus“ verwendet:

- Die Bevölkerung *ohne* Migrationshintergrund umfasst die in der Schweiz oder im Ausland geborenen gebürtigen Schweizerinnen und Schweizer mit mindestens einem in der Schweiz geborenen Elternteil sowie die in der Schweiz geborenen eingebürgerten Schweizer Staatsangehörigen, deren Eltern beide in der Schweiz geboren wurden.
- Die Bevölkerung *mit* Migrationshintergrund umfasst alle Ausländerinnen und Ausländer (unabhängig von ihrem Generationenstatus), die eingebürgerten Schweizerinnen und Schweizer der ersten und zweiten Generation (d.h. die im Ausland Geborenen bzw. die in der Schweiz Geborenen mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil) sowie die gebürtigen Schweizerinnen und Schweizer mit zwei im Ausland geborenen Eltern.

Die Erwerbsquote wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) im Rahmen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) berechnet und publiziert. Die Daten sind ab dem Referenzjahr 2012 differenziert nach Migrationsstatus verfügbar.

Definitionen

Erwerbspersonen

Als Erwerbspersonen gelten die erwerbstätigen und die erwerbslosen (gemäss ILO) Personen zusammen. Erwerbspersonen werden mit dem Arbeitsangebot gleichgesetzt.

Statistische Quellen

Arbeitsmarktgesamtrechnung: *Erwerbspersonen = Erwerbstätige gemäss Inlandkonzept + Erwerbslose gemäss ILO in der ständigen Wohnbevölkerung + registrierte Arbeitslose mit einer nicht ständigen Aufenthaltsbewilligung*

Schweizerische Arbeitskräfteerhebung, Strukturhebung im Rahmen der Volkszählung: *Erwerbspersonen in der ständigen Wohnbevölkerung*

Erwerbslose gemäss ILO (ILO = International Labour Organization)

Als Erwerbslose gemäss ILO gelten Personen im Alter von 15-74 Jahren, die

- in der Referenzwoche nicht erwerbstätig waren; und
- die in den vier vorangegangenen Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben; und
- die für die Aufnahme einer Tätigkeit verfügbar wären.

Diese Definition entspricht den Empfehlungen des Internationalen Arbeitsamtes und der OECD sowie den Definitionen von EUROSTAT.

(siehe auch die verwandten Begriffe: «registrierte Arbeitslose» und «registrierte Stellensuchende»)

Statistische Quellen

Arbeitsmarktgesamtrechnung:

Erwerbslose gemäss ILO in der ständigen Wohnbevölkerung und registrierte Arbeitslose mit einer nicht ständigen Aufenthaltsbewilligung

Erwerbslosenstatistik gemäss ILO, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung:

Erwerbslose gemäss ILO in der ständigen Wohnbevölkerung

Erwerbstätige

Als Erwerbstätige gelten Personen im Alter von mindestens 15 Jahren, die während der Referenzwoche

- mindestens eine Stunde gegen Entlohnung gearbeitet haben; oder
- trotz zeitweiliger Abwesenheit von ihrem Arbeitsplatz (wegen Krankheit, Ferien, Mutterschaftsurlaub, Militärdienst usw.) weiterhin eine Arbeitsstelle als Selbständigerwerbende oder Arbeitnehmende hatten; oder
- unentgeltlich im Familienbetrieb mitgearbeitet haben.

Unter diese Definition fallen, unabhängig vom Ort, wo die Tätigkeit ausgeführt wird (im Betrieb, zu Hause [Heimarbeit] oder in einem anderen Privathaushalt), alle Arbeitnehmenden, Selbständigerwerbenden, im eigenen Familienbetrieb mitarbeitenden Familienmitglieder, Lehrlinge, Rekruten, Unteroffiziere und Offiziere, die während der Rekrutenschule bzw. des Abverdienens ihre Arbeitsstelle bzw. ihren Arbeitsvertrag behalten können, Schüler und Studierende, die neben ihrer Ausbildung einer Erwerbstätigkeit nachgehen, und Rentner, die nach der Pensionierung noch erwerbstätig sind. Nicht berücksichtigt werden die Hausarbeit im eigenen Haushalt, unbezahlte Nachbarschaftshilfe und andere ehrenamtliche Tätigkeiten.

(siehe auch den verwandten Begriff «Beschäftigte»)

Statistische Quellen

Erwerbstätigenstatistik, Arbeitsmarktgesamtrechnung:

Erwerbstätige gemäss Inlandkonzept

Schweizerische Arbeitskräfteerhebung, Strukturerhebung im Rahmen der Volkszählung:

Erwerbstätige in der ständigen Wohnbevölkerung

Erwerbsquote

$\text{Erwerbsquote} = \text{Erwerbspersonen} / \text{Referenzbevölkerung} \times 100$

Statistische Quelle

Schweizerische Arbeitskräfteerhebung, Strukturerhebung im Rahmen der Volkszählung.

Man unterscheidet :

- Bruttoerwerbsquote (gemessen an der Gesamtbevölkerung)
- standardisierte Erwerbsquote (gemessen an der Bevölkerung ab 15 Jahren)
- Nettoerwerbsquote (gemessen an der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren)

Erwerbslosenquote nach Migrationsstatus

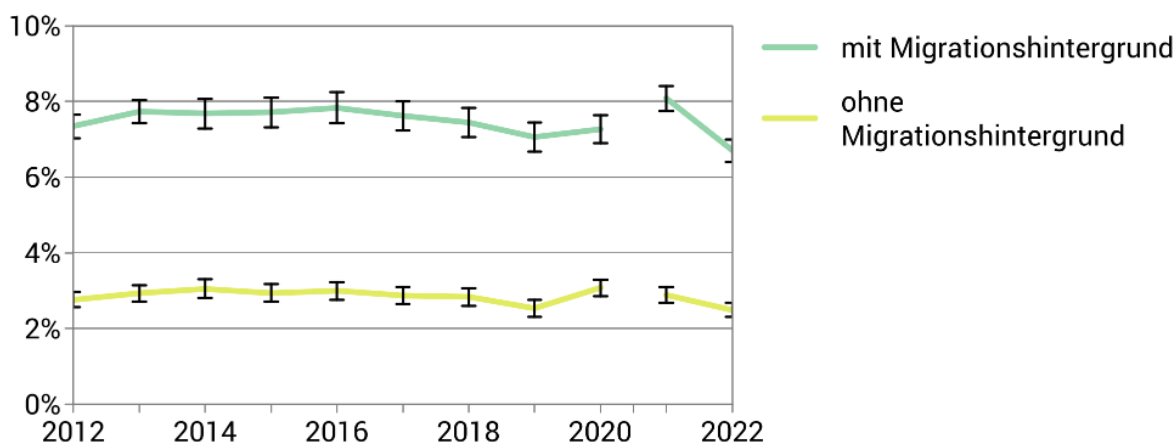
Auszug aus dem Legislaturziel 13: *Der Bundesrat will das wirtschaftliche und soziale Potenzial der Migration bestmöglich ausschöpfen und gleichzeitig die entstehenden Herausforderungen aktiv angehen. Dazu gilt es, einerseits die Migration zu steuern, falls das inländische Arbeitskräftepotenzial nicht genügend ausgeschöpft wird, und andererseits die Voraussetzungen für eine erfolgreiche berufliche und gesellschaftliche Integration von Einwanderinnen und Einwanderern zu schaffen.*

Bedeutung des Indikators: Die Integration soll gemäss Schweizer Gesetzgebung längerfristig und rechtmässig anwesenden Ausländerinnen und Ausländern die Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben ermöglichen. Ziel der Integration ist, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner in der Schweiz – unabhängig von ihrer Herkunft – die gleichen Chancen haben. Die Erwerbstätigkeit ist Voraussetzung für die selbstständige Besorgung des Lebensunterhaltes und ein wichtiger Faktor für die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Der Ausschluss aus dem Erwerbsleben ist eine der Hauptursachen für Armut. Eine Annäherung der Erwerbslosenquoten verschiedener Bevölkerungsgruppen würde anzeigen, dass sich der tatsächliche Zugang zum Arbeitsmarkt angleicht. Die Erwerbslosenquote nach Migrationsstatus drückt die Erwerbslosigkeit der 15- bis 74-Jährigen in der Erwerbsbevölkerung aus.

Quantifizierbares Ziel: *Die wirtschaftliche und soziale Integration von Personen mit Migrationshintergrund wird gefördert.*

Erwerbslosenquote gemäss ILO nach Migrationsstatus

Anteil Erwerbslose an der 15- bis 74-jährigen Erwerbsbevölkerung



2021: Bruch in der Zeitreihe

Quelle: BFS - Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

© BFS 2023

Die Erwerbslosenquote der Personen mit Migrationshintergrund (6,7 Prozent) lag 2022 zweieinhalbmal höher als jene der Personen ohne Migrationshintergrund (2,5 Prozent).

Bei der Erwerbslosenquote der Bevölkerung bestehen zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen Unterschiede: 2022 betrug die Erwerbslosenquote der Personen ohne Migrationshintergrund 2,5%, jene der Personen mit Migrationshintergrund lag mit 6,7% zweieinhalbmal so hoch. Bei den Personen mit Migrationshintergrund sind jene der ersten Generation tendenziell stärker von der Erwerbslosigkeit betroffen als die Folgegenerationen.

Armutsgefährdete Bevölkerung

Der Ausschluss aus dem Erwerbsleben erhöht das Armutsrisiko und damit die Gefahr der sozialen Ausgrenzung. 2019 galten 19,6% der Bevölkerung mit Migrationshintergrund als armutsgefährdet, das

heisst, sie lebten in einem Haushalt mit einem Einkommen, das weniger als 60% des verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens beträgt. Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund waren 11,3% von der Armutsgefährdung betroffen.

Bildungsniveau

Für die erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt ist das erreichte Bildungsniveau eine wichtige Grundlage. Während 2022 ein ungefähr gleich grosser Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (38%) über einen Abschluss auf Tertiärstufe verfügte wie bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (35,3%), traten bei den Personen mit einem Abschluss auf Sekundarstufe II als höchster abgeschlossener Ausbildung und denjenigen Personen ohne nachobligatorische Ausbildung Unterschiede auf: In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund verfügten 33,6% über einen Abschluss auf Sekundarstufe II, bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund lag dieser Anteil bei 51,8%. Umgekehrt verfügten Personen mit Migrationshintergrund häufiger nur über einen Abschluss der obligatorischen Schule (28,4%) als Personen ohne Migrationshintergrund (12,9%).

Erwerbslosigkeit und mangelnde Sprachkenntnisse

Ein erschwerender Faktor für die erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt können mangelnde Sprachkenntnisse sein. Im Jahr 2017 erachtete es gut die Hälfte aller Erwerbslosen mit Migrationshintergrund als notwendig, ihre Kenntnisse einer Landessprache zu verbessern, um eine geeignete Arbeit zu finden. Bei den Erwerbslosen ohne Migrationshintergrund gelangte rund ein Drittel der Befragten zu dieser Einschätzung.

Methodologie

Der Indikator zeigt die Erwerbslosenquote der 15- bis 74-Jährigen in der Erwerbsbevölkerung (Anzahl Erwerbslose gemäss ILO, in Prozenten der Erwerbspersonen) nach Migrationsstatus.

Für den Indikator wird die „ständige Wohnbevölkerung nach dem für die Integrationsmessung angepassten Migrationsstatus“ verwendet:

- Die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund umfasst die in der Schweiz oder im Ausland geborenen gebürtigen Schweizerinnen und Schweizer mit mindestens einem in der Schweiz geborenen Elternteil sowie die in der Schweiz geborenen eingebürgerten Schweizer Staatsangehörigen, deren Eltern beide in der Schweiz geboren wurden.
- Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund umfasst alle Ausländerinnen und Ausländer (unabhängig von ihrem Generationenstatus), die eingebürgerten Schweizerinnen und Schweizer der ersten und zweiten Generation (d.h. die im Ausland Geborenen bzw. die in der Schweiz Geborenen mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil) sowie die gebürtigen Schweizerinnen und Schweizer mit zwei im Ausland geborenen Eltern.

Die Erwerbslosenquote wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) im Rahmen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) berechnet und publiziert. Die Daten sind ab dem Referenzjahr 2012 differenziert nach Migrationsstatus verfügbar.

Definitionen

Erwerbslose gemäss ILO (ILO = International Labour Organization)

Als Erwerbslose gemäss ILO gelten Personen im Alter von 15-74 Jahren, die

- in der Referenzwoche nicht erwerbstätig waren; und
- die in den vier vorangegangenen Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben; und
- die für die Aufnahme einer Tätigkeit verfügbar wären.

Diese Definition entspricht den Empfehlungen des Internationalen Arbeitsamtes und der OECD sowie den Definitionen von EUROSTAT.

(siehe auch die verwandten Begriffe: «registrierte Arbeitslose» und «registrierte Stellensuchende»)

Statistische Quellen

Arbeitsmarktgesamtrechnung:

Erwerbslose gemäss ILO in der ständigen Wohnbevölkerung und registrierte Arbeitslose mit einer nicht ständigen Aufenthaltsbewilligung
Erwerbslosenstatistik gemäss ILO, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung:
Erwerbslose gemäss ILO in der ständigen Wohnbevölkerung

Erwerbslosenquote gemäss ILO (ILO = International Labour Organization)

Erwerbslosenquote gemäss ILO = Erwerbslose gemäss ILO / Erwerbspersonen × 100

Statistische Quelle

Erwerbslosenstatistik gemäss ILO, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung

Übereinstimmung Bildungsniveau und ausgeübte Tätigkeit

Auszug aus dem Legislaturziel 13: *Der Bundesrat will das wirtschaftliche und soziale Potenzial der Migration bestmöglich ausschöpfen und gleichzeitig die entstehenden Herausforderungen aktiv angehen. Dazu gilt es, einerseits die Migration zu steuern, falls das inländische Arbeitskräftepotenzial nicht genügend ausgeschöpft wird, und andererseits die Voraussetzungen für eine erfolgreiche berufliche und gesellschaftliche Integration von Einwanderinnen und Einwanderern zu schaffen.*

Bedeutung des Indikators:

Die Integration soll gemäss Schweizer Gesetzgebung längerfristig und rechtmässig anwesenden Ausländerinnen und Ausländern die Teilnahme am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben ermöglichen. Die Erwerbstätigkeit ist dabei Voraussetzung um für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen und ein wichtiger Faktor für die aktive Teilnahme an der Gesellschaft.

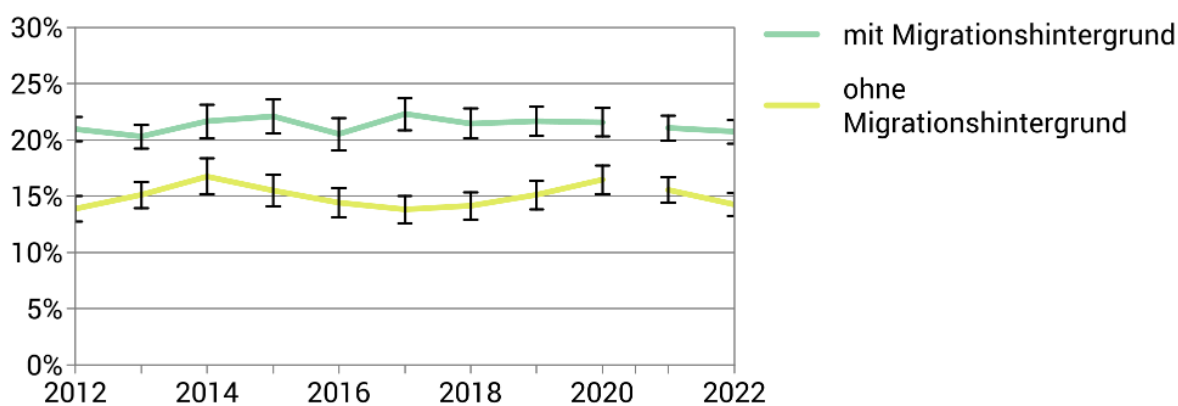
Personen mit Migrationshintergrund, die über eine Ausbildung verfügen aber deren professionelle Qualifikationen nicht zur Anwendung kommen, stellen ein ungenutztes Arbeitskräftepotential dar. Bei der Integration in den Arbeitsmarkt ist es für Personen mit Migrationshintergrund jedoch oftmals schwierig eine Stelle zu finden, deren Anforderungsniveau der absolvierten Ausbildung entspricht. Dies trifft in besonderem Masse für Personen mit einer tertiären Ausbildung zu, wenn die im Herkunftsland erworbenen Qualifikationen in der Schweiz nicht anerkannt werden.

Der Indikator zeigt den Anteil der Angestellten mit Tertiärausbildung, die für ihre ausgeübte Tätigkeit keine solche Ausbildung benötigen, differenziert nach Migrationsstatus. Er gibt so Aufschluss über die Divergenzen zwischen dem Bildungsniveau und der ausgeübten Tätigkeit.

Quantifizierbares Ziel: *Die wirtschaftliche und soziale Integration von Personen mit Migrationshintergrund wird gefördert.*

Übereinstimmung Bildungsniveau und ausgeübte Tätigkeit

Anteil der Angestellten mit Tertiärausbildung, die für ihre Tätigkeit keine solche Ausbildung benötigen, nach Migrationsstatus



2021: Bruch in der Zeitreihe

Quelle: BFS – SAKE

© BFS 2023

Arbeitnehmende mit Migrationshintergrund waren 2022 häufiger überqualifiziert als solche ohne Migrationshintergrund.

Im Jahr 2022 übten in der Schweiz insgesamt 17,5% aller Arbeitnehmenden mit einem Tertiärabschluss einen Beruf aus, für den sie keine solche Ausbildung benötigten. Personen ohne Migrationshintergrund sind hierbei seltener betroffen als solche mit Migrationshintergrund: 2022 waren 14,3% der Angestellten ohne Migrationshintergrund für ihre Tätigkeit überqualifiziert. Bei den Arbeitnehmenden mit Migrationshintergrund war dies bei 20,7% der Fall.

Tieflohnstellen

Personen mit Migrationshintergrund sind für ihre Tätigkeit nicht nur öfter überqualifiziert als Personen ohne Migrationshintergrund, sie besetzen auch häufiger Tieflohnstellen. 2022 erhielten 18,1% aller Arbeitnehmenden mit Migrationshintergrund in der Schweiz weniger als zwei Drittel des Medianlohnes. Auf Arbeitnehmende ohne Migrationshintergrund traf dies in 12,3% der Fälle zu. Mit steigendem Bildungsniveau nahm der Tieflohnanteil unabhängig des Migrationsstatus ab.

Erwerbslose mit Tertiärabschluss

Differenzen bezüglich Migrationsstatus zeigen sich auch bei der Bevölkerung, die über einen Tertiärabschluss verfügt und ohne Arbeit ist: Die Erwerbslosenquote gemäss ILO der tertiär ausgebildeten Bevölkerung mit Migrationshintergrund war 2022 ungefähr dreimal so hoch wie jene der Personen ohne Migrationshintergrund.

Erwerbslosigkeit und mangelnde Sprachkenntnisse

Ein erschwerender Faktor für die erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt können mangelnde Sprachkenntnisse sein. Im Jahr 2017 erachtete es gut die Hälfte aller Erwerbslosen mit Migrationshintergrund als notwendig, ihre Kenntnisse einer Landessprache zu verbessern, um eine geeignete Arbeit zu finden. Bei den Erwerbslosen ohne Migrationshintergrund gelangte rund ein Drittel der Befragten zu dieser Einschätzung.

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil jener Angestellten mit Tertiärausbildung, die für ihre ausgeübte Tätigkeit keine solche Ausbildung benötigen, an allen Arbeitnehmenden mit Tertiärausbildung, differenziert nach Migrationsstatus.

Die Überqualifikation wird auf der Grundlage der beruflichen Stellung, der Anzahl unterstellter Mitarbeitenden, der Ausbildung und der sozioprofessionellen Kategorie geschätzt. Daraus ergeben sich zwei Gruppen von überqualifizierten Personen, die folgendermassen definiert werden:

1. Arbeitnehmende ohne Führungsfunktion mit abgeschlossener Hochschulausbildung, die einen Beruf ausüben, für den keine solche Ausbildung vorausgesetzt wird.
2. Arbeitnehmende mit Führungsfunktion und abgeschlossener Hochschulausbildung, denen eine Person unterstellt ist und die einen Beruf ausüben, für den keine solche Ausbildung vorausgesetzt wird. Bei Arbeitnehmenden mit Kaderfunktion, denen mehr als eine Person unterstellt ist, wird davon ausgegangen, dass sie nicht überqualifiziert sind.

Für den Indikator wird die „ständige Wohnbevölkerung nach dem für die Integrationsmessung angepassten Migrationsstatus“ verwendet:

- Die Bevölkerung *ohne* Migrationshintergrund umfasst die in der Schweiz oder im Ausland geborenen gebürtigen Schweizerinnen und Schweizer mit mindestens einem in der Schweiz geborenen Elternteil sowie die in der Schweiz geborenen eingebürgerten Schweizer Staatsangehörigen, deren Eltern beide in der Schweiz geboren wurden.
- Die Bevölkerung *mit* Migrationshintergrund umfasst alle Ausländerinnen und Ausländer (unabhängig von ihrem Generationenstatus), die eingebürgerten Schweizerinnen und Schweizer der ersten und zweiten Generation (d.h. die im Ausland Geborenen bzw. die in der Schweiz Geborenen mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil) sowie die gebürtigen Schweizerinnen und Schweizer mit zwei im Ausland geborenen Eltern.

Die Daten des Indikators stammen aus der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) des Bundesamtes für Statistik (BFS), die seit 2010 quartalsweise durchgeführt wird (bis 2009 jährlich). Daten zur Überqualifikation, differenziert nach Migrationsstatus, sind seit 2012 jährlich vorhanden.

Definitionen

Tertiärstufe

Auf der Tertiärstufe wird zwischen der höheren Berufsbildung und der Hochschulausbildung unterschieden. Im Bereich der höheren Berufsbildung besteht eine Vielfalt von Ausbildungswegen. Sie

bereiten auf rund 460 Abschlüsse vor. Von Bund oder Kantonen anerkannte Abschlüsse sind: Fachausweise der eidgenössischen Berufsprüfungen und Diplome von höheren Fachprüfungen und höheren Fachschulen. Sie setzen eine abgeschlossene Ausbildung auf der Sekundarstufe II und für die Berufs- und höheren Fachprüfungen auch einige Jahre Berufspraxis voraus. Der Hochschulbereich umfasst die universitären Hochschulen (d.h. die kantonalen Universitäten und die Eidgenössischen Technischen Hochschulen), die Fachhochschulen, die pädagogischen Hochschulen sowie weitere ganz oder teilweise öffentlich finanzierte Institutionen des Hochschulbereichs (z.B. das Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung oder das Institut Kurt Bösch). Die Ausbildungen werden mit einem Diplom, Bachelor, Master oder Doktorat (nur an universitären Hochschulen) abgeschlossen.

Schwere Gewaltdelikte

Auszug aus dem Legislaturziel 14: *Die Schweiz bietet ihrer Bevölkerung einen hohen Grad an Sicherheit, steht aber anhaltenden Herausforderungen gegenüber, um die innere Sicherheit auch in Zukunft zu gewährleisten.*

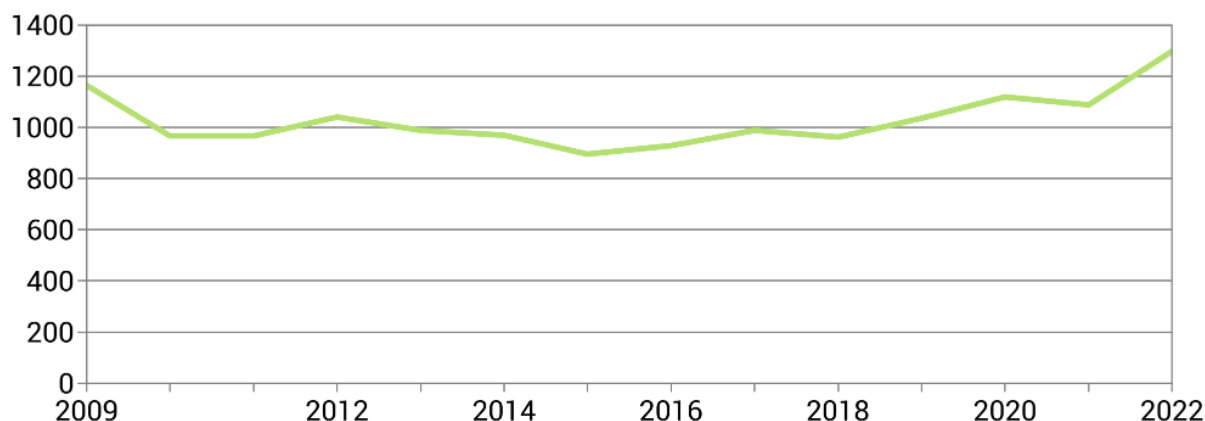
Bedeutung des Indikators: Um die persönliche Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, sind eine wirkungsvolle Bekämpfung der Kriminalität sowie die Vorbeugung von Gewaltanwendungen wichtig. Gewalt führt bei den betroffenen Personen meist zu physischen, psychischen und sozialen Beeinträchtigungen, die mitunter gravierende Formen aufweisen können und sogar den Verlust des Lebens bedeuten.

Der Indikator zeigt die Anzahl polizeilich registrierter Straftaten schwerer vollendeter Gewaltstraftaten (Tötungsdelikte, schwere Körperverletzung, Vergewaltigung, schwerer Raub, Geiselnahme, Verstümmelung weiblicher Genitalien). In den Fällen schwerer vollendeter Gewalt spielt das Anzeigeverhalten eine geringere Rolle, da durch den Tod oder die notwendige stationäre Behandlung die Wahrscheinlichkeit sehr hoch ist, dass die Polizei von der Straftat erfährt.

Quantifizierbares Ziel: *Die Kriminalität und die häusliche Gewalt nehmen während der Legislaturperiode 2019–2023 ab.*

Verzeigungen wegen schwerer Gewaltdelikte

Anzahl polizeilich registrierter Straftaten schwerer vollendeter Gewalt*



* Tötungsdelikte, schwere Körperverletzung, Vergewaltigung, schwerer Raub, Geiselnahme und Verstümmelung weiblicher Genitalien

Quelle: BFS – PKS

© BFS 2023

2022 wurden 1296 Straftaten vollendeter schwerer Gewalt polizeilich registriert, 2021 waren es 1087.

Die Zahl der polizeilich registrierten schweren vollendeten Gewaltstraftaten ist zwischen 2009 und 2015 zurückgegangen und hat seither tendenziell wieder zugenommen. 2022 erfolgten 1296 Verzeigungen wegen schwerer vollendeter Gewaltstraftaten, gegenüber 1087 im Vorjahr. Davon betrafen 30% schwere Körperverletzung, 62% Vergewaltigung, 3% Tötungsdelikte, und die restlichen 5% schweren Raub. Es wurden 2022 keine Fälle von Verstümmelung weiblicher Genitalien verzeichnet. Es ist jedoch möglich, dass in dieser letzten Kategorie nicht alle Straftaten angezeigt werden und somit eine Dunkelziffer verbleibt. Dies kann auch auf Vergewaltigungen zutreffen. Im Jahr 2022 handelte es sich bei 2,9% aller vollendeter Gewaltstraftaten um Fälle schwerer Gewalt.

Öffentlicher und privater Raum

2022 wurden 41% der registrierten schweren Gewaltstraftaten im öffentlichen Raum begangen, d.h. an einem für viele Personen zugänglichen Ort (einschliesslich der Gemeinschaftsbereiche von Mietshäusern, z.B. Innenhof, Treppenhaus oder Waschraum). Demgegenüber fanden 56% dieser Straftaten im privaten Raum, d.h. in den «eigenen vier Wänden» bzw. an für andere Personen nicht zugänglichen Orten, statt. Die übrigen registrierten Gewaltstraftaten konnten keinem konkreten Ort zugeordnet werden.

Häusliche Gewalt

Die Untersuchung der Beziehungen zwischen den beschuldigten und geschädigten Personen zeigt, dass 2022 über ein Drittel (37%) der schweren Gewaltstraftaten im häuslichen Bereich, d.h. unter Paaren in bestehender oder aufgelöster ehelicher oder partnerschaftlicher Beziehung, zwischen Eltern und Kind oder zwischen weiteren Verwandten stattfand. Eingerechnet wurden lediglich Straftaten, bei denen die Art der Beziehung zwischen den beschuldigten und den geschädigten Personen erfasst wurde. Für 21% der 1296 registrierten schweren Gewaltstraftaten im Jahr 2022 wurde die Art der Beziehung nicht vermerkt.

Methodologie

Der Indikator zeigt die Anzahl polizeilich registrierter vollendeter Straftaten schwerer Gewalt. Für die Berechnung des Indikators werden folgende Delikte gemäss Strafgesetzbuch (StGB) berücksichtigt: Tötungsdelikte (Art. 111-113/116), schwere Körperverletzung (Art. 122), Verstümmelung weiblicher Genitalien (Art. 124, in Kraft seit dem 1. Juli 2012), Raub mit schwerer Körperverletzung oder grausamer Behandlung (Art. 140 Ziff. 4), Geiselnahme (Art. 185) und Vergewaltigung (Art. 190). Das Anzeigeverhalten spielt bei den vollendeten Delikten aufgrund stationärer Behandlung oder Tod eine geringere Rolle, der Einfluss des Anzeigeverhaltens bei den versuchten Straftaten ist unbekannt. Die vollendeten Straftaten machen ca. 70% aller polizeilich registrierten schweren Gewaltdelikte aus. Die Daten werden im Rahmen der Polizeilichen Kriminalstatistik jährlich erhoben und vom Bundesamt für Statistik in Zusammenarbeit mit der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren publiziert.

Häusliche Gewalt

Auszug aus dem Legislaturziel 14: *Die Schweiz bietet ihrer Bevölkerung einen hohen Grad an Sicherheit, steht aber anhaltenden Herausforderungen gegenüber, um die innere Sicherheit auch in Zukunft zu gewährleisten. Die Dunkelziffer der Gewaltdelikte ist insbesondere im häuslichen Bereich hoch.*

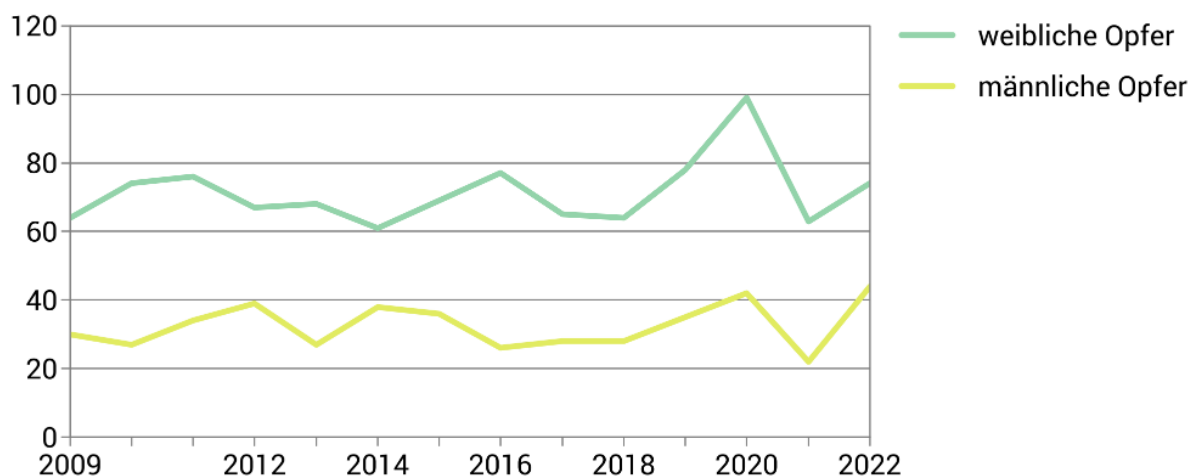
Bedeutung des Indikators: Kriminalität beeinträchtigt nicht nur die persönliche Sicherheit der Bevölkerung, sondern hat meist auch gesundheitliche Folgen für die Opfer. Auch der häusliche Bereich ist nicht frei von Gewalt: Straftaten, die sich innerhalb der Familie oder in einer aktuellen oder ehemaligen Partnerschaft ergeben, sind in der Schweiz ebenfalls ein soziales Problem. Für Frauen besteht ein erhöhtes Risiko, Opfer von häuslicher Gewalt zu werden, während Männer eher Opfer von körperlicher Gewalt in der Öffentlichkeit werden.

Der Indikator zeigt die polizeilich registrierten Opfer schwerster physischer Gewalt (vollendete Tötungsdelikte, versuchte Tötungsdelikte mit schwerer Verletzung, vollendete schwere Körperverletzung) im häuslichen Bereich. In den Fällen schwerster physischer Gewalt spielt das Anzeigeverhalten eine geringere Rolle, da durch den Tod oder die notwendige stationäre Behandlung die Wahrscheinlichkeit sehr hoch ist, dass die Polizei von der Straftat erfährt.

Quantifizierbares Ziel: *Die Kriminalität und die häusliche Gewalt nehmen während der Legislaturperiode 2019–2023 ab.*

Häusliche Gewalt

Anzahl polizeilich registrierte Opfer schwerster physischer Gewalt im häuslichen Bereich



Quelle: BFS – PKS

© BFS 2023

2022 wurden 74 Frauen Opfer von schwerster häuslicher Gewalt.

Die Anzahl polizeilich registrierter Opfer von schwerster Gewalt im häuslichen Bereich, das heisst zwischen Familienmitgliedern oder in einer aktuellen oder ehemaligen Partnerschaft, schwankt seit 2009. Im Jahr 2022 wurden 74 weibliche und 44 männliche Opfer von schwerster häuslicher Gewalt registriert, 2021 waren es 63 Frauen und 22 Männer.

Ausmass häuslicher Gewalt

Bei ausgewählten, für den häuslichen Bereich relevanten Straftaten wird die Beziehung zwischen beschuldigter und geschädigter Person erfasst. Für 38% dieser Straftaten wurde 2021 eine häusliche Beziehung registriert. Insgesamt wurden 11 148 von häuslicher Gewalt geschädigte Personen polizeilich registriert, davon 70% Frauen. Der grösste Teil der polizeilich registrierten häuslichen

Gewalt betrifft minderschwere Gewaltstraftaten (zum Beispiel Tötlichkeiten, Drohungen, Beschimpfungen, einfache Körperverletzung). Das Anzeigeverhalten bei solchen Straftaten ist sehr unterschiedlich, die Dunkelziffer ist hoch.

Geschädigte nach Alter

Die Betrachtung aller polizeilich registrierten Opfer häuslicher Gewalt zeigt, dass 2021 bei den Frauen grössere altersspezifische Unterschiede bestehen als bei den Männern. Häuslicher Gewalt am stärksten ausgesetzt waren Frauen im Alter von 25-39 Jahren, dabei handelte es sich mehrheitlich um Gewalt in einer bestehenden Partnerschaft. Gesamthaft gesehen wurden Frauen 3,3-mal häufiger Opfer von häuslicher Gewalt in einer bestehenden Partnerschaft als Männer.

Von den Eltern Geschädigte

Polizeilich registrierte Personen, die von ihren Eltern geschädigt wurden, waren mehrheitlich minderjährig. Im Jahr 2021 wurden minderjährige Mädchen 1,4-mal häufiger Opfer von häuslicher Gewalt durch die Eltern als minderjährige Jungen. Die Mädchen und Jungen im Alter von 10-17 Jahren waren am stärksten von häuslicher Gewalt durch die Eltern betroffen.

Beschuldigte nach Alter

Männer werden öfter von der Polizei als Beschuldigte häuslicher Gewalt registriert als Frauen. Am häufigsten wurden 2021 Männer der Altersklasse 30-39 angezeigt.

Methodologie

Der Indikator zeigt die Anzahl der polizeilich registrierten Opfer schwerster physischer Gewalt im häuslichen Bereich. Berücksichtigt werden gemäss Strafgesetzbuch die vollendeten und versuchten Tötungsdelikte (Art. 111-113/116) mit Todesfolge oder schwerer Verletzung, vollendete und versuchte Verleitung und Beihilfe zum Selbstmord (Art. 115) mit Todesfolge oder schwerer Verletzung sowie vollendete schwere Körperverletzung (Art. 122). Jede geschädigte Person erhält eine eindeutige Identifikationsnummer, die es erlaubt, Geschädigte mehrerer Straftaten als ein und dieselbe Person zu identifizieren. So kann nach sogenannter Echtzählung ausgewertet werden, d.h. jede Person wird pro Jahr nur einmal gezählt. Bei Fällen schwerster physischer Gewalt ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass die Polizei von der Straftat erfährt. Dadurch spielt das Anzeigeverhalten in diesen Fällen eine geringere Rolle. Die Fallzahlen sind jedoch klein und somit anfällig für Schwankungen. Das Anzeigeverhalten spielt hingegen eine grössere Rolle bei Formen minderschwerer physischer Gewalt sowie bei psychischer Gewalt (wie Tötlichkeiten, Beschimpfungen).

Die Daten werden jährlich im Rahmen der Polizeilichen Kriminalstatistik erhoben und vom Bundesamt für Statistik in Zusammenarbeit mit der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren publiziert.

Schäden durch Naturereignisse

Auszug aus dem Legislaturziel 15: *Besonders aktuell sind vermehrte bewaffnete Konflikte, Terrorismus, Spionage und technisch bedingte Katastrophen. Dazu bleiben traditionelle Bedrohungen und Gefahren für die Schweiz bestehen, u. a. Gewaltextremismus, das Risiko von Versorgungsstörungen und Naturgefahren.*

Bedeutung des Indikators: Naturereignisse wie Hochwasser, Murgänge, Rutschungen, Steinschlag, Fels- und Bergsturz können bedeutende Sach-, Personen- und Umweltschäden verursachen. Die Minderung der vorhandenen Risiken und die Begrenzung der Schäden, wenn es zu einem Ereignis kommt, sind von volkswirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung. Die Höhe der Schäden durch Naturereignisse wird von der Nutzung des Siedlungsraums und von der Intensität sowie dem räumlichen Ausmass der Naturereignisse beeinflusst.

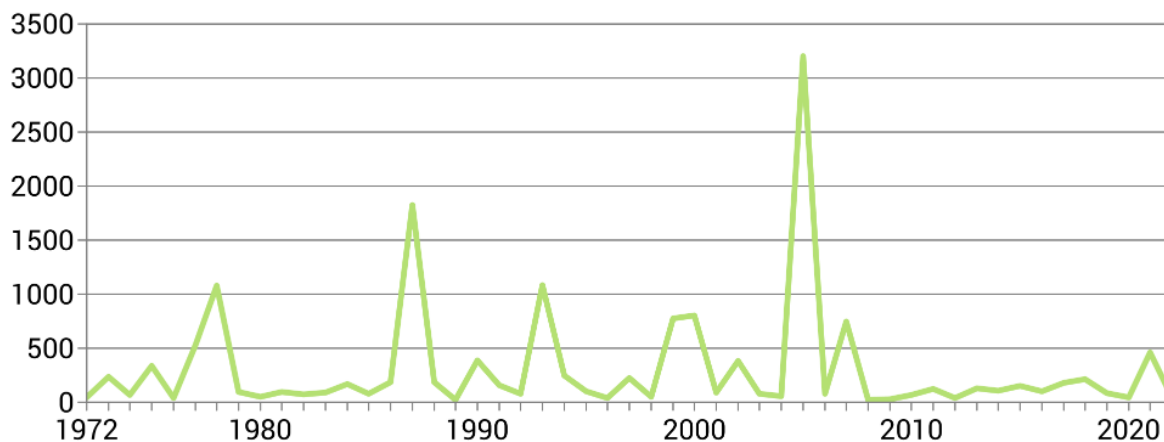
Der Indikator misst die Kosten, welche von Naturereignissen wie Hochwasser, Murgängen, Rutschungen, Steinschlag, sowie Fels- oder Bergsturz verursacht werden. Diese Kosten sind unter anderem abhängig von der Anzahl und dem Wert der beschädigten Häuser und Güter.

Quantifizierbares Ziel: *Wo es nicht möglich ist, Naturgefahren auszuweichen, werden Massnahmen baulicher, biologischer oder organisatorischer Art getroffen, um die Gefahr abzuwenden oder die Schäden zu reduzieren.*

Schäden durch Naturereignisse

Hochwasser, Murgänge, Rutschungen, Steinschlag, Fels- und Bergsturz

Millionen Franken (teuerungsbereinigt, Basisjahr 2022)



Steinschlag, Fels- und Bergsturz seit 2002 berücksichtigt

Quelle: Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft

© BFS 2023

Die im Jahr 2022 durch Naturereignisse verursachten Schäden betrugen rund 45 Mio. Franken

Von 1972 bis 2022 verursachten Hochwasser, Murgänge, Rutschungen, Steinschlag, Fels- und Bergsturz Gesamtschäden in der Höhe von 15,5 Milliarden Franken; dies entspricht einem durchschnittlichen Schaden von rund 304 Millionen Franken pro Jahr. Hochwasser und Murgänge verursachten im selben Zeitraum Schäden von 14,3 Milliarden Franken, die Schäden durch Rutschungen, Steinschlag, Fels- und Bergsturz beliefen sich auf 1,2 Milliarden Franken (teuerungsbereinigte Zahlen). 2022 betrugen die Schäden durch diese Naturereignisse 45 Millionen Franken.

Die Hälfte der Schäden seit 1972 ist auf die fünf grössten Einzelereignisse zurückzuführen. So verursachte das Hochwasser vom August 2005 allein Schäden in Höhe von 3,2 Milliarden Franken. Das ist die höchste Schadenssumme der letzten 51 Jahre.

Investitionen für den Schutz vor Naturgefahren

Im Jahr 2022 hat die Öffentlichkeit insgesamt rund 601 Millionen Franken für den Schutz vor Naturereignissen ausgegeben. 289 Millionen Franken wurden dabei in Schutzmassnahmen gegen Wasser investiert, 217 Millionen in Schutzwälder und 95 Millionen Franken in Massnahmen zum Schutz vor Murgängen, Rutschungen, Steinschlag, Fels- und Bergsturz sowie Lawinen.

Schutzwaldfläche

Rund die Hälfte der Schweizer Waldfläche gilt als Schutzwald. Das entspricht einer Fläche von rund 6000 km². Schutzwälder bewahren Siedlungen, Verkehrswege und Industrieanlagen vor Naturereignissen wie Rutschungen, Lawinen, Felssturz oder Steinschlag.

Permafrost

Durch das Auftauen des ständig gefrorenen Bodens, sogenannter Permafrost, verliert der Boden an Stabilität und es kann zu Steinschlag, Felsstürzen sowie Rutschungen und Murgängen kommen. Permafrost kommt auf etwa 5% der Schweizer Landesfläche vor und ist hauptsächlich oberhalb von 2500 Metern über Meer anzutreffen. In den letzten Jahren sind die Temperaturen der Böden mit Permafrost aufgrund der wärmeren klimatischen Bedingungen angestiegen.

Methodologie

Die Schäden durch Hochwasser, Murgänge und Rutschungen werden seit 1972, solche durch Steinschlag, Fels- und Bergsturz seit 2002 erhoben. Die Daten stammen aus einer Datenbank der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), in welcher seit 1972 alle wichtigen Schadenfälle registriert werden. Die Erhebungen basieren hauptsächlich auf Meldungen von etwa 3000 Schweizer Zeitungen und Zeitschriften sowie – bei grösseren Ereignissen – auf Angaben von Kantonen und Versicherungsgesellschaften. Um die Jahre vergleichen zu können, wurden die Preise mit Hilfe des Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) des Bundesamts für Statistik teuerungsbereinigt. Der Indikator wird jährlich von der WSL erhoben.

Vertrauen in die Armee

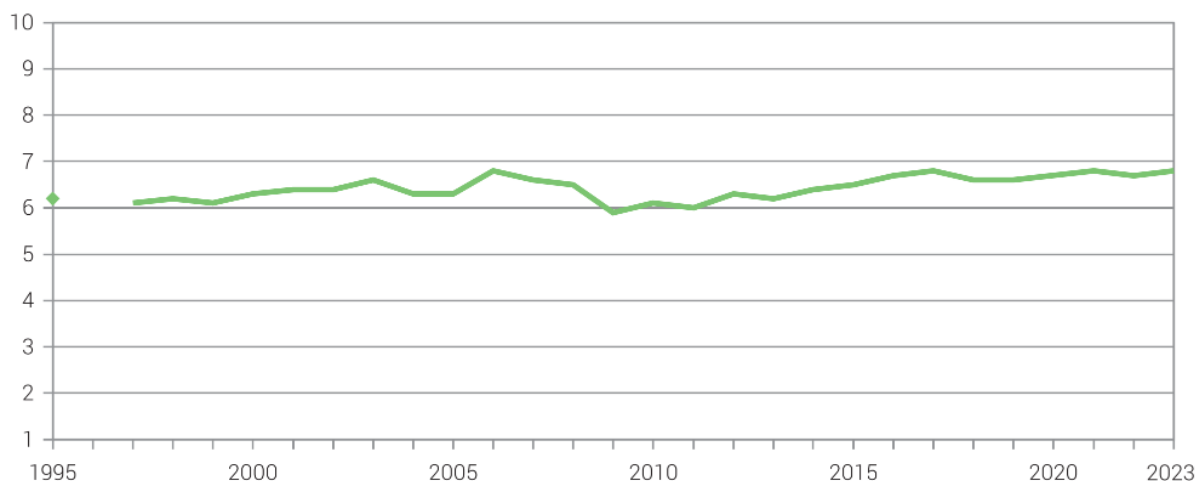
Auszug aus dem Legislaturziel 15: *Der Bundesrat stellt sicher, dass die Verteidigungsfähigkeit gegen aussen gewährleistet ist, insbesondere durch die Modernisierung der Bodentruppen und der Luftwaffe. Da viele der Bedrohungen zunehmend unvorhersehbar werden, misst der Bundesrat bei der Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik der Stärkung von Widerstands- und Regenerationsfähigkeit für den Ereignisfall eine besondere Bedeutung zu.*

Bedeutung des Indikators: Die Armee ist eine wichtige Institution der Sicherheitspolitik. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Armee ist eine wesentliche Voraussetzung für die Legitimation dieser Institution und hängt eng mit dem allgemeinen Sicherheitsgefühl zusammen. Vertrauen zeigt sich im Gefühl, dass Institutionen wie die Armee „die Dinge schon richtig machen“, ohne dass eine einzelne Person alle Prozesse verstehen oder nachvollziehen können muss. Der Index zum Vertrauen in die Armee zeigt das subjektive Empfinden der Bevölkerung bezüglich der Institution Armee auf einer Skala von 1 „kein Vertrauen“ bis 10 „volles Vertrauen“.

Quantifizierbares Ziel: *Der Index des Vertrauens der Bevölkerung in die Armee liegt über dem Niveau von 2019.*

Vertrauen in die Armee

Index von 1 (kein Vertrauen) bis 10 (volles Vertrauen)



Quelle: ETH Zürich, Center for Security Studies

© BFS 2023

Das Vertrauen in die Armee hat sich 2023 im Vergleich zum Vorjahr nicht signifikant verändert. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Armee schwankt über die Jahre. Der Index hatte 2006 mit 6,8 ein vorläufiges Maximum erreicht, 2009 ist er auf den tiefsten je gemessenen Wert von 5,9 gesunken. Bis 2017 stieg der Indexwert wieder auf 6,8 an und erreichte 2023 – rund ein Jahr nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs – einen Wert von 6,8, was wieder dem bisherigen Höchststand entspricht.

Vertrauen in andere Institutionen

Neben der Armee wird auch das Vertrauen in die Polizei, die Gerichte, die Wirtschaft, den Bundesrat, das Parlament, die politischen Parteien und die Medien erhoben. Am meisten Vertrauen wurde im Januar 2023 der Polizei (7,9) zugeschrieben, am wenigsten Vertrauen erhielten die politischen Parteien und die Medien (5,7 respektive 5,6) zugesprochen.

Es wird vermutet, dass Schwankungen beim Vertrauen in Institutionen unter anderem auf bestimmte Ereignisse und die Berichterstattung in den Medien zurückgeführt werden können. Kurzfristige Vertrauenseinbussen gehen in der Regel auf negative Erfahrungen bzw. Wahrnehmungen sowie

allenfalls auf Unzufriedenheiten mit der Leistung der Institutionen zurück. Längerfristige Einbussen könnten mit der Legitimation in Zusammenhang gebracht werden.

Friedensförderung und subsidiäre Sicherungseinsätze

Die Schweizer Armee hat 2022 in Einsätzen und für Unterstützungsleistungen zugunsten Dritter insgesamt 200 214 Dienstage geleistet. Rund 46% dieser Dienstage (91 895) wurde in Friedensförderungsdiensten im Ausland erbracht. Für subsidiäre Sicherungseinsätze im Inland leisteten Angehörige der Armee 73 192 Dienstage, wovon rund 55% auf Einsätze für das Weltwirtschaftsforum in Davos entfielen. Die restlichen 45% dieser Dienstage wurden zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie und zur Unterstützung mehrerer Kantone bei der Ausrichtung internationaler Anlässe sowie zum Schutz ausländischer Vertretungen und für Flugsicherheitsmassnahmen im Luftverkehr geleistet.

Methodologie

Der Index zum Vertrauen in die Armee zeigt das subjektive Empfinden der Bevölkerung bezüglich der Institution Armee auf einer Skala von 1 „kein Vertrauen“ bis 10 „volles Vertrauen“. Die Befragten geben auf dieser Skala an, ob die Armee ihr Vertrauen geniesst. Das Vertrauen in ausgewählte Institutionen wird seit 1995 erhoben. Es wird das Vertrauen in wichtige Behörden (Bundesrat, eidgenössisches Parlament, Gerichte, Polizei und Armee), in die Schweizer Wirtschaft, in die Medien sowie in die politischen Parteien erfragt.

Die Studie wird vom Center for Security Studies der ETH Zürich und der Militärakademie im Auftrag des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) durchgeführt. Der Indikator wird seit 1997 jährlich erhoben.

Ackerfläche und Fläche mit Dauerkulturen

Auszug aus dem Legislaturziel 16: *Durch das kontinuierliche Bevölkerungswachstum und die zunehmende Raumbeanspruchung pro Kopf ist die Nachfrage nach Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur in der Schweiz stark angestiegen. Das führt zu einer hohen Beanspruchung von Boden und natürlichen Ressourcen wie Wasser, Luft, Wald sowie erneuerbaren und nicht erneuerbaren Rohstoffen. Ihre Nutzung soll deshalb schonender werden. Zudem muss die Nachhaltigkeit im Energiesektor und in der Land- und Ernährungswirtschaft sichergestellt werden. Da der zur Verfügung stehende Boden limitiert ist, gilt es, bestehende Siedlungsgebiete zu verdichten und ausserhalb von Siedlungen natürliches Kulturland zu erhalten.*

Bedeutung des Indikators: Der Boden ist für Menschen, Tiere und Pflanzen unverzichtbare Lebensgrundlage und eine begrenzte, nicht erneuerbare Ressource. Besonders in einem flächenmässig kleinen Land wie der Schweiz, wo die nutzbaren Böden aufgrund der topografischen Bedingungen knapp sind, ist ein nachhaltiger Umgang mit der Ressource Boden unerlässlich. Dies gilt auch für die Landwirtschaftsflächen, die eine wesentliche Voraussetzung für die sichere Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sind.

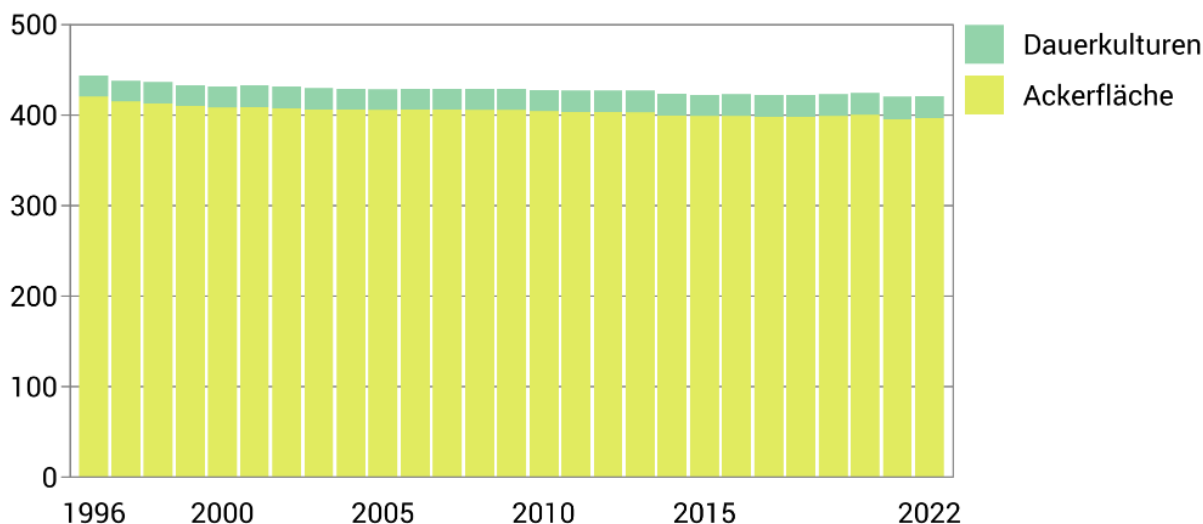
Der Indikator weist die Ackerfläche und die Fläche mit Dauerkulturen in Tausend Hektaren aus. Diese Flächen werden von der Landwirtschaft zum Beispiel für den Anbau von Getreide, Gemüse, Obst oder Reben benutzt.

Quantifizierbares Ziel: *Die Ackerfläche und die Fläche mit Dauerkulturen stabilisieren sich auf dem Mittelwert von 2011–2015 (425 078 ha*).*

* korrigierter Wert

Ackerfläche und Dauerkulturen

Tausend Hektaren



Quelle: BFS – Landwirtschaftliche Strukturerhebung

© BFS 2023

Die Ackerfläche und die Fläche mit Dauerkulturen haben seit 1996 insgesamt abgenommen.

Die Acker- und die Dauerkulturflächen haben sich von 443 674 Hektaren im Jahr 1996 auf 420 639 Hektaren im Jahr 2022 verringert, was einem Rückgang von gut 5% entspricht. Die Ackerfläche allein hat in der gleichen Zeitspanne um rund 6% abgenommen. 2022 betrug sie 396 599 Hektaren, davon dienten 70% als offene Ackerfläche und 30% als Kunstwiesen. Auf mehr als der Hälfte der offenen Ackerfläche wurde Getreide (145 008 Hektaren) angebaut, hauptsächlich Weizen.

Dauerkulturen wie zum Beispiel Reben oder Obst wurden 2022 auf einer Fläche von 24 040 Hektaren angebaut. Im Vergleich zu 1996 hat die Fläche der Dauerkulturen um rund 3% zugenommen. 2022

wurden auf 55% der Fläche Reben angebaut, auf 29% Obstanlagen und auf 16% übrige Dauerkulturen wie zum Beispiel Christbäume, Baumschul- und Zierpflanzen.

Landwirtschaftliche Nutzfläche

2022 machten die Ackerflächen und die Dauerkulturen 40% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche von gut 1,04 Millionen Hektaren aus. Diese hat sich seit 1996 um rund 4% verkleinert.

Werdegang der Landwirtschaftsflächen

Rückgänge der Landwirtschaftsflächen sind mehrheitlich eine Folge der Ausdehnung der Siedlungsflächen. Zwischen 1985 und 2018 wurden gut die Hälfte der verschwundenen Landwirtschaftsflächen (gemäss Arealstatistik) zu Siedlungsflächen umgewandelt. Dieser Vorgang war besonders ausgeprägt im Mittelland und in den Talböden. In den Berglagen der Alpen waren es hingegen mehrheitlich bestockte Flächen, die an die Stelle von Landwirtschaftsflächen traten.

Methodologie

Die Ackerfläche und die Fläche mit Dauerkulturen werden in Tausend Hektaren ausgewiesen. Als Ackerfläche gilt die Fläche, welche in eine Fruchtfolge einbezogen ist. Sie setzt sich aus der offenen Ackerfläche und den Kunstwiesen zusammen. Als offene Ackerfläche gilt die Fläche, auf der einjährige Acker-, Gemüse- und Beerenkulturen sowie einjährige Gewürz- und Medizinalpflanzen angebaut werden. Buntbrachen und Rotationsbrachen gehören ebenfalls zur offenen Ackerfläche. Kunstwiesen sind angesäte Wiesen, die innerhalb einer Fruchtfolge während mindestens einer Vegetationsperiode bewirtschaftet werden.

Dauerkulturen sind Kulturen, die mehrere Vegetationsperioden überdauern. Dazu gehören Reben, Obstanlagen, mehrjährige Beeren- und Gemüsekulturen, Hopfen, mehrjährige Gewürz- und Medizinalpflanzen, gärtnerische Freilandkulturen wie Baumschulen und Forstgärten, gepflegte Selven von Edelkastanien und Nussbäume, sowie mehrjährige Kulturen wie Christbäume und Chinaschilf. Die Ackerfläche und die Dauerkulturen werden im Rahmen der Landwirtschaftlichen Strukturerhebung erfasst. Diese wird jährlich vom Bundesamt für Statistik (BFS) in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) und den kantonalen Landwirtschaftsämtern durchgeführt.

Definitionen

Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN)

Verwendete Fläche für die Pflanzenproduktion ausser Sömmerungsflächen und Wälder.

Materialfussabdruck pro Person

Auszug aus dem Legislaturziel 16: *Durch das kontinuierliche Bevölkerungswachstum und die zunehmende Raumbeanspruchung pro Kopf ist die Nachfrage nach Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur in der Schweiz stark angestiegen. Das führt zu einer hohen Beanspruchung von Boden und natürlichen Ressourcen wie Wasser, Luft, Wald sowie erneuerbaren und nicht erneuerbaren Rohstoffen. Ihre Nutzung soll deshalb schonender werden.*

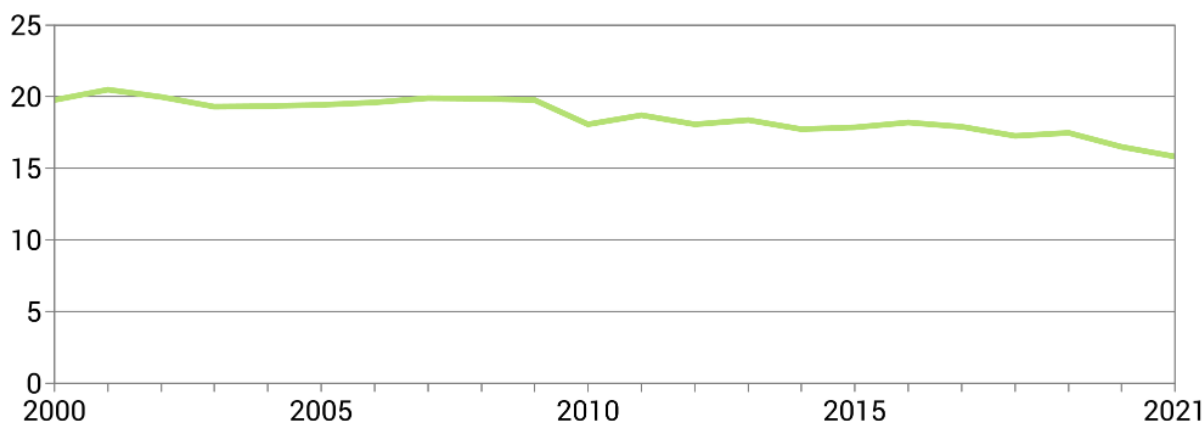
Bedeutung des Indikators: Die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen ist an den Verbrauch von Rohstoffen gebunden. Durch die Einbindung der Schweiz in den Welthandel wird der Ressourcenverbrauch, der durch die inländische Endnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen entsteht, teilweise ins Ausland verlagert. Die Auswirkungen des inländischen Konsums, wie zum Beispiel die Umweltbelastung, beschränken sich somit nicht auf das Gebiet innerhalb der Landesgrenzen der Schweiz. Der Material-Fussabdruck berücksichtigt nebst den in der Schweiz gewonnenen und genutzten Rohstoffen auch die Menge aller Rohstoffe, die im Ausland für die Herstellung und den Transport der in der Schweiz verbrauchten oder genutzten Güter und Dienstleistungen verwendet werden. Der Indikator präsentiert den inländischen Rohstoffverbrauch (abgekürzt RMC, vom Englischen Raw Material Consumption), auch Material-Fussabdruck genannt, und wird in Tonnen pro Person angegeben.

Quantifizierbares Ziel: *Der Ressourcenverbrauch der Schweiz im In- und Ausland nimmt ab.*

Material-Fussabdruck pro Person

Inländischer Rohstoffverbrauch (RMC) pro Person¹

Tonnen pro Person



¹ Ständige Wohnbevölkerung am Jahresende

2021: provisorisch

Quelle: BFS – Umweltgesamtrechnung, ESPOP, STATPOP

© BFS 2023

2021 lag der Schweizer Rohstoffverbrauch bei 15,8 Tonnen pro Person, wovon die inländische Materialgewinnung 42% ausmachte.

Der Material-Fussabdruck pro Person hat seit 2000 um rund 3,9 Tonnen abgenommen. Die Gesamtmenge der in der Schweiz oder im Ausland gewonnenen Rohstoffe, um die Endnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen der Schweiz zu decken, lag 2021 somit bei 15,8 Tonnen pro Person.

Der Rückgang des Material-Fussabdrucks pro Person erklärt sich dadurch, dass die Bevölkerung seit 2000 zugenommen hat und der absolute Materialverbrauch im beobachteten Zeitraum insgesamt relativ stabil geblieben ist.

Inländische Materialgewinnung

Im Schnitt machten die in den letzten 21 Jahren in der Schweiz gewonnenen und verbrauchten Rohstoffe 41% des Material-Fussabdrucks aus. 2021 entfielen 23% dieser inländischen Gewinnung auf Biomasse aus Holzschlag und landwirtschaftlicher Produktion und 77% auf nichtmetallische Mineralien wie Steine, Kies und Sand. Die Gewinnung Letzterer ist direkt mit der Bautätigkeit verbunden und seit dem Jahr 2000 um 5,8% gestiegen. Die beiden anderen Elemente der Materialflusskonten, d.h. die fossilen Energieträger und die Erze, werden in der Schweiz nicht abgebaut und daher vollumfänglich importiert.

Materialeffizienz

Die Materialeffizienz, d.h. das Bruttoinlandprodukt (BIP) geteilt durch den Material-Fussabdruck, entspricht der Wertschöpfung in Franken pro Kilogramm verbrauchtem Material. Sie ist zwischen 2000 und 2021 um 48% gestiegen. In diesem Zeitraum wuchs das reale BIP um 44%, während der inländische Rohstoffverbrauch, d.h. der Material-Fussabdruck, relativ konstant blieb. Somit fand eine relative Entkoppelung statt.

Netto-Lagerzuwachs

Insgesamt ist der Input an Materialien in die Schweizer Wirtschaft grösser als die Menge an Material, das die Schweiz wieder verlässt (Output). Dies führte im Jahr 2021 zu einem Lagerzuwachs in der Schweiz von 6,2 Tonnen pro Person (ohne deponierten Abfall), was insbesondere auf die fortschreitende Bautätigkeit zurückzuführen ist.

Methodologie

Der Indikator beschreibt den durch die inländische Endnachfrage eines Landes verursachten Rohstoffverbrauch pro Person.

Die Daten zum inländischen Rohstoffverbrauch werden im Rahmen der Umweltgesamtrechnung des Bundesamts für Statistik erhoben, die zu den Satellitenkonten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gehört. Die Umweltgesamtrechnung beruht auf dem System umweltökonomischer Gesamtrechnungen (SEEA) der UNO. Die mit diesem Indikator dargestellten Daten basieren auf einer Anpassung der Methode von Eurostat, mit der die Importe und Exporte eines Landes in Rohstoffäquivalente (RÄ) umgerechnet werden. Die RÄ-Indikatoren stützen sich auf eine Modellierung und sind deshalb mit einer grösseren Unsicherheit behaftet als jene der direkten Flüsse. Sie sind daher als Schätzungen zu betrachten.

Die zur Berechnung des Indikators verwendeten Bevölkerungsdaten stammen aus der Statistik der Bevölkerung und Haushalte (STATPOP) des Bundesamtes für Statistik. Der Material-Fussabdruck wird dividiert durch die ständige Wohnbevölkerung am Ende des Jahres.

Die inländische Endnachfrage wird gemäss der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung berechnet und entspricht der Summe der Ausgaben der privaten Haushalte und des Staates für den Endverbrauch, der Bruttoanlageinvestitionen und der Vorratsveränderungen.

Definitionen

RMC

Der inländische Rohstoffverbrauch (RMC für Raw Material Consumption), oder materielle Fussabdruck, beschreibt den durch die inländische Endnachfrage eines Landes verursachten Rohstoffverbrauch. Die inländische Endnachfrage entspricht der Summe der Ausgaben der privaten Haushalte und des Staates für den Endverbrauch, der Bruttoanlageinvestitionen und der Vorratsveränderungen.

Endenergieverbrauch pro Kopf

Auszug aus dem Legislaturziel 16: *Durch das kontinuierliche Bevölkerungswachstum und die zunehmende Raumbeanspruchung pro Kopf ist die Nachfrage nach Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur in der Schweiz stark angestiegen. Das führt zu einer hohen Beanspruchung von Boden und natürlichen Ressourcen wie Wasser, Luft, Wald sowie erneuerbaren und nicht erneuerbaren Rohstoffen. Ihre Nutzung soll deshalb schonender werden. Zudem muss die Nachhaltigkeit im Energiesektor und in der Land- und Ernährungswirtschaft sichergestellt werden.*

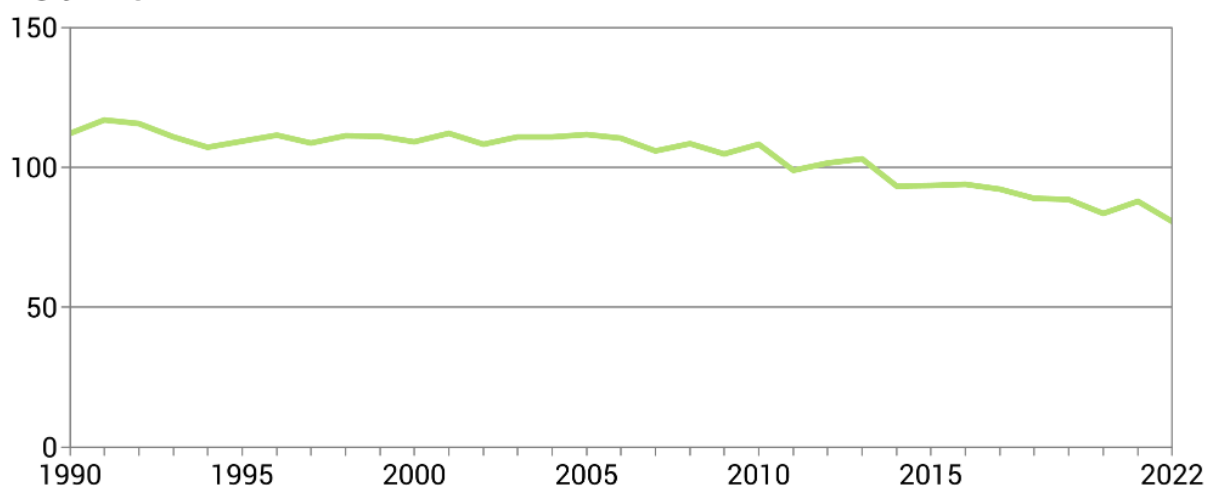
Bedeutung des Indikators: Die Deckung des Energiebedarfs ist an die Nutzung natürlicher Ressourcen gebunden und kann sich daher negativ auf die Umwelt auswirken. Der Endenergieverbrauch wird kurzfristig durch Witterung und Konjunkturlage beeinflusst, längerfristig sind insbesondere Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung sowie technologische und politische Rahmenbedingungen wichtige Einflussfaktoren.

Der Indikator zeigt den durchschnittlichen Energieverbrauch der Schweiz pro Person. Der Endenergieverbrauch beinhaltet dabei die Verbrauchergruppen Haushalte, Industrie, Dienstleistungen und Verkehr.

Quantifizierbares Ziel: *Beim durchschnittlichen Energieverbrauch pro Person und Jahr ist gegenüber dem Stand im Jahr 2000 eine Senkung um 43 Prozent bis zum Jahr 2035 anzustreben.*

Endenergieverbrauch* pro Person

Gigajoule pro Person



* ohne internationalen Flugverkehr

Quellen: BFE – Gesamtenergiestatistik; BFS – Zivilluftfahrtstatistik; STATPOP, ESPOP

© BFS 2023

2022 betrug der Energieverbrauch der Schweizer Bevölkerung 80,6 Gigajoule pro Person und hat gegenüber dem Vorjahr abgenommen.

Im Jahr 2022 betrug der Energieverbrauch der Schweizer Bevölkerung gemäss Abgrenzung der Energieperspektiven (vgl. Hinweis unten) 80,6 Gigajoule pro Person. Der Endenergieverbrauch pro Person ist seit 1990 tendenziell rückläufig. Diese Abnahme folgt daraus, dass die Bevölkerung zwischen 1990 und 2022 um 30,8% gewachsen ist, während der Energieverbrauch im gleichen Zeitraum um 6% abgenommen hat. Die jährlichen Schwankungen des Endenergieverbrauchs im zeitlichen Verlauf sind hauptsächlich auf die Witterung zurückzuführen, so beispielsweise auch die Abnahme im Jahr 2022.

Absoluter Energieverbrauch

In absoluten Zahlen belief sich der Endenergieverbrauch der Schweiz gemäss Gesamtenergiestatistik (vgl. Hinweis unten) im Jahr 2022 auf 765 070 Terajoule. Seiner Entwicklung liegen verbrauchssteigernde Effekte wie beispielsweise Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum zugrunde, gleichzeitig wird er unter anderem durch verbrauchsmildernde technologische Entwicklungen und politische Massnahmen beeinflusst.

Energieintensität

Diese Faktoren wirken sich auch auf die Energieintensität der Schweizer Wirtschaft, ausgedrückt durch das Verhältnis von Endenergieverbrauch zu Wirtschaftsleistung, aus. Die Energieintensität hat seit 1990 um 41,6% abgenommen: Damals wurden für einen Franken des Bruttoinlandprodukts 1,8 Megajoule an Endenergie benötigt, 2022 waren es noch 1,0 Megajoule pro Franken. Die Wirtschaft ist also gewachsen, während der Endenergieverbrauch abgenommen hat. Die Entwicklung der Energieintensität wird auch durch strukturelle Veränderungen der Wirtschaft beeinflusst.

Erneuerbare Energien

Die Verbrennung fossiler Treib- und Brennstoffe ist mit Schadstoff- und Treibhausgasemissionen verbunden. Zur Eindämmung dieser ökologischen Auswirkungen des Energiekonsums können erneuerbare Energien beitragen: Ihr Anteil am Endenergieverbrauch ist seit 1990 angestiegen und betrug im Jahr 2022 25,7%. Zu den erneuerbaren Energien gehören die Energieträger Wasserkraft, Holz, Wind, Sonne, Biotreibstoffe, Biogas, Umweltwärme sowie erneuerbare Anteile aus Abfällen und Abwasser.

Hinweis: Gemäss Abgrenzung der Energieperspektiven wird vom Endenergieverbrauch der internationale Flugverkehr abgezogen. In der Gesamtenergiestatistik ist dieser hingegen im Endenergieverbrauch enthalten.

Methodologie

Der Indikator zeigt den jährlichen Verbrauch an Endenergie pro Person der mittleren ständigen Wohnbevölkerung gemäss Abgrenzung der Energieperspektiven. Der Endenergieverbrauch ist die Energiemenge, welche die Energielieferanten an die Energiekonsumenten liefern, oder welche Energiekonsumenten direkt der Natur für ihren Eigenbedarf entnehmen oder erzeugen (umwandeln). Die Daten zum Endenergieverbrauch stammen aus der Gesamtenergiestatistik des Bundesamtes für Energie (BFE). Für die Berechnung des Indikators wird vom Endenergieverbrauch der internationale Flugverkehr abgezogen. Damit folgt der Indikator derselben Abgrenzung wie die im Energiegesetz formulierten Richtwerte.

Für die mittlere ständige Wohnbevölkerung werden die Daten der Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP bis 2009) sowie jene der Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP ab 2010) des Bundesamts für Statistik (BFS) verwendet.

Die Daten zum Bruttoinlandprodukt für die Berechnung der Energieintensität stammen aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Für die Betrachtung des absoluten Endenergieverbrauchs sowie für die Berechnung der Energieintensität und des Anteils erneuerbarer Energien folgt die Abgrenzung des Endenergieverbrauchs der Gesamtenergiestatistik des BFE: Der internationale Flugverkehr ist darin enthalten.

Definitionen

Endenergie

Unter Endenergie versteht man die vom Konsumenten für einen bestimmten Nutzen eingekaufte bzw. selbst produzierte Energie, wie zum Beispiel Strom für Licht oder Benzin für Autos. Mit der Endenergie wird die letzte Stufe des Handels erfasst. Im Gegensatz zur Bruttoenergie sind hier die Übertragungs- und Verteilverluste, der Eigenverbrauch des Energiesektors, die in den Schweizer Raffinerien erzeugten nicht energetischen Erdölprodukte (Bitumen, Schmiermittel etc.) sowie die Produkte, welche für die Elektrizitäts- und Fernwärmeerzeugung benötigt werden, bereits abgezogen.

Elektrizitätsproduktion aus erneuerbarer Energie (ohne Wasserkraft)

Auszug aus dem Legislaturziel 16: *Durch das kontinuierliche Bevölkerungswachstum und die zunehmende Raumbeanspruchung pro Kopf ist die Nachfrage nach Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur in der Schweiz stark angestiegen. Das führt zu einer hohen Beanspruchung von Boden und natürlichen Ressourcen wie Wasser, Luft, Wald sowie erneuerbaren und nicht erneuerbaren Rohstoffen. Ihre Nutzung soll deshalb schonender werden. Zudem muss die Nachhaltigkeit im Energiesektor und in der Land- und Ernährungswirtschaft sichergestellt werden.*

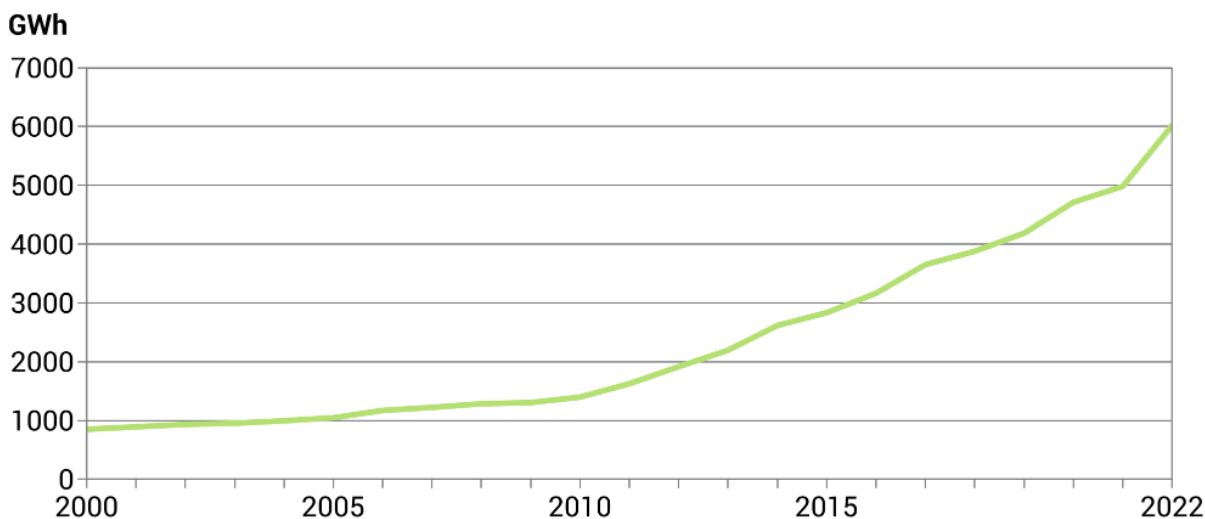
Bedeutung des Indikators: Erneuerbare Elektrizität ist Strom, welcher mittels Wasserkraft, Sonnenenergie, Biomasse, Windenergie sowie erneuerbarer Anteile aus Abfällen und Abwasser gewonnen wird. Erneuerbare Energie steht prinzipiell zeitlich unbegrenzt zur Verfügung. Verglichen mit fossilen Energieträgern oder der Kernenergie entstehen bei der Nutzung von erneuerbaren Energien relativ wenig Emissionen und Abfälle. Die Erzeugung von Elektrizität aus erneuerbarer Energie kann jedoch auch Auswirkungen auf die Umwelt haben (z.B. Beeinflussung des Landschafts- oder Ortsbild).

Das vom Bundesamt für Energie geschätzte Ausbaupotential liegt für die Wasserkraft tiefer als für die übrigen erneuerbaren Energien, was eine getrennte Betrachtung dieser Energiequellen nahelegt. Im Energiegesetz werden denn auch unterschiedliche Richtwerte ausgewiesen. Der Indikator zeigt daher die Elektrizitätsproduktion aus erneuerbarer Energie ohne Wasserkraft.

Quantifizierbares Ziel: *Bei der Produktion von Strom aus erneuerbaren Energieträgern (ohne Wasserkraft) ist ein Ausbau anzustreben, mit dem die durchschnittliche inländische Produktion 2035 bei mindestens 11 400 GWh liegt.*

Elektrizitätsproduktion aus erneuerbaren Energien

Ohne Wasserkraft



Quelle: Bundesamt für Energie

© BFS 2023

Der Anteil der Elektrizitätsproduktion aus erneuerbaren Energien (ohne Wasserkraft) hat seit 2000 stetig zugenommen und machte 2022 10,4 % der gesamten Stromproduktion aus.

Die Elektrizitätsproduktion aus erneuerbaren Energien (ohne Wasserkraft) ist seit 2000 gestiegen, wobei seit 2010 eine stärkere Zunahme zu verzeichnen ist als in den Vorjahren. 2022 wurden 6019 Gigawattstunden (GWh) Strom aus erneuerbaren Energiequellen (ohne Wasserkraft) gewonnen. Dies entspricht 10,4% der gesamten Netto-Elektrizitätsproduktion.

Wichtigste Energiequellen

Die Elektrizität aus erneuerbaren Energien (ohne Wasserkraft) stammt überwiegend aus

Sonnenenergie, erneuerbaren Anteilen aus Abfall sowie aus Biomasse. Diese drei Energieträger lieferten 2022 zusammen 95% der Elektrizität aus erneuerbaren Energien ohne Wasserkraft, die verbleibenden 5% werden durch Biogase aus Abwasserreinigungsanlagen und aus Wind erzeugt. Bei allen Energieträgern war seit 2000 ein Wachstum zu verzeichnen. Relativ gesehen war dieses am stärksten bei der Sonnenenergie, gefolgt von der Biomasse und Windenergie.

Wasserkraft

Der grösste Teil an der gesamten Netto-Stromproduktion stammt aus Wasserkraft, die als traditionelle erneuerbare Energiequelle gilt: Im Jahr 2022 betrug ihr Anteil an der Netto-Stromproduktion 48,2%. Somit wurden in diesem Jahr 58,6% der gesamten Netto-Elektrizitätsproduktion aus erneuerbaren Quellen gewonnen. Der verbleibende Anteil nicht erneuerbaren Ursprungs setzte sich zusammen aus Strom von Kernkraftwerken (39,9%) und dem nichterneuerbaren Anteil bei konventionell thermischen Kraft- und Fernheizkraftwerken (2%).

Methodologie

Der Indikator zeigt die Elektrizitätsproduktion aus erneuerbaren Energien (ohne Wasserkraft) in Gigawattstunden (GWh). Zu den erneuerbaren Energieträgern gehören Sonne, Biomasse, Wind, erneuerbare Anteile aus Abfällen und Abwasser sowie Wasserkraft. Letztere liefert über die Hälfte der schweizerischen Stromproduktion, wird vom Indikator jedoch nicht abgebildet. Kleinwasserkraftwerke bis 10 MWh werden aber im Rahmen von Programmen zur Förderung erneuerbarer Energien (z.B. die Kostendeckende Einspeisevergütung KEV) ähnlich wie die vom Indikator gezeigten erneuerbaren Energien unterstützt. Es fehlt momentan eine ausreichende Datengrundlage, um diese zusätzliche Produktion separat ausweisen zu können.

Die Daten des Indikators stammen aus der Schweizerischen Statistik der erneuerbaren Energien, die jährlich vom Bundesamt für Energie (BFE) publiziert wird.

Definitionen

Erneuerbare Energien

Energien, die kontinuierlich oder in Zyklen auf natürliche Weise anfallen, entweder für die Bereitstellung von nutzbarer Energie oder direkt als Endenergie. Zu den erneuerbaren Energien gehören einerseits die klassischen Energieträger Wasserkraft und Holz, andererseits die neuen erneuerbaren Energieträger Wind, Sonne, Biotreibstoffe, Biogas und Umgebungswärme.

Energieabhängigkeit vom Ausland

Auszug aus dem Legislaturziel 16: *Zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens treibt der Bundesrat Massnahmen zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 voran: Einerseits muss die Energieeffizienz in Gebäuden, bei Geräten und im Verkehr erhöht werden, andererseits sollen erneuerbare Energieträger ausgebaut werden.*

Bedeutung des Indikators: Die Primärenergieträger aus inländischer Gewinnung in der Schweiz sind weitgehend erneuerbar. Diese zunehmende Produktion erneuerbarer Energien und der gleichzeitig sinkende Einfuhrüberschuss an – mehrheitlich nicht erneuerbaren – Energieträgern und Kernbrennstoffen stehen im Einklang mit der Energie- und Klimapolitik. So verringert sich die Energieabhängigkeit, die die Binnenwirtschaft verwundbar macht, insbesondere im Zuge von internationalen Krisen.

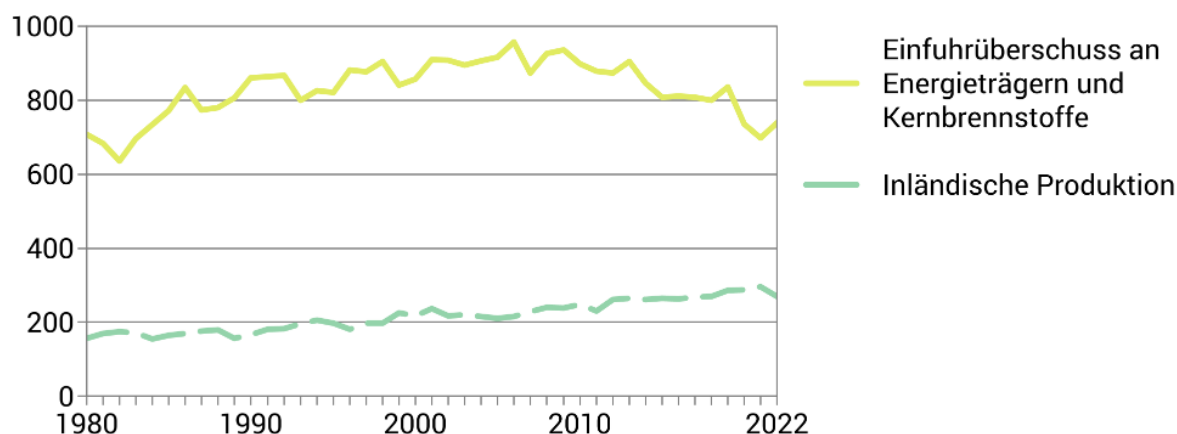
Der Indikator zeigt die Bruttoenergieimporte (Einfuhrüberschuss an Energieträgern und Kernbrennstoffen) sowie die in der Schweiz produzierte Energiemenge.

Quantifizierbares Ziel: *Die Energieabhängigkeit vom Ausland reduziert sich.*

Energieabhängigkeit

Inländische Energieproduktion aus Primärenergieträgern und Importe (Einfuhrüberschuss an Energieträgern und Kernbrennstoffe)

Tausend Terajoules



Quelle: BFE – Gesamtenergiestatistik

© BFS 2023

Die Schweiz deckte 2022 ihren Energiebedarf zu 73% aus ausländischen Quellen.

Die inländische Energiegewinnung aus Primärenergieträgern hat seit den 1980er-Jahren tendenziell zugenommen. Der Importsaldo und die importierten Kernbrennstoffe sind dagegen seit Mitte der 2000er-Jahre insgesamt zurückgegangen. Die Energieabhängigkeit der Schweiz vom Ausland (Anteil des Importsaldos und der Kernbrennstoffe an der Gesamtversorgung) bewegte sich zwischen 1980 und 2009 um 80%. Seither ist ein Abwärtstrend zu beobachten. 2022 hing die Schweiz für die Energieversorgung zu 73% vom Ausland ab.

Fossile und nukleare Energie

Massgebend für die Energieabhängigkeit vom Ausland sind zudem die Art und Herkunft der importierten Energieträger sowie die Sicherheit und Vielfalt der Versorgung und der Beschaffungskanaäle. 2022 war die Energieabhängigkeit der Schweiz zu 63% auf fossile Energieträger (Rohöl, Erdölprodukte und Gas) und zu 34% auf Kernbrennstoffe zurückzuführen. Die verbleibenden 3% entfielen auf Importe von Strom und biogener Treibstoffe. Die Schweiz produziert in der Regel

mehr Strom als sie verbraucht (positiver jährlicher Exportsaldo). Im Winter importiert sie jedoch praktisch jedes Jahr Strom.

Herkunft von Erdölprodukten

2022 importierte die Schweiz 8 853 166 Tonnen Erdölprodukte. 3 026 050 Tonnen davon waren Rohöl, das mehrheitlich aus Nigeria (33,8%), den USA (32,4%) und Kasachstan (14,2%) stammte. Die anderen Erdölprodukte (Endprodukte) wurden fast ausschliesslich aus Raffinerien in Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden und Belgien bezogen.

Transportmittel von Erdölprodukten

Die Schweiz importiert Erdölprodukte mit verschiedenen Transportmitteln. 2022 gelangten sie zu 42,1% via Pipeline, zu 32,4% auf der Schiene, zu 18,9% mit Rheinschiffen und zu 6,6% auf der Strasse in die Schweiz. Rohöl wird ebenso wie Gas ausschliesslich via Pipeline eingeführt.

Methodologie

Der Indikator zeigt die Bruttomenge an importierter Energie (Importsaldo von Energieträgern und Kernbrennstoffen) sowie die in der Schweiz produzierte Energiemenge.

Der Importsaldo ist die Differenz zwischen den Importen und den Exporten von Energieträgern ohne die Kernbrennstoffe. Letztere werden separat betrachtet, da vom Import bis zur Verwendung in einem Atomkraftwerk relativ viel Zeit verstreichen kann. Die aus Kernbrennstoff produzierte Bruttoenergie in Form von Wärme wird anhand der Stromproduktion der Atomkraftwerke berechnet. Dabei wird ein Wirkungsgrad von 33% vorausgesetzt und die genutzte Fernwärme berücksichtigt.

Die Daten stammen aus der Gesamtenergiestatistik. Diese Synthesestatistik stützt sich auf mehrere Erhebungen zu Energieproduktion und -verbrauch und wird vom Bundesamt für Energie (BFE) erstellt.

Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln

Auszug aus dem Legislaturziel 16: *Da der zur Verfügung stehende Boden limitiert ist, gilt es, bestehende Siedlungsgebiete zu verdichten und ausserhalb von Siedlungen natürliches Kulturland zu erhalten. Der Bundesrat führt die Handlungsansätze des «Raumkonzepts Schweiz» konsequent weiter, namentlich die erhöhte Ausnutzung bestehender Siedlungsflächen, die Bebauung von Baulücken sowie die Neustrukturierung und Umnutzung von Siedlungs- und Brachflächen. Dadurch wird der Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen vermindert, womit dauerhaft ein möglichst hoher Eigenanteil an der Nahrungsmittelproduktion gewährleistet wird.*

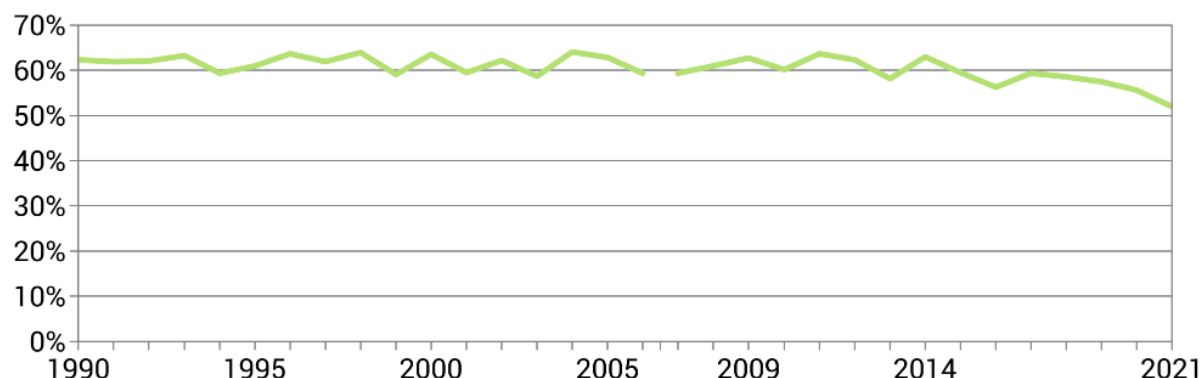
Bedeutung des Indikators: Die Landwirtschaft hat laut Verfassung durch eine nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete Produktion einen wesentlichen Beitrag zur sicheren Versorgung der Bevölkerung zu leisten.

Der Indikator zeigt den Anteil der einheimischen landwirtschaftlichen Produktion einschliesslich der mit importierten Futtermitteln produzierten Nahrungsmittel am Gesamtverbrauch an Nahrungsmitteln (Brutto-Selbstversorgungsgrad). Massstab ist die verwertbare Energie. Der Indikator erlaubt keine Aussagen über die Qualität der Nahrungsmittel oder die Art, wie sie produziert werden.

Quantifizierbares Ziel: *Der Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln stabilisiert sich auf dem Mittelwert der Legislaturperiode 2011–2015.*

Selbstversorgungsgrad

Anteil der einheimischen Brutto-Nahrungsmittelproduktion am Gesamtverbrauch an Nahrungsmitteln (verwertbare Energie)



Neue Berechnungsmethode seit 2007
2021: provisorisch

Quelle: SBV – Nahrungsmittelbilanz

© BFS 2023

2021 wurden 52 Prozent der in der Schweiz verbrauchten Nahrungsmittel im Inland produziert.

Ab 1990 deckte die einheimische Produktion im Durchschnitt mehr als 60% des Nahrungsmittelverbrauchs ab (gemessen in verwertbarer Energie), wobei dieser Wert seit 2015 unter 60% liegt. 2021 belief sich der Brutto-Selbstversorgungsgrad auf 52%. Der Netto-Selbstversorgungsgrad, der ausschliesslich die mit einheimischen Futtermitteln produzierten Nahrungsmittel berücksichtigt, betrug 45%. Der Abwärtstrend bei der Selbstversorgung ist darauf zurückzuführen, dass die Bevölkerung gewachsen ist und die Nahrungsmittelproduktion in den letzten Jahren eine leicht rückläufige Tendenz aufweist. Die Unterschiede von Jahr zu Jahr sind den witterungsbedingten Schwankungen in der landwirtschaftlichen Produktion zuzuschreiben. Der Brutto-Selbstversorgungsgrad der tierischen Produktion liegt bei 96%. Beim Pflanzenbau bewegt er sich hingegen bei 33%.

Netto-Selbstversorgungsgrad

Der Netto-Selbstversorgungsgrad bei den tierischen Nahrungsmitteln lag 2021 bei 71%. Es konnten also mehr als zwei Drittel des inländischen Konsums tierischer Nahrungsmittel abgedeckt werden, ohne bei der Produktion auf importierte Futtermittel zurückzugreifen. Eine differenzierte Betrachtung der tierischen Produktion zeigt, dass die grössten Unterschiede zwischen Brutto- und Netto-Selbstversorgungsgrad bei Fleisch und Eiern auftreten. Ohne die Verwendung importierter Futtermittel konnten 2021 nicht 84% (brutto) des inländischen Fleischbedarfs gedeckt werden, sondern lediglich 43% (netto). Bei den Eiern betrugen diese Anteile 59% (brutto) und 13% (netto). Weniger starke Unterschiede zeigten sich zum Beispiel bei der Milch, deren Bedarf auch ohne Futtermittelimporte noch zu 97% durch die inländische Produktion gedeckt werden konnte.

Herkunft und Verwendung von Futtermitteln

Die unterschiedlichen Netto-Selbstversorgungsgrade bei Fleisch- und Milchproduktion hängen unter anderem mit den für die Herstellung verwendeten Futtermitteln und deren Herkunft zusammen. Während bei der Milchproduktion hauptsächlich Raufutter wie Gras oder Heu zur Anwendung kommt, wird bei der Fleischproduktion (v.a. Schweine- und Geflügelfleisch) ein grösserer Anteil an Kraftfutter eingesetzt. Raufutter machte 2021 drei Viertel der in der Schweiz verwendeten Futtermittel aus und stammte zu 97% aus dem Inland. Kraftfutter machte 2021 ein Fünftel der verwendeten Futtermittel aus und war zu 37% inländischen Ursprungs.

Umweltschonende Anbaumethoden

Zur Verringerung der Umweltbelastung durch die landwirtschaftliche Produktion kommen verschiedene Produktionsformen zur Anwendung, die vom Bund finanziell unterstützt werden. Dazu gehört der biologische Landbau, bei dem auf die Verwendung von chemisch-synthetischen Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln verzichtet wird. Im Jahr 2022 wurde eine Fläche von 180 554 ha biologisch bewirtschaftet, wofür der Bund 69 Mio. Franken entrichtete. Eine weitere Produktionsform, die zur Schonung der Umwelt dient, ist der extensive Ackerbau mit stark reduziertem Pflanzenschutzmitteleinsatz. Diese Anbauform für Getreide, Sonnenblumen, Eiweisserbsen, Ackerbohnen, Lupinen und Raps wurde 2022 auf einer Fläche von 92 017 ha betrieben und vom Bund mit Beiträgen in der Höhe von 37 Mio. Franken unterstützt. Daneben wird auch die graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion gefördert, in deren Zentrum eine kraftfutterarme Ernährung der Tiere steht. Für eine Produktionsfläche von 564 755 ha wurden hier Beiträge in der Höhe von 111 Mio. Franken gesprochen.

Methodologie

Der Selbstversorgungsgrad wird definiert als Anteil der einheimischen Nahrungsmittelproduktion am inländischen Gesamtverbrauch. Der Brutto-Selbstversorgungsgrad berücksichtigt auch die einheimische Produktion mit importierten Futtermitteln. Die Produktion und der Verbrauch von Nahrungsmitteln werden in verwertbarer Energie (Terajoules) ausgewiesen.

Die Daten zur Produktion und zum Verbrauch von Nahrungsmitteln werden jährlich vom Schweizer Bauernverband (SBV) erhoben und im statistischen Jahrbuch «Statistische Erhebungen und Schätzungen über Landwirtschaft und Ernährung» sowie auf der Internetseite des SBV publiziert. Die Methode zur Bilanzierung der Nahrungsmittel wurde im Jahr 2008 grundlegend revidiert, was zu einem Bruch in der Zeitreihe führt. Werte nach der alten Berechnungsmethode sind bis 2010 vorhanden, Werte nach der revidierten Methode sind ab 2007 erhältlich.

Treibhausgasemissionen

Auszug aus dem Legislaturziel 17: *Der Umgang mit der globalen Klimaerwärmung stellt eine grosse Herausforderung dar. Die Schweiz ist aufgrund ihrer geografischen Lage besonders stark von deren Auswirkungen betroffen. Es bedarf verstärkter Anstrengungen, um das Klima zu schützen und die Erde als Lebensgrundlage für nachfolgende Generationen zu erhalten.*

Bedeutung des Indikators: Verschiedene Gase der Erdatmosphäre haben einen Einfluss auf die Energiebilanz der Erde, indem sie die Abstrahlung von Wärme in den Weltraum einschränken. Dieses Phänomen wird als Treibhauseffekt bezeichnet. Der Treibhauseffekt ist ein natürliches Phänomen, das aber durch Treibhausgase aus menschlichen Aktivitäten verstärkt wird. Die Verbrennung von fossilen Brenn- und Treibstoffen ist die Hauptursache für den zusätzlichen Treibhauseffekt. Daneben spielen unter anderem auch Waldrodungen, Emissionen aus industriellen Prozessen, aus der Landwirtschaft und der Abfallbewirtschaftung eine Rolle.

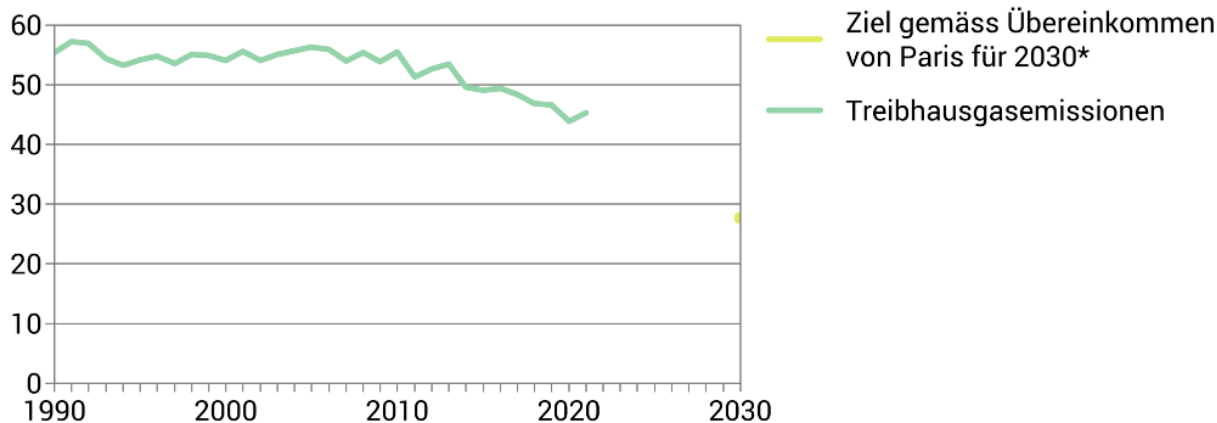
Die Treibhausgasemissionen umfassen die jährlich ausgestossene Gesamtmenge an Treibhausgasen in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten. Mit einem Anteil von über 80% ist CO₂ das weitaus wichtigste Treibhausgas anthropogenen Ursprungs. Die Werte verstehen sich als Bruttoemissionen ohne Abzug von Senkenleistungen des Waldes oder von Emissionsminderungszertifikaten. Ebenfalls nicht berücksichtigt werden diejenigen Emissionen, die im Ausland aufgrund der Importe in die Schweiz generiert wurden.

Quantifizierbares Ziel: *Die Schweiz senkt ihre Treibhausgasemissionen im In- und Ausland.*

Treibhausgasemissionen

CO₂-Äquivalente ohne Senkenleistungen des Waldes

Millionen Tonnen



*Für die Überprüfung der Zielerreichung werden zusätzlich anrechenbare Senkenleistungen (Treibhausbilanz der Vegetation und Böden) sowie internationale Bescheinigungen berücksichtigt werden.

Quelle: BAFU – Treibhausgasinventar

© BFS 2023

2021 betrugten die Treibhausgasemissionen 45,2 Millionen Tonnen, 18,2 Prozent weniger als 1990.

Die Treibhausgasemissionen, gemessen in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente, sind von 55,3 Mio. Tonnen im Jahr 1990 auf 45,2 Mio. Tonnen im Jahr 2021 zurückgegangen. Dies entspricht einem Rückgang um 18,2%. Im Vergleich zum Vorjahr haben die Treibhausgasemissionen 2021 um 1,3 Mio. Tonnen zugenommen.

Unterscheidung nach Sektoren

Die Treibhausgasemissionen entwickeln sich in den einzelnen Sektoren gemäss CO₂-Verordnung unterschiedlich. Im Gebäudesektor (Haushalte und Dienstleistungen) lagen die Emissionen 2021 mit

11,7 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten 30% tiefer als im Jahr 1990. Ebenfalls abgenommen haben die Emissionen im Industriesektor (inkl. Abfallverbrennung). 2021 betrugen sie 10,7 Mio. Tonnen, 21% weniger als 1990. Im Sektor Verkehr lagen die Emissionen mit 13,9 Mio. Tonnen 2021 um 7% tiefer als 1990. Die übrigen Emissionen beliefen sich 2021 auf 9 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente und haben gegenüber 1990 um 11% abgenommen.

Übereinkommen von Paris

Die Schweiz hat sich im Rahmen des Übereinkommens von Paris verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen zu senken. Das Übereinkommen sieht eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um mindestens 50% bis 2030 gegenüber 1990 vor. Dabei werden die anrechenbare Senkenleistung (Treibhausbilanz der Vegetation und Böden) sowie internationale Bescheinigungen berücksichtigt. Bis zum Jahr 2050 soll die Wirkung der in der Schweiz anfallenden von Menschen verursachten Treibhausgasemissionen Null betragen (Netto-Null-Ziel gemäss Klima- und Innovationsgesetz).

Methodologie

Der Indikator zeigt die Entwicklung der Treibhausgasemissionen seit 1990, in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten. Die Werte verstehen sich als Bruttoemissionen ohne Abzug von Senkenleistungen des Waldes oder von Emissionsminderungszertifikaten.

Gegenwärtig ist die Schweiz im Rahmen des Übereinkommens von Paris international verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 50 Prozent gegenüber 1990 zu vermindern und im Durchschnitt der Jahre 2021–2030 eine Verminderung um mindestens 35 Prozent zu erreichen. Für die Zielerreichung werden zusätzlich anrechenbare Senkenleistungen (CO₂-Speicherung in Schweizer Wäldern und Schweizer Holzprodukten) sowie anrechenbare internationale Bescheinigungen berücksichtigt werden.

Auf nationaler Ebene werden die internationalen Verpflichtungen mit der CO₂-Gesetzgebung umgesetzt. Diese definiert nationale Ziele und Zwischenziele sowie die Massnahmen zur Verminderung der Treibhausgasemissionen.

Treibhausgase gemäss CO₂-Gesetz und Kyoto-Protokoll sind Kohlenstoffdioxid (CO₂), Lachgas (N₂O), Methan (CH₄) sowie synthetische Gase (HFC, PFC, SF₆ und NF₃). Für die Berechnung des Indikators wird die Summe aller Treibhausgasemissionen in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten ausgewiesen, d.h. die verschiedenen Treibhausgase werden entsprechend ihrer Klimawirksamkeit skaliert und in CO₂-Äquivalente umgerechnet.

Die Daten stammen aus dem Treibhausgasinventar der Schweiz. Dieses wird jährlich vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) gemäss den Richtlinien der UNO-Klimakonvention für Industrieländer und den technischen Handbüchern des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) erstellt. Das Treibhausgasinventar nimmt auf witterungsbedingte Schwankungen der Emissionen keine Rücksicht. Die Emissionen des internationalen Flug- und Schiffsverkehrs werden im Treibhausgasinventar zwar ausgewiesen, in Übereinstimmung mit der Klimakonvention der Vereinten Nationen aber nicht im nationalen Emissionstotal aufgeführt.

Definitionen

CO₂-Äquivalente

Emissionen anderer Treibhausgase als CO₂ (CH₄, N₂O, HFKW, PFKW und SF₆) werden zur besseren Vergleichbarkeit entsprechend ihrem globalen Erwärmungspotenzial (GWP, Global Warming Potential) in CO₂-Äquivalente umgerechnet; 1 kg CH₄ entspricht 25 kg CO₂, 1 kg N₂O entspricht 298 kg CO₂.

Treibhauseffekt

Der Treibhauseffekt entsteht durch verschiedene Gase in der Atmosphäre (Wasserdampf, Kohlendioxid, Methan, Lachgas, usw.), die einen Teil der von der Erde ausgehenden Wärmestrahlung wieder reflektieren. Eine Erhöhung der Konzentration solcher Treibhausgase führt zu einer Erwärmung der Atmosphäre.

Treibhausgasfussabdruck

Auszug aus dem Legislaturziel 17: *Der Umgang mit der globalen Klimaerwärmung stellt eine grosse Herausforderung dar. Die Schweiz ist aufgrund ihrer geografischen Lage besonders stark von deren Auswirkungen betroffen. Es bedarf verstärkter Anstrengungen, um das Klima zu schützen und die Erde als Lebensgrundlage für nachfolgende Generationen zu erhalten. [...] Der Bundesrat setzt sich national und international für die Weiterentwicklung der Klimapolitik ein. Mit dem vom Bundesrat im Rahmen der Totalrevision des CO₂-Gesetzes vorgeschlagenen Massnahmenpaket sollen die Treibhausgasemissionen in der Schweiz gegenüber 1990 bis 2030 um mindestens 30 Prozent im Inland und um weitere 20 Prozent im Ausland gesenkt werden.*

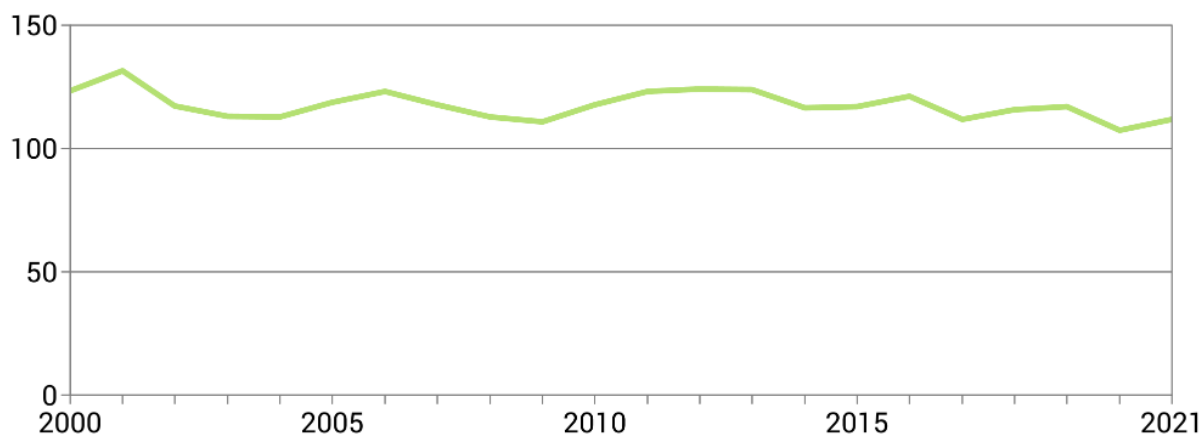
Bedeutung des Indikators: In der globalisierten Wirtschaft und im Hinblick auf eine effiziente Umweltpolitik auf nationaler und internationaler Ebene müssen nicht nur die in der Schweiz freigesetzten Treibhausgase berücksichtigt werden, sondern auch jene, die bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen für die Schweiz im Ausland ausgestossen werden. Der Indikator zeigt die Treibhausgasemissionen, die durch die Endnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in der Schweiz gesamthaft entstehen (in der Schweiz und im Ausland). Die exportbedingten Emissionen werden nicht berücksichtigt.

Quantifizierbares Ziel: *Die Schweiz senkt ihre Treibhausgasemissionen im In- und Ausland.*

Treibhausgas-Fussabdruck

Treibhausgasemissionen, die durch den Konsum von Gütern und Dienstleistungen in der Schweiz verursacht werden

Mio. t CO₂-eq



Quelle: BFS – Umweltgesamtrechnung

© BFS 2023

Der Endkonsum der Schweiz verursachte 2021 einen Treibhausgasausstoss von 112 Millionen Tonnen, wovon zwei Drittel im Ausland anfielen.

Der Treibhausgas-Fussabdruck sank zwischen 2000 und 2019 um 5% und zwischen 2019 und 2020 um 8%, was insbesondere auf die Covid-19-Pandemie zurückzuführen ist. Seit 2000 ist er um 9% gesunken - die inländischen Emissionen um 23%, die durch Importe verursachten Emissionen um 1%. Im Jahr 2021 betrug der Treibhausgas-Fussabdruck der Schweiz 112 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente, von denen zwei Drittel im Ausland emittiert wurden. Im Vergleich zum Vorjahr ist damit eine Zunahme von rund 2% zu verzeichnen.

Da die Bevölkerung zwischen 2000 und 2021 um 21% zugenommen hat, kam es zwischen der Entwicklung der Treibhausgasemissionen in der Schweiz und im Ausland, die durch den inländischen Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen verursacht werden, und dem Bevölkerungswachstum zu

einer absoluten Entkopplung. Der Treibhausgas-Fussabdruck pro Kopf sank demnach zwischen 2000 und 2021 um 25% von mehr als 17 Tonnen auf knapp 13 Tonnen.

Fussabdruck der Haushalte nach Ausgabeposten

2021 waren die Konsumausgaben der privaten Haushalte für 65% des Treibhausgas-Fussabdrucks verantwortlich. Zusammengenommen machten die Bereiche Verkehr, Wohnen und Lebensmittelkonsum mehr als zwei Drittel des Treibhausgas-Fussabdrucks der Haushalte aus. Ausser beim Verkehr und beim Wohnen, wo ungefähr die Hälfte des Fussabdrucks durch direkte Emissionen (Verbrennung von Treibstoffen, Heizöl usw.) verursacht wurden, bildeten die importbedingten Emissionen bei den anderen Ausgabeposten den grössten Teil des Fussabdrucks. Mit 92% besonders hoch waren die ausländischen Emissionen bei Kleidern und Schuhen; bei den Lebensmitteln betrugen sie 63%.

Direkte Emissionen nach Wirtschaftsbranchen

Werden anstelle des Treibhausgas-Fussabdrucks nur die direkten Treibhausgasemissionen der Schweiz nach Wirtschaftsbranche betrachtet, waren die Landwirtschaft, die verarbeitende Industrie sowie der Verkehrs-, Lagerei-, Informations- und Telekommunikationsbereich im Jahr 2021 für 37% der gesamten Treibhausgasemissionen der Wirtschaft und 28% der Bruttowertschöpfung verantwortlich. Demgegenüber machten Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Immobilienwesen, technische und wissenschaftliche Tätigkeiten sowie andere Dienstleistungen 27% der Bruttowertschöpfung und 3% der Treibhausgasemissionen aus.

Methodologie

Der Treibhausgas-Fussabdruck entspricht der Gesamtmenge der Treibhausgase, die zur Deckung der Schweizer Endnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen erzeugt werden. Berücksichtigt sind dabei neben dem inländischen Ausstoss auch die Emissionen, die im Ausland bei der Herstellung von für die Schweiz bestimmten Gütern und Dienstleistungen entstehen. Der Fussabdruck setzt sich aus den direkten Emissionen der Haushalte, den Emissionen aufgrund der Endnachfrage der Haushalte und des öffentlichen Sektors sowie den Emissionen im Zusammenhang mit den Bruttoanlageinvestitionen zusammen.

Beim Treibhausgas-Fussabdruck handelt es sich um eine Grösse, die modelliert werden muss. Die vorliegenden Resultate beruhen auf den Luftemissionskonten, den Input-Output Tabellen (IOT) der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und einer Gewichtung der importierten Emissionen. Diese Gewichtung berücksichtigt die CO₂-Intensität der Herkunft der Schweizer Importe. Die Treibhausgasintensität der Exporte aus der EU wird mit einem gesamtwirtschaftlichen Verhältnis des gesamten CO₂-Ausstosses zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) der jeweiligen Wirtschaftsregion gewichtet. Als Treibhausgase berücksichtigt werden Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Lachgas (N₂O) und synthetische Gase (HFC, PFC, SF₆, NF₃) in CO₂-Äquivalenten.

Auf internationaler Ebene existieren verschiedene statistische Ansätze, um den Treibhausgas-Fussabdruck zu modellieren. Internationale Vergleiche sind daher nur beschränkt möglich. Der Treibhausgas-Fussabdruck wird jedes Jahr im Rahmen der Luftemissionskonten der Umweltgesamtrechnung des BFS berechnet.

Definitionen

Treibhauseffekt

Der Treibhauseffekt entsteht durch verschiedene Gase in der Atmosphäre (Wasserdampf, Kohlendioxid, Methan, Lachgas, usw.), die einen Teil der von der Erde ausgehenden Wärmestrahlung wieder reflektieren. Eine Erhöhung der Konzentration solcher Treibhausgase führt zu einer Erwärmung der Atmosphäre.

Treibhausgase

Natürliche oder vom Menschen verursachte gasförmige Stoffe in der Luft, die zum Treibhauseffekt beitragen. Im Kyoto-Protokoll werden folgende Treibhausgase beziehungsweise Gruppen von Gasen berücksichtigt: Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Lachgas (N₂O), teilhalogenierte

Fluorkohlenwasserstoffe (HFKW), perfluorierte Kohlenwasserstoffe (PFKW) und Schwefelhexafluorid (SF₆).

CO₂-Äquivalente

Emissionen anderer Treibhausgase als CO₂ (CH₄, N₂O, HFKW, PFKW und SF₆) werden zur besseren Vergleichbarkeit entsprechend ihrem globalen Erwärmungspotenzial (GWP, Global Warming Potential) in CO₂-Äquivalente umgerechnet; 1 kg CH₄ entspricht 25 kg CO₂, 1 kg N₂O entspricht 298 kg CO₂.

Vielfalt von Artengemeinschaften

Auszug aus dem Legislaturziel 17: *Zur Sicherstellung der natürlichen Lebensgrundlage und des Wohlergehens der Schweizer Bevölkerung gilt es, die Verringerung der Artenvielfalt zu stoppen und deren Regeneration zu fördern. Der Bundesrat will unter anderem den Unterhalt bestehender Schutzgebiete stärken, neue Waldreservate schaffen, national prioritäre Arten fördern und die Vernetzung von Lebensräumen verbessern sowie Massnahmen zur Eindämmung invasiver gebietsfremder Arten verstärken.*

Bedeutung des Indikators: Die Biodiversität umfasst die Vielfalt an Tier-, Pflanzen- und Pilzarten sowie Mikroorganismen, die genetische Vielfalt innerhalb der Arten, die Diversität an Lebensräumen und die Beziehungen innerhalb und zwischen diesen Ebenen. Die Biodiversität trägt wesentlich zum Wohlbefinden der Menschen bei, indem sie etwa dabei hilft, das Wasser zu reinigen, die Luft zu filtern oder die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten.

Der Indikator beschreibt, wie sich die Artenzusammensetzung im Lebensraum Wiesen und Weiden entwickelt. Während ein hoher Indexwert vielfältige Artengemeinschaften anzeigt, weist ein tiefer Indexwert auf einheitlichere Artengemeinschaften hin, was einen Verlust biologischer Vielfalt bedeutet.

Quantifizierbares Ziel: *Die Biodiversität ist zu erhalten und zu fördern.*

Vielfalt von Artengemeinschaften in Wiesen und Weiden

Index¹ von 0 (einheitlich) bis 100 (vielfältig), aller paarweisen Vergleiche der Stichprobenflächen



¹ Mittelwert über einen Zeitraum von jeweils fünf Jahren

Quelle: BAFU – Biodiversitäts-Monitoring Schweiz

© BFS 2023

Die Vielfalt von Artengemeinschaften in Wiesen und Weiden ist seit Beginn der 2000er Jahre bei den Pflanzen und Moosen konstant geblieben, bei den Mollusken hat sie abgenommen.

Die Vielfalt der Artengemeinschaften in Wiesen und Weiden ist seit Beginn der 2000er-Jahre insgesamt zurückgegangen: Während sie bei den Pflanzen und Moosen konstant geblieben ist, konnte bei den Mollusken (Schnecken) eine Abnahme beobachtet werden. Bei Letzteren hat vor allem die Anzahl der häufig vorkommenden Arten zugenommen, die keine besonderen Ansprüche an ihren Lebensraum stellen, während die Anzahl der seltenen Arten abgenommen hat.

Biodiversitätsförderflächen

Die Biodiversitätsförderflächen sind eine der Massnahmen der Agrarpolitik zur Erhaltung und nach Möglichkeit zur Erweiterung des Lebensraums der Schweizer Fauna und Flora in landwirtschaftlichen Räumen, insbesondere auf Wiesen und Weiden. 2021 umfassten diese Flächen 172 372 ha, von

denen 44% den Kriterien der Qualitätsstufe II (höchste) entsprachen. Gegenüber 2020 stiegen sie um 1950 ha an. Diese Zunahme betrifft in erster Linie extensiv genutzte Wiesen und Weiden.

Brutvogelbestände

Der Brutvogelbestand gilt als Indikator für die Biodiversität im Allgemeinen, da die Anzahl und das Vorkommen der Arten wesentlich von der Vielfalt und der Qualität der Lebensräume in den landwirtschaftlichen und anderen Regionen abhängen. Für die Gesamtheit der 176 Vogelarten, die regelmässig in der Schweiz brüten, ist der Trend zwischen 1990 und 2022 zunehmend. Die Bestände der 44 gefährdeten Arten, die auf der Roten Liste stehen, gingen dagegen in der gleichen Zeitspanne vorübergehend zurück und haben wieder nahezu den Ausgangswert erreicht. Kurzfristige Schwankungen in der Bestandsentwicklung sind unter anderem abhängig von der Witterung.

Gefährdete Arten

Die Roten Listen zeigen den Gefährdungsgrad der in einem Gebiet erhobenen Artengruppen. In der Schweiz sind rund 56 000 Pflanzen-, Pilz- und Tierarten bekannt (ein- und wenigzellige Lebewesen ausgenommen). Von den 10 844 untersuchten Arten befinden sich 35% auf Roten Listen, d.h. sie gelten als gefährdet, verschollen oder ausgestorben. Dieser Umstand geht unter anderem einher mit dem Verschwinden ökologisch wertvoller Räume (wie etwa Feuchtgebieten und Trockenwiesen), das insbesondere auf intensive Landwirtschaft, Drainage, sich ausbreitende Agglomerationen und Flussverbauungen, die Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten sowie den Klimawandel zurückzuführen ist.

Methodologie

Die Vielfalt an Artengemeinschaften im Lebensraum Wiesen und Weiden wird anhand des mittleren Simpsons-Indexes auf einer Skala von 0 (einheitlich) bis 100 (vielfältig) dargestellt. Der Indikator wird für eine Artengruppe folgendermassen berechnet: Die Artenliste einer Wiese oder Weide wird paarweise mit jenen aller anderen Stichprobenflächen der Wiesen und Weiden verglichen. Für jeden Vergleich wird der Simpson-Index berechnet. So werden alle möglichen Paare miteinander verglichen. Der Mittelwert aller berechneten Simpson-Indizes nimmt Werte zwischen 0 und 100 an. Beim Wert 0 kommen in allen Wiesen exakt die gleichen Arten vor, ist jede Wiese in ihrer Artenzusammensetzung einzigartig, beträgt der Wert 100. Je mehr seltene und je weniger häufige Arten es in einer Artengruppe gibt, desto höher fällt der Wert für diese Artengruppe aus.

Die Stichprobenflächen, für die jeweils ein Inventar aller darin vorkommenden Pflanzen, Mollusken und Moose erstellt wird, umfassen zehn Quadratmeter. Innerhalb von fünf Jahren werden jeweils alle Stichprobenflächen bearbeitet. Für einen kompletten Vergleich aller Flächen werden deshalb die Aufnahmen von jeweils fünf Jahren verwendet.

Der Fokus wird auf die Wiesen und Weiden gelegt, weil es sich um Lebensräume mit einer grossen natürlichen Artenvielfalt handelt, die empfindlich auf Veränderungen reagieren. Sie verteilen sich auf die gesamte Landesfläche und sind somit dem Druck der menschlichen Aktivitäten besonders stark ausgesetzt.

Der Indikator stützt sich auf die Daten des Indikators Artenvielfalt in Lebensräumen des Biodiversitäts-Monitorings Schweiz des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) und wird jährlich erhoben. Die Daten für die Mollusken folgen jeweils mit einem Jahr Rückstand.

Definitionen

Biodiversität

Die Biodiversität oder biologische Vielfalt umfasst die verschiedenen Arten von Tieren, Pflanzen, Pilzen und Bakterien, die genetische Vielfalt innerhalb der Arten sowie die unterschiedlichen Lebensräume, in denen die Arten leben.

Auskunft:

E-Mail: legislaturindikatoren@bfs.admin.ch

Dokument-ID: do-d-00.17-Legislaturindikatoren-2019-2023